

Gießen-Wetzlar 2030

Von Konkurrenz durch Kooperation zu Konsens

Strategie kooperativen Handelns für die Stadtregion
Stadtinitiative 2010

Januar 2003



Vorwort – Stadt Wetzlar

Mit dem formalen Ende des von August 2001 bis Januar 2003 dauernden gemeinsamen Projektes der Städte Wetzlar und Gießen im Rahmen des vom Bundesforschungsministerium durchgeführten wissenschaftlichen Forschungswettbewerbes „Stadt 2030“ wird der Abschlussbericht „Von Konkurrenz durch Kooperation zu Konsens“ vorgelegt. Mit dieser „Strategie kooperativen Handelns für die Stadtregion“ soll den beiden Städten die Möglichkeit aufgezeigt werden, angesichts sich tendenziell verschlechternder finanzieller Rahmenbedingungen bei gleichbleibenden oder sich noch erweiternden Aufgabenbereichen den Herausforderungen der Zukunft durch Bündelung der eigenen und Stärkung der regionalen Kräfte erfolgreich begegnen zu können.

Erschien im Sommer 2000 vor dem Hintergrund der unseligen gemeinsamen „Lahnstadt“-Vergangenheit bereits die Bereitschaft, sich mit einem gemeinsamen Wettbewerbsbeitrag an dem Bundesforschungsprojekt zu beteiligen, als Erfolg auf dem Weg zur Rückkehr zu einer konstruktiven Gesprächsebene, so kann rund 2½ Jahre später mit Stolz auf die im Rahmen der Projektarbeit gelungenen Schritte zu einer Verständigung über künftige Kooperationsfelder und insofern mit Zuversicht in die Zukunft geblickt werden.

In dem von der PROJEKTGRUPPE STADT + ENTWICKLUNG moderierten Prozess der Erarbeitung eines auf einem strategischen Leitrahmen aufbauenden Maßnahmenkataloges wurden als besonders vielversprechende Handlungsschwerpunkte u.a. die Entwicklung des regionalen Grünzuges zwischen den beiden Städten zu einem stadtreionalen Lahnpark, die Implementierung eines regionalen Existenzgründerfonds, die Schaffung einer urbanen Qualitätsoffensive, die Gründung eines Kulturfonds und die Errichtung eines interkommunalen Datenmodulsystems zur Sozialberichterstattung benannt. Für die Verfestigung der im Verlaufe des Projektes „Stadt 2030“ erzeugten Gesprächsebenen zwischen den einzelnen Fachressorts der beiden Stadtverwaltungen, aber auch der beiden Magistrate könnte die vorgeschlagene kommunale Arbeitsgemeinschaft, eventuell in Form einer gemeinsamen Geschäftsstelle geeignet sein. Über den letztlich einzuschlagenden Weg der Organisation der künftigen Zusammenarbeit und die konkret anzugehenden Handlungsbausteine werden in nächster Zeit die politischen Gremien von Wetzlar und Gießen zu entscheiden haben. Nicht vergessen werden darf hierbei die Einbeziehung der Umlandgemeinden und die gleichzeitige Fortführung der derzeit im Aufbau befindlichen Strukturen für ein Regionalmanagement Mittelhessen.

Abschließend gilt der Dank den am Projekt beteiligten Personen und Institutionen, die mit Ihrem Engagement, mit Sachverstand und kritischer Begleitung die Vorlage des Abschlussberichtes des Projektes „Stadt 2030 Wetzlar-Gießen“ ermöglicht haben.



Achim Beck
Stadtrat der Stadt Wetzlar

Vorwort – Stadt Gießen

Meine Damen und Herren,

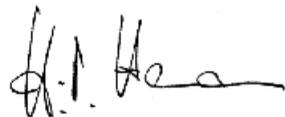
18 Monate lang nahmen die Städte Gießen und Wetzlar am bisher größten Forschungsverbund der Städteforschung teil. Zu diesem Forschungsverbund unter dem Titel „Stadt 2030“ – gefördert durch das Bundesforschungsministerium – gehörten 21 ausgewählte und prämierte Projekte mit 33 Kommunen und 54 wissenschaftlichen Instituten. Zielsetzung des Vorhabens war es Zukunftskonzeptionen und Perspektiven für die Kommunen und Regionen bis zum Jahr 2030 zu entwerfen. Hierbei sollten die Ansätze nicht nur aus einem fachlichen Blickwinkel, sondern interdisziplinär und bereichsübergreifend bearbeitet werden.

Die Städte Gießen und Wetzlar haben die Chance, die dieses Forschungsvorhaben bot, genutzt und einen beeindruckenden Abschlussbericht in Form einer Strategie des kooperativen Handelns für die Stadtregion vorgelegt. Dieser Abschlussbericht formuliert ausgehend von zwölf Thesen zur Ausgangslage, zwölf strategische Bausteine und zwölf Handlungsschwerpunkte einer regionalen Zusammenarbeit in den Bereichen Stadtentwicklung, Wirtschaft, Soziales und Kultur. Damit wurde für die Region eine Ausgangsbasis geschaffen, die – wenn sie denn genutzt wird – zu einer wirtschaftlichen Stärkung der Region Mittelhessen beitragen kann.

Der Erfolg des Projektes ist in erster Linie auf das überaus hohe Engagement aller Beteiligten zurückzuführen. Ohne die rege Initiative und die Mitarbeit aller Akteure aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Stadtentwicklung, Wohnen, Soziales und öffentliche Verwaltung hätte dieses Vorhaben nicht solche Früchte tragen können.

Und dies ist keinesfalls selbstverständlich blickt man auf die Ausgangslage der beiden Städte zurück: Die Kooperation zwischen den beiden Städten war anfänglich durch eine Verwaltungsneugliederung in Hessen von oben verordnet worden. 1977 wurden zur Stärkung des mittelhessischen Raumes die kreisfreie Stadt Gießen, die kreisangehörige Stadt Wetzlar sowie 14 Umlandgemeinden zur kreisfreien Stadt Lahn vereinigt. Nach anhaltenden Widerständen, und Protesten der Gießener und Wetzlarer Bevölkerung löste der Landtag 1979 das seinerzeitige Kunstgebilde wieder auf. Von da an wurden alle Kooperationsansätze und Abstimmungen zwischen den beiden Städten eher von Skepsis und Argwohn begleitet. Ein nicht unwesentlicher Erfolg des Projektes „Stadt 2030“ ist in dieser Hinsicht die Verbesserung der Kommunikations- und Kooperationskultur zwischen den beiden Städten.

Viele Anstöße aus dem Abschlussbericht laufen bereits weiter und werden von den Akteuren eigenständig verfolgt. Mit Oberbürgermeister Dette bin ich mir darin einig, dass wir weiterhin die Weichen stellen müssen für eine gute Zusammenarbeit der beiden Städte mit und für die Region Mittelhessen.



Heinz-Peter Haumann
Bürgermeister der Universitätsstadt Gießen

Herausgeber:

Magistrat der Stadt Gießen • Magistrat der Stadt Wetzlar

Wissenschaftlicher Kooperationspartner – Bearbeitung:

PROJEKTGRUPPE STADT+ENTWICKLUNG
FERBER, GRAUMANN UND PARTNER, Leipzig
www.projektstadt.de – info@projektstadt.de

Uwe Ferber
Peter Rogge
Daniel Dechmann
Bernhard Tatter

Textbeiträge:

Oliver Behnecke, Friedel Brückmann, Roland Erlebach, Kerstin Evert, Holger Hölscher, Diana Löser, Peter Matzke, Uta Meier, Saskia Syring, Horst Zimmermann

Wissenschaftliche Begleitung in Teilbereichen

Kultur:

Behnecke / Evert – Stadt Raum Inszenierung
www.stadtrauminszenierung.de – info@stadtrauminszenierung.de

Soziales

Institut für die Wirtschaftslehre des Haushalts
Justus-Liebig Universität Gießen

Support:

„Stadt 2030“-Projektsekretariat Gießen-Wetzlar
Tobias Erben

Internet:

www.giessen-wetzlar-2030.de

Druck:

Druckwerkstatt GmbH, Fernwald

Januar 2003

im Rahmen des Forschungsverbundes „Stadt 2030“ gefördert durch das
Bundesministerium für Bildung und Forschung

INHALT

Vorwort – Stadt Wetzlar	3
Vorwort – Stadt Gießen	3
1. EINLEITUNG	3
2. STADTREGION GIESSEN-WETZLAR: DIE AUSGANGSLAGE	7
THESE 1: Räumlicher Kontext	8
THESE 2: Wirtschafts- und Technologieregion.....	9
THESE 3: Hochschul- und Wissenschaftsregion	12
THESE 4: Verkehr	13
THESE 5: Städte-Umland.....	13
THESE 6: Einzelhandelsstandorte	15
THESE 7: Soziale Entwicklung / Integration	16
THESE 8: Wohnstandort.....	17
THESE 9: Stadtumbau.....	18
THESE 10: Flächenverfügbarkeit	19
THESE 11: Natur und Landschaft	20
THESE 12: Kulturregion.....	21
Fazit.....	22
3. HERAUSFORDERUNG GIESSEN-WETZLAR 2030	24
Herausforderung Demographie	24
Herausforderung Ökonomie und Technologie.....	25
Herausforderung Soziokultur.....	27
Herausforderung Ökologie	28
Fazit.....	29
4. STRATEGISCHER LEITRAHMEN GIESSEN-WETZLAR 2030	31
Baustein 1: Technologiestädte Gießen-Wetzlar(-Marburg).....	32
Baustein 2: Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	33
Baustein 3: Gewerbeflächenprofilierung.....	34
Baustein 4: Regionale Einzelhandelsentwicklung	35
Baustein 5: Städtische Sozialpolitik und Integration.....	36
Baustein 6: Kultur	38
Baustein 7: Stadt und Landschaft.....	39
Baustein 8: Wohnen.....	40
Baustein 9: Stadtumbau	42
Baustein 10: Flächen-Ressourcenmanagement.....	43
Baustein 11: Verkehr.....	44
Baustein 12: Initiative zur regionalen Entwicklungsplanung.....	45
5. STADTINITIATIVE GIESSEN-WETZLAR 2010: HANDLUNGSSCHWERPUNKTE UND STARTER-MASSNAHMEN	49
Einleitung.....	49
Handlungsschwerpunkt 1: Regionale Entwicklungsplanung	50
Starter-Maßnahme A: Kommunale Arbeitsgemeinschaft.....	51
Starter Maßnahme B: Gemeinsame Geschäftsstelle	52
Ausblick / weitere Module	53
Handlungsschwerpunkt 2: Technologiestädte Gießen-Wetzlar	54
Starter-Maßnahme A: Regionaler Existenzgründungsfonds.....	55
Starter-Maßnahme B: Kompetenzstrategie Automatisierung in Wetzlar – Automatisierungsnetzwerk.....	57

Starter-Maßnahme C: Kompetenzstrategie Biotechnologie in Gießen.....	58
Modul 2: Kompetenzwirtschaftsanalyse und –strategie Mittelhessen	59
Modul 3: Initiativen im Rahmen des Regionalmanagements	60
Handlungsschwerpunkt 3: Hochschul- und Wissenschaftsstädte	61
Starter-Maßnahme: Auslandsstipendien „studium plus“	62
Modul 2: Einrichtung eines interuniversitären Lehrstuhls / Instituts für Entrepreneurship	62
Modul 3: Gemeinsame Außerdarstellung der regionalen Hochschulen	63
Handlungsschwerpunkt 4: Stadtregionales Flächenressourcen-management	64
Starter-Maßnahme: Stadtregionales Brachflächenkataster und Flächenmangement	66
Modul 2: Durchführung stadtreionaler Pilotprojekte – Depot-Gießen	66
Handlungsschwerpunkt 5: Gewerbeflächenmanagement.....	67
Starter-Maßnahme: Aktivierende Untersuchung von Gewerbegebieten in der Stadtregion	69
Handlungsschwerpunkt 6: Urbane Qualitätsoffensive Gießen-Wetzlar	70
Starter-Maßnahme A: Forum Stadtentwicklung	71
Starter-Maßnahme B: Vorstudie Stadtentwicklungskonzept Wohnen	71
Starter-Maßnahme C: Pilot-Vorhaben für integrierte Projekte zum Umbau von Innenstadt(rand)lagen	73
Modul 2: Bauinitiative Gießen-Wetzlar	74
Handlungsschwerpunkt 7: Regionaler Einzelhandel / Stärkung der Innenstädte.....	76
Starter-Maßnahme: Stadtregionaler Arbeitskreis Einzelhandel	77
Handlungsschwerpunkt 8: Verkehr.....	78
Starter-Maßnahme: Regionalisierung der Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrspläne	79
Handlungsschwerpunkt 9: Lahnpark	79
Starter-Maßnahme: Machbarkeitsstudie und Ideenwettbewerb(e) für einen Lahnpark	80
Modul 2: Freizeitbereich „Lahnparkzentrum“	81
Modul 3: Hessische Landesgartenschau Lahnpark	82
Modul 4: Kulturprojekt Infrastrukturchse B 49 / Bahn	82
Handlungsschwerpunkt 10: Kulturstädte.....	83
Starter-Maßnahme: Kulturfonds Gießen-Wetzlar	84
Modul 2: Kulturdialog Gießen-Wetzlar	85
Modul 3: Kulturgewerbehof als Gründerzentrum.....	86
Modul 4: Festival der Region.....	87
Modul 5: Kooperation kommunaler Unternehmen im Bereich Kultur / Freizeit.....	88
Handlungsschwerpunkt 11: Interkommunales Datenmodulsystem Sozialberichterstattung	89
Starter-Maßnahme A: Forum Soziales und Integration	90
Starter-Maßnahme B: Interkommunales Sozialräumliches Monitoringsystem für Gießen und Wetzlar	91
Ausblick.....	92
Handlungsschwerpunkt 12: Migration – Integration.....	93
Starter-Maßnahmen: Impulsveranstaltungen.....	94
Abschätzung zur Finanzwirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen	96
6. AUSBLICK.....	99
7. ANHANG.....	100
Dokumentation Stadtrauminszenierung Lahn	100
Memorandum: Die kommunale Verwaltung der Zukunft – von Friedel Brückmann	106
Memorandum: Aufgabe und Inhalt eines möglichen Regionalbudgets – von Horst Zimmermann	114
Glossar.....	119
Literatur	122
Projektbeteiligte Stadt 2030 Gießen-Wetzlar	126

1. EINLEITUNG

Die Städte Gießen und Wetzlar stehen vor der Herausforderung, ihre Rolle als lebendiger und starker Entwicklungsmotor für die Region Mittelhessen im Wettbewerb mit anderen Stadtregionen zu behaupten. Durch die Stärkung der Zusammenarbeit in der Region – insbesondere zwischen den beiden Städten - können die Kräfte der Stadtregion gebündelt werden, um die sich bietenden Chancen besser zu nutzen und Risiken zu begegnen.

Chancen bzw. eine gute Ausgangsposition bietet aus überregionaler Perspektive die zentrale geographische Lage am Rande der europäischen Metropolregion Rhein–Main sowie die diversifizierte mittelständische Wirtschaftsstruktur mit internationaler Ausrichtung. Hinzu kommt die hohe Lebensqualität durch einen weitgehend intakten Natur- und Freiraum und die Urbanität der Stadtkerne. Dennoch muss darauf geachtet werden, dass Gießen–Wetzlar nicht zur Schlafregion für das Rhein-Main-Gebiet absteigt und im Wettbewerb um Menschen und Investitionen von den Nachbarregionen Rhein-Main und Rhein-Ruhr ins Abseits gedrängt wird.

Innerhalb der Region zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte eine stetige Ausweitung der Siedlungsflächen im Umland der Kernstädte. Hierdurch wird deren Bedeutung als kulturelle, wirtschaftliche und soziale Zentren zunehmend in Frage gestellt. Ein Verlust von Vielfalt und Lebensqualität in den Städten ist die Folge. Während vor allem einkommensstarke Haushalte den Traum vom Eigenheim im Umland realisieren, konzentriert sich die sozial benachteiligte Bevölkerung zunehmend in den Kernstädten. Diese soziale Segregation führt dazu, dass Problemquartiere in den Städten mit hohem Konfliktpotenzial entstehen. Der hieraus entstehende Handlungsbedarf trägt in erheblichem Maße zur zugespitzten Finanzkrise der Kernstädte bei.

Sinkende Einnahmen insbesondere durch starke Einbrüche bei der Gewerbesteuer und steigende Ausgaben für Pflichtaufgaben etwa im Bereich der Sozialhilfe haben zu einem Rückgang der kommunalen Investitionen in Deutschland um ca. ein Drittel in den letzten 10 Jahren geführt¹. Gerade Städte sind teilweise kaum noch in der Lage, ihre vorhandenen Infrastrukturen aufrecht zu erhalten. Interkommunale Kooperation kann ein wichtiger Ansatzpunkt zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit von Verwaltung und zur Rückgewinnung von kommunalen Handlungsspielräumen sein. Die „Fachkommission Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetags fordert in diesem Sinne eine „Zukunftsinitiative Stadtregion“².

Der notwendig werdende Stadtumbau wird sich bis zum Jahr 2030 aller Voraussicht nach vor dem Hintergrund eines tiefgreifenden demographischen Wandels vollziehen. Der prognostizierte Rückgang der Bevölkerung und deren massive Überalterung werden sich z.B. immer stärker auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Auslastung der sozialen Infrastrukturen und die Steuereinnahmen auswirken.

Diesen langfristig wirksamen Zukunftstrends ist mit den klassischen Instrumenten der Stadt- und Regionalplanung allein nicht mehr beizukommen. Es bedarf Strategien für die stadregionale Entwicklung, die langfristig angelegt sind

¹ vgl. ROTH (2002)

² vgl. DEUTSCHER STÄDTETAG (2001)

und – wenn nötig – kooperativ umgesetzt werden können. Im Rahmen des durch das Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsvorhabens „Stadt 2030 Gießen-Wetzlar“ wurde die nachfolgende Strategie kooperativen Handelns für die Stadtregion entwickelt und in ein Maßnahmenprogramm für die kommenden Jahre („Stadtinitiative 2010“) heruntergebrochen. Die Strategie basiert auf den Grundprinzipien von Konkurrenz, Kooperation und Konsens und umfasst insgesamt

- ⇒ 12 Thesen zur Ausgangslage,
- ⇒ 12 strategische Bausteine und
- ⇒ 12 Handlungsschwerpunkte einer regionalen Zusammenarbeit.

Das Projekt Stadt 2030 Gießen-Wetzlar

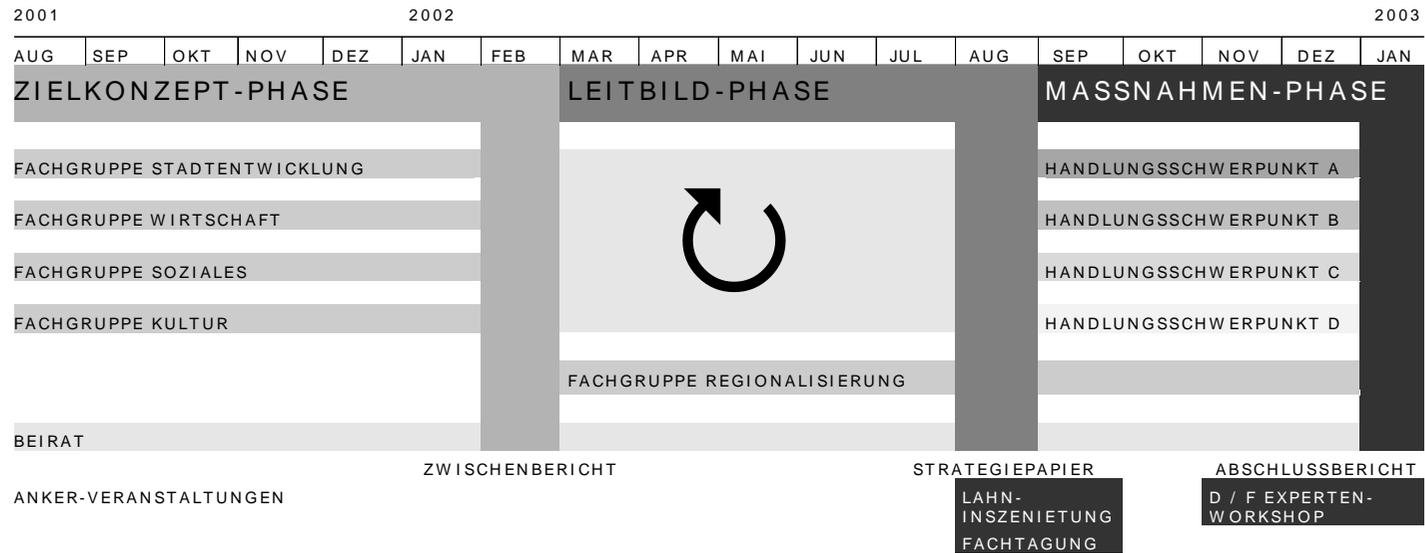
Im April 2000 hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Ideenwettbewerb Stadt 2030 ausgelobt. Deutsche Städte und Stadtregionen waren in Gemeinschaft mit wissenschaftlichen Institutionen aufgerufen, Projektideen zur Entwicklung langfristiger, ganzheitlicher Perspektiven / Leitvisionen für die Entwicklung der Stadt bzw. Stadtregion zu entwerfen. Die Resonanz war mit 108 eingereichten Beiträgen unerwartet hoch, so dass insgesamt 21 Projekte zur Förderung ausgewählt wurden. Die jeweils für 18 Monate laufenden Projekte wurden in einem Forschungsverbund zusammengefasst, der vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) fachlich betreut wird. Die Hauptthemen des Forschungsverbundes sind dabei Integration, Identität und Regionalisierung. Das gemeinsame Projekt der Städte Gießen und Wetzlar wurde dem Themenfeld Regionalisierung zugeordnet.³

Das Projekt umfasste drei Phasen, die in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Strukturierung seitens der wissenschaftlichen Begleitung als „Aushandlungsprozess“ über stadtregionale und zukunftsrelevante Strategien und Projekte gestaltet wurde: 1. wurden im Zeitraum von knapp einem halben Jahr unter Einbeziehung relevanter lokaler Akteure aus Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft methodisch strukturierte sektorale Ist-Analysen vorgenommen und auf deren Basis Ziele entwickelt. Diese wurden 2. durch den wissenschaftlichen Kooperationspartner mit Rückkopplung an die Akteure vor Ort in einem strategischen Leitbild gebündelt. Schließlich wurde daraus 3. das Maßnahmenprogramm „Stadtinitiative 2010“, das auch einem Modellvorschlag zur institutionellen Form der Kooperation Gießen-Wetzlar enthält, entwickelt und in Hearings mit den Akteuren vor Ort abgestimmt.

Neben insgesamt über 30 projektinternen Workshops und Hearings wurde die entwickelte Strategie kooperativen Handelns im September auf einer Fachtagung („Strategien für Stadtregionen in Hessen“) fachöffentlich vorgestellt. Der Gedanke von Kooperation zwischen Gießen und Wetzlar wurde mit der Stadtrauminszenierung „Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“ in die regionale Öffentlichkeit kommuniziert, auf einem Deutsch-Französischen Expertenworkshop wurden „Neue Modelle der Regionalisierung“ mit Vertretern aus Stadtregion und hessischer

³ vgl. www.stadt2030.de

Landesregierung diskutiert.



Es war Anspruch des Projekts Stadt 2030, über die üblichen Planungshorizonte hinaus die langfristig wirksamen Zukunftsaufgaben in den Blick zu nehmen. Es war jedoch nicht der Anspruch des Projekts, einen vollständigen Katalog der Entwicklungsziele und Projekte der stadtreionalen Entwicklung für die nächsten drei Jahrzehnte aufzustellen. Rahmenbedingungen und politische bzw. planerische Vorstellungen ändern sich zu schnell, um lokale Politikentscheidungen so langfristig zu binden. Es sollen allerdings die inhaltlichen und institutionellen Strukturen bzw. Verfahrensregeln benannt werden, die als Entwicklungsstrategie die Stadtregion Gießen-Wetzlar zukunftsfähig machen sollen. Während die Strategie kooperativen Handelns somit auf 2030 zielt, hat das Maßnahmenprogramm eine zeitliche Perspektive auf 2010. Insofern hat das Projekt Stadt 2030 einen doppelten zeitlichen Horizont.

Eine wirkungsvolle Politik (bzw. „good governance“) für die Stadtregion Gießen-Wetzlar muss wesentlich auf Kooperation setzen, dies ist sowohl Prämisse, als auch Erkenntnis des Projekts Stadt 2030. Es sind Kooperationsstrukturen zu schaffen, die es ermöglichen, periodisch die Kernprojekte der stadtreionalen Entwicklung zu definieren und in gemeinsame Programme umzusetzen. Die „Stadtinitiative 2010“ im Rahmen des Projekts Stadt 2030 kann als ein erstes solches Programm verstanden werden.

Ebenso wie in zeitlicher ist die Reichweite des Projekts Stadt 2030 auch in räumlicher Hinsicht differenziert zu sehen: Träger des Projekts sind die Städte Wetzlar und Gießen, die den Kern des bizentralen kleinen mittelhessischen Verdichtungsraums bilden. Die Kernstädte sind somit primär im Blick des Projekts Stadt 2030. Sie können die Motoren eines offenen Regionalisierungsprozesses werden.

Regionalisierung im Sinne interkommunaler Kooperation ist in Ergänzung des notwendigen, mit Gründung des Vereins „MitteHessen“ nunmehr in der Umsetzung befindlichen Regionalmanagements auf Ebene Mittelhessens grundsätzlich in zwei strategischen Grundansätzen, die sich überlagern können, denkbar:

- Stadt-Umland bzw. stadtrregionale Kooperation: hierbei sollte im Sinne eines offenen Regionalisierungsprozesses nicht a priori eine Beschränkung auf raumordnerische oder funktionale Regionsabgrenzungen erfolgen. Daher wird die Stadtregion Gießen-Wetzlar in den Blick genommen, ohne dass diese abschließend abgegrenzt wird.
- Kooperation der Kernstädte: im mittelhessischen Kontext ist Marburg, das dritte mittelhessische Oberzentrum, als potenzieller Kooperationspartner von Gießen und Wetzlar mit zu betrachten.

Die Stadt Lahn und ihre Folgen

Zur Ausgangslage gehört ein bundesweit bekanntes Experiment der Verwaltungs-neugliederung in Hessen: 1977 wird zur Stärkung des mittelhessischen Raumes zwischen den Zentren Rhein-Main, Rhein-Ruhr und Kassel die kreisfreie Stadt Gießen, die kreisangehörige Stadt Wetzlar sowie 14 Umlandgemeinden zur kreisfreien Stadt Lahn vereinigt (ca. 156.000 EW).

Nach anhaltenden Widerständen löst der Landtag 1979, 30 Monate nach Gründung der Lahnstadt, das Kunstgebilde wieder auf. Die Gemeindegebiete von Gießen (zwei neue Ortsteile) und Wetzlar (acht neue Ortsteile) werden geringfügig arrondiert, die räumlichen Grenzen aber (zu) eng gezogen. Gießen verliert zudem den Status als kreisfreie Stadt. Zur Stärkung der Region Mittelhessen wird 1980 das Regierungspräsidium Gießen geschaffen (durch das der Regionsbegriff Mittelhessen erst eingeführt wird).

Als Konsequenz der gescheiterten Lahnstadt haben sich zwischen Gießen und Wetzlar Ansätze einer Kommunikations- und Kooperationskultur nur sehr zaghafte herausgebildet. Ein wichtiger Schritt dafür wurde mit dem ExWoSt⁴-Projekt Städtenez Lahn-Sieg-Dill (mit Marburg, Siegen, Dillenburg, Herborm, Betzdorf und Haiger) unternommen. Neue Impulse zur Kooperation sind durch die landesplanerisch vorgegebene Funktionsverbindung zwischen den Oberzentren Gießen und Wetzlar ausgegangen. In der aktuellen Förderperiode des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) sind Gießen und Wetzlar zudem erstmals als Ziel-2 Gebiet eingestuft worden.

⁴ Experimenteller Wohnungs- und Städtebau

2. STADTREGION GIESSEN-WETZLAR: DIE AUSGANGSLAGE

STATISTISCHES GRUNDPROFIL GIESSEN-WETZLAR			
Datenquellen: Städte Gießen + Wetzlar, HSL, Landesarbeitsamt Hessen	Gießen	Wetzlar	Gießen-Wetzlar
Einwohner (2000)	72.909	52.884	125.793
Fläche in qkm	72,56	75,67	148,23
Anteil Bauflächen (FNP) in %	24,32	19,62	21,91
Bevölkerungsdichte EW / qkm	1004,8	698,5	848,6
Arbeitsplätze (1999)	43.946	25.176	69.122
Arbeitslosenquote Februar 2002	15,6	12,9	14,5
Sozialhilfequote (1998)	7,20	4,63	6,12
Schuldenstand der Kommune in EUR / EW (1999)	2.208	939	1675

Gießen:⁵

Gießen entsteht um die Burg Gleiberg an der Mündung der Wieseck in die Lahn und wird 1197 erstmals urkundlich erwähnt. Im 13. Jahrhundert kommt die Stadt nach Hessen und wird wegen ihrer strategisch günstigen Lage im 16. Jahrhundert zur Festung ausgebaut. Gießen bleibt jedoch wesentlich Ackerbürgerstadt, bis es 1567 Regierungssitz für die oberhessischen Besitzungen Hessen-Darmstadt wird und es 1607 zur Gründung der lutherischen Landesuniversität als Gegengewicht zum calvinistischen Marburg kommt. Nunmehr entwickelt sich Gießen zur Verwaltungs- und Hochschulstadt und erhält damit seine bis heute prägenden Funktionen.

Die Industrialisierung beginnt in Gießen relativ spät und umfasst von der Tabakindustrie ausgehend ein breites Spektrum des vorwiegend leichtindustriellen Bereichs. Die Garnisonsstadt Gießen wird im Zweiten Weltkrieg stark zerstört und ist heute baulich überwiegend durch Nachkriegsbebauung geprägt. In den 90er Jahren war Gießen durch den Abzug sowohl von US-Streitkräften als auch der Bundeswehr stark von Konversion betroffen.

Wetzlar:⁶

Wetzlar entsteht als Marktsiedlung, die sich um eine Stiftskirche an Stelle des heutigen Doms bildet. Die Stadt gewinnt schnell an Bedeutung. Zu ihrem Schutz errichtet Friedrich Barbarossa eine Reichsburg auf dem Kalsmunt, eine Reihe von Ordensniederlassungen haben weiteren positiven Einfluss auf die Stadtentwicklung. Einen Schub erhält die Stadtentwicklung 1689 durch Verlagerung des Reichskammergerichts von Speyer nach Wetzlar. Diese Institution hat für etwa 100 Jahre entscheidende wirtschaftliche Bedeutung für die „Hauptstadt des Rechts“. So datiert ein Großteil der heute erhaltenen altstädtischen Bausubstanz aus jener Zeit.

Mit dem Anschluss an das Eisenbahnnetz beginnt 1862/63 die Industrialisierung Wetzlars, die insbesondere an der traditionellen Eisenerzeugung ansetzt. Schwerpunkte bilden sich in der optischen Industrie (Leica, Hensoldt, Seibert...) und im Bereich der Stahlerzeugung und von Stahlprodukten (Buderus). Anfang der achtziger Jahre schließt Buderus seinen letzten Hochofen in Wetzlar, der Strukturwandel setzt sich mit der Konversion in den 90er Jahren fort.

⁵ vgl.: BRAKE (2002), BINGSOHN / BRAKE / BRINKMANN (1997)

⁶ vgl.: THIELMANN (2002); www.wetzlar.de

THESE 1: Räumlicher Kontext

Die Entwicklungsprobleme, die Gießen und Wetzlar betreffen, haben verschiedene räumliche Dimensionen. Die Städte sind daher in unterschiedlichen räumlichen Kontexten zu betrachten:

- ⇒ als Wirtschafts- und Technologieregion im Kontext Mittelhessens
- ⇒ als Verbund der dominanten Entwicklungspole Mittelhessens im Kontext der drei mittelhessischen Oberzentren Marburg, Gießen und Wetzlar
- ⇒ als mittelhessischer Kernraum im Kontext zum Umland bzw. im stadtreionalen Kontext
- ⇒ als Oberzentren in Funktionsverbindung und Motoren eines anzustrebenden offenen Regionalisierungsprozesses als Kernstädte Gießen-Wetzlar.

Mittelhessen ist mit knapp einer Million Einwohnern eine relativ kleine, ländlich geprägte Region in zentraler Lage in Deutschland und Europa. Prägend für die regionale Siedlungsstruktur sind die Ordnungsräume entlang der Entwicklungsachsen Rhein-Main – Gießen – Marburg – Kassel und Rhein-Main – Gießen-Wetzlar – Siegen. Am Schnittpunkt dieser in wesentlichen Teilen den Tälern von Lahn und Dill folgenden Achsen bilden Gießen, Wetzlar und einige Umlandgemeinden einen kleinen Verdichtungsraum.

Die Region verfügt über kein dominierendes städtisches Zentrum, sondern mit den Oberzentren Gießen, Marburg und Wetzlar, das mit dem Landesentwicklungsplan 2000 zum Oberzentrum „in Funktionsverbindung“ mit Gießen aufgestuft wurde, über eine polyzentrale Struktur.

Der LEP weist Mittelhessen die Funktionen als Entlastungsraum für das Rhein-Main Gebiet, eine Brückenfunktion zwischen den europäischen Metropolenregionen Rhein-Main, Rhein-Ruhr, sowie den Verdichtungsräumen Siegen und Kassel und an erster Stelle die Funktion eines eigenständigen Wirtschaftsraums zu. Die tatsächliche Wahrnehmung dieser Funktionen bedarf allerdings noch der Entwicklung. Die Region weist einen wachsenden Auspendlerüberschuss von derzeit ca. 35.000⁷ gerade hoch qualifizierten Arbeitskräften⁸ in das Rhein-Main-Gebiet auf. Die Entlastungsfunktion für Rhein-Main durch einen „Überschwappereffekt“ der wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik hat sich bisher nur sehr begrenzt vollzogen und auch die Brückenfunktion zwischen den umgebenden Verdichtungsräumen hat sich in Mittelhessen bisher wesentlich in einer Zunahme des Transitverkehrs niedergeschlagen.

⁷ vgl.: Regierungspräsidium Gießen (2001)

⁸ vgl.: WILCKEN-GÖRICH (2002)

THESE 2: Wirtschafts- und Technologieregion

Mittelhessen hat als Wirtschafts- und Technologieregion einen zunehmenden Entwicklungsrückstand insbesondere gegenüber der benachbarten europäischen Metropolregion Rhein-Main, verfügt aber durchaus über ein großes endogenes Innovations- und Entwicklungspotenzial.

Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht können Gießen und Wetzlar nicht ohne ihren regionalen Kontext betrachtet werden. Sie sind für sich genommen kein eigenständiger Wirtschaftsraum, ihnen kommt jedoch mit Marburg als „dominierenden Entwicklungspolen“⁹ eine Schlüsselrolle für die Entwicklung in Mittelhessen zu.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf Regionsebene zeigt, dass Mittelhessen seiner eher ländlichen Prägung entsprechend einen nicht unerheblichen Entwicklungsabstand zum westdeutschen Durchschnitt und insbesondere dem benachbarten Rhein-Main-Gebiet aufweist.

Diese regionale Disparität innerhalb Hessens hat sich in den letzten Jahren eher noch verstärkt. Eine Ursache hierfür ist, dass die Entwicklung der mittelhessischen Wirtschaft nach wie vor durch den anhaltenden sektoralen Strukturwandel geprägt ist. Der Rückgang industrieller Arbeitsplätze seit den 70er Jahren und der massive Verlust von Zivilangestellten der amerikanischen Streitkräfte und der Bundeswehr in den 90er Jahren haben die gewachsenen Wirtschafts- und die damit verbundenen Stadtstrukturen grundlegend verändert. Anteilsverluste des produzierenden Gewerbes können seit Jahren nicht ausreichend durch Zuwächse des Dienstleistungssektors ausgeglichen werden.

Die Wirtschaftsstruktur ist dabei innerhalb Mittelhessens und insbesondere zwischen Gießen und Wetzlar nach wie vor sehr unterschiedlich geprägt: Wetzlar weist der Gesamtregion vergleichbar nach wie vor einen hohen Industriebesatz auf, während Gießen und Marburg die dominierenden Dienstleistungszentren der Region sind.

Die Struktur des Dienstleistungssektors wird dabei durch Hochschulen und Verwaltungen stark vom öffentlichen Sektor bzw. gesellschaftsbezogene Dienstleistungen geprägt, die (strategisch bedeutsamen) wirtschafts- bzw. unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind trotz einer über dem Bundes- und Landesschnitt liegenden relativen Entwicklung in den letzten beiden Dekaden nach wie vor unterrepräsentiert.¹⁰

Durch die Struktur des Dienstleistungssektors, insbesondere dessen hohe Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln, den nach wie vor überproportionalen Industriebesatz im regionalen Kontext und auch zu erwartende weitere konversionsbedingte Arbeitsplatzverluste bleibt der Strukturwandel in Mittelhessen und der Stadtregion Gießen-Wetzlar auch für die kommenden Jahre eine wesentliche Herausforderung.

Den Strukturwandel der Vergangenheit hat die Region weitgehend aus eigener Kraft, bewältigt. Diese Kompetenz im

⁹ vgl.: Regierungspräsidium Gießen (2001-II)

¹⁰ vgl.: BRÜMMER u.a. (2002)

eigenständigen Strukturwandel ist zweifellos als Stärke der Region zu bewerten. Andererseits hat sich dadurch die Kompetenz, sich im Wettbewerb um Fördermittel von Land, Bund und EU zu behaupten, auf diesen Ebenen ein schlagkräftiges Lobbying für die Region aufzubauen, bisher kaum entwickelt. Mit dem Aufbau eines mittelhessischen Regionalmanagements wird hierauf inzeischen reagiert.

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNG AUF REGIERUNGSBEZIRKSEBENE			
	Entstehungsrechnung		Verteilungsrechnung
	Bruttowertschöpfung pro Kopf in EUR (1996)	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in EUR (1995)	durchschnittliches Einkommen pro Lohn- bzw. Einkommensteuerepflichtigem in EUR (1995)
RP Gießen	18.775	12.990	29.409
Rang unter den 29 westdeutschen Bezirken	25	26	23
Hessen	27.130	14.549	32.395
Deutschland gesamt	21.073		30.413
Eigene Berechnung auf Basis Statistische Ämter des Bundes und der Länder (www.brandenburg.de/strateg/daten)			

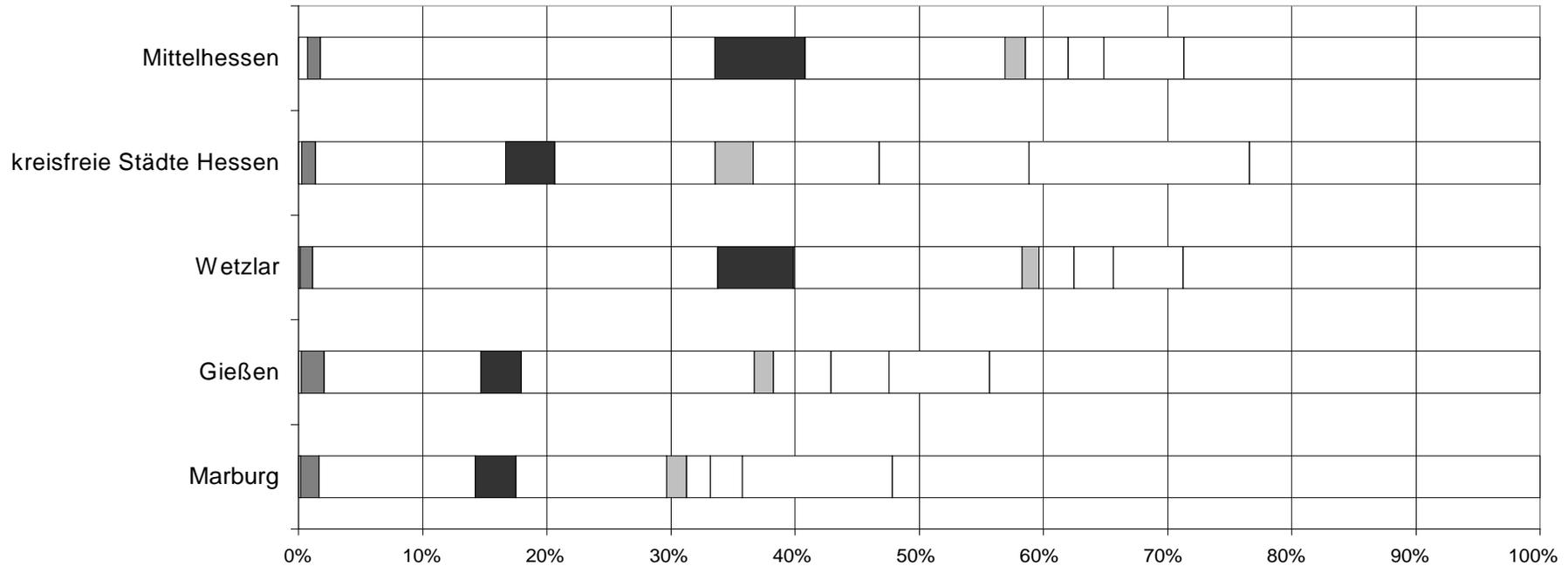
Die Chancen, den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, sind in der Region insgesamt dennoch als positiv einzuschätzen, da eine Reihe von Faktoren für eine überdurchschnittliche Innovationsfähigkeit der regionalen Wirtschaft sprechen: die diversifizierte mittelständische Struktur mit einem relativ hohen Anteil eigentümergezogener Betriebe¹¹, die relativ hohe internationale Verflechtung der regionalen Wirtschaft¹², der hohe Besitz in einer Reihe von Zukunftsbranchen und nicht zuletzt die dichte Hochschul- und Technologietransferstruktur im regionalen Maßstab.

¹¹ vgl.: ZIMMERMANN (1999)

¹² vgl.: TIELMANN (1999)

Anteile der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

(1999) Eigene Darstellung - Datenquelle: HSL



- Land- und Forstwirtschaft
- Verarbeitendes Gewerbe
- Handel
- Verkehr und Telekommunikation
- Grundst.wesen, Vermietung, Dienste für Unternehmen
- Bergbau, Energie- und Wasserversorgung
- Baugewerbe
- Gastgewerbe
- Kredit- und Versicherungsgewerbe
- Öffentliche Verw., sonstige öff. und persönl. Dienste

THESE 3: Hochschul- und Wissenschaftsregion

Die dichte Hochschulstruktur ist eine wesentliche Standortqualität und ein zentrales Innovationspotenzial der gesamten Region Mittelhessen.

Mit den traditionsreichen Universitäten in Marburg und Gießen und der Fachhochschule Gießen-Friedberg verfügt Mittelhessen über eine dichte Hochschul- und Wissenschaftslandschaft. Mittelhessen hat eine der höchsten Studierendendichten deutscher Regionen¹³, Gießen ist gar die deutsche Stadt mit den meisten Studierenden pro Einwohner. Allerdings wurden / werden jeweils gut 40% der Studierenden an den Universitäten Gießen und Marburg den Hochschulen durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) zugewiesen. Bei zurückgehenden Jahrgangsstärken der Studienanfänger (vgl.: Kapitel 3 – Herausforderung Demographie) wachsen die Freiheitsgrade der Studienplatzwahl, die Hochschulen müssen sich stärker als bisher im Wettbewerb um Studierende und um öffentliche Ressourcen behaupten.

Die Hochschulen haben Bedeutung für die Stadt- und Regionalentwicklung in wirtschaftlicher (Arbeitsplätze, Konsumpotenzial...), sozialer (Universitätskliniken...) und kultureller (Studierende als Nachfragegruppe und innovative kulturelle Milieus) Hinsicht. Sie sind aber auch ein wesentliches wirtschaftliches Innovationspotenzial. Dies kann durch Technologietransfer der (mittelständisch geprägten und daher mit Forschungspotenzial selbst nur relativ gering ausgestatteten) regionalen Wirtschaft zugute kommen.

Als wesentliche regionale Transfereinrichtungen von den Hochschulen in die Wirtschaft agieren in Mittelhessen gegenwärtig das Transferzentrum Mittelhessen und die Gesellschaft für Technologietransfer mbH (TransMIT). Diese Einrichtung unterstützt vor allem Hochschullehrer bei der wirtschaftlichen Nutzung / Vermarktung ihrer Forschungsergebnisse durch Ausgründung von Unternehmen als „TransMIT-Zentren“. Gegenwärtig existieren 25 TransMIT Zentren in den unterschiedlichsten Forschungs- und Technologiebereichen, von denen 14 in Gießen, 7 in Marburg und 4 in Friedberg ansässig sind¹⁴. TransMIT ist dabei als privatwirtschaftlich organisierte Struktur mit relativ geringer öffentlicher Finanzierung darauf angewiesen, dass die ausgegründeten Zentren schnell profitabel arbeiten können. Eine gezielte Förderung von Existenzgründungen aus den Hochschulen und eine forcierte Ausrichtung des Technologietransfers auf die Forschungsbedarfe der regionalen Wirtschaft sind in diesem Rahmen nicht möglich.

Von den Kommunen (mehr oder weniger stark) unterstützte Gründerzentren sind allerdings etwa im Europaviertel Gießen oder im Spilburg-Gewerbepark Wetzlar vorhanden. Auch das in Wetzlar neu eingerichtete „Studium+“ zielt darauf, als wirtschaftsnaher Ausbildungsgang die Vernetzung von Hochschulen und regionaler Wirtschaft zu intensivieren. Zudem kann der Ansatz dazu beitragen, durch das Regionsimage bedingte Rekrutierungsschwierigkeiten für Führungskräfte der Wirtschaft¹⁵ durch bedarfsorientierte Ausbildung zu umgehen.

¹³ vgl.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000)

¹⁴ vgl.: TransMIT (2001)

¹⁵ vgl.: Bildungswerk des Hessischen Wirtschaft (2001)

THESE 4: Verkehr

Die zentrale Lage in Europa, Deutschland und Hessen ist ein wesentliches Potenzial des Wirtschaftsstandortes.

Die Betrachtung der Ausgangslage im Bereich Verkehr zeigt ein differenziertes Bild. Einer guten überregionalen Anbindung an den Straßenverkehr stehen Defizite im Bereich der Schienenwege und im stadtreionalen Verkehr gegenüber.

Mit dem Bau der A45 und dem Gießener Ring mit Anbindung an die A5 wurde die Stadtregion Gießen-Wetzlar in den 70er Jahren hervorragend in das bundesdeutsche Autobahnnetz eingebunden. Die damit einhergehende Stärke durch die schnelle Erreichbarkeit fast aller Wirtschaftsräume Deutschlands für den motorisierten Individualverkehr und den Güterfernverkehr wird jedoch durch die Überlastung der A5 in das Rhein-Main-Gebiet und die zunehmende Verkehrsbelastung durch den Ost-West-Transitverkehr eingeschränkt.

Hingegen hat der Eisenbahnknotenpunkt Gießen mit dem Bau der ICE Strecke über Fulda und der bevorstehenden Inbetriebnahme der ICE-Strecke Frankfurt – Köln seine frühere Bedeutung eingebüßt. Gießen-Wetzlar ist heute die größte Stadtregion Deutschlands ohne ICE Anschluss.¹⁶ Der im Bundesverkehrswegeplan enthaltene Ausbau der Bahnstrecke in das Ruhrgebiet ist im Entwurf zur Fortschreibung des Planes nicht mehr enthalten. Die Integration der Stadtregion Mittelhessens in den Rhein-Main-Verkehrsverbund und die Anbindung an den neuen ICE Bahnhof Limburg sollen deshalb in Zukunft die überregionale Anbindung in das Schienennetz gewährleisten.

Auch die stadtreionale Mobilität ist durch die Dominanz des motorisierten Individualverkehrs geprägt. Netzdefizite sind vor allem im Bereich der Radwege und in der Vernetzung des öffentlichen Personennahverkehrs innerhalb der Stadtregion und mit dem Umland zu verzeichnen.

THESE 5: Städte-Umland

Während sich das Umland als engerer Verflechtungsbereich der Kernstädte Gießen und Wetzlar zunehmend zum Speckgürtel entwickelt, werden die Kernstädte zu schwachen Städten in einem starken Umfeld. Der Wandel der Siedlungsstruktur von der historischen europäischen zur Zwischen- bzw. Regionalstadt ist in der Stadtregion Gießen-Wetzlar bereits weit fortgeschritten.

Wenn im Folgenden von der Stadtregion Gießen-Wetzlar die Rede ist, ist der engere Verflechtungsbereich der beiden Oberzentren gemeint, der allerdings nicht abgegrenzt wird. Eine abschließende Abgrenzung der Stadtregion Gießen-Wetzlar etwa an Hand der Pendlerverflechtungen, der Einzelhandelsverflechtungen, der naturräumlichen Gliederung,

¹⁶ vgl. WENIGE (2001)

oder von raumordnerischen Legaldefinitionen erscheint im Sinne eines offenen Regionalisierungsprozesses, der gerade nicht auf eine Funktionalreform von oben zielt, wenig hilfreich. Als Betrachtungsebene im Projekt Stadt 2030 Gießen-Wetzlar dient der von Gießen-Wetzlar und den unmittelbar angrenzenden Gemeinden gebildete Raum.¹⁷

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in der Stadtregion sowohl bezogen auf das Wohnen, als auch das Gewerbe ein kontinuierlicher Suburbanisierungsprozess – auf Grund der eng geschnittenen Gemeindegrenzen überwiegend außerhalb der Oberzentren Gießen und Wetzlar – vollzogen.

Während die Kernstädte Gießen (ca. –5%) und Wetzlar (ca. –15%) im Zeitraum von 1980-1999 erheblich an Arbeitsplätzen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort) eingebüßt haben, verbuchte das stadregionale Umland im selben Zeitraum einen Zuwachs von ca. 35%.¹⁸ Besonders stark haben Linden, Buseck und Schöffengrund von der wirtschaftlichen Suburbanisierung profitiert. Bezogen auf die Bruttowertschöpfung haben die Kernstädte sich in den 90er Jahren allerdings wieder positiver entwickelt als ihr Umland.¹⁹ So sind Wetzlar (0,47 Arbeitsplätze pro EW²⁰) und insbesondere Gießen (0,61) wirtschaftlich nach wie vor starke Zentren, die das Umland in erheblichem Maße mit Arbeitsplätzen versorgen. 64,6% der Wetzlarer und 72,2% der Gießener Arbeitsplätze werden von Einpendlern bekleidet.²¹

Die auf das Wohnen bezogene Entwicklung ist für die Kernstädte weit problematischer, da der diesbezügliche Suburbanisierungsprozess sozial selektiv ist. Insbesondere junge und einkommensstarke Haushalte verlassen die Städte (während die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen sich zunehmend in den Städten konzentrieren), die kommunalen Finanzen basieren zunehmend auf dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. In der Konsequenz ist insbesondere Gießen u.a. durch das Vorhalten regional bedeutsamer Kultureinrichtungen (insbesondere des Stadttheaters Gießen) und hohe Sozialleistungen hoch verschuldet, während die Umlandgemeinden in weiten Teilen eine relativ entspannte Haushaltssituation aufweisen.

Die Suburbanisierungsprozesse der letzten Dekaden haben auch in das siedlungsstrukturelle Gefüge der Stadtregion stark eingegriffen. Durch Siedlungsflächenzuwächse insbesondere im Umland hat sich eine Art regionaler Zwischenstadt mit interner Funktionsteilung herausgebildet, die klar auf das Automobil ausgerichtet ist.

¹⁷ dieser beinhaltet im Übrigen den auf die Pendlerbeziehungen bezogenen engeren Verflechtungsbereich vollständig und ergänzt diesen um Hüttenberg und Hohenahr. (vgl.: Giese (2002), Brümmer u.a. (2002)

¹⁸ vgl.: BRÜMMER u.a. (2002), TIELMANN (2001)

¹⁹ vgl.: TIELMANN (2001)

²⁰ vgl.: www.hsl.de (eigene Berechnung)

²¹ vgl.: WILCKEN-GÖRICH (2002)

THESE 6: Einzelhandelsstandorte

Gießen und Wetzlar sind erfolgreiche Einzelhandelsstandorte, deren Innenstädte allerdings zunehmend unter Anpassungsdruck geraten.

Die Einzelhandelsfläche ist in Deutschland allein in den letzten zehn Jahren um mehr als 25% gewachsen und hat sich damit sehr viel dynamischer entwickelt als die Umsätze. Dementsprechend ist die Flächenproduktivität partiell relativ gering. Im Schnitt liegt sie in Deutschland nach Angaben des Hauptverbandes des deutschen Einzelhandels (HDE) nur etwas mehr als halb so hoch wie etwa in Frankreich oder Großbritannien.²²

Die Ausweitung der Handelsfläche ist bedingt durch einen tiefgreifenden Strukturwandel des Einzelhandels in Richtung immer größerer Einheiten hinsichtlich Flächen- und Eigentümerstruktur. Dieser Prozess ist begleitet von einem standörtlichen Wandel hin zu autogerechten und preisgünstigen Handelsflächen an peripheren Standorten. Die Innenstädte und besonders die Stadtteilzentren sind dadurch strukturell in ihrer Versorgungsfunktion gefährdet, das Einsickern großflächigen Einzelhandels in Gewerbestandorte kann Verdrängungsprozesse von Gewerbebetrieben zur Folge haben.

Wetzlar und besonders Gießen sind auf Basis ihrer zentralen Lage in einem eher ländlich geprägten Umfeld erfolgreiche Einzelhandelsstandorte mit erheblichen, sich partiell überschneidenden Einzugsbereichen von 260.000 (Wetzlar²³) bzw. 385.000 (Gießen²⁴) Einwohnern. Gießen weist eine Einzelhandelszentralität (Relation Umsatz / Kaufkraft) von 2,14, Wetzlar von immerhin 1,71 auf.

Das Gros des Umsatzes wird dabei sowohl in Gießen (61,6%) als auch in Wetzlar (76,1%) in innerstädtischen Lagen erwirtschaftet. Die Flächenproduktivität ist in der Gießener Innenstadt im Schnitt um ca. 15% höher als in Wetzlar. Die Wetzlarer Innenstadt hat mit einer räumlichen Zersplitterung der Einzelhandelsbereiche zwischen Bahnhofstraße, Karl-Kellner Ring, Langgasse und historischer Altstadt zu kämpfen. Leerstandsprobleme sind hier etwa im Bereich der Langgasse bereits sichtbar. Demgegenüber bildet die Gießener Innenstadt als Bereich innerhalb des Anlagenrings eine relativ geschlossene Einzelhandelszone mit dem Seltersweg als zentraler Achse. Das „Bröckeln“ des Handelsbesatzes beschränkt sich bisher weitgehend auf die B-Lagen. Zur Stärkung der Innenstädte als Einzelhandelsstandorte werden momentan in beiden Städten mit dem „Mittelhessencenter“ bzw. der „Galerie Neustädter Tor“ großflächige Einzelhandelsentwicklungen vorbereitet.

Während in beiden Städten nach wie vor Ansiedlungsdruck im Bereich der dezentralen Einzelhandelsagglomerationen besteht, geraten die Nahversorgungszentren zunehmend unter Anpassungsdruck.

²² vgl.: Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2002

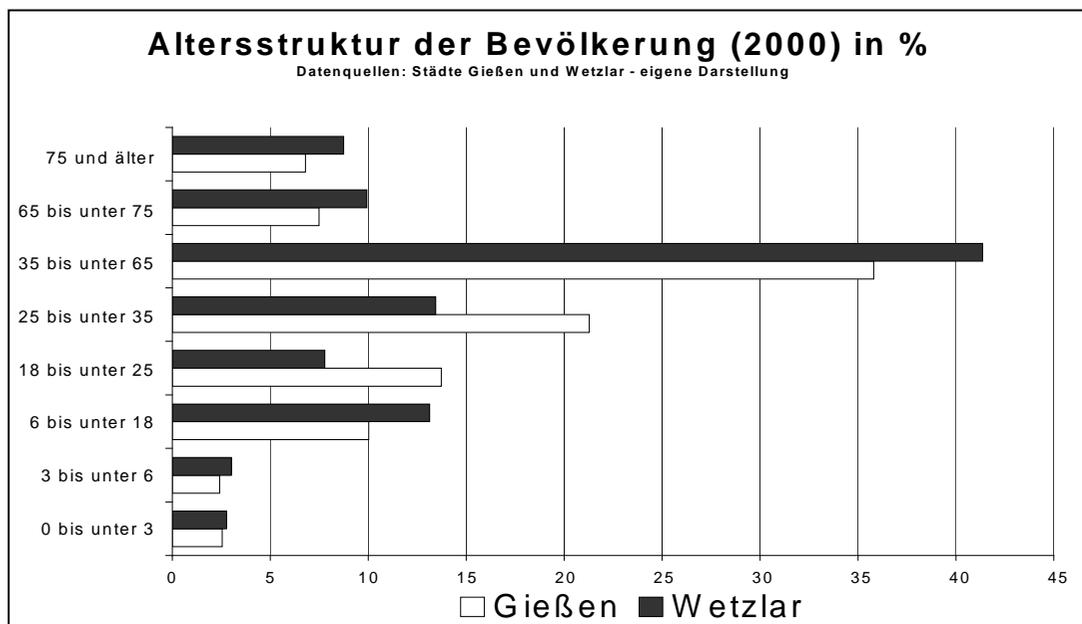
²³ vgl.: ECON Consult (1999)

²⁴ vgl.: GMA (1999)

THESE 7: Soziale Entwicklung / Integration

Die fortschreitende sozialräumliche Entmischung / Segregation in der Stadtregion vollzieht sich zu Lasten der Kernstädte Gießen und Wetzlar und besonders einiger Stadtteile. Gießen und Wetzlar erbringen den Hauptteil der Sozial- und Integrationsleistungen in der Stadtregion.

Gießen und Wetzlar weisen grundlegend unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen auf: Gießen ist als Universitätsstadt stark durch die studentische Bevölkerung geprägt, während Wetzlar – für altindustrielle Städte typisch – eine bereits relativ stark überalterte Bevölkerung aufweist.



Ein gegenüber dem Umland erhöhtes Maß sozialer Probleme ist beiden Städten – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – aber gemeinsam.

Die sozialräumliche Segregation zwischen Umland und Kernstädten schreitet fort. Die Arbeitslosenquoten liegen in den Kernstädten beinahe doppelt so hoch wie in Teilen des Umlands, die Sozialhilfequoten sind ebenfalls deutlich höher, die durchschnittlichen Einkommen der Wohnbevölkerung niedriger. Bedingt wird dies einerseits durch die günstigeren Rahmenbedingungen für Wohneigentumsbildung im Umland und den Fortzug einkommensstarker Haushalte aus den Kernstädten, andererseits durch die höhere Attraktivität der Kernstädte für sozial benachteiligte Gruppen. Passendes Wohnungsangebot und Mobilität sind hier weit eher als in den Umlandgemeinden gewährleistet und auch das Niveau

der sozialen Angebote ist in der Tendenz besser.

Die sozialräumliche Entmischung verstärkt sich aber auch innerhalb der Kernstädte. Die benachteiligten Bevölkerungsgruppen konzentrieren sich vorwiegend in innenstadtnahen, durch den gründerzeitlichen oder Nachkriegs-Geschosswohnungsbau geprägten Stadtteilen wie der West- und Nordstadt in Gießen oder den Bereichen Niedergirmes oder Silhöfer Aue in Wetzlar. In der Gießener Nordstadt beispielsweise lag die Sozialhilfequote 1998 mit 14,4 beinahe doppelt so hoch wie in der Gesamtstadt, der Ausländeranteil mit 21% um ca. 60% über dem gesamtstädtischen Niveau.²⁵ Die räumliche Ballung sozialer Probleme, ein damit einhergehendes Negativimage und (städte-)bauliche Mängel können in den betroffenen Stadtteilen zu einer Negativspirale führen, die durch das Zusammenschmelzen und demzufolge räumliche Konzentration der Sozialwohnungsbestände noch verstärkt wird. In der Gießener Nordstadt und im Bereich der Silhöfer Aue in Wetzlar wird über das Programm „Soziale Stadt“ gegenwärtig im Sinne einer integrierten Quartierserneuerung gegen die Abwärtsentwicklung des Quartiers interveniert.

Die sozialräumliche Differenzierung geht einher mit einer hohen ethnischen Heterogenität in den Städten. Die Ausländeranteile liegen in Gießen und Wetzlar gleichermaßen bei 13,8%, wobei in Gießen eine breitere Struktur von Ausländergruppen vorhanden ist. Dies verlangt den Städten ein hohes Maß an Integrationsleistungen ab.

THESE 8: Wohnstandort

Gießen und Wetzlar verlieren insbesondere junge, einkommensstarke Bevölkerung an das Umland. Die ökonomischen und räumlichen Rahmenbedingungen für die Wohneigentumsbildung sind im Umland günstiger als in den Kernstädten.

Die zunehmende soziale Entmischung im stadtreionalen Kontext korrespondiert mit der Struktur der Wohnungsbestände: während sich die kleineren Wohnungen und der Geschosswohnungsbestand in den Kernstädten (in Gießen in weit höherem Maße als in Wetzlar) konzentriert, ist der Wohnungsbestand in den Umlandgemeinden hauptsächlich durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt.

Der generelle gesellschaftliche Trend zum (vorzugsweise freistehenden) Einfamilienhaus lässt sich in den Umlandgemeinden leichter realisieren als in den Kernstädten. Dies ist einerseits im vorhandenen Bodenpreisgefälle von ca. 50 € / m² zwischen Kernstädten und Umland (wobei das Bodenpreinsniveau im Vergleich mit dem benachbarten Rhein-Main Gebiet auch in den Kernstädten moderat ist), andererseits in der schlichten Flächenverfügbarkeit begründet. Die in Gießen und Wetzlar angebotenen Reihenhausgrundstücke haben in den letzten Jahren an Marktgängigkeit eingebüßt, ausreichende Angebote an Baugrundstücken für Doppelhäuser oder freistehende Einfamilienhäuser sind zumindest zu wirtschaftlich attraktiven Konditionen nicht ausreichend vorhanden. Die wohnungsbezogene Suburbanisierung schreitet somit fort, zumal das Bauvolumen in den letzten Jahren (auch konjunkturell bedingt)

²⁵ vgl.: Magistrat der Stadt Gießen (1999)

rückläufig war.

Der Eigenheimbau ist in Gießen und Wetzlar wie in der gesamten mittelhessischen Region stark durch Einzelvorhaben geprägt, eine aktive Bauträgertätigkeit hat sich bisher kaum entwickelt. Auch hinsichtlich der „Baukultur“ ist ein wesentlicher Vorsprung der Kernstädte gegenüber dem Umland nicht feststellbar. So ist es Gießen und Wetzlar bisher nicht in ausreichendem Umfang gelungen, ihre Urbanität als positiven Standortfaktor für die Wohnortwahl zum Tragen zu bringen.

KENNGRÖSSEN DER WOHNUNGSSTRUKTUR, WOHNUNGSNEUBAU					
Stand: 31.12.1999	durchschnittliche Wohnungsbelegung (EW / WE)	durchschnittliche Wohnungsgröße in m ²	Wohnfläche je EW in m ²	Anteil der WE in Einfamilien- häusern	fertiggestellte WE pro 1.000 EW und Jahr (1998-1999)
Gießen	1,81	71,7	39,6	11,3	4,64
Wetzlar	2,22	86,7	39,1	27,1	4,18
Mittel der 15 angrenzenden Gemeinden	2,36	100,2	42,4	35,8	4,83
eigene Berechnung; Datenbasis: Hessisches Statistisches Landesamt (www.hsl.de)					

THESE 9: Stadtumbau

Eine zunehmende Zahl von Bereichen in Innenstadt(rand)lagen in Gießen und Wetzlar weist städtebauliche Funktions- und teilweise auch Substanzschwächen auf. Stadterneuerung bleibt eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung.

Eine Reihe von Quartieren in zentraler Lage der Kernstädte weist durch „bröckelnden“ Handelsbesatz, Nutzungskonflikte zwischen Wohnen und Gewerbe, einen geringen Freiraumanteil, hohe Verkehrsbelastung, damit ein unbefriedigendes Wohnumfeld und soziale Probleme, also zunehmende Funktions- und partiell auch Substanzschwächen auf. Diese Quartiere bedürfen planerischer und baulicher Intervention, um nicht in eine Abwärtsspirale zu geraten, die auch im Hinblick auf die Gesamtstadt negative Auswirkungen erzeugen kann.

Das Thema Stadterneuerung und Stadtsanierung gewinnt damit wieder an Aktualität. Die Stadt Gießen, die im Bereich der nördlichen Innenstadt über ein förmlich festgestelltes Sanierungsgebiet verfügt, hat in einer Voruntersuchung acht weitere potenzielle Sanierungsbereiche vor allem in der Innen-, Nord- und Weststadt identifiziert. In Wetzlar sind

erneuerungsbedürftige Bereiche in der Innenstadt, in Nierdergirmes, der Silhöfer Aue und im Bereich Dalheim vorhanden.

Dem mit dem Städtebauförderungsgesetz in den 70er Jahren eingeführten sanierungsrechtlichen Instrumentarium, das auf einen konzentrierten Mitteleinsatz in einzelnen Problemgebieten aufbaut, sind mittlerweile ökonomisch zu einem gewissen Teil die Grundlagen entzogen. Zwar werden in Hessen neue Sanierungsmittel aufgelegt, es ist aber nicht denkbar, damit alle notwendigen Stadterneuerungsbereiche abdecken zu können.

Eine Weiterentwicklung in Richtung integrierter Quartierserneuerungsstrategien wurde mit dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ (in das die Gießener Nordstadt und die Silhöfer Aue in Wetzlar einbezogen wurden) unternommen, das „Urban II“ Programm der EU und das in Vorbereitung befindliche Bundesprogramm „Stadtumbau West“ sind weitere neue Ansätze, die anstehenden Stadterneuerungsaufgaben zu bewältigen.

THESE 10: Flächenverfügbarkeit

Mangelnde Flächenverfügbarkeit in einigen Angebotssegmenten sowohl bezogen auf Gewerbe, als auch das Wohnen hemmt die Entwicklung von Gießen-Wetzlar.

Die Siedlungsflächenentwicklung stößt in Gießen und Wetzlar mittelfristig an ihrer Grenzen. In Gießen wurden zwischen 1971 und 2000 305,6 ha Freiraum neu besiedelt.²⁶ Ein höherer Wert wurde nur durch die in den 90er Jahren in erheblichem Umfang praktizierte Wiedernutzung militärischer Liegenschaften vermieden. Gegenüber dem Planungsstand des jeweiligen FNP verfügten Gießen (ca. 295 ha) und Wetzlar (ca. 190 ha) nur noch überbegrenzte potenzielle Erweiterungsflächen. Darunter werden diejenigen Außenbereichsflächen gefasst, die nicht Wald, FFH-Gebiet, Natur- oder Landschaftsschutzgebiet, regionaler Grünzug oder Überschwemmungsgebiet sind. Die Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen gewinnt damit für die Stadtentwicklung zunehmend an Bedeutung, zumal die Nutzungszyklen gewerblicher Grundstücke tendenziell kürzer werden.

Innenentwicklungspotenziale sind auch noch in großem Umfang etwa als Eisenbahnbrachen und Nachverdichtungspotenziale vorhanden. Deren Aktivierung ist aufgrund der eher kleinteiliger Struktur jedoch schwierig. Es ist aber durchaus denkbar, dass sich durch einen möglichen Abzug weiterer militärischer Nutzungen oder gewerbliche Umstrukturierungen auch wieder großflächige Brachen als Flächenpotenziale der Stadtentwicklung anbieten.

Gegenwärtig verfügen weder Gießen noch Wetzlar über Flächenangebote in allen relevanten Segmenten am Markt. Angebotslücken sind insbesondere bei größeren und preisgünstigeren Gewerbe- und Wohngrundstücken vorhanden. Gründe dafür sind einerseits die kleinteilige Parzellen- und Grundeigentümerstruktur, die sich als Erschwernis der Baulandmobilisierung erweist, andererseits die ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Preise für Bau- und auch

²⁶ vgl.: Planungsamt Gießen

Bauerwartungsland sind deutlich höher als im Umland, die Kommunen sind nur begrenzt in der Lage, Erschließungskosten vorzufinanzieren und / oder kommunalen Zwischenerwerb zu betreiben.

Eine konsequente Baulandbewirtschaftung im Sinne einer Abschöpfung planungsbedingter Wertsteigerungen zur Finanzierung der Erschließung oder Kostensenkung des Baulands steckt noch in den Anfängen. Der Baulandbeschluss in Gießen wurde eher unverbindlich formuliert, eine diesbezügliche Regelung ist in Wetzlar noch in Vorbereitung.

THESE 11: Natur und Landschaft

Die landschaftlich attraktive Lage und die enge Verknüpfung von Siedlungs- und Freiraum sind eine wesentliche Qualität und ein positiver Standortfaktor der Stadtregion.

Natur und Landschaft der Stadtregion Gießen-Wetzlar sind geprägt durch die Niederungen des Lahntals und die ansteigenden Mittelgebirgshänge. Die Lahn bildet das zentrale verbindende Landschaftselement zwischen Gießen und Wetzlar. Durch die Siedlungsentwicklung der vergangenen Jahrzehnte ging im stadtreionalen Kontext Freiraum, vor allem der Anteil an landwirtschaftlich genutzten Flächen, verloren. Dennoch ist die Stadtregion vergleichsweise intensiv mit den umgebenden mittelhessischen Naturräumen vernetzt und intern durchgrünt. Die landschaftlich abwechslungsreiche Mittelgebirgslandschaft bietet darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung bis hin zum Tourismus. Vor allem der Bootstourismus auf der Lahn hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen.

Der Schutz von Natur und Landschaft sowie die aktiven Landschaftspflegemaßnahmen wurden in den vergangenen Jahrzehnten intensiviert. Große Teile der Lahnaue wurden in den regionaler Grünzug des Regionalplans aufgenommen. Dessen „multifunktionale“ Nutzung für die natürlichen Freiraumfunktionen, wie für Erholung und Freizeitnutzung, ist bisher nur unzureichend konkretisiert und wurde überschattet durch überdimensional angelegte Planungen für freizeitwirtschaftliche Nutzungen der Auenlandschaft zu Zeiten der Gebietsreform der 70er Jahre.

THESE 12: Kulturregion

Gießen und Wetzlar verfügen im Verbund über ein gutes kulturelles Angebot, das alle künstlerischen Sparten abdeckt, jedoch insgesamt kein klares Profil aufweist und sowohl innerhalb, als auch besonders außerhalb der Stadtregion nicht angemessen wahrgenommen wird.

Gießen und Wetzlar übernehmen als Oberzentren wichtige kulturelle Funktionen für ihr Umland. Beide Städte sind historisch unterschiedlich gewachsen und dementsprechend unterschiedlich geprägt. Beide Städte verstehen sich aber als Kulturstädte. Während „Gießen - Kulturstadt an der Lahn“ dies im Stadtmarketing nicht näher eingrenzt, positioniert sich Wetzlar als Dom- und Goethestadt und verweist damit auf Besonderheiten seiner Stadtgeschichte.

Beide Städte weisen ein breites Kulturangebot (ca. 260 Anbieter in Wetzlar und ca. 400 in Gießen²⁷) auf. Dabei spielt kulturelle Eigentätigkeit als bürgerschaftliches Engagement in beiden Städten eine wichtige Rolle. In Wetzlar ist diese Eigentätigkeit hauptsächlich in traditionellen und kulturpflegenden Bereichen zu finden, während in Gießen dem Charakter der Universitätsstadt entsprechend häufig privatinitiierte Tätigkeiten neu entstehen, die als fehlend betrachtete, zeitgenössische Kulturangebote abzudecken suchen. Diese unterliegen jedoch einer recht hohen Fluktuation.

Mit dem Gießener Stadttheater, das als Dreispartenhaus das Aushängeschild der öffentlich geförderten Kultur in der Stadtregion darstellt, den Wetzlarer Festspielen, einem überdurchschnittlichen Angebot im Bereich der Musik und einer reichen Museumslandschaft sind durchaus Angebotsschwerpunkte vorhanden. Eine klare Profilierung des Kulturangebotes auf Ebene beider Städte ist dennoch nicht erkennbar.

Ein alle künstlerischen Sparten abdeckendes hochwertiges Kulturangebot ist nur auf Ebene beider Städte bzw. der Stadtregion vorhanden. Die beiden Städte werden aber trotz ihrer geografischen Nähe bisher kaum als gemeinsamer kultureller Aktions- und Angebotsraum wahrgenommen. Ebenso ist die Darstellung und damit die Außenwahrnehmung des kulturellen Angebotes in der Stadtregion schwach,²⁸ was auch mit der kleinteiligen, partiell modernisierungsbedürftigen Struktur der Kulturstätten korrespondiert.

Insbesondere mit der jungen Tradition der Stadtrauminszenierungen in Gießen und den vorhandenen Angebotsschwerpunkten sind jedoch mögliche Anknüpfungspunkte für die Schaffung auch überregional wahrnehmbarer Highlights bzw. Aushängeschilder des kulturellen Angebotes vorhanden. Eine kulturelle Schwerpunktsetzung und Angebotsprofilierung könnte etwa am Schnittpunkt Kultur – Wissenschaft – Technologie ansetzen; wie bereits mit dem Liebig-Jahr 2003 beabsichtigt.

²⁷ vgl.: BEHNECKE / EVERT (2001)

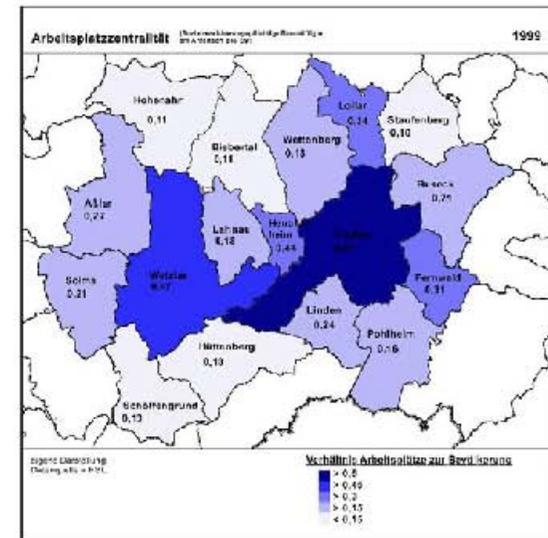
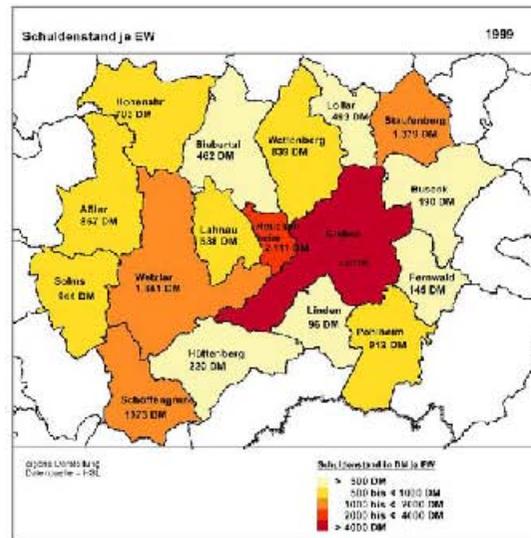
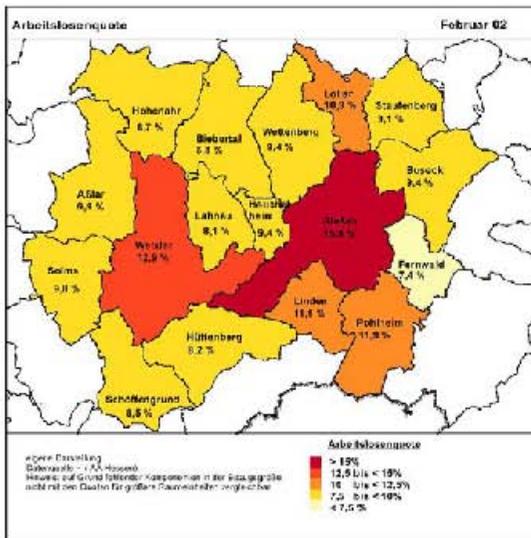
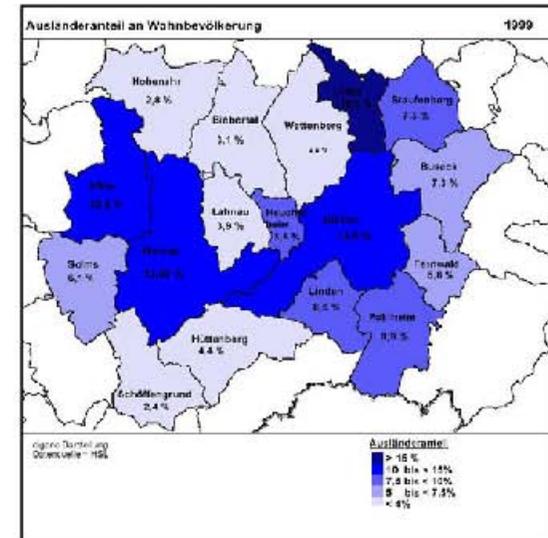
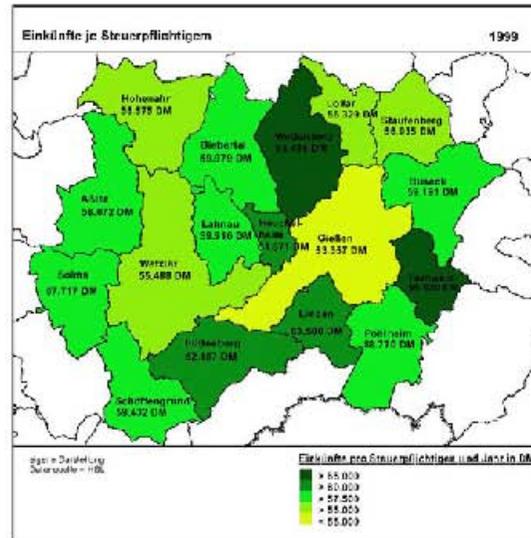
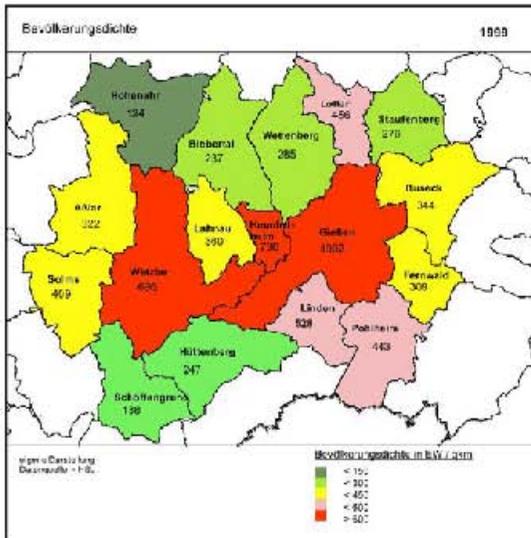
²⁸ vgl.: Bildungswerk der hessischen Wirtschaft

Fazit

Gießen und Wetzlar sind unterschiedlich strukturierte Städte, die sich in ihrer tendenziellen Komplementarität ergänzen. Die Polyzentralität der Stadtregion Gießen-Wetzlar und Mittelhessens kann als Qualität und Potenzial begriffen und entwickelt werden. Als dominierende Entwicklungspole des Mittelhessischen Kernraums, die im Verhältnis zum Umland eine vergleichbare Problemlage aufweisen, können sich Gießen und Wetzlar durch Kooperation weiterentwickeln. Sich den Realitäten eines eng verknüpften regionalen Raumgefüges zu stellen, daraus eine zukunftsfähige Siedlungsstruktur zu entwickeln, Funktionsverluste und städtebauliche Missstände in den städtischen Zentren abzuwenden, ist eine wesentliche Aufgabe der Planung für die kommenden Jahrzehnte, die von den Kommunen nur gemeinsam bewältigt werden kann.

Einerseits das Stadt-Umland-Verhältnis, das schwache Städte in einem starken Umfeld sieht, andererseits der strukturelle Entwicklungsbedarf der Region Mittelhessen bedingt einen erheblichen Handlungsdruck. In der strukturkonservativ geprägten (Stadt-)region erfordert dies unter sich erschwerenden ökonomischen Bedingungen politisch-institutionelle und vor allem instrumentelle Innovationen im Sinne eines offenen Regionalisierungsprozesses.

STADTREGION GIESSEN-WETZLAR: DAS SPECKGÜRTEL-PHÄNOMEN



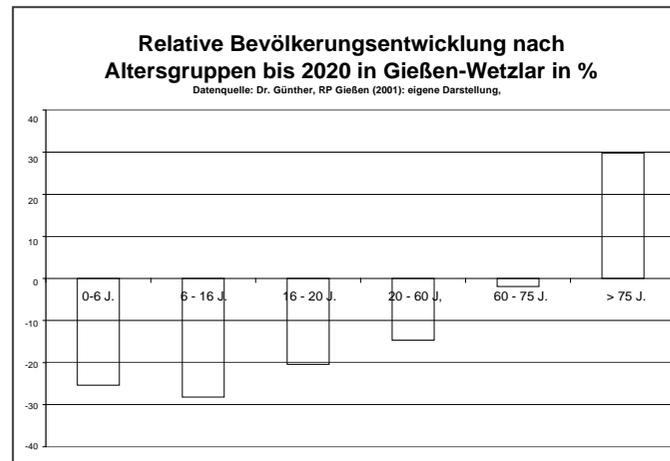
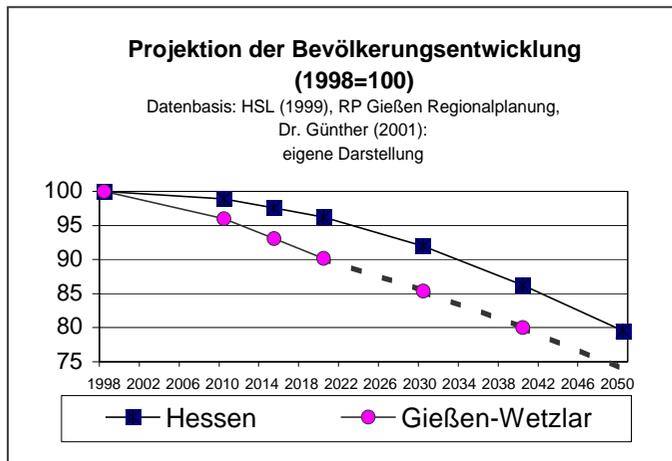
PROJEKTGRUPPE STADT + ENTWICKLUNG
FERBER, GRAUMANN UND PARTNER, LEIPZIG

3. HERAUSFORDERUNG GIESSEN-WETZLAR 2030

Ein Generationenabstand bzw. 30 Jahre sind ein zu langer Betrachtungshorizont, um die Rahmenbedingungen und damit die notwendig werdenden politisch-planerischen Interventionen mit hinreichender Sicherheit prognostizieren zu können. Es gilt deshalb um so mehr für die Herausforderungen der Zukunft Verfahren und Instrumente zu entwickeln, die es ermöglichen, für den Zeithorizont 2030 Strategien der Stadtentwicklung zu entwerfen. Es geht hierbei nicht in erster Linie darum, einen Plan zu entwickeln, wie die Stadtregion Gießen-Wetzlar 2030 aussehen wird oder soll, sondern darum, einen Weg aufzuzeigen, wie sie handlungsfähig bleibt, um auf die Zukunftsherausforderungen erfolgreich reagieren zu können.

Herausforderung Demographie

Die demographische Entwicklung ist langfristig relativ gut vorhersehbar. Der Hauptteil der Bevölkerung des Jahres 2030 lebt bereits und auch die Geburtenraten und Lebenserwartungen sind nur sehr langfristigen Veränderungsprozessen unterworfen. Die Projektionen der Bevölkerungsentwicklung sind damit – abgesehen von Wanderungsbewegungen – relativ verlässlich. Bis 2020 prognostiziert das Regierungspräsidium Gießen in den beiden Städten jeweils einen Bevölkerungsverlust von ca. 10%²⁹.



Geht man als Arbeitshypothese davon aus, dass im Zeitraum ab 2020 die demographische Entwicklung in Gießen-Wetzlar parallel zu der des Landes Hessen verlaufen wird, ergibt sich bei Zugrundelegung der Projektion des Statistischen Landesamtes ein Bevölkerungsrückgang gegenüber 1998 von ca. 15% bzw. ca. 8.000 Menschen in Wetzlar und 10.000 Menschen in Gießen. Dabei ist für Gießen der Sonderfaktor des Bevölkerungsrückgangs durch zurückgehende Studierendenzahlen (Rückgang der Bevölkerung im Alter von 20-25 Jahren bis 2030 um ca. 25% in Hessen) noch nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung stark verändern: Einen Rückgang von ca. einem Drittel im Bereich der Kindergarten- und GrundschulKinder (2020 gegenüber 1998) steht ein Zuwachs bei den alten Menschen über 75 Jahre um bis zu 40% gegenüber. Diese Entwicklungen werden entscheidende Auswirkungen

- auf den Arbeitsmarkt
- auf die Wohnungsnachfrage
- auf die Auslastung der sozialen Infrastrukturen und Bildungseinrichtungen
- und auf die kommunalen Finanzen haben.

Am deutlichsten wird dies am Beispiel des Wohnungsmarktes. Unterstellt man einen zukünftig etwas abgeschwächten jährlichen Rückgang der Belegungsziffer, ist von einem Angebotsüberhang in der Größenordnung von ca. 5.000 Wohnungen im Jahr 2030 allein bezogen auf den heutigen Wohnungsbestand ohne neubaubedingte Angebotsausweitung, auszugehen.

Stadtentwicklung bei zurückgehender Bevölkerung ist somit eine wesentliche – und neue – Herausforderung, der sich die Stadtregion Gießen-Wetzlar im Hinblick auf 2030 zu stellen hat.

Herausforderung Ökonomie und Technologie

Die wirtschaftliche Entwicklung ist und bleibt die wichtigste Determinante der Stadtentwicklung.³⁰ Strategien für das Jahr 2030 müssen deshalb in der Lage sein, sich mit dem beschleunigenden ökonomisch / technologischen Wandel aktiv auseinander zu setzen.

Dabei ist noch kaum absehbar, welche technologischen Basisinnovationen in der nächsten Generation bevorstehen, welche Fortschritte etwa in den Bereichen Mikroelektronik, Nanotechnologie / Mikrosystemtechnik, Biotechnologie – und damit in wesentlichen Kompetenzfeldern der Wirtschaft in Gießen-Wetzlar – zu erwarten sind. Aussagen von Futurologen hierzu sind widersprüchlich. Auch wenn etwa die spektakulären Vorhersagen von Ray Kurzweil³¹ nicht

²⁹ vgl.: GÜNTHER(2001)

³⁰ vgl.: MÄDING (2000)

³¹ „Die nächsten 100 Jahre werden Hunderte Mal mehr Fortschritt bringen, als die letzten 100 Jahre. Und die waren schon ziemlich revolutionär.“... „Im Jahr 2030 wird Rechnerkapazität im Wert von nur einem Dollar die Leistungsfähigkeit des gesamten

eintreten, wird die sich abzeichnende Veränderungsdynamik in jedem Fall erheblich sein. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturen werden einem grundsätzlichen Wandel unterliegen. Die Technologiefolgen sind dabei so schwer zu kalkulieren, wie die Technologieentwicklung selbst³².

Schon heute ist deutlich, dass die mit dem technologischen Wandel einhergehende Globalisierung in die gewachsenen Strukturen der räumlich-funktionalen Arbeitsteilung eingreift und unter anderem zu einer stärkeren räumlichen Konzentration der wirtschaftlichen Entwicklung führt. Besonders betroffen hiervon sind die Kontroll- und Steuerungsfunktionen großer Unternehmen, die zunehmend in die dynamisch wachsenden Metropolenregionen bzw. „Global Cities“ verlagert werden. Für Mittelhessen als Region stellt sich somit die Herausforderung

- die „Brückenfunktion“ zwischen den Metropolenregionen Rhein-Main und Rhein-Ruhr und die „Entlastungsfunktion“ für Rhein-Main durch wirtschaftliche Verflechtungen auszufüllen sowie dabei
- die Funktion als eigenständiger Wirtschaftsraum zu stärken.³³

Hierbei kann der Sachverhalt genutzt werden, dass Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnologie zunehmende Freiheitsgrade sowohl bei der Wahl des Wohnstandortes als auch bei der Standortwahl einer Reihe von Unternehmenstypen schafft. Dies wertet die „weichen“ Standortfaktoren, wie Natur und Landschaft, die Wohnattraktivität oder das kulturelle Umfeld weiter auf. Hinzu kommen neue Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven im Bereich personen- und haushaltsbezogener Dienstleistungen. Die Gewinnung von Fach- und Führungskräften wird in den kommenden Jahrzehnten zum Familien- und Mehrgenerationenprojekt und wird Stadtregionen mit einem breiten Angebot an haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen für Kinder und ältere Familienangehörige einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Gleiches gilt für die Mobilisierung des weiblichen Arbeitskräfte-reservoirs.

Ökonomische und technologische Entwicklungen lassen dem Bildungspotential der ortsansässigen Bevölkerung strategische Bedeutung zukommen. Erweiterte und qualitativ hochwertige Bildungsangebote werden noch stärker als weicher Standortfaktor an Bedeutung gewinnen.

Hingegen werden sich in Zukunft die Chancen, die Verbesserung harter Standortfaktoren mit Hilfe staatlicher Strukturförderprogramme bewältigen zu können, verschlechtern. Eine erweiterte Europäische Union und sich verschärfende wettbewerbsrechtliche Regelungen werden die Mobilisierung von Mitteln für die anhaltende militärische Konversion (Gießen) oder den Aus- und Umbau von Verkehrsinfrastrukturen erschweren. In einem sich zuspitzenden

menschlichen Hirns haben.“ „In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wird es keinen klaren Unterschied zwischen menschlicher und maschineller Intelligenz mehr geben. Wir werden uns gegenseitig befruchten, unseren menschlichen Geist durch die intime Verbindung zwischen biologischer und nichtbiologischer Intelligenz erweitern.“ (Ray Kurzweil)

³² „Wenn es eines Tages möglich wäre, durch genetische Manipulation Intelligenz zu verbessern, Gedächtnis oder Aussehen, dann werden vor allem reiche Leute Zugang dazu haben. Sie können ihre Kinder intelligenter und schöner machen, und ich glaube kaum, dass sich die genetisch unterprivilegierten das gefallen lassen.“ (Francis Fukuyama)

³³ vgl.: Regierungspräsidium Gießen (2001)

internationalen Wettbewerb steht die Region vor der Herausforderung, Strukturpolitik in erster Linie aus eigener (finanzieller) Kraft und mit Zielrichtung auf öffentlich-private Partnerschaften und private Investitionen hin auszurichten.

Hinzu treten die Folgen einer anhaltenden staatlichen Deregulierung und Privatisierung sowie die strukturell belasteten Sozialversicherungssysteme. Dies birgt einerseits Chancen für die kleinteilig-flexible private Wirtschaftsstruktur in Mittelhessen. Andererseits stehen die öffentlichen Dienstleistungsstrukturen des Gesundheitswesens, der staatlichen Verwaltung und der Hochschulen, die insbesondere für die Stadt Gießen prägend sind, vor der Herausforderung, sich diesen neuen Rahmenbedingungen anzupassen.

Herausforderung Soziokultur

Der ökonomisch-technologische Strukturwandel und die Tendenz zur Freizeitgesellschaft³⁴ werden von tiefgreifenden soziokulturellen Veränderungen begleitet. Gesamtgesellschaftliche Trends deuten darauf hin, dass auch in den kommenden Jahrzehnten

- die Wohlstandsunterschiede innerhalb der Gesellschaft zunehmen werden und
- es zu einer immer stärkeren Ausdifferenzierung soziokultureller Milieus kommt.

Die sozial ausgewogene Gestaltung zukünftiger lokaler Arbeits- und Lebensbedingungen muss sich dabei an allen sozialen Gruppen orientieren. Das Modell der Europäischen Stadt steht vor enormen Herausforderungen, wenn diese ihrer Funktion als Ort sozialer und kultureller Integration, als Ort des wirtschaftlichen Fortschritts und als Basis der Demokratie zukünftig noch gerecht werden soll. Die Herausforderungen sind vielfältiger Natur: An erster Stelle steht die Entwicklung lebensfähiger Stadtteile u.a. durch die Verbindung von Arbeit und Wohnen sowie die Aneignung des Wohnumfeldes durch die Bewohnerinnen und Bewohner.

Dabei kommt der (Bürger) Beteiligung eine zentrale Bedeutung zu, wobei diese sowohl ihre verschiedenen Interessens- und Bedarfslagen vertreten, als auch ihre Ressourcen in die Gestaltung der Städte einbringen können. Für die Städte stellt sich die Herausforderung, zur Qualitätssicherung einer bedarfsgerechten Daseinsvorsorge eine größtmögliche Pluralität von Angeboten und Trägern gesellschaftlichen und sozialen Lebens zu gewährleisten. Hierfür können und müssen Freiräume zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit und Selbsthilfe zur Gestaltung aktiver Gemeinwesen ermöglicht werden.

Die demographische Entwicklung wird zukünftig ein relativ hohes Maß an Einwanderung zur Vermeidung eines sich zuspitzenden Arbeitskräftemangels und zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme erfordern. Dies wird den Städten ein erhebliches Maß an Integrationsleistungen abverlangen.

³⁴ vgl. z.B.: OPASCHOWSKI (2001)

Die den Menschen zur Verfügung stehende zunehmende Freizeit bedingt eine steigende Bedeutung der kultur- und freizeitbezogenen Angebote für die Stadt- und Regionalentwicklung. Sich immer stärker auffächernde soziokulturelle Milieus und Lebensstilgruppen führen zudem zu immer heterogeneren Nachfragestrukturen.

Um einem Zerfall bürgerlichen Gemeinsinns vorzubeugen und zugleich den sich ausdifferenzierenden kulturellen Ansprüchen gerecht zu werden, müssen den Menschen Anknüpfungspunkte der Identifikation und weitgehende Möglichkeiten der Mitgestaltung / Partizipation geboten werden. Diese Aufgabe stellt eine gemeinsame Herausforderung für Stadtteile, Städte und Gemeinden der Stadtregion Gießen-Wetzlar dar.

Herausforderung Ökologie

Es ist in den zurückliegenden 30 Jahren gelungen, die unmittelbaren gesundheitsschädigenden Umweltgefahren durch Maßnahmen im Sinne eines technischen, überwiegend nachsorgenden Umweltschutzes, etwa Abwasserreinigung, sichere Deponien und Abgasfilter, deutlich zu reduzieren. Aus globaler Sicht ist zukünftig insbesondere zur Vermeidung durch Klimaveränderungen bedingter ökologischer und damit humaner Katastrophen das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung evident. Dies bedeutet die gleichgewichtige Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Erfordernisse in der gesellschaftlichen Entwicklung. Damit wird in den kommenden 30 Jahren ein stärker vorsorgeorientierter Umweltschutz notwendig.

Das lokale Handeln für eine nachhaltige Entwicklung in globaler Verantwortung als Prinzip für den ökologischen Umbau der Städte steht im Mittelpunkt der lokalen Agenda-21-Prozesse. Sie sind im Sinne einer Partizipationsebene und der Formulierung von Zielen wichtige Foren der Stadtentwicklung. Die Dimension des Umbaus wird dabei insbesondere an quantitativen Nachhaltigkeitszielen deutlich: die in der Kyoto-Konvention vereinbarte Reduktion des CO₂ Ausstoßes in der EU um 8% bis 2012 kann dabei nur als erster Schritt angesehen werden. Bis 2050 hält das Wuppertal Institut für Klima – Umwelt - Energie eine Reduktion um 80% in Deutschland für erforderlich.³⁵

Auf lokaler Ebene stellen vor allem die Massenmotorisierung, der anhaltende Flächenverbrauch und der vorbeugende Hochwasserschutz (die Überschwemmungsgebiete der Lahn werden gegenwärtig aktualisiert) die wesentlichen ökologischen Herausforderungen an die Stadtentwicklung dar.³⁶

Für die Stadtregion Gießen-Wetzlar als wachsende europäische Transitregion ist die verkehrliche Entwicklung eine besondere Herausforderung. Es gilt negative Auswirkungen der überregionalen Verkehrsströme zu verhindern und eine umweltverträgliche Mobilität innerhalb der Stadtregion zu gewährleisten. Zukünftige Anforderungen der Umweltpolitik müssen im Ausbau der Verkehrssysteme antizipiert werden.

³⁵ vgl.: BUND / MISEREOR (1996)

³⁶ vgl. MÄDING (2000)

Der Flächenverbrauch stellt eine weitere Herausforderung für die Stadtentwicklung dar. So fordert das umweltpolitische Schwerpunktprogramm der Bundesregierung, den Zuwachs der Siedlungsfläche von 113 ha/Tag auf 30 ha/Tag bis zum Jahr 2020 zu verringern. Zukunftsfähigen Stadtregionen wird es gelingen, die wirtschaftliche Entwicklung vom Flächenverbrauch abzukoppeln. Die Stadtentwicklungsplanung wird sich daher zunehmend auf die Innenentwicklung und die Mobilisierung von Flächen im Bestand konzentrieren müssen.

Fazit

Um sich den skizzierten Herausforderungen der Zukunft – insbesondere dem demographischen Wandel – zu stellen, besteht für die Stadtregion Gießen-Wetzlar substantieller Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung des Standortprofils und zum Stadtumbau. Die Städte sehen es als sinnvoll und notwendig an, im Sinne langfristig angelegter Strategien zu handeln. Eine rein konsensorientierte Stadtpolitik der Besitzstandswahrung würde das Risiko einer harten Landung erhöhen.

Regionalisierung bzw. interkommunale Zusammenarbeit sind ein wesentlicher Schlüssel zur Gewährleistung der Zukunftsfähigkeit der Stadtregion Gießen-Wetzlar. Hierzu müssen auch die bestehenden planerischen Instrumente auf den Prüfstand gestellt werden:

- Die Raumordnungsplanung als übergeordnete, überfachliche und überörtliche Planung mit ihrem System zentraler Orte (das inzwischen die Tendenz einer Nivellierung nach oben aufweist), von Entwicklungsachsen und Gebietskategorien hat sich in der Vergangenheit in ihrer Lenkungsfunktion staatlicher Investitionen ebenso bewährt, wie in ihrer ordnungspolitischen Funktion zum Schutz des Natur- und Freiraums. Die Raumordnung weist allerdings ein latentes Vollzugsdefizit auf. Wird das in der Vergangenheit gerade in Hessen reichlich verabreichte „Zuckerbrot“ staatlicher Infrastrukturinvestitionen (Stichwort: „Hessen vorn“) knapp, führt die ordnungspolitische „Peitsche“ der Raumordnung zunehmend zu Konflikten. Um zukünftig noch gestaltend wirken und die Ziele der Raumordnung auch umsetzen zu können, muss die Raumordnung unter grundsätzlicher Beibehaltung ihrer Funktion der ordnungspolitischen Rahmensetzung (wobei eine Rücknahme der Regelungsdichte sinnvoll erscheint) die Kommunen zukünftig stärker einbeziehen, in erster Linie eine moderative Rolle einnehmen.
- Der Regionalplan Mittelhessen 2001, der Landesentwicklungsplan Hessen 2000 und der Entwurf des neuen Landesplanungsgesetzes tragen der Problematik in soweit Rechnung, als interkommunale Kooperation zur Vorbereitung und Umsetzung von Zielen der Raumordnung gestärkt bzw. stärker hervorgehoben wird. Als Auswirkung davon haben sich Teilräume im Umland von Gießen und Wetzlar gebildet und Teilraumkonzepte erarbeitet, mit denen sie in erster Linie auf eine Weiterentwicklung zentraler Funktionen im Umland zielen. Die Funktionsfähigkeit der Oberzentren ist dadurch strukturell gefährdet. Umso notwendiger ist es, durch Kooperation und Arbeitsteilung eine Sicherung und Stärkung der Zentrumsfunktion von Gießen und Wetzlar zu erreichen. Um tatsächliche Steuerungsfähigkeit zu erhalten bzw. zurückzugewinnen und eine Umsetzungsorientierung der Raumordnung zu erreichen, bedarf es ergänzend einer Regionalisierung staatlicher Budgets bzw. Förderprogramme.

- In der Stadtplanung hat bereits in weit höherem Maße eine Umorientierung des Instrumentariums im Sinne einer projektbezogenen Planung und intensivierten Zusammenarbeit mit privaten Investoren stattgefunden. Durch eine starke Auflösung der Planung in Einzelprojekte gerät die räumliche Gesamtperspektive und strategische Stadtentwicklung allerdings häufig aus dem Blick. Der Flächennutzungsplan ist als räumlicher Fachplan nicht mit der Investitionsplanung der Kommunen verknüpft, taugt demzufolge nur sehr eingeschränkt zum strategischen Planungsinstrument und wird in der Tendenz zu einem Rechtsformalismus bzw. einem Archiv der Stadtentwicklung reduziert. Die wieder auflebende Diskussion um Stadtentwicklungskonzepte, -pläne und -programme bzw. Masterpläne zeigt, dass die Städte zunehmend wieder nach integrierten Konzepten, nach Strategien und Leitbildern suchen und diese Planungsinstrumente in den Vordergrund stellen müssen.

Strategiefähigkeit ist am ehesten durch eine Bündelung der Kräfte von Stadt- und Regionalplanung als stadtregionale Entwicklungsplanung leistbar, die mit der Entwicklung und Budgetierung von Schlüsselprojekten unter Einbeziehung regionalisierter Programme des Landes verknüpft wird und private Akteure aktiv einbezieht.

4. STRATEGISCHER LEITRAHMEN GIESSEN-WETZLAR 2030

Der nachfolgende Leitrahmen und die daran anknüpfenden Strategiebausteine für kooperatives Handeln in der Stadtregion Gießen-Wetzlar schreiben sich in die Zielsetzungen des Regionalen Leitbildes Mittelhessen ein.³⁷ Als Kernraum der Region haben Gießen-Wetzlar, in Teilbereichen gemeinsam mit der Stadt Marburg, Leitfunktionen zu übernehmen, um

- die wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit und Eigenverantwortung der Region zu stärken,
- die polyzentrale Struktur im Sinne der dezentralen Konzentration als Standortvorteil zu nutzen und auszubauen,
- die überörtlich bedeutsamen Infrastrukturen zu erhalten und erforderlichenfalls auszubauen.

In Konkretisierung und Weiterentwicklung des regionalen Leitbildes mit der Perspektive auf das Jahr 2030 ergreifen die Städte Gießen und Wetzlar die Initiative zur Formulierung gemeinsamer Handlungsstrategien für die Zusammenarbeit in der mittelhessischen Stadtregion. Deren Grundpfeiler lauten

Stadtregion Gießen-Wetzlar: von Konkurrenz durch Kooperation zu Konsens

- **Konkurrenz** um die besten Ideen, Strategien und Konzepte im internationalen, regionalen und lokalen Wettbewerb,
- **Kooperation** in abgestimmten Themenfeldern unter Einbeziehung von Bürgern, Kommunen, privaten wie öffentlichen Institutionen,
- **Konsens** zu stadtreionalen Strategien und gemeinsamen Projekten.

Die nachfolgenden Bausteine sind somit kein „Plan der Zukunft“ sondern eine „zukunftsfähige Planungsstrategie“ mit prioritären Schwerpunkten auf langfristig wichtigen Kooperationen in der Stadtregion. Sie sind keine Vorgabe der beiden Städte sondern stellen ein Diskussionsangebot dar, welches breiter Unterstützung von Bund, Land und privaten Akteuren bedarf. Die gegensätzlichen, sich ergänzenden Prägungen der Städte Gießen und Wetzlar soll dabei konstruktiv als Chance aufgegriffen werden.

Die Zielrichtung der Strategiebausteine wird an deren Ende gewissermaßen als Fluchtpunkt hervorgehoben. Zusammengenommen ergibt sich daraus ein Positivszenario für die Entwicklung der Stadtregion, dass sich allerdings nur durch konsequentes Handeln tatsächlich wird erreichen lassen.

³⁷ Regierungspräsidium Gießen (2001)

Baustein 1: Technologiestädte Gießen-Wetzlar(-Marburg)

Zukunftsfähige Stadtregionen sind nicht nur in der Lage mit der wirtschaftlichen / technologischen Entwicklung Schritt zu halten, sondern den erforderlichen Wandel aktiv mit zu gestalten. In Zukunft wird dies nicht nur die Bereitstellung von Flächenangeboten, den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Verbesserung weicher Standortfaktoren umfassen, sondern vor allem von einem positiven „Innovationsklima“ bzw. innovativen Milieus im privaten wie im öffentlichen Leben abhängen. Die Stadtregion Gießen –Wetzlar des Jahres 2030 wird deshalb an ihrer Kompetenz gemessen, die mit dem Wandel einhergehenden Chancen aufzugreifen sowie Zielkonflikte zu minimieren und zugunsten von Standort- und Lebensqualität zu optimieren.

Hierfür streben die Städte Gießen -Wetzlar (und Marburg) kooperative Strategien mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung in den nachfolgenden Bereichen an:

- ⇒ Entwicklung von Kompetenzbereichen (Clustern) der regionalen Wirtschaft. Hierdurch soll die bestehende diversifizierte Wirtschaftsstruktur mit starkem Mittelstand gestützt und erweitert werden. Ansatzpunkte für die Schwerpunktbildung sind in der Stadtregion Gießen -Wetzlar in verschiedenen Technologiefeldern vorhanden. Sie sollen analysiert und an ihren jeweiligen Standorten weiterentwickelt werden:
 - Biotechnologie / Life Science (insbesondere am Standort Gießen Europaviertel)
 - Automatisierung (insbesondere am Standort Gewerbepark Spilburg Wetzlar – Wetzlar als „Automatisierungs - Silicon-Valley“; Nutzung und Weiterentwicklung des vorhandenen industriellen Schwerpunkts im Bereich Optik, Optoelektronik, Feinmechanik)
 - Medizintechnik / Wellness / Gesundheit, Umwelttechnik

In diesen Schwerpunkten sollen Spielräume für die Entwicklung von Innovationen eröffnet werden. Dazu bedarf es insbesondere der konsequenten Nutzung der an den Hochschulen vorhandenen naturwissenschaftlich -technischen Kompetenz, wie der geistes - und gesellschaftswissenschaftlichen Potenziale und deren Verknüpfung mit dem vorhandenen technologischen Potenzial der regionalen Wirtschaft.

- ⇒ Ausbau von Technologiezentren und Förderung von Existenzgründungen insbesondere aus den Hochschulen. Möglichkeit auch zur Entwicklung von Non-Profit-Projekten des Wissenstransfers sollen geschaffen werden. Wirtschaftliche Innovationen und die Chance zum Aufbau neuer Branchen bzw. zur Erschließung neuer / wachsender Märkte sollen durch neue Instrumente der regionalen Wirtschaftsförderung, z.B. in Form eines „Innovationsfonds“, gestärkt werden. Ansätze der Unternehmensfinanzierung sind mit der Spilburg AG als privatwirtschaftlich organisierter Beteiligungsgesellschaft im Bereich kleinerer Technologieunternehmen in Wetzlar und der in der Gründungsphase befindlichen „Business-Angel-Initiative Mittelhessen e.V.“ bereits vorhanden.
- ⇒ Kooperationen beim Standortmarketing: Die Außenwirkung der Region ist relativ schwach, woraus beispielsweise Schwierigkeiten in der Gewinnung und Bindung von Fach- und Führungskräften der regionalen Wirtschaft



TIG Gießen

resutieren.³⁸ Aus Marketinggesichtspunkten heraus sollen deshalb positive emotionale Faktoren, die sich mit der Region verbinden, herausgestellt werden. Als Imageträger spielen dabei die Städte eine zentrale Rolle, da sich die eher abstrakten Regionsbegriffe nur schwer vermitteln lassen. (vgl. Frankfurt / Region Rhein-Main). Eine große Bedeutung bei der Bewertung des Standorts durch zuwandernde Arbeitnehmer kommt den in der Stadtregion vorhandenen „weichen“ Standortfaktoren zu, wie den haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen zur Versorgung der Familien, passgenaue soziale Dienste für weibliche Arbeitskräfte mit Kindern, Bildungsangebote etc.. Das im Aufbau befindliche Regionalmarketing Mittelhessen ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Ansatzpunkt, der das Städtedreieck Gießen, Wetzlar und Marburg angemessen in den Mittelpunkt stellen muss. Die Städte Gießen, Wetzlar und Marburg können in Zukunft als Imageträger der Region gemeinsam auftreten.

- ⇒ Stärkung der internationalen Kompetenz der regionalen Wirtschaft: durch Kooperationen der Wirtschaftsförderung kann eine Intensivierung der Außenwirtschaftsförderung z.B. durch gemeinsame Messepräsentationen der regionalen Wirtschaft unterstützt werden. In den kommenden Jahrzehnten soll auf eine aktiven Interessensvertretung und dem Aufbau von Netzwerken auf Landes- und Bundesebene und bei der Europäischen Union ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Durch kooperative Strategien können sich Gießen, Wetzlar und Marburg als Technologiestädte positionieren.



Hauptgebäude
Justus-Liebig-Universität Gießen

Baustein 2: Hochschulen, Wissenschaft und Forschung

Gießen ist die deutsche Stadt mit der höchsten Studierendendichte. Mit den Universitäten Gießen und Marburg und der Fachhochschule Gießen-Friedberg ist die mittelhessische Wissenschaftslandschaft gerade für eine eher ländlich geprägte Region außergewöhnlich stark und stellt ein wesentliches Potenzial der zukünftigen Entwicklung und der Innovationsfähigkeit der Region dar. Die Städte haben diesem Sachverhalt in den vergangenen Jahrzehnten durch den Aufbau von Technologie- und Gründerzentren Rechnung getragen.

Bis zum Jahr 2030 sind sinkende Studierendenzahlen in Folge des demographischen Wandels absehbar, ein sich verstärkender Wettbewerb um Studierende zu erwarten. Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte und eine sich stetig weiterentwickelnde Spezialisierung wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung werden den Wettbewerbsdruck auf die regionalen Hochschulen erhöhen. Bei sich abzeichnenden Überkapazitäten an Studienplätzen nehmen die reihungsgrade bei der Studienplatzwahl zu. Mit den Hochschulen werden auch die Städte Gießen, Marburg und Wetzlar im direkten Wettbewerb zwischen den deutschen Großstadtreionen um Studierende wie um Forschungs- und Technologieeinrichtungen stehen. Die Attraktivität der Region / Stadt sowie die Qualität der Ausbildung werden über den Erfolg in diesem Wettbewerb entscheiden.

³⁸ Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft (2001)

Um sich in diesem, zunehmend internationalen, Wettbewerb behaupten zu können, sehen sich die Städte aufgefordert, eine intensiviertere Kooperation zwischen den regionalen Hochschulen und eine abgestimmte Profilbildung zu unterstützen. Strategische Ansatzpunkte hierfür sind:

- ⇒ Die Weiterentwicklung der vorhandenen Infrastrukturen des Wissens- und Technologietransfers. Der Aufbau wirtschaftsnaher Ausbildungsgänge am Standort Wetzlar, die das Potenzial der Hochschulen zusammen mit der Technologie-Kompetenz der regionalen Wirtschaft nutzen. Hierbei gilt die besondere Aufmerksamkeit der Aus- und Weiterbildung von regionalen Führungskräften für kleine- und mittlere Unternehmen.
- ⇒ Die Vernetzung der Hochschulen und eine gemeinsame Außendarstellung als attraktive Studien- und Forschungsregion mit den urbanen Zentren Gießen, Marburg und Wetzlar auf internationaler Ebene.

Durch eine stärkere Bündelung und regionale Einbindung des wissenschaftlichen Potenzials der Hochschulen ist Mittelhessen im Jahr 2030 eine international anerkannte, innovative Wissenschaftsregion und eine Schwerpunktregion der wissenschaftlichen Ausbildung.

Baustein 3: Gewerbeflächenprofilierung

Weder Gießen noch Wetzlar verfügen zur Zeit über größere zusammenhängende Gewerbegrundstücke am Markt. Das Angebot hat momentan einen klaren Schwerpunkt in kleinteiligen Flächen im Bereich der vorhandenen Gewerbegebiete mit dementsprechend vergleichsweise hohen Grundstückspreisen. Damit können wesentliche Nachfragesegmente, etwa für Verlagerungsbedarfe von Betrieben aus dem Siedlungsbestand oder die Neuansiedlungen von größeren Unternehmen angebotsseitig nicht abgedeckt werden.

Eine erfolgreiche Gewerbeflächenstrategie soll dem Grundansatz folgen, ein den differenzierten Nachfragestrukturen entsprechendes differenziertes Gewerbeflächenangebot vorzuhalten. Eine Profilierungsstrategie soll das Ziel verfolgen, den strategischen Branchen / Kompetenzbereichen der Wirtschaft Standorte / Flächen zuzuordnen. So können vermarktungsfähige „Adressen“ ausgebildet und adäquate Angebote für die verschiedenen Nachfragegruppen nach Gewerbeflächen geschaffen werden. Dies gilt für drei Schwerpunkte:

- ⇒ Entwicklung hochwertiger Angebote in Gewerbebereichen für Gründungen und Ansiedlungen in technologischen Schwerpunktbereichen (z.B. Biotechnologie im Europaviertel, Automatisierungsbranche im Gewerbegebiet ehemalige Spilburg-Kaserne).
- ⇒ Angebotsplanung für größere Ansiedlungen. Auf Grund längerer Vorlaufzeiten der Planung im Vergleich zu kurzfristigen Entscheidungszeiträumen von Investoren ist eine aktive Angebotsplanung erforderlich. Insbesondere sollte eine große zusammenhängende Fläche als Ansiedlungsfläche vorgehalten werden. Dafür bietet sich die Flächenreserve in Lützellinden, deren Größe eine wesentliche spezifische Qualität darstellt, an. Aufgrund von Dimension und Lage eignet sich diese Fläche in besonderem Maße für eine gemeinsame Gewerbegebietsentwicklung von Gießen und Wetzlar bzw. auch den betroffenen Umlandgemeinden. Die



Industriekulisse in Wetzlar

- anhaltende Konversion wird darüber hinaus in Gießen weitere Flächenoptionen eröffnen.
- ⇒ Schaffung von Flächenangeboten für kleinere Betriebe zum Auffangen von Verlagerungsbedarfen. Wesentlich in diesem Angebotssegment ist vor allem der Preis. Wichtiger als Angebote für die Verlagerung von Betrieben vorzuhalten ist es jedoch, diese Verlagerungen durch gezielte Bestandspflege von Betrieben im stadträumlichen Kontext obsolet zu machen.
 - ⇒ In Ergänzung hierzu können auch bestehende private Betriebsgelände in ein stadregionales Gewerbeflächenkonzept eingebunden und damit in ihrer Nutzung optimiert werden. So bietet sich beispielsweise der Ausbau des Industriestandortes Wetzlar unter Regie der Buderus AG zu einem regionalen Industriepark an.

Die Stadtregion Gießen-Wetzlar verfügt im Jahr 2030 über ein breites und qualitativ differenziertes Gewerbeflächenangebot



Seltersweg Gießen

Baustein 4: Regionale Einzelhandelsentwicklung

Wetzlar und in stärkerem Maß Gießen sind mit ihren erheblichen Einzugsbereichen erfolgreiche Einzelhandelsstandorte, deren Bestand es langfristig zu sichern gilt. Die Einzelhandelszentralität, also die Relation Umsatz zu Kaufkraft, lag in Gießen 1999 bei 2,14³⁹, in Wetzlar bei 1,71⁴⁰. Der Einzelhandel ist aber nach wie vor einem tiefgreifenden und dynamischen Strukturwandel unterworfen. Der Trend zu größeren Einheiten in der Flächen- und Eigentümerstruktur und breiteren Sortimenten bei einer Differenzierung nach Preissegmenten, also abnehmender Sortimentstiefe, geht einher mit einem weitgehenden standörtlichen Wandel. Die Handelsfläche nimmt in weit stärkerem Maße zu als die Kaufkraft.

Der kleinbetriebliche Fachhandel mit großer Sortimentstiefe wurde in den Innenstädten weitgehend durch weniger standortgebundene Filialen großer Handelsketten verdrängt. Das Angebot flächenintensiver Warengruppen wie Möbel, Pflanzen, Heimwerkerbedarf ist bereits fast vollständig in Fachmärkte an autogerechten Standorten verlagert worden und auch das Lebensmittelangebot in den Innenstädten ist stark rückläufig. Diese Tendenz zeichnet sich für weitere Angebotssegmente ab. In der Konsequenz bröckelt der Handelsbesatz besonders in den Rand- bzw. B-Lagen der Innenstädte und in den Stadtteilzentren. Zudem bergen die Fachmärkte das Risiko der Verdrängung gewerblicher Nutzungen aus günstig gelegenen Gewerbegebieten.

Mit rückläufigen Handelsbesatz sind in den Innenstädten jedoch die beiden wichtigsten Standortvorteile, die Angebotsvielfalt und die Urbanität zunehmend in Frage gestellt. In Wetzlar kommt ein weiteres Problem hinzu, die räumliche Zersplitterung der zentralen Einkaufsbereiche zwischen Altstadt und dem Bereich Karl-Kellner Ring / Bahnhofstraße. Ein derzeit in beiden Städten beschrittener Weg zur Bindung von Kaufkraft im innerstädtischen Bereich ist die Ansiedlung großer Malls, die Angebotsvielfalt und Urbanität in sich generieren. Die damit einhergehende Ausweitung der Handelsfläche wird die Konkurrenz in den Stadtzentren verschärfen.

³⁹ vgl. GMA (1999)

⁴⁰ vgl. ECON Consult (1999) b

In wieweit schließlich der noch in den Anfängen steckende E-Commerce sich auf die Einzelhandelsstruktur auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. In der Marktwirtschaft gewünschter Wettbewerb der Händler ist zwangsläufig auch Wettbewerb der Handelsstandorte. Mit rahmensetzenden Strategien zielen die Städte Gießen und Wetzlar auf:

- ⇒ Eine aktive Konkurrenz des Handels und der Standorte mit dem Ziel, attraktive innerstädtische Einzelhandelsstandorte zu erhalten. Innerhalb dieses Wettbewerbs ist es jedoch erforderlich, die Nahversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten und städtebauliche Missstände durch entstehende Handelsbrachen abzuwenden.
- ⇒ Eine gemeinsame Marktbeobachtung mit dem Ziel, Entwicklungskorridore des Einzelhandels auf regionaler Ebene zu untersuchen und die Spielregeln der standörtlichen Konkurrenz in einem regionalen Zentren- und Märktekonzept festzulegen.

Die Innenstädte Gießen und Wetzlar bleiben konkurrierende Einzelhandelsstandorte mit funktionsfähigen innerstädtischen Zentren.

Baustein 5: Städtische Sozialpolitik und Integration

Der gesellschaftliche Strukturwandel wird soziale Milieus und Lebensstile der Stadt im Jahr 2030 verändern. Differenzierungs- und Desintegrationsprozesse vollziehen sich dabei auch in räumlicher Hinsicht und tragen zur Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen in den städtischen Zentren bei. Das belastet nicht nur die kommunalen Sozialhaushalte, es birgt auch ein erhebliches Konfliktpotential und führt zur Entwertung von Stadtteilen (der in Gießen und Wetzlar im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ bereits begegnet wird). Die soziale Differenzierung wird auch in der Stadtregion Gießen-Wetzlar mit einer zunehmenden ethnischen Heterogenität der Bevölkerung einhergehen. Die soziale Integration der Migranten ist dabei eine bleibende Herausforderung für die Kommunen. Die Bewältigung dieser Aufgabe gilt nicht nur der Sicherung des sozialen Friedens. Schon heute zeichnet sich ab, dass der Erfolg im Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderung ein einschneidender Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg von Stadtregionen im Jahr 2030 sein wird.

Die demographische Entwicklung führt darüber hinaus zu einem erheblichen Anpassungsbedarf der sozialen Infrastrukturen. Während die Altersgruppe der Kindergarten- (3-6) und Grundschulkindern (6-10 Jahre) schon bis 2020 in Gießen und Wetzlar um 20-35 % kleiner wird, wächst die Gruppe der 75jährigen um bis zu 40 %⁴¹. Diese Entwicklung birgt sowohl Chancen, etwa in Qualitätssteigerungen im Schulsystem, als auch Risiken, etwa in der Altenbetreuung, zumal sie einhergehen wird mit einer erheblichen strukturellen Belastung und einem sehr grundlegenden Reformbedarf der Sozialversicherungssysteme.



Wetzlar Niedergirmes

⁴¹ vgl.: GÜNTHER (2001)

Eine zukunftsfähige, sozialräumlich ausgewogene soziale Situation und Infrastruktur in den Städten zu gewährleisten, die den verschiedenen Generationen, Geschlechtern, Schichten / Milieus und ethnischen Gruppen gerecht wird, erfordert Aktivitäten insbesondere auf den folgenden Feldern:

- ⇒ Eine intensivierete Beobachtung und zeitnahe Berichterstattung zur sozialräumlichen Entwicklung. Hierfür sollen regional vereinheitlichte Indikatoren die Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen bilden und die frühzeitige Erkennung problematischer Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen und die notwendigen politisch-planerischen Interventionen ermöglichen. Die Sozialdaten können Bestandteil eines regionalen Geoinformationssystems werden.
- ⇒ Der in Folge des demographischen Wandels notwendige Umbau der sozialen Infrastrukturen ist langfristig bzw. frühzeitig und auf regionaler Ebene zu planen, um eine Steuerung dieses Prozesses durch die Kommunen zu gewährleisten und eine rein passive Anpassung unter dem Druck der Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu vermeiden. Zur Vorbereitung kommunalpolitischer Entscheidungen soll deshalb eine regionale Expertenkommission die Perspektiven des Umbaus sozialer Infrastrukturen ausloten. Dabei sollen insbesondere die Möglichkeiten größerer Eigeninitiative und ehrenamtlichen Engagements für die sozialen Dienste ausgelotet werden.
- ⇒ Ein ganzheitliches Integrationskonzept, welches den Lebenslagen der verschiedenen Gruppen von Migranten Rechnung trägt und Migration auch als Chance für die Stadtregion begreift, kann nicht nur dazu beitragen, die Lebensqualität von Migranten zu erhöhen und den sozialen Frieden zu wahren, sondern auch die Weltoffenheit der Stadtregion zu steigern und so einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung des Standortes leisten.

Durch eine auf Integration ausgelegte und sozialräumlich ausgewogene Stadtpolitik und eine langfristig gesteuerte Anpassung der sozialen Infrastrukturen an den demographischen Wandel gelingt es der Stadtregion Gießen-Wetzlar eine hohe Qualität sozialer Infrastrukturen als Bestandteil einer hohen Lebensqualität für alle Bevölkerungsgruppen zu bieten.

Baustein 6: Kultur

Gießen und Wetzlar weisen jeweils ein relativ breites Kulturangebot auf gutem Niveau auf, sind jedoch in den Angeboten und Milieus unterschiedlich strukturiert. Die Außenwahrnehmung des kulturellen Angebotes in der Region ist deutlich schlechter als das Angebot selbst. Um ein reines Vermittlungsproblem handelt es sich dabei jedoch nicht: Gerade angesichts sich immer mehr ausdifferenzierender Nachfragestrukturen im Bereich der Kultur kann ein wirklich umfassendes Angebot mit einigen auch überregional wahrnehmbaren Höhepunkten / Aushängeschildern aber nur auf Ebene beider Städte bzw. auf stadtreptionaler Ebene entwickelt werden. Anknüpfungspunkte dafür sind insbesondere mit dem Stadttheater Gießen, den Wetzlarer Festspielen, der jungen Tradition von Stadtrauminszenierungen in Gießen und der Museumsinfrastruktur vorhanden. Das Spannungsfeld Technologie, Forschung, Kunst, Kultur und Wissenschaftsvermittlung bietet dabei eine entwicklungsfähige inhaltliche Perspektive.

Gießen und Wetzlar wollen sich daher zukünftig stärker als gemeinsamen kulturellen Angebots- und Aktionsraum begreifen, durch Kooperation ein gemeinsames kulturelles Profil entwickeln und dies offensiv in die Bevölkerung kommunizieren. Dabei sind die tendenziell komplementären Strukturen und Traditionen zu respektieren und als Chance zu begreifen. Zentrale Voraussetzung dafür ist zunächst ein kontinuierlicher Kommunikationsprozess im stadtreptionalen Kontext. Hierdurch soll auch ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Bevölkerung in der Stadtregion geleistet werden.

Eine Regionalisierung der Kulturpolitik soll auch die wichtigen kulturellen Infrastrukturen einschließen. Regional bedeutsame Kultureinrichtungen sollen auch regional getragen werden. Perspektivisch können Synergien aktiviert und finanzielle Spielräume geschaffen werden, durch die die regionale Kulturpolitik kampagnenfähig wird.

Kultur ist jedoch nicht nur als ein Kosten- und Standortfaktor aufzufassen, sondern bietet auch direkte wirtschaftliche Entwicklungschancen für die Städte. Entwicklungsfähige kulturwirtschaftliche Potenziale liegen etwa im Bereich der geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche der Hochschulen. Diese Potenziale zu analysieren und ihre wirtschaftliche Nutzung gezielt zu fördern kann wiederum auch einen Beitrag zum kulturellen Leben in der Stadtregion leisten.

Strategische Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung der Kultur auf regionaler Ebene sind:

- ⇒ Ein verstetigter stadtreptionaler Dialog über Kultur als Plattform zur Information, Initiierung und Beratung.
- ⇒ Die Entwicklung eines gemeinsamen kulturellen Angebotsprofils und einer gemeinsamen Innen- und Außendarstellung des kulturellen Angebotes in der Stadtregion.
- ⇒ Die Entwicklung von überregional wahrnehmbaren Aushängeschildern im Bereich der Kultur aus den vorhandenen Potenzialen etwa als Festival der Region.
- ⇒ Die Entwicklung einer stadtreptionalen Trägerorganisation für Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Durch eine Regionalisierung der Kulturpolitik wird eine tatsächliche Qualitätssteigerung des Angebotes und eine Verbesserung seiner Wahrnehmung in und außerhalb der Stadtregion erreicht.



Festival „Die 24 Stunden“ in Gießen



Die Lahnaue

Baustein 7: Stadt und Landschaft

Gießen und Wetzlar verfügen wie kaum eine andere Stadtregion Deutschlands über eine enge Verflechtung zwischen Stadt und Landschaft. Ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen 30 Jahre zeigt zwar deutlich die Zunahme an Siedlungsfläche, dennoch ist es bis heute gelungen, durch eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft eine insgesamt hohe Lebensqualität zu sichern.

In Perspektive auf das Jahr 2030 wird die Sicherung von Natur- und Freiraum vor allem eine zentrale Aufgabenstellung für die Regionalplanung bleiben⁴². Hierbei steht im Teilbereich Gießen-Wetzlar die Weiterentwicklung des regionalen Grünzuges im Mittelpunkt.

Für die Stadtregion Gießen-Wetzlar ist die zukünftige Entwicklung der im regionalen Grünzug integrierten Lahnaue stärker in den Blick zu nehmen. Bezieht man die heute schon in Planung befindlichen Baugebiete mit ein, so ist es nur noch eine Frage der Zeit bis weite Teile der Freiflächen von Siedlungsgebieten umgeben sein werden. Die schon heute intensive Nutzung für Freizeit, Sport und Naherholung wird weiter zunehmen. Der Begriff „Park“ findet damit durchaus seine Berechtigung. Ein Lahnpark kann jedoch nicht das Anlegen von Blumenbeeten und Spazierwegen inmitten einer naturnahen Flusslandschaft bedeuten.

Vielmehr gilt es neue Konzepte zu entwickeln, die den wertvollen Natur- und Freiraum mit seinen ökologischen Funktionen dauerhaft sichern und zugleich Anziehungspunkte für die naturverträgliche Nutzung durch den Menschen bereitstellen. Strategische Ansatzpunkte sind:

- ⇒ Ein aktiver Schutz von Natur und Landschaft. Schon heute sind in Teilen der Lahnauen nicht zuletzt auch durch den Eingriff des Menschen wertvolle Biotope entstanden und gesetzlich geschützt. Naturnahe Uferbereiche der früheren Kiesgruben, die wasserwirtschaftlichen Regulierungen der Lahn mit ihren Überschwemmungsräumen bis hin zu neu angelegten Streuobstwiesen sind Beispiele für eine gewachsene Kulturlandschaft.
- ⇒ Eng verbunden mit der Entwicklung von Natur und Landschaft ist die Zukunft der Landwirtschaft. Der in den kommenden Jahrzehnten absehbare Umbruch kann gerade für landwirtschaftliche Betriebe inmitten einer Stadtregion die Chance zur Ökologisierung der Produktion und Diversifizierung der Einnahmequellen durch Freizeit- und Erholungsangebote genutzt werden. Die hierin liegenden Potenziale sind im Bereich der Lahnauen bisher noch weitgehend ungenutzt.
- ⇒ Gerade wegen der Attraktivität der Lahnauen bietet sich die Nutzung für Freizeit und Erholung an. Schon heute zeichnet sich diese Entwicklung durch den Badebetrieb an den Heuchelheimer Seen, zahlreiche Vereinsnutzungen für Reiten, Fischen, Segelflug, der Boottourismus usw. bis hin zu ersten Hotelanlagen deutlich ab. Nutzungen für Freizeit und Erholung sollen in ein abgestimmtes Gesamtkonzept integriert werden.
- ⇒ Die Lahnaue und das durch sie verlaufende Infrastrukturband von Bahn und B 49 bilden die zentrale Verbindungsachse zwischen Gießen und Wetzlar. Die Gestaltung dieser Achse durch künstlerische Projekte kann

⁴² vgl. Regierungspräsidium Gießen (2001), Raumordnungskonzeption B6

die Verbindung beider Städte akzentuieren, deren Entree und zugleich den Freiraum aufwerten und so den Verbund Stadt-Landschaft zum Ausdruck bringen.

Durch Maßnahmen zum dauerhaften Schutz von Natur und Landschaft, den Umbau der Landwirtschaft und die Berücksichtigung des steigenden Stellenwerts von Freizeit und Tourismus wird bis zum Jahre 2030 im Kern der Stadtregion Gießen-Wetzlar ein neuer Lahnpark entstanden sein.

Baustein 8: Wohnen

Die Kernstädte konkurrieren als Wohnstandorte in erster Linie mit ihrem Umland, an das sie in der Vergangenheit kontinuierlich insbesondere jüngere und einkommensstärkere Bevölkerung verloren haben. Die Struktur des Wohnungsbestandes steht in einem direkten Verhältnis zur Sozialstruktur: die Ballung der Geschoss- und insbesondere Sozialwohnungen in den Kernstädten korrespondiert mit einer Ballung der einkommensschwachen Bevölkerung, die günstigeren Möglichkeiten des Eigenheimbaus im Umland mit einkommensstarken Einwohnern. Dies ist einerseits eine Folge des Bodenpreisgefälles von im Schnitt ca. 50 EUR pro m² zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden, sowie einer klaren derzeitigen Nachfragepräferenz für freistehende Einfamilienhäuser, für die es in den Kernstädten auch an verfügbaren Baugrundstücken mangelt.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung kommt in seiner aktuellen Wohnungsprognose 2015⁴³ für Mittelhessen zu einem jährlichen Bedarf von 4 bis 5 Wohnungen pro 1.000 Einwohnern und Jahr insbesondere im Eigenheimbau. Gießen und Wetzlar müssten danach ihren jährlichen Ausstoß neuer Wohnungen vorzugsweise für selbstgenutztes Wohneigentum auf ca. 350 bzw. ca. 250 gegenüber den seit Ende der 90er stark gesunkenen Zahlen (Gießen z.Zt. ca. 200 WE / Jahr) erheblich steigern, um nicht weiter Einwohner an das Umland zu verlieren. Ab 2010-2015 allerdings wird die wachsende Nachfrage nach Wohneigentum vom demographischen Trend des Bevölkerungsrückgangs überlagert, die Wohnungsnachfrage wird zurückgehen. Auf Grund des hohen studentischen Bevölkerungsanteils in Gießen und sinkender Jahrgangsstärken könnte dieser Trend in Gießen bereits früher greifen. Die Städte stehen somit vor der Aufgabe, einen Spagat zwischen notwendiger Baulandmobilisierung und sich abzeichnendem Wohnungsleerstand zu bewältigen.

Die stark zunehmende Zahl alter Menschen erfordert neue Angebote für altengerechtes Wohnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Altersstruktur sich in verschiedenen Quartieren sehr unterschiedlich darstellt. Um eine Stabilisierung von Alterungsprozessen besonders stark betroffener Quartiere zu erreichen, soll das Ziel demografischer Nachhaltigkeit etwa durch Projekte für generationenübergreifendes Wohnen und eine räumlich durchdachte Anpassung der sozialen Infrastrukturen verfolgt werden.



Modernisierung im Geschosswohnungsbestand (Gießen)

⁴³ vgl.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2001-1)

Auftretende Überangebote werden in erster Linie den Geschosswohnungsbestand betreffen. Gleichzeitig schmilzt der Bestand an Sozialwohnungen, also Wohnungen mit kommunalen Belegungsrechten in den kommenden Jahren massiv ab. Dies birgt die Gefahr einer zunehmenden räumlichen Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen und kann einzelne Stadtteile destabilisieren.

Die sowohl in Gießen als auch Wetzlar starken kommunalen Wohnungsunternehmen bilden ein erhebliches Potenzial zur Entwicklung gerade der durch den Nachkriegs-Geschosswohnungsbau geprägten Quartiere, das aktiviert werden kann, indem die Unternehmen einen Teil ihrer Vermögensreserven realisieren und stärker als bisher als Investoren bzw. Bauträger auftreten. So können die Qualitätspotenziale dieser Quartiere, die insbesondere in deren hohem Freiraumanteil, partiell aber auch der städtebaulichen Qualität bestehen, erschlossen werden.

Um langfristig eine Attraktivierung des Wohnstandorts in städtebaulicher und ökonomischer Hinsicht zu erreichen, stehen die Städte vor der Aufgabe, die Angebote zur Eigentumsbildung unter Wahrung einer kompakten Stadtstruktur zu erweitern und gleichzeitig Stadtteile mit sozialen und aufkommenden Leerstandsproblemen zu stabilisieren. Das erfordert räumlich, inhaltlich und instrumentell differenzierte planerische Konzepte für das Wohnen. Kernpunkte einer gemeinsamen Wohnungsbaustrategie sind:

- ⇒ Die funktionale und städtebauliche Weiterentwicklung des Siedlungsbestandes insbesondere durch eine Flexibilisierungsstrategie im Bestand der durch den Geschosswohnungsbau der 50er bis 70er Jahre geprägten Quartiere.
- ⇒ Die Mobilisierung von kostengünstigem Bauland durch den Einsatz geeigneter Instrumente der Baulandmobilisierung (siehe auch Teil Flächen-Ressourcenmanagement).
- ⇒ Die auf regionaler Ebene räumlich abgestimmte Sicherung von Belegungsrechten durch vertragliche Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft.
- ⇒ Die Erprobung innovativer Formen des Wohnungsbaus insbesondere bezogen auf die Segmente verdichteter, kostengünstiger und hochwertiger Formen der Wohneigentumsbildung und von Formen demographisch nachhaltigen Wohnens in einer urbanen Qualitätsoffensive Mittelhessen.

Durch integrierte, gemeinsame Entwicklungskonzepte zum Wohnen, die auf eine urbane Qualitätsoffensive zielen, gelingt es den Kernstädten, als Wohnstandort attraktiver zu werden und die Bevölkerung zu binden.

Baustein 9: Stadtumbau

Die zentral gelegenen Innenstadt(rand)lagen Gießen-Wetzlar werden sich in den kommenden Jahrzehnten grundlegend wandeln. In den vorhandenen Nutzungsgemischten Gebieten droht eine weitere Erosion des Einzelhandels sowie die Schließung oder Verlagerung von kleinen Gewerbebetrieben im Bestand. Hohe Verkehrsbelastungen, Parkraumdefizite und unattraktive öffentliche Räume mit geringer Durchgrünung schränken die Möglichkeiten und die Qualität des Wohnens ein. Zu diesen „Funktionsschwächen“ der Stadteile kommen „Substanzschwächen“ an Gebäuden durch unterlassene Sanierung.

Städtebauliche Funktions- und Substanzschwächen wurden in den vergangenen Jahrzehnten zumeist durch den konzentrierten Einsatz von Städtebauförderungsmitteln im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen quartiersweise abgearbeitet. Eine solche Herangehensweise ist angesichts leerer öffentlicher Kassen und auch des hohen mit den Instrumenten des besonderen Städtebaurechts verbundenen Verwaltungsaufwandes in den betroffenen Stadtgebieten von Gießen und Wetzlar flächendeckend nicht denkbar. Die zu erwartenden Dimensionen des Strukturproblems in den Innenstadt(rand)lagen übersteigt die Leistungskraft der städtischen Verwaltungen. Ein sich abzeichnender Niedergang der betroffenen Stadtgebiete würde in der Stadt des Jahres 2030 nicht nur die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Stadtzentren, sondern der gesamten Stadtregion Gießen-Wetzlar bedeuten. Die Städte Gießen und Wetzlar bemühen sich deshalb im gegenseitigen Austausch:

- ⇒ im Rahmen der bestehenden Instrumente der städtebaulichen Erneuerung, des Stadtmarketings und der Verkehrsplanung den sich abzeichnenden Entwicklungen gegenzusteuern.
- ⇒ Mit den betroffenen Akteuren in den Gebieten, den Städten und den Umlandgemeinden einen „Stadtdialog“ einzuleiten, der über tagespolitische Ereignisse hinaus für die Problematik der betroffenen Gebiete sensibilisiert.
- ⇒ Spezifisch auf die Teilgebiete zugeschnittene Strategien zu entwickeln, die die Verantwortung des privaten Sektors stärken und stadtplanerische und immobilienwirtschaftliche Herangehensweisen kombinieren. Ziel muss es dabei sein, eine sich selbst tragende Entwicklung wieder in Gang zu setzen. Dies erfordert gegebenenfalls auch ein Eingreifen in die Parzellenstrukturen.
- ⇒ Mit der Landesregierung in Dialog zu treten, um auf die neuen Probleme des anstehenden Stadtumbaus aufmerksam zu machen und gemeinsame innovative Lösungsansätze zu suchen. Um nicht nur punktuell in einzelnen Stadtgebieten intervenieren zu können bedarf es eines Umsternens in der Städtebauförderung des Landes z.B. durch die Neuauflage eines Programms „Stadtentwicklung“. Hierdurch kann den Kommunen die Möglichkeit gegeben werden, spezifisch auf die jeweiligen Gebiete zugeschnittene Strategien und Maßnahmen zu entwickeln. Das Programm „Stadtumbau West“ der Bundesregierung kann hierfür ein Anknüpfungspunkt sein.

Durch innovative Instrumente der Stadterneuerung, die stadtplanerische und immobilienwirtschaftliche Ansätze integrieren, gelingt es städtebauliche Missstände in den Innenstadt(rand)lagen zu kontrollieren und ein funktionsfähiges Siedlungsgefüge zu erhalten.



Bahnhofstraße Gießen



Ehemaliges Möbelhaus in Gießen

Baustein 10: Flächen-Ressourcenmanagement

Die Verfügbarkeit von Flächen für die Siedlungsentwicklung mit unterschiedlichster Lage- und Nutzungsqualität wird für die Stadtregionen des Jahres 2030 ein wesentlicher Standortfaktor im interregionalen Wettbewerb sein. Zugleich ist mit einer Zunahme von Konflikten bei der Nutzung von Freiräumen zu rechnen. Verstärkte Anstrengungen zum Bodenschutz werden zudem auch die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen erschweren. Bauleitplanung ist allein nicht mehr ausreichend um Flächen zu mobilisieren. Es bedarf daher einer Neuausrichtung zugunsten eines umfassenden Flächen-Ressourcenmanagements.

Schon heute ist fehlende Flächenverfügbarkeit in den Kernstädten Wetzlar und insbesondere Gießen deutlich spürbar. Aufgrund der recht engen Gemeindegrenzen bestehen nur noch relativ geringe Entwicklungsspielräume der Siedlungserweiterung, was insbesondere auch ein Resultat der hohen Dichte natur- und landschaftsschutzrechtlicher Regelungen im Außenbereich ist. Bei gleichbleibender Entwicklungsdynamik wie in den vergangenen drei Jahrzehnten würden die verbliebenen Freiraumreserven bis 2030 erschöpft sein.

In der zurückliegenden Dekade konnten Flächenbedarfe zu einem erheblichen Teil durch Konversion militärischer Liegenschaften aufgefangen werden. Dies wird zukünftig insofern schwieriger, als eher kleinteilige und schwer mobilisierbare Brachen (Bahnflächen etc.) als Flächenreserven zur Verfügung stehen werden. Der angekündigte Teilabzug der US-Streitkräfte aus Gießen bis 2007 und möglicherweise freifallende industriell genutzte Flächen könnten die Aufgabenstellung Konversion wieder in den Vordergrund rücken.

Die seit Mitte des letzten Jahrhunderts anhaltende Suburbanisierung vollzieht sich in Gießen-Wetzlar aufgrund der engen Gemeindegrenzen stark zu Lasten der Kernstädte. Das aktuelle Preisniveau für den m^2 Bauland liegt in den Umlandgemeinden ca. 50 Euro unterhalb des Niveaus in den Kernstädten.

Nicht zuletzt ist die Siedlungsstruktur der gesamten Stadtregion durch eine relativ kleinteilige Parzellen- und Grundeigentümerstruktur geprägt, was einerseits eine gute Ausnutzung des Bodens gewährleistet, sich andererseits aber als Hemmnis für größere städtebauliche Vorhaben erweist.

Ein funktionierendes Flächen-Ressourcenmanagement ist daher integraler Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung in den kommenden Jahrzehnten. Für die Kernstädte Wetzlar und Gießen, wie für die Umlandgemeinden und die Stadt Marburg gilt es auch im Jahr 2030 noch ein vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen bereitzuhalten. Deshalb ist schon heute die Priorität auf der Mobilisierung von Brachflächen im Bestand zu legen. In kooperativen Ansätzen sollen daher:

- ⇒ Ein regionales Flächeninformationssystem als Bestandteil eines regionalen Geoinformationssystems aufgebaut werden, um auf Basis umfassenderer Informationen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zu erhöhen.
- ⇒ Die Rahmenbedingungen für die Mobilisierung von Flächen durch private Eigentümer durch koordinierende kommunale Planungen und eine erhöhte Planungssicherheit verbessert werden (Wahrnehmungen von „Managementaufgaben“).
- ⇒ Für schwer mobilisierbare Flächen direkt wirksame Instrumente entwickelt werden, wobei hierfür Mittel der Umwelt-, Stadtentwicklungsplanung sowie der Wirtschafts- und Strukturpolitik gebündelt eingesetzt werden sollen.

- ⇒ Die Städte die planungsbedingten Wertsteigerungen bei der Baugebietsentwicklung durch geeignete Instrumente konsequent abschöpfen, um Folgekosten zu decken und das Bodenpreisniveau zu senken.

Durch den Aufbau eines wirksamen Flächen-Ressourcenmanagements wird ein wichtiger Beitrag zur Flächenverfügbarkeit und damit der Wettbewerbsfähigkeit der Stadtregion geleistet.

Baustein 11: Verkehr

Die langfristige Entwicklung der Verkehrsmenge hängt wesentlich von den ökonomischen, technologischen und siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen ab. Es ist aber von insgesamt weiter steigenden Verkehrsmengen und daraus resultierenden Belastungen für die Städte auszugehen.

Die Stadtregion Gießen-Wetzlar verfügt insgesamt über ein hervorragend ausgebautes Straßennetz und eine entsprechende auch überregionale Erreichbarkeit. Die zentrale Lage in Deutschland und Europa bedingt allerdings auch erhebliche Belastungen durch Transitverkehre, die im Zuge des Ausbaus der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ A49 / B49 in Zukunft noch zunehmen werden. Die Zukunftsaufgabe im Straßenverkehr ist dennoch eher Optimierung durch kleinere Lückenschlüsse und eine verbesserte Verknüpfung der übergeordneten mit den örtlichen Verkehrsnetzen als Ausbau der Infrastrukturen. Die Anbindung an den öffentlichen Fernverkehr ist demgegenüber relativ schwach. Insbesondere die Verknüpfung an den Frankfurter Flughafen und den neuen ICE-Haltepunkt Limburg müssen weiter entwickelt werden, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Auch innerhalb der Stadtregion bestehen Netz- und Vernetzungsdefizite derzeit überwiegend für den öffentlichen Verkehr, aber auch für den nicht motorisierten Freizeitverkehr, also bezüglich Wegen für Radfahrer und Skater.

Um die überregionale Erreichbarkeit und Mobilität innerhalb der Stadtregion langfristig zu sichern, ist eine zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern ausgewogene Strategie erforderlich. Wesentliche Ansatzpunkte dazu sind:

- ⇒ Eine intensiviertere Interessenvertretung der Region Mittelhessen, um die Anbindungsqualität an den Fernverkehr zu sichern / zu entwickeln. Insbesondere sind schnelle, direkte und sinnvoll getaktete Verbindungen zum Frankfurter Flughafen und zu den ICE-Halten Frankfurt, Kassel, Fulda und Limburg zu entwickeln und der im Bundesverkehrswegeplan 1992 vorgesehene, im vorliegenden Fortschreibungsentwurf aber nicht mehr vorgesehene Ausbau der Strecke Gießen – Wetzlar – Siegen – Hagen weiterzuverfolgen.
- ⇒ Eine Regionalisierung der relevanten Planungsinstrumente, insbesondere der Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrsplanung als Voraussetzung für die Optimierung der Verkehrsnetze im stadtreionalen Maßstab.
- ⇒ Die langfristige Sicherung von Flächen, die für perspektivisch sinnvolle Ausbauten der Infrastruktur bedeutsam sind (etwa Optionsflächen für Kooperationseinrichtungen Straße / Schiene).



Rückbau Bahnhof Wetzlar

Die Stadtregion Gießen-Wetzlar entfaltet ihre Lagegunst im Herzen Europas durch gute überregionale Erreichbarkeit mit allen wichtigen Verkehrsträgern und behebt interne Vernetzungsdefizite.



Baustein 12: Initiative zur regionalen Entwicklungsplanung

Im großräumigen Maßstab betrachtet liegt die mittelhessische Region in einem Dreieck zwischen den europäischen Metropolenregionen Rhein-Main und Rhein-Ruhr und dem nordhessischen Verdichtungsraum Kassel. Entsprechend waren in der Vergangenheit die Entwicklungsachsen Rhein-Main – Gießen-Wetzlar – Siegen – Rhein-Ruhr und Rhein-Main – Gießen – Marburg – Kassel prägend für die regionale Raumstruktur und die Stadtentwicklung. Tatsächlich waren es in den vergangenen Jahren allerdings die bestehenden Parallelachsen entlang der Rheinschiene bzw. über Fulda, die durch Infrastrukturinvestitionen insbesondere in das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn an Bedeutung gewonnen haben.

Die hessische Landesplanung⁴⁴ weist der Region Mittelhessen die Funktion als eigenständigem Wirtschaftsraum, eine Brückenfunktion zwischen den europäischen Metropolenregionen Rhein-Main und Rhein-Ruhr sowie eine Entlastungsfunktion für das benachbarte Rhein-Main Gebiet zu. Diese Funktionen sind nicht gegeneinander zu setzen, sie gewährleisten nur in Ergänzung die Wettbewerbsfähigkeit der Region. Die Zukunftsfähigkeit dieser raumordnerischen Modelle ist jedoch nur gegeben wenn es gelingt, die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung, als auch einen Überschwappeffekt der Wachstumsdynamik des Rhein-Main Gebietes aktiv zu organisieren, um somit dem wachsenden Auspendleranteil nach Rhein-Main entgegenzuwirken.

Hierfür bedarf es der Überprüfung vorhandener Leitbilder und Instrumente der Raumordnung in Hessen und neuer Initiativen der regionalen Entwicklungsplanung zugunsten des mittelhessischen Verdichtungsraumes.

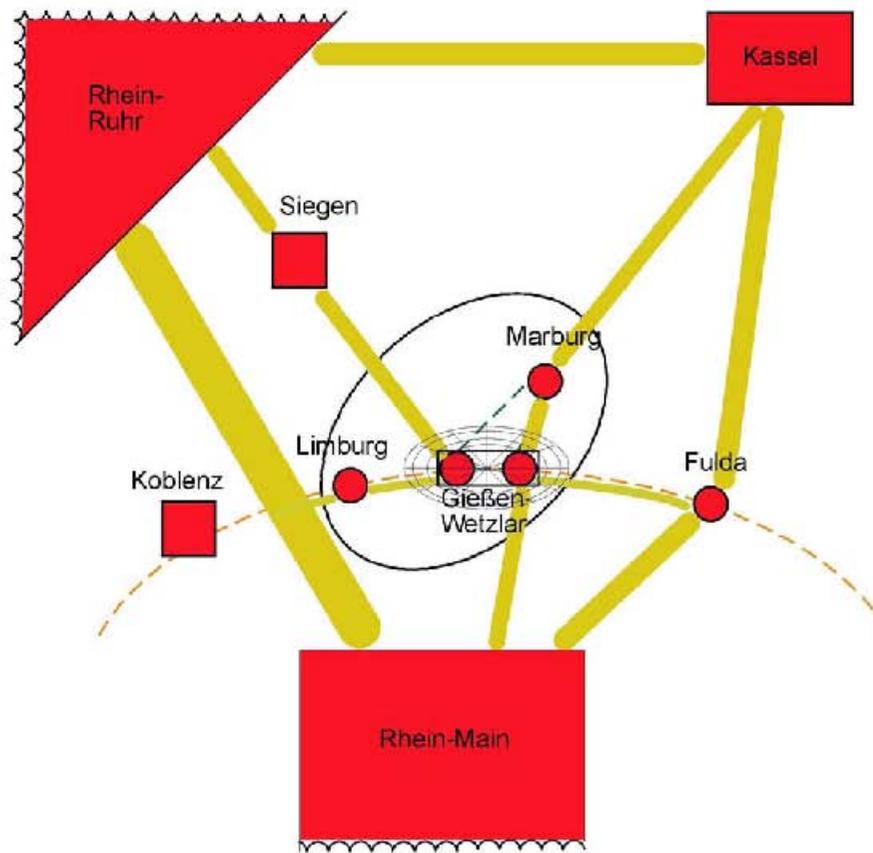
- ⇒ Die Stadtregion Gießen-Wetzlar sieht sich als Teil eines nördlichen Städtekranses von Fulda-Gießen-Wetzlar-Weilburg-Limburg. Die Stärkung dieser „Entlastungszentren“ im Ringschluss um das Rhein-Main-Gebiet soll in Zukunft gegenüber den radial auf das Zentrum Rhein-Main gerichteten Entwicklungsachsen profiliert werden.
- ⇒ Die polyzentrale Struktur der überwiegend ländlich geprägten Region Mittelhessen mit den Oberzentren Marburg, Gießen und Wetzlar wird im Sinne einer dezentralen Konzentration als besondere Qualität aufgefasst. Das Fehlen eines dominierenden städtischen Zentrums in der Region Mittelhessen unterstreicht die Notwendigkeit einer Kooperation der Oberzentren.
- ⇒ Die Kooperation der Zentren soll ergänzt werden durch Kooperation zwischen Zentren und Umland im stadtreionalen Kontext. Eine Auszehrung der Kernstädte durch deren Umland kann letzten Endes auch nicht im Interesse der Umlandgemeinden liegen: eine wettbewerbsfähige Stadtregion erfordert intakte Zentren. In diesem Sinne gilt es, die im Hessischen Landesplanungsgesetz enthaltenen Teilraumkonzepte als Instrument stadtreionaler Planung zu nutzen.

⁴⁴ vgl.: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2000)

⇒ Zur Umsetzung dieser Ziele bieten sich stadtregionale Planungen im Sinne des vorliegenden „strategischen Entwicklungskonzeptes“ an. Der Erfolg von stadtregionalen Planungen zielt in erster Linie auf die Mobilisierung privater Investitionen zugunsten gemeinsamer Entwicklungsziele und –projekte. Im Gegenzug bedarf es hierfür einer Bündelung der vorhandenen Finanzierungs- und Förderinstrumentarien der öffentlichen Hand. Die Städte Gießen und Wetzlar regen deshalb eine gemeinsame Initiative hessischer Stadtregionen zur Regionalisierung sektoraler Budgetentscheidungen des Landes und des Bundes an.

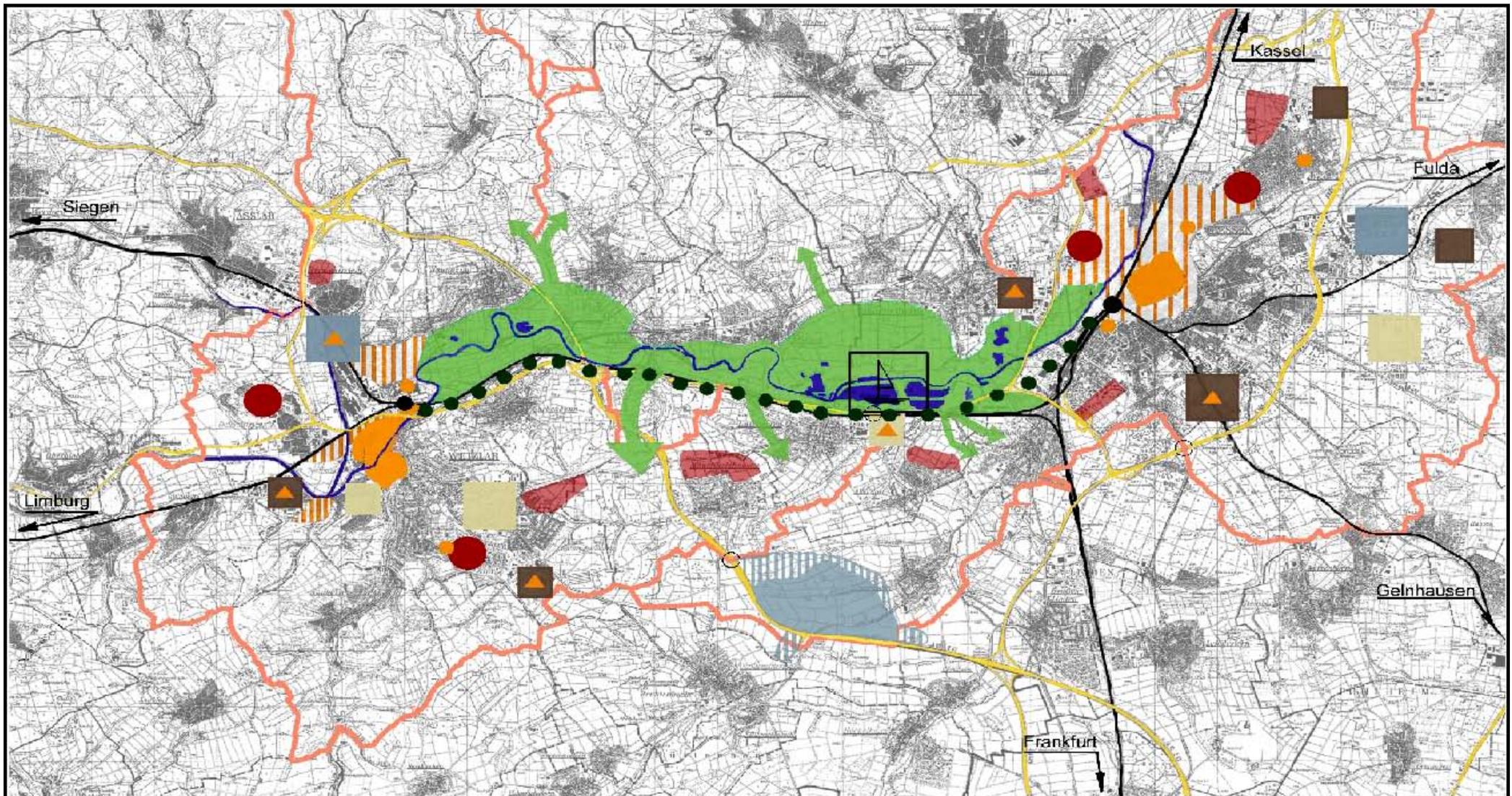
Mittelhessen wird zur Modellregion für den stadtregionalen Ausgleich mit stabilen Stadtzentren.

Raumordnerisches Leitbild Gießen-Wetzlar 2030 (Schema)



-  Mittelhessen
-  Europäische Metropolregionen
-  Verdichtungsräume
-  wichtige Städte
-  wichtige Entwicklungsachsen
-  Stadtregionales Netz Gießen-Wetzlar
-  mittelhessisches Städtedreieck
-  nördlicher Städtekranz um Rhein-Main

eigene Darstellung



STRATEGIE GIESSEN-WETZLAR 2030

GEWERBE / TECHNOLOGIE

-  Gewerbegebietsprofilierung - wichtige Standorte
-  Technologiezentren
-  Gewerbeentwicklung - Standorte mit (über)regionaler Bedeutung

WOHNEN / STADTUMBAU

-  Großsiedlungen - Potenzial zur Flexibilisierung im Bestand
-  potenzielle Stadterneuerungsbereiche
-  potenzielle Wohnsiedlungsbereiche

STADT / LANDSCHAFT

-  Stadtpark Lahn
-  Gestaltung Verbindungsachse Giessen-Wetzlar
-  Freizeitschwerpunkt Lahnparkzentrum

ZENTREN / HANDEL

-  Stadtzentren
-  Stadtteilzentren
-  dezentrale Einzelhandelsstandorte

INFRASTRUKTUREN

-  Autostraßen
-  Bahnlinien
-  Hauptbahnhöfe
-  Neue Anschlussstellen

PROJEKT GRUPPE STADT+ENTWICKLUNG
FERBER, GRAUMANN UND PARTNER, LEIPZIG

5. STADTINITIATIVE GIESSEN-WETZLAR 2010: HANDLUNGSSCHWERPUNKTE UND STARTER-MASSNAHMEN

Einleitung

Auf Grundlage des vorangestellten strategischen Leitrahmens werden nachfolgende Handlungsschwerpunkte und daraus hervorgehende Starterprojekte im Rahmen einer „Stadtinitiative 2010“ vorgestellt. Damit liegt der Entwurf eines Programms kooperativen Handelns in der Stadtregion Gießen-Wetzlar für die kommenden Jahre vor. Das maßnahmenorientierte Programm ist als Schnittstelle zwischen Forschungsprojekt und politisch-planerischer Praxis konzipiert.

Die enthaltenen Schwerpunkte sind Ergebnis der vorausgegangenen Analyse durch die wissenschaftliche Begleitung und Abstimmungsrunden mit den Vertretern der Fachgruppen und des Projektbeirats. Gemäß des jeweiligen fachlichen Arbeitsstandes ist der Konkretisierungsgrad unterschiedlich. Die Vorschläge reichen von der weiteren konzeptuellen Vertiefung gemeinsamer Projekte, z.B. des „Lahnparcs“, bis hin zu finanzwirksamen Entscheidungen, wie die Auflage eines gemeinsamen „Venture Capital Fonds“ für Existenzgründer. Die in einigen Handlungsschwerpunkten aufgeführten „Meilensteine“ dienen der Verdeutlichung notwendiger zeitlicher Vorläufe.

Die Starterprojekte können jeweils selbsttragend durchgeführt werden, Ziel ist es jedoch, sie in einer „Stadtinitiative 2010“ zu bündeln und in einen institutionellen Rahmen der Kooperation einzubetten. Ein solcher Rahmen wäre keinesfalls als Konkurrenz, sondern als Ergänzung bzw. Unterbau zum mittelhessischen Regionalmanagement zu verstehen.

Dabei könnten in jährlichen Schwerpunktkampagnen (z.B. „Gründerstädte“ 2004, „Gartenstädte“ 2005...) verschiedene Themen der Entwicklung in der Stadtregion Gießen-Wetzlar in den Vordergrund gestellt und so auch in einem Marketing-Konzept gebündelt werden.

Die Ableitung von Maßnahmen aus dem im Projekt Stadt 2030 durchgeführten Programmplanungsprozess bzw. aus dem nachfolgenden Maßnahmenkatalog kann durch Träger bzw. Initiatoren des jeweiligen Projektes als Qualitätsmerkmal in die jeweilige Kommunikationsstrategie einbezogen werden.

Die Initiative richtet sich an ein breites Spektrum von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und wird von den Beteiligten des BMBF-Forschungsprojektes „Stadt 2030“ mit der Bitte um breite Unterstützung bei der Umsetzung weitergetragen.

Handlungsschwerpunkt 1: Regionale Entwicklungsplanung

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt zur regionalen Entwicklungsplanung nimmt in der Stadtinitiative 2010 Gießen-Wetzlar eine Sonderstellung ein. Er soll mittel- und langfristig den institutionellen Rahmen der Kooperation zwischen Gießen und Wetzlar bilden und die Umsetzung der formulierten gemeinsamen Entwicklungsstrategien ermöglichen. Hierfür bedarf es neben einer Kontinuität in der Kooperation deren sukzessive inhaltliche wie räumliche Weiterentwicklung im Sinne eines offenen Regionalisierungsprozesses. Dabei ist ein konstruktiver Bezug zum mittelhessischen Regionalmanagement herzustellen.

Inhaltliche Grundlage des Handlungsschwerpunktes ist die Umsetzung des strategischen Leitrahmens (von Konkurrenz durch Kooperation zu Konsens) und des Bausteins 12 (Initiative zur regionalen Entwicklungsplanung).

In räumlicher Hinsicht zielt die Initiative der beiden Städte auf die Reform des bestehenden Planungssystems durch die Einführung einer strategischen Entwicklungsplanung für die Stadtregion. Dies ist z.B. möglich im Rahmen eines Teilraumkonzeptes in Anlehnung an § 19 HLPG unter verbindlicher Einbeziehung der Umlandgemeinden. Ein wichtiger Anreiz für die interkommunale Entwicklungsplanung wären von Kommunen und Land gemeinsam bereitgestellte Regionalbudgets für die ausgewählten Schwerpunktprojekte.

Beschreibung

Für eine dauerhafte und wirksame Kooperation in der Stadtregion Gießen-Wetzlar ist es notwendig, einzelne konkrete Projekte in Gang zu setzen, diese in einen konzeptionellen und institutionellen Rahmen einzubinden und die landesweite Reformdebatte zur Regionalisierung maßgeblich mitzugestalten.

Als Ausgangspunkt hierfür bildet das Maßnahmenprogramm „Stadtinitiative 2010“ als Teil des Forschungsprojektes Stadt 2030 Gießen-Wetzlar zunächst einen gemeinsamen strategischen Handlungsrahmen mit konkreten Starterprojekten. Der Handlungsrahmen kann einer periodischen Fortschreibung, z.B. im Rahmen von Teilraumkonzepten für die stadregionale Entwicklungsplanung unterliegen.

Um die Projektlandschaft der Kooperation zusammenzuhalten bedarf es darüber hinaus jedoch auch eines institutionellen Rahmens. Nach Prüfung verschiedener Möglichkeiten wird für die Stadtregion Gießen-Wetzlar die Form einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft vorgeschlagen. Die Städte verleihen damit ihrem Willen zur Kooperation Ausdruck und schaffen eine Instanz zur Initiierung und Begleitung von Projekten und zur Abstimmung von Planungen. Die Städte treten keine Kompetenzen ab, die Arbeitsgemeinschaft verursacht nur geringe Kosten und ist räumlich auf die Umlandgemeinden erweiterbar.

Zur Koordinierung und Organisation der kommunalen Arbeitsgemeinschaft und der Abwicklung und dem Controlling von Kooperationsprojekten ist die Einrichtung einer gemeinsamen Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft von großer Bedeutung. Je nach dem anfallenden Projektsteuerungs- und

Koordinierungsbedarf kann die Geschäftsstelle den Charakter einer Entwicklungsagentur annehmen. Wichtig ist in erster Linie durch eine professionelle und flexible Organisationsstruktur der Geschäftsstelle, um ein Versickern von kooperativen Ansätzen in der Verwaltungsroutine zu verhindern.

Die für einen Stadt-Umland-Ausgleich und eine erfolgreiche strategische Programmplanung notwendige Weiterentwicklung von planerischen und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Instrumenten ist als Regionalisierungsinitiative mit politischer und wissenschaftlicher Unterstützung der Stadtregion Gießen-Wetzlar für das Land Hessen angedacht. Da in der mittelfristigen Perspektive eine notwendige Ausweitung / Intensivierung der Kooperation in der Stadtregion auch eine Veränderung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen mit sich bringen wird, gilt es aus Perspektive der Kernstädte aktiv Einfluss zu nehmen. Die gemeinsamen Arbeitsstrukturen mit einer Geschäftsstelle sollen für die praktische Umsetzung einer Initiative genutzt werden.

Starter-Maßnahme A: Kommunale Arbeitsgemeinschaft

Beschreibung

Die Städte Gießen und Wetzlar gründen mit weiteren Partnern (Hochschulen, Kammern...) und unter Beteiligung des Regierungspräsidiums Gießen eine kommunale Arbeitsgemeinschaft gemäß §§3-4 KGG. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluß ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die Zuständigkeiten der Beteiligten bleiben unberührt. Sie hat die Aufgabe, Themen von gemeinsamem Interesse zu beraten, insbesondere Planungen abzustimmen, kooperative Lösungen und Projekte zu initiieren, vorzubereiten und zu begleiten. Sie benennt „Stadt-Umland-Beauftragte“ der Kernstädte und sichert einen permanenten Dialog mit den benachbarten Städten und Gemeinden, z.B. in Form jährlicher „Bürgermeisterkonferenzen.“ Zudem bildet sie das Forum der gemeinsamen Regionalisierungsinitiative innerhalb Mittelhessens und auf Landesebene.

Die Städte Gießen und Wetzlar schaffen damit ein Forum, mit dem die Kontinuität der Kommunikation auch nach Abschluß des BMBF-Forschungsprojektes Stadt 2030 Gießen-Wetzlar gewährleistet wird und bringen den politischen Willen dazu symbolträchtig zum Ausdruck. Mit der Einbindung gesellschaftlicher Institutionen wird die Kooperation auf eine breite Basis gestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft besteht aus einem Lenkungsgremium, dem die Spitzen der Kommunen und weiteren Beteiligten angehören und thematischen Foren / Arbeitsgruppen als Arbeitsebene.

Das Lenkungsgremium fungiert als Gesamt-Projektleitung für laufende Kooperationsprojekte und zentrale Abstimmungsinstanz, während die thematischen sektoralen Foren / Arbeitsgruppen einzelne Projekte begleiten und Initiativen entwickeln.

Die Koordinierung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft soll in einem zweiten Schritt von einer neu eingerichteten Geschäftsstelle/Entwicklungsagentur (siehe Starter-Maßnahme B) übernommen werden.

Beteiligte

Lenkungsremium: Oberbürgermeister, Vertreter der Magistrate, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammern, Rektoren der Hochschulen, optional Spitzenvertreter weiterer zu beteiligender Verwaltungen und gesellschaftlicher Institutionen

Foren / Arbeitsgruppen: Fachvertreter aus Verwaltung, gesellschaftlichen Institutionen, Wissenschaft

Verfahren

Entwurf einer schriftlichen Vereinbarung über die kommunale Arbeitsgemeinschaft in den Magistraten, Beschluß durch die Stadtverordnetenversammlungen beider Städte.

Finanzierung

ca. 20.000 € p.a. bis zur Einrichtung einer stadtreionalen Entwicklungsagentur aus laufenden Haushalten

Starter Maßnahme B: Gemeinsame Geschäftsstelle

Beschreibung

Die Städte Gießen und Wetzlar richten eine gemeinsame Geschäftsstelle zur Organisation und Koordinierung der Arbeit der kommunalen Arbeitsgemeinschaft sowie der Steuerung und dem Controlling von laufenden Kooperationsprojekten und der Abwicklung von Aufträgen ein. Die Geschäftsstelle könnte als eigenständige privatrechtliche Einheit oder als integrativer Teil des Regionalmanagementbüros eingerichtet werden und fungiert inhaltlich als Stabsstelle der von beiden Städten benannten Dezernenten.

Die Geschäftsstelle besteht aus einer Projektsteuerungs- und einer halben Sekretariatsstelle. Projektbezogen werden Mitarbeiter der Verwaltungen mit Zeitanteilen abgeordnet, so dass die Geschäftsstelle zeitweise die Funktion einer Entwicklungsagentur, z.B. für gemeinsame Projektinitiativen einnehmen kann..

Beteiligte

Städte Gießen und Wetzlar, projektbezogen Umlandgemeinden, ggf. auch Einbindung des Regierungspräsidiums

Verfahren

Verwaltungsvereinbarung über Einrichtung der gemeinsamen Geschäftsstelle. Entwurf durch Magistrate, Beschluss durch Stadtverordnetenversammlungen.

Finanzierung

Grundfinanzierung (Personalmittel: ca. 80.000 €, Sachmittel ca. 25.000 € per annum) – Möglichkeiten der Förderung durch das Land prüfen.

Projektbudgets: Einbindung projektbezogener Budgets und Fördermittel

Ausblick / weitere Module

Die weiteren Module umfassen gemäß der Zielsetzung des BMBF Forschungsverbundes „Stadt 2030“ die Weiterentwicklung verallgemeinerbarer Regionalisierungsansätze im Verbund von Forschung und Praxis. Sie schließen exemplarisch an der Ausgangssituation in der Stadtregion Gießen-Wetzlar an, sind jedoch inhaltlich gleichermaßen für weitere deutsche Stadtregionen von Relevanz. Im Einzelnen umfassen sie:

- Stadtregionale periodische Programmplanung / Planverträge / Regionalbudgets
- Regionaler Lastenausgleich als aufgabenbezogener Transfermechanismus zwischen den Kommunen
- Kompetenznetzwerk Regionalentwicklung als wissenschaftliches Forum zur Weiterentwicklung von Regionalisierungsansätzen in der Stadtregion

Die Module zielen auf eine Reform der hessischen Landesplanung durch die Einführung stadtregionaler Programmplanungen für Verdichtungsräume mit periodisch wiederkehrenden „Verhandlungsrunden“. Die Neuerarbeitung eines stadtregionalen Entwicklungskonzeptes, z.B. im Rahmen von landesplanerisch möglichen Teilraumkonzepten mit der Ableitung von Maßnahmen für einen Programmzeitraum von 6-8 Jahren kann auf Basis einer gründlichen Evaluierung von Projekt- und Kooperationsstrukturen erfolgen. Die Implementierung von Projekten soll mit vertraglicher Vereinbarung der Finanzierung zwischen Land und Kommunen sowie privaten Projektpartnern gesichert werden. Dies setzt eine regionale Bündelung von Mitteln durch das Land voraus. Neue Regionalbudgets - nicht als zusätzliche Ausgaben sondern als Dezentralisierung der Ressourcenverantwortung für strukturpolitisch wirksame Budgets – würden die Realisierung strukturpolitisch bedeutsamer Schlüsselprojekte ermöglichen. Zugleich bildet dieser Planungsansatz ein Forum zur Herstellung eines regionalen Lastenausgleichs zwischen Kernstädten und Umlandgemeinden.

Zur Weiterführung der Initiative ist innerhalb eines regionalen Kompetenznetzwerkes die Beantragung eines angewandten Forschungsvorhabens unter Einbeziehung von Planungs-, Verwaltungs- und Finanzwissenschaftlern geplant.

Meilensteine / zeitliche Dimensionierung

- Absichtserklärung zur Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft und Entwicklungsagentur zum Abschluss des Projektes Stadt 2030 im ersten Halbjahr 2003.
- Gründung kommunale Arbeitsgemeinschaft im ersten Halbjahr 2003
- Einrichtung gemeinsamen Geschäftsstelle bis Ende 2003
- Durchführung von Kooperationsprojekten auf Basis Stadt 2030 bis 2010
- Grundlegende Evaluierung der Projekt- und Kooperationsstrukturen 2006
- Stadtregionaler Programmplanungsprozess 2008-2009

Handlungsschwerpunkt 2: Technologiestädte Gießen-Wetzlar

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt knüpft an Baustein 1 des strategischen Leitrahmens an. Angesichts des beschleunigten wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels werden kooperative Initiativen der Städte gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen, um Gießen-Wetzlar (und Marburg) als Technologiestädte der mittelhessischen Wirtschaftsregion erfolgreich zu positionieren. Die Strategie zielt prioritär auf

- den Ausbau der Infrastruktur zur Unterstützung von Existenzgründern insbesondere im Bereich technologieorientierter Branchen,
- die standörtlich verankerte Weiterentwicklung von technologiebezogenen Kompetenzbereichen bzw. Clustern der regionalen Wirtschaft,
- die Stärkung der Außendarstellung der Region.

Beschreibung

Mittelhessen weist einen zunehmenden Entwicklungsrückstand insbesondere gegenüber der benachbarten Metropolenregion Rhein-Main auf obwohl es mit seiner Hochschul-Infrastruktur und einer mittelständisch geprägten, technologisch ausgerichteten Wirtschaft über ein großes endogenes Entwicklungspotenzial verfügt. Dieses Potenzial gilt es für die Stadt- und Regionalentwicklung verstärkt zu aktivieren. Voraussetzung dafür ist das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Akteuren in regionaler Kooperation. Initiativen der Städte Gießen und Wetzlar sind damit in erster Linie als Anstoß auch für Marburg und die Gesamtregion Mittelhessen einbeziehende Aktivitäten gedacht.

Innovation und Beschäftigungswachstum findet vorwiegend in kleinen und mittleren Unternehmen statt. Gerade vor dem Hintergrund eines wachsenden Auspendlerüberschusses hoch qualifizierter Arbeitskräfte in das Rhein-Main-Gebiet und von Schwierigkeiten der regionalen Wirtschaft, Führungskräfte für die mittelhessische Region zu gewinnen, ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Realisierung innovativer, insbesondere technologiebezogener Business-Ideen ein zentraler Schlüssel einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung in der Region.

Dazu gehört neben einer zielgerichteten Beratung und Bereitstellung wirtschaftsnaher Infrastrukturen, wie sie in einigen Gründerzentren vorhanden sind, ein verbesserten Zugang zu Gründungskapital. Daher richten die Städte Gießen und Wetzlar einen regionalen Existenzgründungsfonds ein, der auf die Unterstützung wissensbasierter Existenzgründer aus den Hochschulen ausgerichtet sein soll.

Parallel wird eine interkommunal abgestimmte technologiebezogene Kompetenzstrategie der regionalen Wirtschaft verfolgt. Standörtlich verankert (siehe auch Handlungsschwerpunkt Gewerbeflächenmanagement)

sollen mit der Biotechnologie am Standort Gießen (Schwerpunkt Europaviertel) und der Automatisierungsbranche in Wetzlar (Schwerpunkt Gewerbepark Spilburg) vorhandene Ansatzpunkte für Cluster in technologiebasierten Wachstumsbranchen weiterentwickelt werden. Perspektivisch soll dies durch eine systematische Untersuchung von Ansatzpunkten zur Schwerpunktbildung in verschiedenen Technologiefeldern und eine daraus abgeleitete regional abgestimmte Ansiedlungs- und Wirtschaftsförderungsstrategie umgesetzt werden.

Zur verbesserten Außendarstellung der Region und der internationalen Kompetenz der regionalen Wirtschaft sollen schließlich Initiativen etwa zu gemeinsamen Messepräsentationen in das im Aufbau befindliche Regionalmanagement eingebracht werden (in diesem Zusammenhang siehe auch Initiative für Auslandsstipendien „studium plus – Handlungsschwerpunkt Hochschul- und Wissenschaftsstädte).

Starter-Maßnahme A: Regionaler Existenzgründungsfonds

Beschreibung

Existenzgründungsförderung stellt einen wesentlichen Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region dar. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaft, schafft neue Arbeitsplätze und bindet qualifiziertes Personal. Investitionsmittel und Kaufkraft können so vor Ort gebunden werden. Dies gilt um so mehr für die Wissenschafts- und Technologieregion Mittelhessen. Das bisherige Engagement für die universitätsnahe Infrastrukturentwicklung einerseits und die Förderung von Gründerzentren wie das ZHTK in Wetzlar andererseits reicht ganz offensichtlich alleine nicht aus.

Verschiedene Expertisen und Studien kommen zu dem Ergebnis, dass zusätzliche Instrumente bei der Finanzierung von insbesondere dienstleistungs- und technologieorientierten Gründungsvorhaben dringend erforderlich sind.

Aufgrund allenthalben formulierter Bedarfe und nicht zuletzt durch gezielte Anregungen aus Gießen und Wetzlar wurde Ende des Jahres 2001 die Ausarbeitung einer Studie "Regionaler Gründungsfonds - Instrument einer modernen Wirtschaftsförderung" durch die TechnologieStiftung Hessen (TSH) beauftragt.⁴⁵

Wie die Studie zeigt, sind weitere wirksame Maßnahmen zur Belegung des Wirtschaftsraumes in der "Wissensregion" Mittelhessen durchaus sinnvoll und möglich.

Die Finanzierung des angedachten Fonds stützt sich auf Eigenmittel der Region als Ausgangsbasis für die Akquisition real verfügbarer überregionaler Beteiligungs- und Fördermittel.

Zielrichtung des regionalen Fonds ist die Bereitstellung von anteiligem Eigenkapital in einer frühen Phase geplanter Existenzgründungen als Basisfinanzierung für die Einwerbung weiterer Eigen-, Fremd- oder Fördermittel. Er ergänzt dadurch das bestehende umfassende Netzwerk der Beratung und Begleitung.

⁴⁵ vgl. ERLEBACH (2002)

Das Hauptproblem einer Gründungsfinanzierung bei kleineren Vorhaben ist die qualifizierte Bewertung zu vertretbaren Kosten. Durch die Einbindung regionalen Know-hows, bestehend aus regionaler Wissenschaft, Administration und vorhandenen Kooperationsstrukturen sowie deren besonderen Kenntnisse über regionale Strukturen, Märkte und Bedarfe wird die Bewertung und Betreuung deutlich erleichtert und die Kosten wesentlich reduziert. Der Fonds soll zunächst durch die Städte Gießen und Wetzlar gegründet werden. Eine stufenweise Ausweitung über die dazugehörigen Landkreise sowie die Stadt Marburg und den Landkreis Marburg- Biedenkopf ist geplant. Auch dem Vogelsbergkreis steht eine Beteiligung offen.

Ein unabhängiges und seriöses Management ist eine zentrale Erfolgsvoraussetzung zur dynamischen Umsetzung der Ziele des Fonds und zur Sicherung der Agilität. Andererseits muss aus Kostengründen weitgehend auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden.

Die Entwicklung einer "regionalen Gründungsstimmung" ist mitentscheidend für den Erfolg des Vorhabens. Hierbei kommt insbesondere den Hochschulen eine Schlüsselrolle zu. Die Einrichtung eines überregionalen interuniversitären Entrepreneurship- Lehrstuhles, die Ausrichtung von Ideen- und Businessplanwettbewerben und interdisziplinäre Ringvorlesungen können hier Zeichen setzen.

Die Mittel des Fonds werden auf der Basis von Vergaberichtlinien unter Berücksichtigung der regionalen Beteiligungsquote und der Richtlinien sonstiger Geldgeber auf der Grundlage von qualifizierten und bewerteten Businessplänen (Beteiligung der Kooperationspartner) vergeben. Es kommen in der Regel auf 5-7 Jahre befristete Bürgschaften, Wandeldarlehn und offene sowie stille Beteiligungen ab 25.000 € bis maximal 250.000 € in Betracht.

Beteiligte

Die Finanzierung ist das Kriterium für die Beteiligung:

Die Städte und Landkreise als Initiatoren werden begleitet von sonstigen Geldgebern.

Darüber hinaus sind Kooperationspartner: alle Akteure der regionalen Beratung und Begleitung wie z.B. IHKs, Businessangelinitiative, TIG, TTN, usw., die sich aktiv im Vorfeld der Ausarbeitung eines Vorhabens beteiligen oder aber eine spätere Begleitung (Patenschaft) gewährleisten.

Verfahren

Ein Initiatorenarbeitskreis, abgestimmt mit den Städten Gießen, Wetzlar und der IBH, wurde bereits eingerichtet. Die Bereitstellung von Beteiligungsmitteln (Vermögenshaushalt) der Kommunen ist vordringlich (Die Stadt Gießen hat für das Jahr 2003 250.000 € im Haushalt eingestellt, mit Sperrvermerk, so dass Freigabe erfolgen kann wenn 1 Million € zusammengekommen sind). Anstehende Schritte sind:

- die Verankerung des Vorhabens in der Region (Marketing) Verhandlungen mit IBH und Land Hessen über Ziel-2 Förderung und entsprechende Antragsstellung sowie Bürgschaftsprogramm,
- eine Konzeptverdichtung zur Struktur und Ablauforganisation, unter Berücksichtigung von Beispielen (Best Practice),

- Verhandlungen mit Geldgebern,
- Sicherung der fachlichen internen und externen Begleitung durch die Bereitstellung von Ressourcen im Jahr 2003 (Personalkapazitäten und Vergabemittel/ mindestens 30.000€).

Finanzierung

Zielgröße für das Fondsvolumen sind 3-7 Mio. €, zusammengesetzt aus:

Regional: Städte und Landkreise je 250.000€, Sparkassen und Volksbanken je nach Größe 250.000€ bis 500.000€,

Überregional: EU Ziel 2- Förderung 1,55 bis 3,1 Mio. €, Beteiligungsmittel der tbg (BTU- Frühphase) und der KfW (KfW/BMWi- Technologie- Beteiligungsprogramm) ca.100% zusätzlich zu Regionalmitteln, Bürgerschaftsprogramm des Landes

Eine private Beteiligung kommt in der Regel nur einzelfallbezogen in Betracht.

Starter-Maßnahme B: Kompetenzstrategie Automatisierung in Wetzlar – Automatisierungsnetzwerk

Beschreibung

Anknüpfend an den vorhandenen industriellen technologischen Schwerpunkt im Bereich Optik / Optoelektronik / Feinmechanik in Wetzlar wird insbesondere am Standort Gewerbepark Spilburg der Aufbau eines Branchenschwerpunkts im Bereich der Automatisierung angestrebt. Eine aktive Ansiedlungspolitik und Gründungsoffensive soll durch die sukzessive Revitalisierung des Konversionsstandortes „Spilburg“ begleitet werden.

Das Zentrum für High Tech und Kultur (ZHTK) hat hierfür ein Konzept („Wetzlar wird Silicon Valley der Automatisierungsbranche“) vorgelegt, das mit der Schaffung von 2000 Arbeitsplätzen binnen fünf Jahren ein ehrgeiziges Ziel formuliert. Die Umsetzung ist mit dem teilweisen Grundstückserwerb durch das ZHTK als Entwicklungsträger bereits begonnen.

Als weiterer Schritt sollen lokale / regionale Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Gebietskörperschaften zu einem Automatisierungsnetzwerk Wetzlar zusammengefasst werden, das die Entwicklung am Standort Spilburg begleiten und unterstützen soll. Für eine investorenfreundliche Politik am Standort kommt dabei der Stadt Wetzlar eine Schlüsselrolle zu.

Zum Aufbau des Netzwerkes wird die Erarbeitung eines regionalen Firmenatlas Automatisierung und die Ausrichtung einer regionalen Konferenz der Branche am Standort Spilburg durch das Zentrum für High Tech und Kultur vorgeschlagen.

Beteiligte

- ZHTK mit Federführung, Stadt Wetzlar, Unternehmen der Automatisierungsbranche, IHK...

Verfahren

- Beschluss zur Unterstützung der Erstellung des Firmenatlas und der Branchenkonferenz durch den Magistrat der Stadt Wetzlar
- Durchführung durch ZHTK noch im Jahr 2003

Finanzierung

- Gesamtkosten für Firmenatlas und Konferenz ca. 50-60.000€, öffentlicher Finanzierungsanteil aus Mitteln der Stadt oder des EFRE, privater Anteil durch ZHTK und ggf. weitere Quellen

Starter-Maßnahme C: Kompetenzstrategie Biotechnologie in Gießen

Beschreibung

Anknüpfend an Forschungspotenzen der Universität Gießen ist es am Standort Europaviertel Gießen in den vergangenen Jahren gelungen um einen vorhandenen Kristallisationskern (Biotechnologiegesellschaft Mittelhessen BIM) und durch entsprechende Infrastrukturen (Technologie- und Innovationszentrum Gießen TIG, TransMit GmbH mit ca. 30 TransMit-Zentren) eine Reihe von innovativen Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie, der Medizintechnik und verwandter bzw. zuliefernder Branchen anzusiedeln.

Der Prozess der Entwicklung eines biotechnologischen Kompetenzclusters am Standort Europaviertel soll auch weiterhin von der Stadt Gießen aktiv begleitet werden und findet bei der inhaltlichen Ausrichtung des regionalen Existenzgründungsfonds besondere Berücksichtigung.

Als nächster Schritt wird die Durchführung einer Branchenkonferenz für Bio- und Medizintechnik vorgeschlagen.

Beteiligte

Stadt Gießen, IHK Gießen-Friedberg, Justus-Liebig-Universität und Fachhochschule Gießen-Friedberg, Transferzentrum und TransMit GmbH, Biotechnologiegesellschaft Mittelhessen, TechnologieTransferNetzwerk, Unternehmen etc.

Verfahren

- Durchführung einer Branchenkonferenz
- Förderung von Existenzgründungen (insb. aus Hochschulen) Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente (siehe regionaler Existenzgründungsfonds)
- Komplettierung von notwendiger Infrastruktur
- Branchenbezogenes Standortmarketing (siehe auch Handlungsschwerpunkt Gewerbeflächenprofilierung)

Finanzierung

Ziel-2-Förderung, Stadt Gießen u. weitere (private)

Modul 2: Kompetenzwirtschaftsanalyse und –strategie Mittelhessen

Beschreibung

Eine effiziente Wirtschaftsförderung auf regionaler Ebene soll gleichermaßen in flächenbezogener (siehe Handlungsschwerpunkt Gewerbeflächenprofilierung) wie in branchenbezogener Hinsicht differenziert agieren. Eine notwendige Basis dafür ist eine systematische regionale Analyse von entwicklungsfähigen wirtschaftlichen Stärken als potenzielle Anknüpfungspunkte einer branchenbezogenen regionalen Wirtschaftsförderungsstrategie.

Ziel soll es sein, Branchen zu identifizieren, in denen auf regionaler Ebene überproportionale Entwicklungschancen bestehen und darauf eine standörtlich verankerte Wirtschaftsförderungsstrategie auszurichten. Diese soll für einige Branchen räumliche Schwerpunkte innerhalb der Region aufzeigen (z.B. Automatisierung in Wetzlar, Biotechnologie in Gießen) und Ansiedlungspolitik darauf ausrichten (dies beinhaltet z.B., dass potenzielle Investoren im Bereich der Automatisierung von Gießen nach Wetzlar, in der Biotechnologie von Wetzlar nach Gießen vermittelt würden). Ein Abbau von Konkurrenz innerhalb der Region soll einhergehen mit einer Stärkung der Region im Wettbewerb.

Als ein Umsetzungsinstrument, das eine branchenbezogene Strategie mit einer regionalen Gründungsinitiative verknüpft, wird die Einrichtung eines regionalen Entrepreneurship-Monitors vorgeschlagen, der Gründer, Träger von Innovationen und potenzielle Investoren an die richtigen Ansprechpartner innerhalb der Region vermittelt (Angliederung an Regionalmanagement oder stadregionale Entwicklungsagentur – siehe Handlungsschwerpunkt Regionale Entwicklungsplanung).

Beteiligte

Verbund der Wirtschaftsförderungen, IHKs, Regionalmanagement, Regionalversammlung

Verfahren

- Vergabe einer Studie aus gepoolten öffentlichen (Kommunen, ggf. Kreise, Land, IHKs, ggf. EU – etwa Interreg III) und ggf. privaten (z.B. IBH, TSH) Mitteln,
- darauf aufbauend Entwicklung von regionalen „Spielregeln“ bzw. guidelines der Wirtschaftsförderung (siehe auch Handlungsschwerpunkt Gewerbeflächenmanagement) und Aufbau eines regionalen Entrepreneurship-Monitors im Rahmen des Regionalmanagements.

Finanzierung

(s.o.) – Finanzielle Dimension der Studie ca. 100-120.000 €

Modul 3: Initiativen im Rahmen des Regionalmanagements

Beschreibung

Das mit Gründung des Vereins „MitteHessen“ im Januar 2003 in die Umsetzungsphase getretene Regionalmanagement Mittelhessen zielt im Kern auf eine bessere Vernetzung und Außendarstellung der Region. Dabei ist es wichtig, die mittelhessischen Kernstädte Wetzlar, Gießen und Marburg als Aushängeschilder der Region angemessen in den Mittelpunkt zu rücken. Das erfordert allerdings ein abgestimmtes Auftreten der Kernstädte innerhalb der Region. Es wird vorgeschlagen seitens der Kernstädte Initiativen

- zur Entwicklung gemeinsamer Messepräsentationen der regionalen Wirtschaft und
 - zu einer aktiven Interessensvertretung der Region auf Ebene von Bund, Land und EU
- in dass Regionalmanagement einzubringen.

Beteiligte

Magistrate und kommunale Wirtschaftsförderungen, Regionalmanagement

Verfahren

Themenbezogene informelle Einbindung Marburgs in die vorgeschlagene kommunale Arbeitsgemeinschaft Gießen-Wetzlar (siehe Handlungsschwerpunkt Regionale Entwicklungsplanung) auch als Abstimmungsebene zu Initiativen auf Ebene des Regionalmanagements

Meilensteine / zeitliche Dimensionierung

2003:

- Einrichtung des regionalen Existenzgründungsfonds Teilfonds A (Gießen-Wetzlar)
- Erarbeitung Firmenatlas und Durchführung Branchenkonferenz Automatisierung am Standort Spilburg Wetzlar
- Branchenkonferenz Bio- und Medizintechnik am Standort Europaviertel Gießen

2004ff

- Studie zu Kompetenzbereichen der regionalen Wirtschaft 2004-2005
- Branchenbezogene regionale WiFö-Strategie und Regionaler Entrepreneurship-Monitor 2006
- Gemeinsame Messepräsentationen der regionalen Wirtschaft ca. ab 2005 / 2006

Handlungsschwerpunkt 3: Hochschul- und Wissenschaftsstädte

Herleitung des Handlungsschwerpunktes Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt knüpft an den Strategiebaustein „Hochschulen, Wissenschaft und Forschung“ an. Die außerordentlich dichte mittelhessischen Wissenschaftslandschaft stellt eine herausragende Standortqualität in der Region dar, die es langfristig zu sichern, weiterzuentwickeln und für die regionale Entwicklung verstärkt nutzbar zu machen gilt.

Die Hochschulen sehen sich zwei wesentlichen Herausforderungen gegenüber, durch die sie sich zukünftig stärker im Wettbewerb behaupten werden müssen:

- Sinkenden Studierendenzahlen durch den demographischen Wandel und damit verbunden höhere Freiheitsgrade bei der Studienplatzwahl (Bedeutungsverlust der „Zuweisung“ von Studierenden durch die ZVS).
- Vergabe von Mitteln durch das Land auf Basis von Leistungskriterien der Hochschulen und sich abzeichnende zunehmende Differenzierung des Hochschulsystems.

Beschreibung

Um sich im Wettbewerb um Studierende, Qualität der Lehre und Forschungsmittel langfristig zu behaupten, sehen sich die Städte aufgefordert, eine intensivierete Kooperation zwischen den regionalen Hochschulen anzuregen. Zielrichtungen sind insbesondere:

- Positionierung der Hochschulen im internationalen Wettbewerb durch Profilbildung,
- Intensivierung des Wissenstransfers in die regionale Wirtschaft – Nutzung der vorhandenen wissenschaftlichen Potenzen für die regionale Entwicklung.

Einerseits wird vorgeschlagen, seitens der Städte eine gemeinsame Außendarstellung der regionalen Hochschulen gegenüber potenziellen Studierenden und Forschenden / Lehrenden zu initiieren. Die Initiative soll auf die schrittweise Entwicklung eines Hochschulverbundes in der Wissenschaftsregion Mittelhessen abzielen.

In Fortführung der bisherigen Initiativen zum Technologietransfer wird deshalb andererseits vorgeschlagen, das in Wetzlar im Aufbau befindliche praxis- und wirtschaftsnahe duale „studium plus“ mittels Auslandsstipendien zu öffnen und so einen Beitrag zur Internationalisierung der heimischen Wirtschaft zu leisten. Im weiteren ist an eine stärkere Verankerung des Entrepreneurship Gedankens an den regionalen Hochschulen durch die Einrichtung eines interuniversitären Lehrstuhls / Instituts gedacht.

Starter-Maßnahme: Auslandsstipendien „studium plus“

Beschreibung

Das „studium plus“ an der Fachhochschule Gießen-Friedberg ist ein duales Ausbildungskonzept, bei dem sich betriebliche Ausbildungsphasen mit Ausbildungsphasen an der Hochschule (Grundstudium in Gießen, Wetzlar und Friedberg, Hauptstudium am Wetzlarer Standort Spilburg) abwechseln.

In den Studiengängen Wirtschaftsingenieurwesen, Wirtschaftswissenschaften, Maschinenbau / Optronik und Elektrotechnik werden Studierende praxisnah und den Bedürfnissen der regionalen Wirtschaft entsprechend binnen drei Jahren ausgebildet.

Es wird vorgeschlagen in das „studium plus“ Werkstudenten von ausländischen, insbesondere mittel- und osteuropäischen Unternehmen über Stipendien einzubeziehen. Dies kann sowohl einen Beitrag zur positiven Außendarstellung von Region und insbesondere regionaler Wirtschaft leisten, als auch die Ausbildung durch die Einbeziehung anderer Erfahrungshintergründe aufwerten und über ein sukzessive wachsendes Netzwerk die internationale Kompetenz der mittelhessischen Wirtschaft steigern.

Beteiligte

FH Gießen-Friedberg, IHKs, Drittmittelgeber, ausgewählte Unternehmen

Verfahren

Durchführung eines Workshops 2003 zur Entwicklung und Abstimmung eines Projektantrags

Finanzierung

Europäische Austauschprogramme, Stiftungen – als Pilotprojekt

Modul 2: Einrichtung eines interuniversitären Lehrstuhls / Instituts für Entrepreneurship

Beschreibung

Die bestehenden Einrichtungen des Wissens- und Technologietransfers aus den regionalen Hochschulen zielen mit dem Transferzentrum Mittelhessen zur Zeit überwiegend auf die Verwertung von Forschungen durch Hochschullehrer. Für die regionale wirtschaftliche Entwicklung ist es gerade vor dem Hintergrund eines wachsenden Auspendlerüberschusses hoch qualifizierter Kräfte wichtig, ergänzend Rahmenbedingungen für die Gründung von Unternehmen durch Absolventen und Studierende zu verbessern. Neben den vorhandenen Gründerzentren und dem vorgeschlagenen regionalen Existenzgründungsfonds (siehe Handlungsschwerpunkt Technologiestädte) erscheint es hierfür notwendig, die Selbständigkeit bzw. unternehmerische Tätigkeit als berufliche Perspektive stärker in der universitären Ausbildung zu verankern.

Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen, eine Initiative zur Entwicklung eines interuniversitären Lehrstuhls bzw. Instituts für Entrepreneurship an den mittelhessischen Hochschulen zu unternehmen. Damit könnte zudem ein

erster Schritt zu einer intensivierten Kooperation zwischen den Hochschulen gegangen werden.

Beteiligte / Verfahren

Gemeinsame Initiative der Städte Gießen, Wetzlar und Marburg, Einbeziehung der Industrie- und Handelskammern, ggf. TSH. Abstimmung mit den Hochschulen, Organisation politischer Unterstützung durch Mittelhessenrunde

Modul 3: Gemeinsame Außendarstellung der regionalen Hochschulen

Beschreibung

Durch demographisch bedingt sinkende Studierendenzahlen und den Bedeutungsverlust der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen wächst die Konkurrenz der Hochschulen um Studierende. Parallel wächst auch der Wettbewerb um die Mittelausstattung der Hochschulen.

Dieser Wettbewerb vermittelt sich einerseits über Qualität von Studium und Forschung und deren Außenwahrnehmung (Rankings etc.), andererseits über den regionalen Kontext.

Um sich in diesem Wettbewerb erfolgreich zu positionieren, sollten sich die mittelhessischen Hochschulen gemeinsam gegenüber potenziellen Studierenden und Wissenschaftlern präsentieren, den spezifischen Standortvorteil einer dichten Wissenschaftsregion in einem gemeinsamen Informationspool angemessen in den Blickpunkt rücken.

Die sich im Wettbewerb abzeichnenden Kernkompetenzen der einzelnen Hochschulen sollten im Verbund nach außen hin dargestellt werden und eine besondere Gewichtung in der Interessenvertretung erhalten.

Beteiligte

Initiative zur Entwicklung eines gemeinsamen Informationsmaterials durch die Städte Gießen, Marburg und Wetzlar, Durchführung durch Hochschulen, Unterstützung / Begleitung ggf. durch Regionalmanagement

Finanzierung

durch die Hochschulen selbst

Handlungsschwerpunkt 4: Stadregionales Flächenressourcenmanagement

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Strategiebaustein 10 – Flächenressourcenmanagement – enthält Lösungsansätze zum Umgang mit Flächennutzungskonkurrenzen im Außenbereich sowie Brach- und Konversionsflächen im Innenbereich in der Stadregion Gießen-Wetzlar.

Die Flächenverfügbarkeit in verschiedensten Marktsegmenten ist ein wesentlicher Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen. Die voranschreitende Globalisierung der Wirtschaft und der hiermit einhergehende Strukturwandel hat auf kommunaler Ebene zu einem intensiven Wettbewerb um die Neuansiedlung von Wirtschaftsunternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen geführt. Der Flächenverbrauch wurde durch die Steigerung der Mobilität der Bevölkerung und das geänderte Freizeitverhalten zusätzlich verstärkt, was zu einer starken Zersiedelung geführt hat. Diesem Effekt kann nur durch ein gezieltes regionales Flächenmanagement verbunden mit einer intensiven Koordination auf interkommunaler Ebene entgegengewirkt werden.

Übergeordnetes Ziel des Handlungsschwerpunktes ist es, durch ein stadregionales Flächen-Ressourcenmanagement ein vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen verfügbar zu halten und hierfür prioritär die Mobilisierung von Brachflächen in den Mittelpunkt zu stellen.

Beschreibung

Das Flächenmanagement als flexibles Instrument einer interkommunalen Strategie zur Flächensicherung und -entwicklung beinhaltet

- die Steuerung der Bodennutzung (Bauleitplanung etc.),
- eine Mitwirkung bei der Klärung von Eigentumsverhältnissen und der Vermarktung von Flächen,
- Bodenordnung (Kauf, Umlegung, Enteignung, gemeindliches Vorkaufsrecht etc.)
- die Beeinflussung des Bodenmarktes (Planung und Erschließung neuer Baugebiete, Bodenvorratspolitik, Bodenrichtwertkarten etc.).

Durch das Flächenmanagement sollen auf Grundlage genauer Flächeninformationen Baulandreserven optimal ausgenutzt werden und ein Flächenrecycling initiiert werden. Die Kommunen sollen durch gezielte Maßnahmen zur Wertsteigerung kommunalen Bodens und eine an bestehender Infrastruktur orientierte Flächenausweisung ihre Haushaltssituation verbessern. Ziel ist es darüber hinaus, die kommunalen Vorleistungen und Folgekosten im Rahmen der Baulandbereitstellung insbesondere im Rahmen des Flächenrecyclings mittels einer Mitfinanzierung durch private Träger zu reduzieren.

Hierfür kann schon heute auf eine Vielzahl bestehender rechtlicher und planerischer Instrumente zurückgegriffen werden (Planungs-, Sicherungs-, Finanzierungsinstrumente/ Förderung sowie Marketinginstrumente und

Instrumente der Mobilisierung). In Zukunft ist jedoch neben einer Aufgabenteilung und Zusammenarbeit mit privaten Akteuren (städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, städtebauliche Verträge, Vorhaben- und Erschließungspläne) eine regionale Abstimmung zur Verhinderung von direkten Flächennutzungskonkurrenzen von zentraler Bedeutung.

Für ein regionales Flächenmanagement in der Stadtregion Gießen-Wetzlar(-Marburg) ist jedoch eine effektive Organisation erforderlich. Die bisherigen Strukturen der Regionalplanung haben sich insbesondere für die Flächenmobilisierung als nicht ausreichend erwiesen. Da Flächenmanagement schon innerhalb nur einer Kernstadt wie Gießen und Wetzlar eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung darstellt, müssen die Informations-, Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse auf stadtreionaler Ebene noch stringenter organisiert werden.

Hierbei spielt neben der Koordination innerhalb der öffentlichen Verwaltung, die Einbeziehung privater Investoren sowie der Grundstückseigentümer eine entscheidende Rolle. Die regionale Zusammenarbeit kann in ihrer Organisations- und Rechtsform dabei einen unterschiedlichen Grad an Intensität aufweisen und sich im Spektrum von lockeren Informationsrunden und Arbeitskreisen bis hin zu Planungs-, Regional- oder Zweckverbänden sowie privatrechtlichen Organisationsformen (Verein, GmbH, AG) bewegen.

Innerhalb der „Stadtinitiative 2010“ wird der Einsatz eines „Mix“ aus direkten und indirekten Steuerungsinstrumenten in 4 Stufen vorgeschlagen:

1. Ein verbesserter Abgleich vorhandener Informationsgrundlagen durch den Aufbau eines gemeinsamen Flächeninformationssystems und eines darin integrierten Brachflächenkatasters
2. Die Wahrnehmung von „Managementaufgaben“ in einer gemeinsamen „Task-Force“ von Planungs- und Wirtschaftsförderungsämtern sowie IHK's ggf. im Zusammenwirken mit dem geplanten Gewerbeflächenmanagement.
3. Durchführung von stadtreionalen Pilotprojekten, u.a. am „Depotstandort Gießen“ und dem Industriestandort BUDERUS in Wetzlar
4. Mittelfristig ist die Gründung einer stadtreionalen Flächenentwicklungs-GmbH in Form eines Public-private-partnership, das insbesondere für die Mobilisierung innerstädtischer Flächen in Angriff nimmt, erforderlich. Die Gesellschaft könnte nach dem Beispiel der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Mittelrhein in Koblenz unter Beteiligung von Kammern, Sparkassen, IBH etc. (Brach-)flächenerwerb und entwicklung betreiben. In diesem Sinne ähnelt ihre Funktion der Hessischen Landgesellschaft, jedoch im Sinne einer Stärkung der Kernstädte.

Mit einem interkommunalen Flächenressourcen-Managements könnte die Stadtregion in diesem bundesweit diskutierten Problemfeld erstmals auch in Hessen die Initiative ergreifen und ein entsprechendes Modellprojekt initiieren. Die Umsetzung eines Flächen-Ressourcenmanagement in der Stadtregion Gießen-Wetzlar sollte dabei mittelfristig auf zwei Pfeilern aufbauen:

- die für Informations- und Managementaufgaben erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen, müssen – ggf. nach Vorlauf durch ein Modellvorhaben – durch internen Verwaltungsumbau aus eigener Kraft

- der Kommunen aufgebracht werden,
- die Realisierung von Schwerpunktprojekten kann angesichts der Größenordnung nur mit Unterstützung des Landes, des Bundes sowie privater Partner bewältigt werden.

Starter-Maßnahme: Stadregionales Brachflächenkataster und Flächenmangement

Beschreibung

Ein stadregionales Brachflächenkataster baut auf Informationen und Kataster aus verschiedenen Fachämtern auf. Durch methodische und nachvollziehbaren Strukturen und daraus abgeleiteten Empfehlungen soll das Flächen-Ressourcenkataster von der planenden Verwaltung, insbesondere der Wirtschaftsförderung, der Stadtplanung, den Umweltämtern bis hin zu den Tiefbauämtern für interne Zielbestimmungen und übergreifende Abstimmungsprozesse genutzt werden. Auf Anfragen von Investoren und Banken sowie die Ausschreibung von Förderprogrammen können geeignete Flächen sofort identifiziert, ansprechpartner benannt und alle relevanten Aussagen in Form eines „Flächenpasses“ zur Verfügung gestellt werden.

Beteiligte / Verfahren

Kernstädte Gießen, Wetzlar und Marburg (Umweltämter, Stadtplanungsämter, Wirtschaftsförderung), Land Hessen, Regierungspräsidien, IHKs

Finanzierung

Antrag als Modellvorhaben des hessischen Umweltministeriums (Volumen ca. 100.000 €), INTERREG IIIb, Kommunale Co-Finanzierung durch Haushaltsmittel und Personaleinsatz, Mittel privater Kooperationspartner (KIV?)

Modul 2: Durchführung stadregionaler Pilotprojekte – Depot-Gießen

Beschreibung

Die Stadt Gießen wird durch den für 2007 angekündigten Abzug der Amerikanischen Streitkräfte von einer zweiten Konversionswelle betroffen sein. Neben dem Verlust von ca. 160 zivilen Arbeitsplätzen und 1.100 Soldaten werden Flächen im Umfang von ca. 150 ha freigesetzt werden. Hierunter befinden sich sowohl Lager- und Verkehrsflächen als auch Wohngebiete.

Die Liegenschaften befinden sich im Eigentum des Bundes. Die zur Disposition stehenden Flächen entsprechen der Größenordnung des geplanten Industrie- und Gewerbegebietes Lützellinden in etwa. Geht man nur von einem überschlägigen Investitionsbedarf von 30-50 €/m² aus, erfordert die Flächenkonversion allein dieses Standortes ein Investitionsvolumen von ca. 45–75 Mio. €. Die Größenordnungen signalisieren, dass das Projekt nur auf regionaler Ebene unter Einbeziehung des Landes und des Flächeneigentümers bewältigt werden kann. Schon vor Beginn des Truppeabzugs sollte deshalb ein „Runder Tisch - Konversion“ eingerichtet werden sowie

Machbarkeitsuntersuchungen beginnen.

Beteiligte

Stadt Gießen, Bundesvermögensamt, Regierungspräsidium

Finanzierung

Bund, Land, Kommunen

Handlungsschwerpunkt 5: Gewerbeflächenmanagement

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Die Stadtregion Gießen-Wetzlar kann sich nur mit einem in Größe und Qualität differenzierten Gewerbeflächenangebot im internationalen und regionalen Wettbewerb um Investitionen behaupten. Im Rahmen eines gemeinsamen Gewerbeflächenmanagements sollen deshalb qualitativ hochwertige Gewerbegebietsstandorte weiter aufgewertet, neue Flächenangebote für Industrie- und für kleingewerbliche Ansiedlungen mobilisiert und bestehende Gewerbe- und Industriegebiete funktional optimiert werden.

Beschreibung:

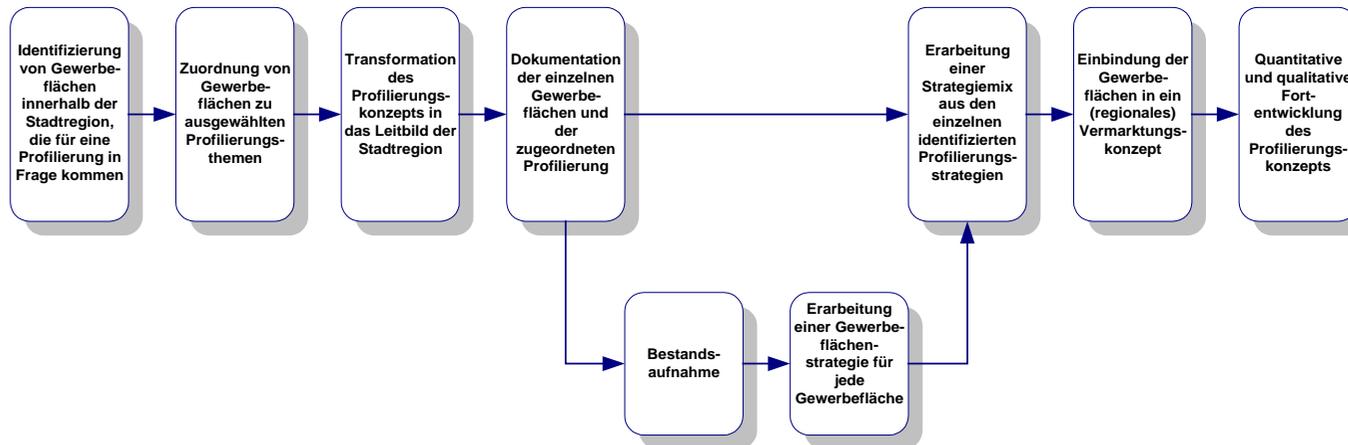
Beim Gewerbeflächenmanagement steht zunächst die Herausbildung regionaler und überregionaler Standortprofile im Vordergrund. Dies gilt zum Einen für die sich entwickelnden „Leuchttürme“ „Biotechnologie/ Europaviertel in Gießen“ und „Automatisierung/ Spilburg Wetzlar“ (siehe Handlungsschwerpunkt Technologiestädte), kann vom Ansatz her jedoch auf eine Reihe weiterer bestehender oder noch zu entwickelnder Gewerbebestände übertragen werden. Das geplante Gewerbeflächenmanagement soll eine „Marketingkomponente“ und eine „Entwicklungskomponente“ enthalten.

Innerhalb verbesserter Marketingaktivitäten sollen zunächst die vorhandene unzureichenden Datenbanken („Hessen-Info“) und Präsentationen den überregionalen Anforderungen angepasst und beispielhaft für eine mögliche Ausdehnung auf das Regionalmanagement Mittelhessen aufbereitet werden. Neben dem Aufbau einer internetfähigen Datenbank – zunächst für die Stadtregion Gießen-Wetzlar, später ggf. für die mittelhessische Gesamtregion - ist an die Auflage von Werbeflyern und einen gemeinsamen Messeauftritt, z.B. bei der EXPO-REAL 2004 in München zu denken. Auf Ebene der einzelnen Gewerbegebiete ist an die Initiierung eines Gewerbegebietsmanagements unter Einbeziehung aller Unternehmen gedacht.

Neben diesem Marketingansatz sollen durch einen aktiven Entwicklungsansatz bestehende und in der Entwicklung befindliche Standorte in eine Gesamtkonzeption eingebunden werden. Hierfür bedarf es des intensiven Dialogs mit Kommunen, Unternehmen und Kammern, der schrittweise in eine weitere Gewerbeflächenprofilierung münden soll. Hierfür sind drei Segmente vorstellbar:

- **Gewerbe- und Technologieparks** als Premium-Produkt, hohes infrastrukturelles (wissenschaftliche Einrichtungen, soziale und kulturelle Infrastrukturen) und gestalterisches Niveau
- **thematische Gewerbe- und Dienstleistungsgebiete:** auf Branchen zugeschnittene Lage / Infrastruktur etc. z.B.: „Automeile“, Kulturgewerbehof, Handwerkerhof, Logistikzentrum ...
- **große Angebotsflächen:** als potenzielle Ansiedlungsflächen für große gewerbliche / industrielle Investitionen, Voraussetzung: Verfügbarkeit.

Ziel ist es, die jeweiligen Standorte durch Maßnahmen im öffentlichen Raum (Funktionalität, Begleitgrün, spezifisches Logo / Beschilderung etc.) sowie durch attraktive Gewerbearchitektur (siehe hierzu auch vorgeschlagene Bauinitiative – Handlungsschwerpunkt Urbane Qualitätsoffensive) aufzuwerten.



Gewerbeflächenmanagement muss dauerhaft angelegt und institutionell verankert sein. Kurzfristige „Strohfeuer“ in Form von einzelstandortbezogenen Gutachten machen Investoren und Gewerbetreibenden wenig Eindruck, wenn die „Gesamtlinie“ einer Standortpolitik in der eng verflochtenen Stadtregion Gießen-Wetzlar nicht erkennbar ist. Nachfolgend ist deshalb ein mehrjähriger und mehrstufiger Ablaufplan als Vorschlag der IHK-Wetzlar / Dillenburg zur Umsetzung des Handlungsschwerpunktes dargestellt.

Nach den ersten Erfassungs- und Bearbeitungsschritten sollen insbesondere die an den jeweiligen Standorten aktiven Unternehmen Eigenverantwortung zur Entwicklung / Profilierung übernehmen. Große Flächeneigentümer, wie z.B. BUDERUS in Wetzlar können unter Eigenregie die Diversifizierung „z.B. als BUDERUS-Technologiepark“ vorantreiben. Im Rahmen des Gewerbeflächenmanagements sollen deshalb Vorgespräche mit Unternehmen und Dienstleistern geführt und entsprechende Aktivitäten initiiert werden.

Starter-Maßnahme: Aktivierende Untersuchung von Gewerbegebieten in der Stadtregion

Beschreibung

Profilierung in Sinne von Marketing- und Entwicklungsaktivitäten soll in Gewerbegebieten ansetzen, die dafür ein überdurchschnittliches Potenzial aufweisen. In einer Vorstudie unter Federführung der IHK Wetzlar – Dillenburg sollen daher als erster Schritt einer stadtreionalen Gewerbeflächenprofilierungsstrategie die Gewerbegebiete erfasst werden hinsichtlich

- ihrer Unternehmens- und Branchenstruktur,
- räumlichen Entwicklungspotenzialen und
- an einer Entwicklung des Gebietes interessierter privater Akteure.

Der räumliche Umgriff der Studie sollte über die Stadtgebiete von Gießen und Wetzlar hinausgehen und den stadtreionalen Zusammenhang erfassen. Auf dieser Basis ist es möglich, eine Auswahl und Prioritätensetzung für weitere Aktivitäten der Gewerbegebietsprofilierung zu treffen und eine regionale Gewerbegebietsdatenbank als Service für potenzielle Investoren aufzubauen.

Ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl von Gebieten für Marketing- und Entwicklungsaktivitäten ist dabei die Unterstützung durch Akteure aus dem Gebiet. In diesem Sinne soll die Vorstudie den Charakter einer aktivierenden Untersuchung haben.

Beteiligung:/ Verfahren

Industrie- und Handelskammern (Federführung), Wirtschaftsförderungs- und Stadtplanungsämter, Unternehmen.

Eine Federführung durch die IHKs bietet sich aufgrund der Kenntnis über Branchen und betriebliche Strukturen an, wichtig ist jedoch, diese mit den jeweiligen Standortpotentialen in konkretem Einzelfall zu verknüpfen.

Regierungspräsidium: im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes

Finanzierung:

- Starter-Maßnahme als Ziel II-Antrag, ggf. Koppelung mit Starterprojekten des Regionalmarketings – Volumen ca. 30.000-50.000 €
- Eigenbeiträge der beteiligten Kommunen und IHKs (personelle Kapazität)
- INTERREG III B

Handlungsschwerpunkt 6: Urbane Qualitätsoffensive Gießen-Wetzlar

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt verbindet die Strategie-Ansätze aus den Bausteinen Wohnen und Stadtumbau. Er zielt darauf ab, unter den Bedingungen kommunaler Finanzknappheit, Konzentrationsprozessen im Einzelhandel und rückläufiger Bevölkerung einer weiteren Auszehrung der Kernstädte durch ihr Umland entgegenzuwirken. Durch die Attraktivitätssteigerung der Kernstädte insbesondere auch als Wohnstandorte sollen Impulse für die gesamte Stadtregion gesetzt werden. Dabei ist Innenstadt(rand)lagen in Gießen und Wetzlar gleichermaßen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Der anstehende Stadtumbau ist in diesem Zusammenhang als integrierte Aufgabe aufzufassen, die eine stärkere Einbeziehung privater Akteure ebenso voraussetzt wie eine übergreifende Konzeptionsentwicklung etwa auf Stadtteilebene. Die in der Vergangenheit praktizierte starke Fokussierung von Städtebauförderungsmitteln auf einzelne Quartiere soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden, um unter Bedingungen knapper öffentlicher Mittel nicht nur auf Quartiersebene Wirkungen zu erzielen, sondern zur Stabilisierung des städtischen Gefüges nachhaltige Beiträge leisten zu können.

Beschreibung

Die Städte von morgen sind überwiegend schon gebaut. Städtebau unter den Bedingungen rückläufiger Bevölkerungszahlen kann deshalb nicht mehr in erster Linie Siedlungsflächenwachstum bedeuten, zumal sich in der Innenentwicklung Erschließungskosten in erheblichem Umfang einsparen lassen. Die vorhandenen Siedlungsstrukturen den sich ändernden Bedürfnissen und Rahmenbedingungen anzupassen, Stadtumbau als Weiterentwicklung im Bestand ist die wesentliche Zukunftsaufgabe des Städtebaus.

Der mittelhessische Raum und seine Kernstädte sind durch kleinteilige städtebauliche Strukturen und eine starke Orientierung auf den privaten Raum geprägt. Dies hat lange zu einer hohen Stabilität städtebaulicher Strukturen beigetragen, bedingt aber auch Defizite in der Bau- und Siedlungskultur und kann gerade in innerstädtischen Lagen notwendige Modernisierungsprozesse erschweren.

Die vorgeschlagene urbane Qualitätsoffensive soll:

- auf einem verstetigten Dialog in einem Forum Stadtentwicklung aufbauen,
- Initiativen zur Stadterneuerung / zum Stadtumbau zwischen den beiden Städten austauschen
- ein gemeinsames Entwicklungskonzept für das Wohnen entwickeln, das soziale, städtebauliche und ökonomische Fragen des Wohnens verknüpft,
- schließlich soll eine Bauinitiative Gießen-Wetzlar als baukulturelle Initiative gute Projekte initiieren und präsentieren.

Starter-Maßnahme A: Forum Stadtentwicklung

Beschreibung

Der im Rahmen des Forschungsprojektes begonnene Dialog zwischen den Verwaltungen im Bereich der Stadtplanung soll verstetigt werden, um ein Forum zur Diskussion beide Städte betreffende Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung auf der Arbeitsebene zu organisieren und die Planungskultur weiterzuentwickeln. Andererseits können so gemeinsame Interessen und Projekte in der Region effektiv vertreten und vorangetrieben werden.

Die im weiteren beschriebenen Maßnahmen des Handlungsschwerpunktes „urbane Qualitätsoffensive“ sollen durch das Forum Stadtentwicklung fachlich begleitet und evaluiert werden.

Beteiligte

Baudezernate und Planungsämter der Städte Gießen und Wetzlar, themenbezogen weitere Akteure (Wohnungsunternehmen, Fachämter, Umlandkommunen, Landkreise, RP, gesellschaftliche und private Akteure)

Verfahren

Das Forum Stadtentwicklung kann als ständiger Arbeitskreis der vorgeschlagenen kommunalen Arbeitsgemeinschaft zugeordnet werden.

Einrichtung des Forums durch Beschluss der Magistrate.

Finanzierung

Kosten für Veranstaltungen und Sachmittel (ca. 5.000 € p.a.) – Finanzierung aus den laufenden Haushalten bzw. laufenden EFRE-Projekten

Starter-Maßnahme B: Vorstudie Stadtentwicklungskonzept Wohnen

Beschreibung

Obwohl Gießen und Wetzlar als Wohnstandorte unterschiedliche Ausgangslagen aufweisen, liegt die gemeinsame Problemlage im Verhältnis zum Umland und die Verflechtung innerhalb der Stadtregion auf der Hand. Eine gemeinsame Konzeptentwicklung für das Wohnen soll zu einem ökonomischeren Mitteleinsatz der Städte, wie zu deren Attraktivitätssteigerung als Wohnstandorte beitragen.

Die Hessische Landesregierung fordert für die Vergabe von Mitteln des Sozialen Wohnungsbaus (1. Förderweg) künftig die Vorlage (regionaler) Wohnungsversorgungskonzepte durch die Wohnungswirtschaft. Es wird vorgeschlagen, dies zum Ausgangspunkt für ein alle Segmente des Wohnungsbaus umfassendes Stadtentwicklungskonzept zu machen. Das Konzept soll die wesentlichen Herausforderungen für den Wohnstandort – Schrumpfung, Differenzierung der Wohnbedürfnisse, zunehmende sozialräumlicher Segregation

und dem ungebrochenen Trend zur Wohneigentumsbildung zugrunde legend:

- Flächenpotenziale zur Differenzierung (Nachverdichtung, Rückbau, Mischung) im Siedlungsbestand identifizieren, Grundtypen des Wohnens zuordnen und damit die Grundlage für flächen- oder quartiersbezogene Konzepte bzw. Investorenangebote bilden,
- eine detaillierte Wohnungsmarktanalyse vornehmen,
- Sozialräumliche Analysen (siehe auch Handlungsschwerpunkt Interkommunales Datenmodulsystem Sozialberichterstattung) und Instrumente zur Sicherung kommunaler Belegungsrechte (etwa durch vertragliche Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft) einbinden,
- neue Instrumente zur Attraktivierung des Wohnungsbaus in den Kernstädten in ökonomischer und gestalterischer Hinsicht prüfen (z.B. Abschöpfung planungsbedingter Wertsteigerungen etwa durch generelle freiwillige Umlegung, verstärkten Einsatz von Bauträgern, städtebauliche Wettbewerbe).

Beteiligte

Planungsämter, Sozialverwaltung, Wohnungsunternehmen

Verfahren

Der Gesamtprozess der Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen ist als dialogorientiertes Verfahren über 2-3 Jahre zu denken. Die Steuerung kann durch das Forum Stadtentwicklung unter Einbindung von Verwaltungsspitzen und lokaler Politik erfolgen.

Die Bearbeitung kann für sachliche und räumliche Teilbereiche differenziert werden. Teile der Leistungen können durch die Städte selbst erbracht werden, aber auch externe Leistungen wären einzubeziehen.

Den Startpunkt wird eine flächenhafte Analyse von Differenzierungspotenzialen im Siedlungsbestand vorgeschlagen, die insbesondere eine Auseinandersetzung mit dem Bestand in den Großsiedlungen der 50er-70er Jahre und eine sozialräumliche Betrachtung einschließt. Sie soll einerseits die gesetzliche Funktion eines Wohnungsversorgungskonzeptes erfüllen und andererseits als Vorarbeit für das gemeinsame Stadtentwicklungskonzept Wohnen nutzbar sein.

- Grundsatzbeschluss zur Erarbeitung eines gemeinsamen Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen durch die Stadtverordnetenversammlungen.
- Vereinbarung für Ausgestaltung und Durchführung eines Wohnungsversorgungskonzeptes als Baustein innerhalb des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen.

Finanzierung

Kosten für die Studie: ca. 150.000 €. Aufteilung der Kosten zwischen Wohnungsunternehmen (ca. 75%) und Städten (ca. 25%).

Die Studie könnte u.U. noch als Fachgutachten in das Bundesprogramm „Stadtumbau West“ eingebracht werden. Dadurch erscheint es einerseits denkbar, Fördermittel einzuwerben, andererseits könnte die Mitarbeit im

programmbegleitenden Netzwerk wichtige Impulse für die Stadtentwicklungsdiskussion in Gießen-Wetzlar geben.

Starter-Maßnahme C: Pilot-Vorhaben für integrierte Projekte zum Umbau von Innenstadt(rand)lagen

Beschreibung

Beiden Städten sind sich zukünftig noch verstärkende Strukturprobleme in Innenstadt(rand)lagen wie wegbrechender Handels- und Gewerbebesatz, Verkehrsprobleme, Defizite des öffentlichen Raums, Defizite in der Bausubstanz und eine kleinteilige, die Entwicklung hemmende Parzellierung gemein.

Stadterneuerung in diesen Stadtbereichen muss unter den Bedingungen knapper öffentlicher Mittel im Sinne integrierter Projekte die privaten Akteure stark einbeziehen, fachliche Initiativen (Städtebau, Verkehr, Denkmalschutz...) bündeln und passgenaue Strategien für das jeweilige Gebiet entwickeln.

Eine parallele Bearbeitung vergleichbarer Gebiete in Gießen und Wetzlar kann einerseits durch fachlichen Austausch (vgl.: Forum Stadtentwicklung) Synergien erzeugen, andererseits aber auch die Aussichten zur Einwerbung von Fördermitteln z.B. im Rahmen eines absehbaren dritten EU-Programms URBAN verbessern.

Beide Städte haben im Rahmen der Ziel-2-Förderung des EFRE (Teil Stadterneuerung) Mittel für die Erneuerung innerstädtischer Randlagen beantragt. Diese Projekte haben Pilot-Charakter für den weiteren Prozess des Stadtumbaus.

Beteiligte

- eigenständige Bearbeitung der Einzelprojekte unter Leitung der Kommunen und breiter Einbeziehung der Akteure im Quartier
- auf Ebene der gemeinsamen Abstimmung und des Austauschs Baudezernate, Wirtschaftsförderungen etc. (siehe Forum Stadtentwicklung)

Verfahren

Wenn Bewilligung der beantragten Projekte der Stadterneuerung vorliegt, Initiierung gemeinsamer Aktivitäten aus den Projektbudgets (z.B. 5% der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit / Lobbying...).

Finanzierung

Volumen Pilot-Projekte in der Bewilligung noch unklar.

Förderung der Pilot-Vorhaben aus Ziel-2-Mitteln des EFRE, kommunale Eigenanteile. Für weitere Projekte kommen Stadterneuerungsmittel des Landes in Betracht.

Die Pilot-Vorhaben können als Referenz zum erfolgreichen Bewerb um Aufnahme in das zu erwartende EU-Programm URBAN III genutzt werden. Hier wäre ggf. auch Marburg einzubeziehen.

Modul 2: Bauinitiative Gießen-Wetzlar

Beschreibung

Auf Basis sowohl des vorgeschlagenen Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen, als auch der Projekte des Stadtumbaus sollen hochwertige Bauprojekte insbesondere im Segment innovativer Formen städtischen Wohnens, aber auch im Gewerbe-, Dienstleistungs- und Verwaltungsbau realisiert werden.

Zielrichtung einer Bauinitiative Gießen-Wetzlar, die auch als Bauinitiative Gießen-Wetzlar-Marburg oder Mittelhessen denkbar ist, ist es Anreize für Qualität und eine Präsentationsplattform für gute Projekte zu bieten.

Die Bauinitiative schafft – soweit dies finanziell möglich ist – Anreize mit der Bereitstellung von Mitteln etwa für städtebauliche oder Architekturwettbewerbe, stellt eine Bauberatung zur Verfügung und erleichtert durch Information den Zugang zu bestehenden Förderprogrammen von Bund und Land.

Die Bauinitiative ist auf fünf Jahre angelegt, wird organisatorisch betreut durch eine Geschäftsstelle (mögliche Zuordnung zu vorgeschlagener stadtreionaler Entwicklungsagentur – siehe Handlungsschwerpunkt Regionale Entwicklungsplanung) und bindet regionale Akteure und überregionale Experten über ein Kuratorium / einen Beirat ein. Die Auswahl der zu prämierenden / präsentierenden Beispiele erfolgt durch eine Fachjury.

Um eine multiplikatorische Wirkung der gelungenen Beispiele zu gewährleisten, ist eine öffentlichkeitswirksame Präsentation, die sowohl auf Bauherren und Nutzer, aber auch auf die regionale und überregionale Fachöffentlichkeit zielt, anzustreben (Referenzbeispiel: „Route der Wohnkultur“ der Region Hannover).

Beteiligte

Kommunen (Städte und Umlandgemeinden), RP, Wohnungsunternehmen, Bauträger, Bausparkassen, Hochschulen, Architektenkammer, Fachverbände (z.B. vhw)...

Verfahren

Konzeptionelle Vorbereitung und Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten durch Forum Stadtentwicklung (ca. 2003-2004), politischer Beschluss zur Durchführung, Einrichtung Geschäftsstelle und Kuratorium (ca. 2006), „Call for Projects“ (ca. 2006)... Präsentation (2010)

Finanzierung

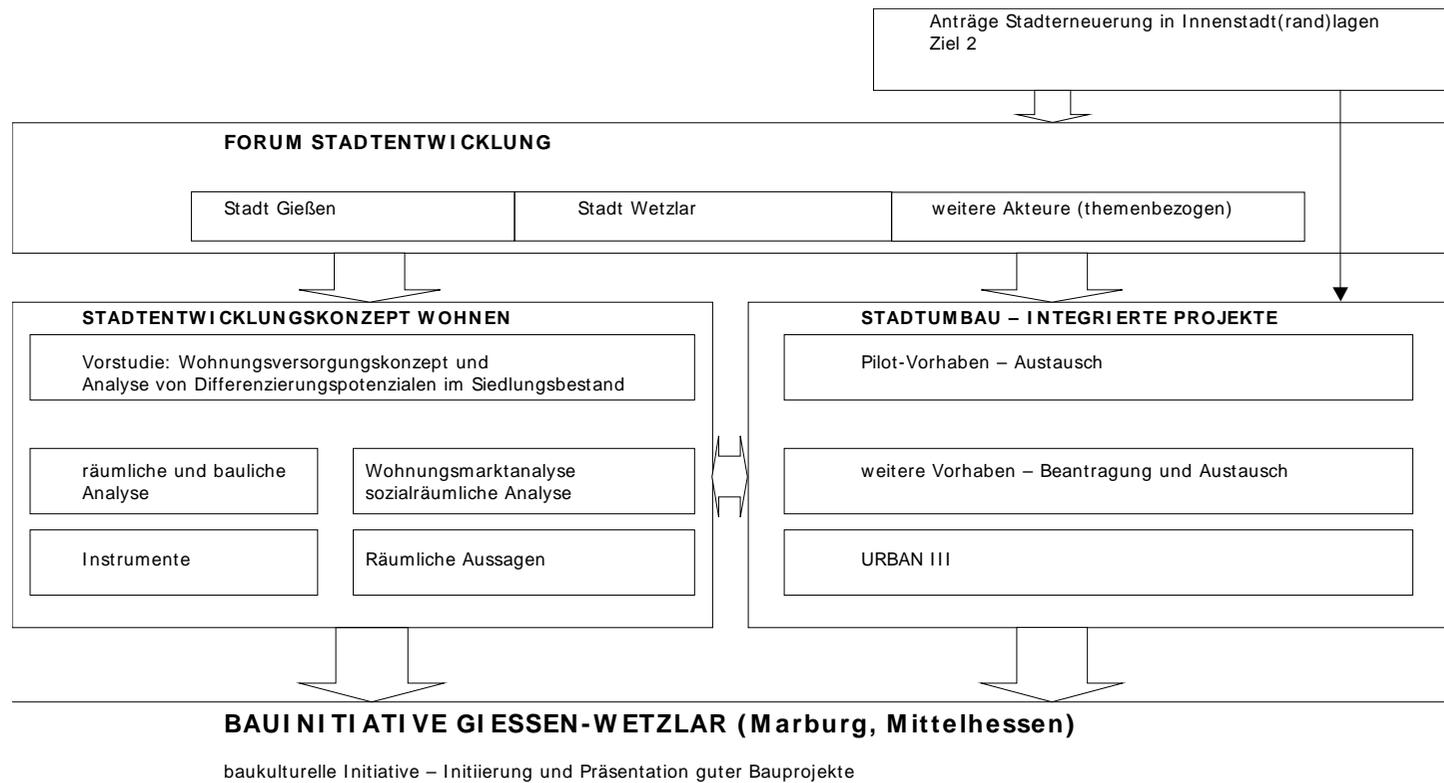
Das Projekt ist nur zu realisieren als öffentlich-private Zusammenarbeit, die neben den Kommunen das Land, aber auch private Akteure wie etwa Bausparkassen in die Finanzierung einbezieht.

Finanzwirksam ist insbesondere die Einrichtung einer Geschäftsstelle auf fünf Jahre, die materielle Förderung (etwa von Wettbewerben) und Prämierung / Präsentation.

Insgesamt wäre mit Kosten von ca. 2,5-5 Mio. € zu rechnen.

Meilensteine / zeitliche Dimensionierung

- Einrichtung Forum Stadtentwicklung Anfang 2003
- Vorstudie Stadtentwicklungskonzept Wohnen / Wohnungsversorgungskonzept 2003-2004
- Beginn Bearbeitung von Pilot-Vorhaben für integrierte Projekte im Stadtumbau – Bahnhofstraßen noch 2003
- Abschluss / Vorlage Stadtentwicklungskonzept Wohnen ca. 2005
- Beantragung zur Aufnahme in das Programm URBAN III ca. 2006
- Auslobung Bauinitiative Gießen-Wetzlar ca. 2006
- Präsentation Bauinitiative Gießen-Wetzlar ca. 2010



Handlungsschwerpunkt 7: Regionaler Einzelhandel / Stärkung der Innenstädte

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der strategische Leitrahmen (Baustein 4) kennzeichnet den Handel als Feld der Konkurrenz, schlägt aber vor mit rahmensetzenden Strategien insbesondere einer Verödung innerstädtischer Bereiche entgegenzuwirken. Das gebietet auch die landesplanerisch vorgegebene „Funktionsverbindung“ der Oberzentren Gießen und Wetzlar. Diese kann die Entwicklung im Bereich des Einzelhandels in den Kernstädten und ihrem Umland nicht ausschließen.

Beschreibung

Die Entwicklung rahmensetzender Strategien setzt eine fundierte und allgemein akzeptierte Bestandsaufnahme und Analyse der Problemstellung voraus. Dies soll im Rahmen einer stadtreionalen Arbeitsgruppe Einzelhandel zum Aufbau einer gemeinsamen Daten- und Informationsbasis angegangen werden und mittelfristig in ein regionales Einzelhandelskonzept münden.

Mit den vorliegenden Einzelhandelsgutachten beider Städte existieren fortführungsfähige Grundlagen zu Kaufkraftdaten, Verkaufsflächen, Prognosen und den jeweiligen charakteristischen Merkmalen. Hieraus können die Probleme, die beide Städte gleichermaßen haben, herausgelesen werden. U.a. haben die Umlandgemeinden nach einer jahrzehntelangen Stadt-Umland-Wanderung sowohl an Bevölkerung als auch an Arbeitsplätzen stark zugenommen. Einhergehend stagnieren Kaufkraftdaten in den beiden Städten, während die Kaufkraft und die Arbeitsplätze im Einzelhandel an dezentrale Standorte bzw. ins Umland verloren gehen. Dieser Prozess könnte sich durch die nicht zuletzt auf eine Ausweitung von Handelsflächen zielenden Teilraumkonzepte im Umland der Kernstädte noch beschleunigen.

Es zeigen sich in beiden Städten bereits Tendenzen zur Aufgabe der Handelsgeschäfte in Rand- bzw. B-Lagen bis hin zu Innenstadt und Stadtteilzentren, eines „Trading-down-Prozesses“ mit dem Verlust der Branchenangebots- und Gestaltvielfalt sowie der Kleinteiligkeit, was zu einer Verödung der Innenstadt und dem Verlust der städtebaulichen Ordnung, bzw. von Identifikationspunkten der Städte mit ihrer räumlichen und funktionalen Mitte führen kann. Auch entstehen Fachmärkte in verkehrlich günstig gelegenen Gewerbegebieten, die gewerbliche Nutzungen verdrängen.

Mit der räumlichen Zersplitterung der zentralen Einkaufsbereiche zwischen Altstadt und Bahnhofstraße hat Wetzlar insbesondere Defizite in der Urbanität und der fußläufigen Erreichbarkeit. Um Kaufkraft im innerstädtischen Bereich zu binden, werden derzeit in beiden Städten große Malls geplant, die die Angebotsvielfalt und Urbanität stärken sollen. Eine zentrale Herausforderung dieser großen Ergänzungen der Handelsflächen ist die inhaltliche und räumliche An- und Einbindung in die bestehende Einzelhandelsstruktur, die im Falle der Missachtung die Konkurrenz in den Stadtzentren verschärfen würde.

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, eine stadtreionale Diskussion zur Handelsentwicklung in Gang zu setzen. Nur aus dieser Perspektive ist es möglich, einen letztlich ruinösen Flächenwettbewerb zu vermeiden. Die Steigerung der Kaufkraftbindung und Stärkung der jeweiligen zentralörtlichen Funktion kann für jede einzelne Kommune ein begründbares Ziel sein, in der stadtreionalen Perspektive ist aber ein Interessensausgleich gefordert.

Ein solcher Prozess stellt hohe Anforderungen an den Kooperationswillen der beteiligten Kommunen in einem zentralen Feld des interkommunalen Wettbewerbs. Er kann sich daher nur Schritt für Schritt als vertrauensbildender Prozess entwickeln.

Es wird daher vorgeschlagen, unter Einbeziehung der Umlandgemeinden eine stadtreionale Arbeitsgruppe Einzelhandel zu initiieren, um in diesem Forum Standortkriterien für verschiedene Typen von Handelsbetrieben als qualitative Basis zur (Fein-)Steuerung der Einzelhandelsentwicklung abzustimmen. In einem zweiten Schritt kann dann eine allgemein akzeptierte Daten- und Informationsbasis zur Einzelhandelsentwicklung in der Stadtregion hergestellt werden, um langfristig darauf aufbauend zu einem verbindlichen stadtreionalen Einzelhandelskonzept zu gelangen.

Parallel wird angeregt, gemeinsame Initiativen im planerischen Umgang mit innerstädtischen Problemlagen zu unternehmen, um insbesondere die Perspektiven zur Einwerbung von Fördermitteln etwa der vom Land aufgelegten Innenstadtinitiative oder von Stadterneuerungsmitteln zu verbessern (siehe auch Handlungsschwerpunkt Urbane Qualitätsoffensive).

Starter-Maßnahme: Stadtreionaler Arbeitskreis Einzelhandel

Beschreibung

Die planungsrechtliche Zulässigkeit von Handelsprojekten ist durch die BauNVO, den Einzelhandelserlass des Landes und die Regionalplanung stark reguliert, eine erhebliche Entwicklungsdynamik aber nach wie vor gegeben. Es wird vorgeschlagen, auf stadtreionaler Ebene einen Arbeitskreis Einzelhandel zu initiieren, um für die spezifische Situation im engeren Verflechtungsraum der Oberzentren Gießen und Wetzlar passgenaue qualitative Standortkriterien für die Ansiedlung von Handelsbetrieben verschiedener Typen zu entwickeln und ein Forum zur Diskussion von Einzelvorhaben zu schaffen.

In einem zweiten Schritt soll – basierend auf einer Studie zum Abgleich bzw. ggf. auch zur Fortschreibung vorhandener Einzelhandelsgutachten – in einem dialogischen Prozess eine allgemein akzeptierte Daten- und Informationsbasis zur Handelsentwicklung hergestellt werden.

Beteiligte

Stadtplanung und Wirtschaftsförderung der Kommunen der Stadtregion, Regionalplanung, IHKs, Einzelhandelsverbände und -initiativen

Verfahren

Der Arbeitskreis Einzelhandel könnte der vorgeschlagenen kommunalen Arbeitsgemeinschaft Gießen-Wetzlar (siehe Handlungsschwerpunkt Regionale Entwicklungsplanung) organisatorisch zugeordnet werden.

Finanzierung

Kosten zunächst nur für Veranstaltungen und Sachmittel sollten aus den laufenden Haushalten getragen werden

Meilensteine / zeitliche Dimensionierung

- Einrichtung eines Arbeitskreises Einzelhandel 2003 / 2004
- Studie zur Harmonisierung der Daten- und Informationsbasis der Handelsentwicklung 2005 / 2006
- Umsetzung eines regionalen Einzelhandelskonzeptes 2007 / 2008

Handlungsschwerpunkt 8: Verkehr

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt knüpft an den Strategiebaustein 11 an. Um die überregionale Erreichbarkeit und die Mobilität innerhalb der Region als unverzichtbaren Standortfaktor langfristig zu sichern, wird eine Regionalisierung der relevanten Planungsinstrumente und eine intensiviertere Interessensvertretung der Region Mittelhessen zur Weiterentwicklung der Anbindungsqualität an den Fernverkehr angestrebt.

Beschreibung

Die zentrale Lage der mittelhessischen Region in Deutschland und Europa kann nur bei einer guten Anbindung an die Fernverkehrssysteme seine Wirkung als positiver Standortfaktor entfalten. Während der Anschluss an das Autobahnnetz – abgesehen von kleineren Lücken – insgesamt hervorragend ist, bestehen hinsichtlich der Anbindung an das Fernverkehrsnetz der Bahn und auch den Flughafen Frankfurt Defizite. Diese Bedingungen beruhen wesentlich auf Investitionsentscheidungen des Bundes und lassen sich aus der Region selbst nur mittelbar beeinflussen. Es sollte aber angestrebt werden, durch eine regionsinterne Abstimmung von Prioritäten (Mittelhessenrunde) und das Sprechen mit einer Stimme für die Region (Regionalmanagement) eine maximale Wirkung in der Interessenvertretung gegenüber Bund und Land zu erzielen.

Innerhalb der Stadtregion Gießen-Wetzlar bestehen Netz- und Vernetzungsdefizite insbesondere bezogen auf den ÖPNV und den nicht motorisierten Freizeitverkehr. Um Verkehrsplanung den Transportverflechtungen entsprechend aus einer stadtreionalen Perspektive betreiben zu können, wird die Regionalisierung der relevanten Planungsinstrumente, also der Verkehrsentwicklungs- bzw. Generalverkehrspläne und der Nahverkehrspläne, vorgeschlagen.

Starter-Maßnahme: Regionalisierung der Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrspläne

Beschreibung

Sowohl Gießen als auch Wetzlar lassen die Nahverkehrs- (NVP) und Verkehrsentwicklungspläne (VEP) bzw. Generalverkehrspläne extern erarbeiten. Es wird angeregt, die in der Fortschreibung befindlichen Planwerke unter Einbeziehung von Umlandgemeinden in einer Arbeitsgruppe der beauftragten Fachplaner zu bearbeiten.

Ziel ist es, durch eine stadtrregionale Perspektive in den Planwerken Synergien auf der Maßnahmenebene zu erschließen und die Verkehrsnetze auf stadtrregionaler Ebene den realen Transportverflechtungen gemäß weiterzuentwickeln.

Beteiligte / Verfahren

Prüfauftrag durch Magistrate / Dezernenten, Erarbeitung eines Vorschlags für Rahmenbedingungen zu einer gemeinsamen Beauftragung durch Fachverwaltungen, Abstimmungsforum: Kommunale Arbeitsgemeinschaft (siehe Handlungsschwerpunkt Regionale Entwicklungsplanung), Forum Stadtentwicklung (siehe Handlungsschwerpunkt Urbane Qualitätsoffensive)

Finanzierung

- keine zusätzlichen Kosten, Einsparpotenzial
- Finanzierung der Planwerke in Kostenteilung

Handlungsschwerpunkt 9: Lahnpark

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt knüpft an den Strategie-Baustein 7 (Stadt und Landschaft) an und soll die Entwicklung eines verbindenden stadtrregionalen Parks im Bereich der Lahnaue ermöglichen. Dabei stehen die folgenden Ziele im Vordergrund:

- aktiver Schutz von Natur und Landschaft / Sicherung und Entwicklung der Lahnaue in ihrer ökologischen Funktion
- umweltverträgliche Weiterentwicklung der Landwirtschaft
- intensivierte, umweltverträgliche Freizeitnutzung
- Gestaltung der Verbindungssachse Gießen-Wetzlar entlang Bahnlinie und B 49

Beschreibung

Die Lahnaue als Teil des regionalen Grünzugs entlang der Lahn bildet den grünen, von Siedlungsbereichen stark eingefassten Kern der Stadtregion Gießen-Wetzlar. Gleichzeitig liegt sie aber jeweils am Rand der vier angrenzenden Kommunen und wurde in ihrem überkommunalen Potenzial als verbindendes landschaftliches Element bisher verkannt. Die Lahnaue im stadtreionalen Kontext ihrem Potenzial angemessen planerisch in den Blick zu nehmen, sie als zentralen Grünbereich zu thematisieren und zu gestalten ist der Ausgangspunkt dieses Handlungsfeldes. Dabei ist der großen ökologischen Bedeutung der Lahnaue als Biotop und Retentionsraum Rechnung zu tragen, wie auch den freizeitbezogenen Nutzungsansprüchen an den zentralen Grünbereich der Stadtregion.

Der zukünftige Lahnpark kann und soll die gemeinsame Plattform unterschiedlichster Projekte und Initiativen bilden. Dies gilt zum Beispiel für die Bereiche des Rad- und Bootswanderns, vielfältige Vereinsnutzungen und die Freizeitaktivitäten im Bereich der Dutenhofener Seen. Projekte können schrittweise und von unterschiedlichen Partnern realisiert (und finanziert) werden. Wichtig ist dabei allerdings die Einbindung in ein Gesamtkonzept.

Konzeptionelle und räumliche Anknüpfungspunkte in der regionalen Diskussion sind vorhanden etwa mit dem in Aufstellung befindlichen Teilraumkonzept Gleiberger Land / Lahnaue, in dessen Rahmen ein Regionalpark im Schnittpunkt der Gemeinden Biebental, Wettenberg, Lahnaue und Heuchelheim vorgeschlagen wird.

Starter-Maßnahme: Machbarkeitsstudie und Ideenwettbewerb(e) für einen Lahnpark

Beschreibung

Eine Machbarkeitsstudie mit Ideenwettbewerb zur Entwicklung des Lahnparcs umfasst die Bildung einer interkommunalen Arbeitsgruppe, die Strukturierung und Untersuchung der rechtlichen, planerischen, landschaftlichen, ökologischen und finanziellen Aspekte, die Ableitung von flächenbezogenen Entwicklungspotenzialen und –restriktionen und die Initiierung von Maßnahmen über einen Ideenwettbewerb.

Beteiligte

Bildung einer interkommunalen Arbeitsgruppe aus Kommunen Gießen, Wetzlar, Lahnaue, Heuchelheim, Regionalplanung, Tourismus-Akteuren... (ggf. unter dem Dach einer stadtreionalen Entwicklungsagentur)

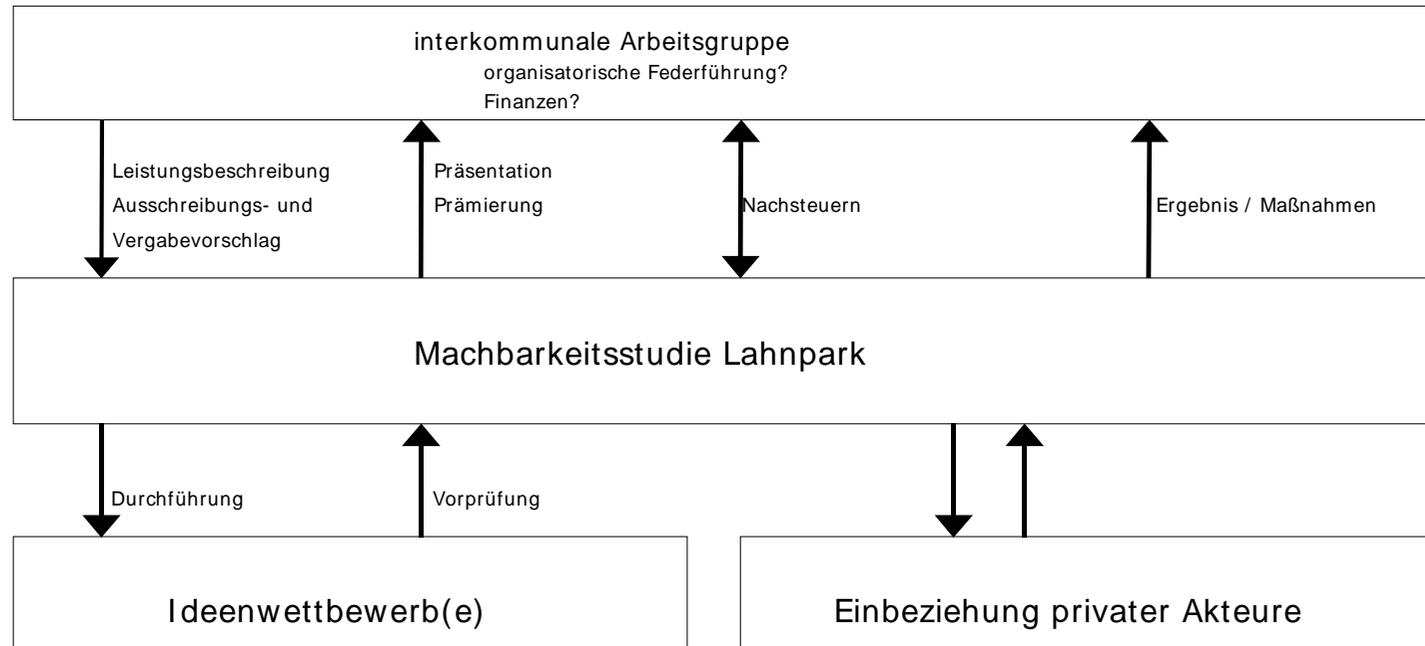
Verfahren

Konstituierung der Arbeitsgruppe, Festlegung des räumlichen Umgriffs und Leistungsprofils für eine Machbarkeitsstudie, Vergabe

Finanzierung

durch beteiligte Kommunen, Möglichkeit zur Einbindung Ziel-II Mittel (z.B. Tourismus) fraglich, da räumliche

Förderkulisse überschritten wird.
Finanzvolumen: ca. 30.000 €



Modul 2: Freizeitbereich „Lahnparkzentrum“

Beschreibung

Der Lahnpark soll die verschiedenen Nutzungsansprüche an den Freiraum entwickeln und koordinieren. Um den Schutz von Natur und Landschaft zu gewährleisten, gleichzeitig aber eine dem Lagepotenzial im Zentrum der Stadtregion gemäße Freizeitnutzung zu ermöglichen, bietet es sich an, die aufwertende Weiterentwicklung und Intensivierung der Freizeitnutzungen in einem „Lahnparkzentrum“ im Bereich der Dutenhofener Seen zu konzentrieren.

Hier sind Anknüpfungspunkte etwa mit der bestehender Wasserskianlage und Verknüpfungsmöglichkeiten zum Handels- und Gewerbegebiet Dutenhofen gegeben. Zudem ist eine gute Erreichbarkeit durch B49 und Bahn gewährleistet.

Bestandteile eines Freizeitschwerpunktes „Lahnparkzentrum“ könnten etwa Angebote im Bereich Gastronomie,

Wellness, Freizeit- und Wassersport, Open-Air-Kultur, und spezifische Handelseinrichtungen sein.

Das „Lahnparkzentrum“ bildet somit einen thematischen und räumlichen Teilbereich des Lahnwiesenparks, der auf Basis einer Gesamtkonzeption für den Park weiterentwickelt und zu wesentlichen Teilen in privater Initiative umgesetzt werden kann.

Modul 3: Hessische Landesgartenschau Lahnpark

Beschreibung

Die Ausrichtung einer Landesgartenschau bietet die Möglichkeit, einerseits mit finanzieller Unterstützung durch das Land konkrete Maßnahmen zur Entwicklung des Lahnparks umzusetzen, somit einen erheblichen Entwicklungsschub zu organisieren, andererseits mit einer prominenten Präsentationsplattform den Lahnpark und die Stadtregion insgesamt öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Eine Landesgartenschau Lahnpark ist dabei nicht in erster Linie als Blumenschau zu denken, sondern sollte die Themen Landschaftsgestaltung, Natur, Freizeit und Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellen. Verschiedene Projekte wie z.B. das Lahnparkzentrum oder die nachfolgend beschriebene künstlerische Gestaltung der B 49 / Bahnlinie können in eine Landesgartenschau einbezogen werden.

Für eine Landesgartenschau sind erhebliche zeitliche Vorläufe zu kalkulieren. Die Vorbereitung der Landesgartenschau 2002 in Hanau beispielsweise begann bereits 1994 mit einer Machbarkeitsstudie. Die hessische Landesgartenschau 2006 wird in Bad Wildungen stattfinden. Eine Gartenschau Lahnpark ist damit nicht vor 2010 denkbar.

Modul 4: Kulturprojekt Infrastrukturachse B 49 / Bahn

Beschreibung

B 49 und die Bahnlinie Wetzlar – Gießen bilden die wesentliche verbindende Achse zwischen den beiden Städten und als bandförmiges Landschaftselement den südlichen Abschluss des Lahnparks.

Dieses Band in seiner Barriere- und negativen visuellen Wirkung auf die umgebenden Bereiche abzumildern und andererseits für Bahn- und Autofahrer ein attraktives Entrée, aus dem die Verbindung beider Städte und die Landschaft des Lahnparks ablesbar wird zu gestalten, kann einen erheblichen Beitrag zur Attraktivierung des zwischenstädtischen Bereichs leisten.

Das geeignete Mittel zur Umsetzung dieser Zielrichtung ist die künstlerische Gestaltung, die etwa im Rahmen eines Festivals (siehe Handlungsschwerpunkt Kulturstädte, Modul Festival der Region) oder einer Landesgartenschau umgesetzt werden könnte.

Als Referenzprojekte sei etwa auf die Oberhausener Landesgartenschau 1999 oder das Projekt „A13 Artscape“ in Londons Osten (Thames Gateway) verwiesen.

Meilensteine / zeitliche Dimensionierung

- Bildung einer interkommunalen Arbeitsgruppe Ende 2002 / Anfang 2003
- Vergabe einer Machbarkeitsstudie mit Ideenwettbewerb Frühjahr 2003
- Ergebnisse der Machbarkeitsstudie und des Ideenwettbewerbs bis Ende 2003
- Bewerbung um Hessische Landesgartenschau 2010 auf dieser Basis

Handlungsschwerpunkt 10: Kulturstädte

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Kultur stellt ein wesentliches Entwicklungspotenzial in der Stadtregion dar. Sie ist als identitätsstiftender Faktor und Vermittlungsinstanz eines regionalen Bewusstseins ebenso von Bedeutung, wie als Standort- und direkter Wirtschaftsfaktor.

Angesichts einer zunehmenden sozialen und kulturellen Differenzierung, von Immigration und auch des demographischen Wandels wächst die Bedeutung von Kultur als Integrationsfaktor. Dies erfordert verstärkte Kooperation auf regionaler Ebene.

Strategische Ziele im Bereich der Kultur sind:

- die Verstetigung eines kulturbezogenen Dialogs auf stadtregionaler Ebene
- die Entwicklung eines gemeinsamen kulturellen Angebotsprofils unter Wahrung lokaler Eigenheiten
- die Entwicklung überregional wahrnehmbarer Aushängeschilder im Bereich der Kultur
- die Entwicklung und Aktivierung kulturwirtschaftlicher Potenziale
- die Entwicklung stadtregionaler Trägermodelle für die kommunalen Kultur- und Freizeitinfrastrukturen

Beschreibung

Regionale Zusammenarbeit im Bereich der Kultur soll sich weniger auf die Grundversorgung beziehen, als vielmehr Angebotshöhepunkte / Aushängeschilder generieren, Austausch ermöglichen, Kultur als stadtregionale Entwicklungsperspektive ernst nehmen und nutzen und so gewissermaßen zur Neuerfindung der Stadtregion beitragen.

Als Starter-Maßnahme wird die Einrichtung eines Kulturfonds Gießen-Wetzlar empfohlen. Mit dafür bereitgestellten kommunalen Mitteln sollen kulturelle Aktivitäten auf gemeinsamer Ebene initiiert und so mit relativ geringem Aufwand sowohl ein Beitrag zur stadtregionalen Profilbildung im Bereich der Kultur, als auch zum stadtregionalen kulturpolitischen Diskurs geleistet werden.

Als Verstärkung des Dialogs über Kultur und mittelfristige Weiterentwicklung dessen infrastruktureller und personeller Basis wird darauf aufbauend die Einrichtung eines Forums Stadtdialog und dessen Unterbreitung mit einem Kulturbüro, das in eine stadtdialogale Entwicklungsagentur einbezogen werden kann, vorgeschlagen.

Weiterhin wird ein regelmäßiges Festival der Region als direkter, umsetzbarer Ansatz zur Entwicklung eines kulturellen Highlights aus vorhandenen kreativen Potenzialen und die Entwicklung eines Kultur-Gewerbehofes zur Aktivierung kulturwirtschaftlicher Potenziale vorgeschlagen.

Schließlich könnten durch die Entwicklung gemeinsamer Trägerstrukturen im Bereich der Kultur und Freizeit, etwa mit einer Dachgesellschaft für kommunale Unternehmen als infrastrukturellem Ansatz mit variabler zeitlicher Perspektive Synergiepotenziale erschlossen und so die Spielräume lokaler / stadtdialogaler Kulturpolitik erhöht werden.

Starter-Maßnahme: Kulturfonds Gießen-Wetzlar

Beschreibung

Die Städte Gießen und Wetzlar richten einen gemeinsamen Kulturfonds ein, der regelmäßig Mittel für künstlerische Projekte mit stadtdialogalem Bezug durch eine Fachjury vergibt.

Während die erste Ausschreibung thematisch lediglich auf den stadtdialogalen Bezug eingegrenzt werden soll, sind im weiteren thematische Vorgaben durch die Jury vorgesehen, um so den Kulturfonds gezielt im Sinne einer kulturellen Profilbildung einsetzen zu können. Es wird eine sukzessive Weiterentwicklung des Fonds in finanzieller (etwa durch Einbeziehung von privaten Mitteln) und organisatorischer Hinsicht (siehe Modul 2 – Stadtdialog Gießen-Wetzlar) angestrebt.

Beteiligte

Jury: Fachjury, die sich aus Vertretern kultureller Institutionen und unabhängigen Fachleuten aus der Stadtregion zusammensetzt und in rotierendem System ausgetauscht wird; Beteiligung lokaler Politik nur mit beratender Stimme

Bürgerschaftliche Gremien (Kulturausschüsse, Stadtverordnetenversammlungen, Magistrate): Beschluss des Fonds, Zusammensetzung der Jury, Beratung und Beschluss der Vergaberichtlinien

Kulturverwaltungen (Kulturdezernate, Kulturämter): organisatorische Betreuung, Vorprüfung

Verfahren

- Erarbeitung eines Vorschlags für Vergabekriterien und der Jury-Zusammensetzung
- Diskussion der Vergaberichtlinien und der Jury-Zusammensetzung in den Kulturausschüssen
- Beschluss zur Einrichtung des Kulturfonds durch Stadtverordnetenversammlungen
- Berufung der Jury durch die Oberbürgermeister

- Formulierung der Ausschreibung durch Jury
- Vorprüfung der eingereichten Beiträge durch Kulturämter
- Organisatorische Betreuung des Fonds alternierend den Kulturdezernaten der Städte zugeordnet

Finanzierung

- Grundfinanzierung aus Kulturhaushalten der Städte (jährliche Beteiligung zu gleichen Teilen durch die beiden Städte in Höhe von 5.000-10.000 € pro Stadt)
- Gewährleistung der Möglichkeit zur Kumulierung von Mitteln im Fonds – Übertragung nicht ausgeschütteter Mittel auf spätere Vergaben
- Mittel- bis langfristig Einbindung weiterer Finanzierungsquellen (z.B. bestehender Kulturfonds, von Sponsorenmitteln und / oder von Landesmitteln)

Modul 2: Kulturdialog Gießen-Wetzlar

Beschreibung

Aufbauend auf einem gemeinsamen Kulturfonds soll der stadregionale Dialog über Kultur als Kulturforum verstetigt, qualifiziert und durch ein stadregionales Kulturbüro organisatorisch unteretzt werden.

Der Kulturdialog soll dazu beitragen, kulturelle Angebote in Gießen und Wetzlar besser vernetzen und aufeinander abstimmen zu können, Lobbyarbeit für stadregionale Kultur betreiben und langfristig Grundlagen und Ziele einer abgestimmten kulturellen Profilbildung im Sinne eines Kulturentwicklungskonzeptes dialogisch entwickeln. Dies beinhaltet insbesondere auch die Schaffung notwendiger infrastruktureller Bedingungen (Orte der Kultur) für die kulturelle Entwicklung.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ist der Aufbau einer professionellen organisatorischen und inhaltlichen Begleitung des Dialogs erforderlich, die gleichzeitig die organisatorische Betreuung des Kulturfonds übernehmen soll.

Beteiligte

Regionale Kulturpolitik, Kulturämter, Kulturschaffende

Verfahren

Einrichtung des stadregionalen Kulturdialogs als Forum im Rahmen der vorgeschlagenen kommunalen Arbeitsgemeinschaft Gießen-Wetzlar.

Die beschriebenen Aufgaben erfordern zusätzliche personelle Kapazität im Bereich der Kulturverwaltungen als stadregionales Kulturbüro. Dieses ließe sich in die vorgeschlagene stadregionale Entwicklungsagentur (siehe Handlungsschwerpunkt „stadregionale Entwicklungsplanung“) eingliedern.

Finanzierung

Der überkommunale Charakter des vorgeschlagenen Kulturbüros ist tendenziell innovativ, so dass in der

Anlaufphase eine Finanzierung über ABM möglich erscheint. Möglichkeiten zur Aufbringung der notwendigen Eigenmittel wären auszuloten.

Modul 3: Kulturgewerbehof als Gründerzentrum

Beschreibung

Kulturwirtschaft umfasst die Wirtschaftstätigkeiten, die für Vorbereitung, Schaffung, Erhaltung und Sicherung von künstlerischer Produktion und / oder medialer Verbreitung Leistungen erbringen. Die Kulturwirtschaft im engeren (kreativer Kern) und weiteren (ergänzende Tätigkeiten) Sinne weist eine langfristig überproportionale Wachstumsdynamik auf.

Kulturwirtschaftliche Potenziale in der Stadtregion Gießen-Wetzlar wurden bisher nicht systematisch erfasst, sind aber insbesondere im Bereich der geistes-, kultur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche der Hochschulen in nicht unerheblichem Maße zu vermuten. Ihre Aktivierung kann sowohl einen Beitrag zur regionalwirtschaftlichen Entwicklung leisten, als auch positive Auswirkungen auf das kulturelle Klima und Angebot haben und für die immobilienwirtschaftliche Inwertsetzung von innerstädtischen Bereichen mit städtebaulichen Missständen bedeutsam sein. Da kulturgewerbliche Immobilien in der Regel auf gemischten Nutzungsstrukturen basieren, ließe sich die Entwicklung von Büro- und Atelierflächen mit der Behebung vorhandener Defizite an Austragungsorten für kulturelle Angebote verknüpfen.

Der Ansatz des Moduls ist es daher, die Analyse vorhandener kulturwirtschaftlicher Potenziale im stadtreionalen Kontext Gießen-Wetzlars mit einer aktivierenden Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines Kulturgewerbehofs als Gründerzentrum

- a) als Fortentwicklung des Wetzlarer ZHTK und
- b) als Neueinrichtung z.B. in der Gießener Bahnhofstraße (Liebig- und Mathematikmuseum, Restauration, Kino etc. als Anknüpfungspunkte zur Entwicklung einer „Kulturmeile“, vorhandener Leerstand als Flächenpotenzial)

zu verknüpfen.

Beteiligte

Kulturverwaltungen, Stadtplanungsämter, Wirtschaftsförderungen, Hochschulen, an Gewerbehof interessierte Unternehmen / Gründer aus dem Spektrum der Kulturwirtschaft

Verfahren

Die vorgeschlagene Studie kann an die unter den Handlungsschwerpunkten „urbane Qualitätsoffensive“ und „Gewerbeflächenprofilierung“ vorgeschlagenen Module angedockt werden.

Finanzierung

Die Förderung einer Studie aus EU-Mitteln ist durch Einbringung in den hessischen Interreg III-B-Antrag der FEH denkbar. Die Umsetzung kann in der Gießener Bahnhofstraße u.U. in zur Zeit diskutierte Maßnahmen der Stadterneuerung eingebunden werden.

Modul 4: Festival der Region

Beschreibung

Regionales Festival, das periodisch, z.B. alle drei Jahre, stattfindet und spartenübergreifend Veranstaltungen zu einem Thema mit regionalem Bezug bündelt. Das Festival soll dabei auf zwei zentrale Plattformen aufbauen:

- a) Kunst / Kultur im öffentlichen Raum – Stadtrauminszenierungen als Eigenproduktionen
- b) Ausstellungen z.B. im Verbund verschiedener Orte in der Region.

Ein künstlerisches Produktions-Festival als kreativer Input zur Regional- und Stadtentwicklung, als regelmäßige „Standortbestimmung“ und als Methode zur Vermittlung und zum Anstoß regionaler und gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse. Die „Selbsterfindung der Region“ als Initiierung von Identifikationsprozessen ist dabei entscheidender Bezugspunkt. Eine Plattform, auf der sonst „Unmögliches“ denkbar wird und geschehen kann.

Dabei wird die junge Tradition von Stadtrauminszenierungen, die sich in Gießen entwickelt hat und insbesondere auf den Kapazitäten des Theaterwissenschaftlichen Instituts der JLU fußt, aufgegriffen und auf den regionalen Kontext ausgeweitet, wie dies beim Liebig-Jahr 2003 im Ansatz bereits praktiziert werden soll.

Das Element gemeinsamer bzw. von Verbundausstellungen setzt am vorhandenen Defizit größerer Ausstellungsräume an und hat als auf mehrere Monate angelegte, eher traditionelle Form eine andere Reichweite als das Element der Stadtrauminszenierung.

Beteiligte

Professionelle künstlerische Leitung (und/oder auch wechselnde Kuratoren), regionale und überregionale Künstler, Kulturschaffende und –veranstalter, kleines Projektlenkungsteam: Entscheider aus der regionalen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur

Verfahren

Die Termine (z.B. alle 3 Jahre) müssen frühzeitig gesetzt werden, die künstlerische Leitung und/oder die (wechselnden) Kuratoren müssen ca. eineinhalb Jahre vor Beginn des Festivals beauftragt werden, ein thematisches Konzept zu erarbeiten. Ausschreibung zur Akquisition von Projekten und Produktionen. Es folgt die Programmauswahl, dann die Produktion der Projekte, dann das Festival mit einem Zeitrahmen von ca. 2-7 Tagen für die Plattform „Kunst im öffentlichen Raum“ (es wird ein eher kurzer Festival-Zeitraum vorgeschlagen). Gießen und Wetzlar sind Veranstalter.

Finanzierung

Um die zur Durchführung eines Festivals auf professionellem Niveau notwendigen Mittel zu aktivieren, ist nur

eine Poolfinanzierung aus öffentlichen Mitteln und Sponsoring-Einnahmen denkbar.

Modul 5: Kooperation kommunaler Unternehmen im Bereich Kultur / Freizeit

Beschreibung

Sowohl in Gießen als auch Wetzlar treten kommunale Unternehmen als kommerzielle Veranstalter im Bereich der Kultur auf. Die Angebote sind allerdings unzureichend aufeinander und mit den weiteren Kulturangeboten in den Städten abgestimmt.

Zur Erschließung von Synergie-Potenzialen, Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und damit auch der Angebote sowie Vermeidung konkurrenzbedingter Fehlplanungen erscheint eine intensivierete Zusammenarbeit und ggf. Fusion im Bereich Kultur / Freizeit tätiger kommunalen Unternehmen (Stadthallengesellschaften, Betreiber-gesellschaft geplante Arena Wetzlar, ggf. Stadttheater) sinnvoll. Es wird daher vorgeschlagen, zunächst durch die gemeinsame Beauftragung einer Unternehmensberatung Synergiepotenziale zu identifizieren.

Beteiligte

Initiierung durch lokale Politik, bezogen auf Stadthallen GmbHs, ggf. auch Bäderbetriebe, Wohnungsunternehmen, Immobilien- / Liegenschaftsgesellschaften

Verfahren

Initiierung einer Diskussion

- zwischen den Unternehmen
- zwischen Unternehmen und Kulturverwaltungen

durch die lokale Politik zur Auslotung von Bereitschaft und möglichen Potenzialen der Kooperation.

Finanzierung

durch die Unternehmen selbst

Meilensteine / zeitliche Dimensionierung

- Beschluss zur Einrichtung eines stadtreionalen Kulturfonds durch die Stadtverordnetenversammlungen 2003
- Einrichtung Kulturdialog als Forum einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft Gießen-Wetzlar 2003-2004
- erstmalige Ausschreibung und Vergabe der Mittel des gemeinsamen Kulturfonds 2004
- Machbarkeitsstudie Kultur-gewerbehof 2004
- Grundsatzentscheidung zur Durchführung eines Festivals der Region 2004-2005
- Einrichtung eines Kulturbüros Gießen-Wetzlar 2004-2005

- Baumaßnahme Kulturgewerbehof als Gründerzentrum 2005-2007
- Durchführung erstes Festival der Region 2006-2007

Handlungsschwerpunkt 11: Interkommunales Datenmodulsystem Sozialberichterstattung

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Der Handlungsschwerpunkt knüpft an den Strategie-Baustein 5 (Städtische Sozialpolitik und Integration) an und soll die Entwicklung eines interkommunal vergleichbaren Konzepts für eine fachlich fundierte Sozialberichterstattung ermöglichen. Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

- Ausbildung einer zukunftsfähigen, sozialräumlich ausgewogenen sozialen Situation und Infrastruktur, die den verschiedenen Generationen, Geschlechtern, Schichten/Milieus und ethnischen Gruppen gerecht wird (Leitbilddiskussion)
- Sichtbarmachen von Fehlentwicklungen und Defiziten mittels Armuts- und Sozialberichterstattung
- Unterstützung von notwendigen sozialpolitischen Entscheidungen in den Handlungsfeldern Soziales, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Städtebau und Ökologie (für z.B. sozialraumorientierte Maßnahmen und Angebote)
- Orientierung und Anregung für eine lebenslagennahen und zeitnahen Kommunalpolitik
- Initiierung einer verlässlichen Grundlage für zeitnahe und vergleichbare Erfassung von Informationen und Daten über die Lebenslagen der Bevölkerung
- Erfolgskontrolle und Qualitätssicherung für Förderprogramme (Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“ u.a.)

Beschreibung

Kommunale Strategien und Konzepte, die auf eine passgenaue Gestaltung örtlicher Arbeits- und Lebensbedingungen für verschiedene soziale Zielgruppen gerichtet sind, setzen eine kleinräumige und zeitnahe Datenbasis über vielfältige kommunale Entwicklungsprozesse voraus. Gleichwohl ist die Datenlage vor Ort alles andere als befriedigend. Jeder Kommunalbericht "erfindet das Rad wieder neu" und betreibt einen hohen zeitlichen und personellen Aufwand. Interkommunale Handlungskonzepte werden in nächster Zukunft als innovative Steuerungsinstrumentarien einer tragfähigen Stadt- und Regionalentwicklung an Bedeutung gewinnen. Sie sind Bestandteil einer Strategie kooperativen Handelns. Trotzdem sind Berichte, die kommunale Entwicklungsverläufe entlang der Zeitachse überzeugend und systematisch dokumentieren, nach wie vor die Ausnahme. Vor allem aber fehlt es an einer konsequenten haushalts- und familienbezogenen Erfassung und Darstellung von Armuts- und Lebenslagen, obwohl soziale Ungleichheit letztlich über Haushalts- und

Familienformen als den grundlegenden Versorgungsgemeinschaften der modernen Gesellschaft vermittelt und erfahren wird.

Ein haushalts- und familienbezogenes, differenziertes und aussagekräftiges Datenmodulsystem mit Fokus auf die Lebenslagen sowie die Zielbereiche Soziale Segregation, soziale Position und administrative Intervention soll entwickelt werden. Mittels darin integrierter Indikatoren Finanzsituation, Erwerbsarbeit, Wohnen, Bildung und Gesundheit sollen die Kommunen effektiv und anwendungsorientiert dabei unterstützt werden, mit einem vertretbaren Aufwand quartiersbezogene Armuts- und Sozialberichte zu erstellen. Gleichzeitig sollen sie befähigt werden für spezifische Fragestellungen geeignete und aussagefähige Indikatoren zu verwenden, beispielsweise für eine solide örtliche Bildungs- und Gesundheitsberichterstattung. Insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Programmgebiete Soziale Stadt) gilt es, mit der schrittweisen Umsetzung des Programms die sozialen und städtebaulichen Veränderungen messbar und somit in ihrer Wirkung bzw. Zielerreichung überprüfbar zu gestalten.

Starter-Maßnahme A: Forum Soziales und Integration

Beschreibung

Der im Rahmen des Projektes begonnene Dialog zwischen den Verwaltungen der beiden Städte und der Justus Liebig Universität (JLU) soll gemeinsam mit weiteren Experten fortgesetzt werden, um so ein fachliches Forum für die Diskussion zu den sozialpolitischen Herausforderungen zu haben, der sich beide Städte als Oberzentren stellen müssen. Gleichzeitig soll damit eine Arbeitsebene organisiert werden, um gemeinsame Interessen zu bündeln und Projekte in der Region und für die Region zu entwickeln.

Das Forum wird die im folgenden aufgeführten Maßnahmen fachlich begleiten.

Beteiligte

Bildung einer interkommunalen Arbeitsgruppe aus Vertretern der Verwaltungen beider Städte und der JLU. Themenbezogen werden weitere Akteure der Landkreise, Regierungspräsidien, der Verbände der Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe, der Ausländerbeiräte und weiterer gesellschaftliche und private Akteure hinzugezogen. Kontakte und die Berücksichtigung der Ergebnisse der in dem Programm Soziale Stadt tätigen Arbeitsgruppe „Begleitforschung Sozialraumanalyse“ werden gewährleistet.

Verfahren

Das Forum wird als kontinuierlicher Arbeitskreis bei Bedarf in den anderen interkommunalen Foren und der projektierten kommunalen Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten. Das Forum wird seine Arbeit nach Beschlussfassung des Magistrats aufnehmen.

Finanzierung

Erfolgt aus dem Budget der laufenden Verwaltung.

Starter-Maßnahme B: Interkommunales Sozialräumliches Monitoringsystem für Gießen und Wetzlar

Beschreibung

Beabsichtigt ist die intensivierte Beobachtung und zeitnahe Bestandsaufnahme der sozialräumlichen Entwicklung der Städte. Hierbei sollen regional vereinheitlichte Indikatoren die Grundlage für kommunale Entscheidungen bilden und die frühzeitige Erkennung problematischer Entwicklungen in einzelnen Stadtteilen und die notwendigen politisch-planerischen Interventionen ermöglichen. Die dazu erforderliche Bildung des Datenmodulsystems geschieht zum einen auf der Basis der in den Kommunen ohnehin erfolgenden Erfassung von diversen Verwaltungsvollzügen und von Pflichtzählungen für das Statistische Landesamt, zum anderen auf der Grundlage der im Rahmen von institutionellen Arbeitsprozessen kommunaler Dienstleistungseinrichtungen (z.B. Gesundheits- und Schulämter) produzierten Daten. Die "Projektphilosophie" lautet, keine zusätzlichen Datensätze zu produzieren, sondern die im Rahmen der kommunalen Verwaltungsvollzüge und Pflichtzählungen zu generierenden Daten zu qualifizieren (und dadurch "Datenfriedhöfe" abzubauen), aber auch die durch kommunale Versorgungsinstitutionen produzierten Daten kompatibel zu machen und diese sinnvoll nach dem Prinzip "So viel wie nötig, so wenig wie möglich" zu ergänzen sowie handhabbare Vorschläge für eine kostengünstige Datenpflege vor Ort zu unterbreiten.

Beteiligte

Bildung einer interkommunalen Arbeitsgruppe aus Vertretern der öffentlichen Verwaltung und der Wohlfahrtspflege, in denen relevante Bevölkerungsdaten anfallen, sowie der Hochschulen und externer SozialplanerIn. Kontakte und die Berücksichtigung der Ergebnisse der in dem Programm Soziale Stadt tätigen Arbeitsgruppe „Begleitforschung Sozialraumanalyse“ werden gewährleistet.

Verfahren

Die während der Erstellung des Gießener Armutsberichts und des Sozialstrukturatlas der Stadt Wetzlar gemachten konzeptionellen Überlegungen und die gewonnenen vielfältigen Erfahrungen sollen durch Abstraktion aufbereitet werden und in lebenslagen- und haushaltsbezogene Datenmodulsysteme überführt werden. Damit wird eine längst überfällige Systematisierung und Qualifizierung der Armuts- und Sozialberichterstattung möglich: Erst ein umfassendes, integriertes und kleinräumiges soziales Planungssystem kann seiner Funktion als wichtiges kommunales Steuerungsinstrument bei der Gestaltung örtlicher Arbeits- und Lebensbedingungen für unterschiedliche soziale Zielgruppen gerecht werden. Zugleich eröffnet das Baukastenprinzip der Datenmodule ein hohes Maß an Flexibilität für unterschiedliche Fragestellungen im kommunalen Kontext. Durch die systematische Zusammenführung von Datenquellen aller potentiellen Datenlieferanten vor Ort und eine Verständigung auf einheitliche sozialräumliche Grenzen ergibt sich darüber hinaus die Chance, valide und zeitnahe Aussagen über die Kumulation von Armutslagen in bestimmten Wohnquartieren zu erreichen und vor diesem Hintergrund entsprechende Strategien zur Armutsprävention zu

entwickeln.

Finanzierung

Die Stadt Gießen hat 5.000 € für den Aufbau und die Begleitung eines sozialräumlichen Monitoringsystems für die Universitätsstadt Gießen bereitgestellt.

Mit einem ähnlichen Betrag von Seiten der Stadt Wetzlar könnte ein interkommunales sozialräumliches Monitoringsystems für beide Städte aufgebaut werden.

Finanzvolumen: ca. 10.000 €

Projektanträge zum Programm Soziale Stadt für das Jahr 2003 sollen gestellt werden.

Ausblick

Perspektivisch eröffnet sich zugleich auch ein Weg, um durch die Anwendung einheitlicher und abgestimmter Datenmodulsysteme eine interkommunale Vergleichbarkeit zwischen weiteren interessierten Städten und Gemeinden in Hessen zu erreichen. Die Sozialdaten könnten Bestandteil eines regionalen Geoinformationssystems sein (Entwicklung eines hessenweiten Datenmodulsystems für die Qualifizierung von kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattungsvorhaben [Hessisches Handbuch zur kommunalen Armuts- und Sozialberichterstattung – Grundlagen. Methoden. Anwendungsbeispiele]).

Schließlich könnte davon auch die bundesweite Armuts- und Reichtumsberichterstattung profitieren, indem sie auf eine deutlich qualifiziertere Datenbasis in den Kommunen zurückgreifen könnte. Eine enge Verzahnung zu den empirischen Untersuchungen im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ wird angestrebt.

Handlungsschwerpunkt 12: Migration – Integration

Herleitung des Handlungsschwerpunktes (Bezug zu Strategie-Bausteinen)

Bezug zu These 7 und Strategie-Baustein 5

Die gesellschaftliche Entwicklung der Städte Gießen und Wetzlar, sei es als Hochschul- oder als Industriestandort, wurde in den letzten Jahrzehnten von Zuwanderung beeinflusst - und wird es auch in Zukunft sein.

Es besteht fachlicher und politischer Handlungsbedarf, um der gesellschaftlichen Herausforderung und den Notwendigkeiten zur Integration der Migrantinnen und Migranten in die „Bürgerstädte“ gerecht zu werden. Die Debatte um ein Zuwanderungsgesetz wirft die Frage nach notwendigen politischen Reformen erneut auf – die faktische Entwicklung der Städte hat die Grundsatzdebatten, ob Deutschland überhaupt ein Einwanderungsland sei, jedoch längst überholt. Mittlerweile stehen Integrationsfragen der dritten Generation der Zuwanderer auf der Tagesordnung.

Ein Integration erschwerender Faktor auch in der Stadtregion Gießen-Wetzlar ist die Zersplitterung der Zuständigkeit für Migranten. Die Verantwortlichkeit für die Integrationsaufgaben verteilt sich über den Bund, das Land, die Landkreise und die Kommunen. Dies führt zu einem Defizit an ganzheitlichen Integrationskonzepten, die den gegenwärtigen vielschichtigen Problemlagen mit vernetzten Maßnahmen gerecht werden würden.

Ein besonderes Problem ist die fortschreitende sozialräumliche Entmischung in der Stadtregion, die sich zu Lasten der Kernstädte vollzieht. Die Oberzentren Gießen und Wetzlar sind mit der zunehmenden sozialen und ethnischen Segregation in einzelnen Stadtbezirken und mit den damit einhergehenden Folgen konfrontiert. Sie haben den Hauptteil der Sozial- und Integrationsleistung für Migranten zu erbringen.

Erst langsam setzt sich Einsicht durch: Zuwanderung bedarf der gemeinsamen gesellschaftlichen Zielorientierung, der politischen Steuerung und begleitender Programme. Durch kommunale Integrationspolitik mit einem Gesamtkonzept für das interkulturelle Zusammenleben kann Zuwanderung als Chance für einen zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsraum genutzt werden.

Beschreibung

Beim Thema Migration prägen zur Zeit folgend Schlagzeilen die Fachdiskussion:

- Mangelnder Spracherwerb bei Kindern und damit einhergehend zu geringe schulische Qualifikationen vieler Migrantenkinder.
- Oft fehlende Sprachkompetenz bei Eltern, mit der Konsequenz geringer Chancen auf dem Arbeitsmarkt und geringer Teilhabe am allgemeinen gesellschaftliche Leben.
- Zunehmende Entwicklung von Parallelgesellschaften und Konzentration von Migrantenhaushalten in bestimmten Stadtbezirken mit der Folge der Überforderung von Kindertagesstätten und Schulen in ihrem

Erziehungs- und Bildungsauftrag.

- Zu wenige soziale und kulturelle Angebote in den einzelnen Stadtbezirken, die im Sinne eines interkulturellen Miteinanders aktive Nachbarschaften schaffen und so die Möglichkeiten zur Selbsthilfe eröffnen.
- Mangelnde interkulturelle Kompetenz in der öffentlichen Verwaltung und den Einrichtungen. Zu geringe Vernetzung der Hilfsangebote.

In beiden Städten laufen bereits in Kooperation mit den Ausländerbeiräten und den Wohlfahrtsverbänden Angebote und Maßnahmen, die zu einer besseren Integration führen sollen (Sprachkurse, kulturelle Veranstaltungen und Feste, interreligiöse Treffen usw.).

Auch spezielle Förderprogramme und zusätzliches Personal zur Förderung des Spracherwerbs in Kindertagesstätten finden in beiden Städten statt.

Mit der Einführung der Sprachtests zur Einschulung hat die Hess. Landesregierung zwar neue Wege beschritten, doch ist dieses Angebot mit der kommunalen Jugendhilfe wenig abgestimmt.

Mit dem Zuwanderungsgesetz des Bundes entstehen neue Herausforderungen an beide Städte, die nicht nur Auftrag, Inhalt und Abläufe bisherigen Verwaltungshandelns verändern, sondern der im Modernisierungsprozess befindlichen Verwaltung die Chance auf eine neue Orientierung und den Aufbau von verbindlichen Kooperationsstrukturen mit den Verbänden zur Integrationsförderung bieten.

Eine Grundlage dafür ist mit dem „Bericht zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Wetzlar“ im Auftrag des Hess. Sozialministeriums geschaffen.

Vor dem Hintergrund, dass beide Städte ihre sozialpolitischen Bemühungen in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf (Programmgebiete „Soziale Stadt“) konzentriert haben, kommt dem Thema Partizipation von Migranten in diesen Quartieren besondere Bedeutung zu.

Ziel der Kooperation beider Städte ist es, durch den gemeinsamen Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Durchführung von Fachveranstaltungen und Modellprojekten Bausteine für zukunftsfähige Integrationskonzepte zu entwickeln.

Starter-Maßnahmen: Impulsveranstaltungen

Beschreibung

Fachdiskussionen zu Schwerpunktthemen, die in interkommunalen Arbeitsgruppen vertieft werden und modellhaft umgesetzt werden.

Schwerpunkte:

1. Spracherwerb von Kindern in Kooperation Jugendhilfe - Schule und Schulprofile in Stadtteilen mit hohem

Migrantenanteil.

2. Interkulturelle Nachbarschaften - stadtteilbezogene Handlungsmöglichkeiten zur Selbsthilfe insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf.
3. Zuwanderung und Verwaltungsmodernisierung.

Beteiligte

Forum Soziales und Integration (Verwaltung beider Städte, Justus-Liebig-Universität und weitere Experten), Ausländerbeiräte, Verbände, Kirchen, Vereine und Initiativen beider Städte

Finanzierung

Zuschussanträge an das Hessische Sozialministerium zur modellhaften Förderung der interkommunalen Kooperation werden gestellt (z.B. Hessen Grenzenlos)

Meilensteine/ Zeitliche Dimension:

- Einrichtung Forum Soziales und Integration, Anfang 2003
- Impulsveranstaltung 1-3 und parallel beginnend Arbeitskreise, bis Ende 2003
- Fortsetzung der Arbeitskreise, Zwischenbericht, Entwicklung gemeinsamer Projekte für die Region, bis Ende 2004
- Projektauswertung und Präsentation einzelner Bausteine eines Integrationskonzeptes, bis Ende 2005
- Zweite Runde Impulsveranstaltungen zu weiteren Handlungsfeldern und Etablierung neuer Arbeitskreise, Beginn 2006

Abschätzung zur Finanzwirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen

ABSCHÄTZUNG ZUR FINANZWIRKSAMKEIT DER VORGESCHLAGENEN MASSNAHMEN DER „STADTINITIATIVE 2010 GIESSEN-WETZLAR“						
STARTER-MASSNAHMEN (2003/2004)						
	Gesamtkosten	investive Mittel	Planung / Steuerung	Kommunale Eigenanteile (Gießen-Wetzlar)	sonstige öffentliche Mittel	private Mittel
1. Handlungsschwerpunkt Regionale Entwicklungsplanung						
kommunale Arbeitsgemeinschaft	20.000 € p.a.		20.000 € p.a.	20.000 € p.a.	Optional Folgeantrag BMBF	
Stadtrregionale Entwicklungsagentur	ca.25.000 € p.a. Sachmittel ca. 80.000 € p.a. Personalmittel (interne Besetzung durch Personal der Stadtverwaltungen)		ca. 105.000 € p.a.	ca. 15.000 € p.a. (80.000 € p.a.)	ca. 10.000 € p.a. (Land)	
2. Handlungsschwerpunkt Technologiestädte						
Regionaler Existenzgründungsfonds	lfd. Vorstudie: 5000 € 1.000.000 € (Fonds) 2-5 Mio. € (angestrebter Fonds)	ca. 970.000 €	ca. 35.000 €	ca. 505.000 €	ca. 500.000 €	
Branchenatlas und –konferenz Automatisierung	ca. 50-60.000 €		ca. 50-60.000 €	ca. 10-20.000 €	ca. 10.000 €	ca. 20-30.000 €
Branchenkonferenz Bio- und Medizintechnik	ca. 30.000 €		ca. 30.000 €	ca. 10.000 €	ca. 10.000 €	ca. 10.000 €

3. Handlungsschwerpunkt Hochschulen – Internationalisierung						
Stipendien für internationalen Austausch – Weiterentwicklung „studium plus“	ca. 150.000 € p.a.				ca. 150.000 € p.a. aus EU-Stipendien	
4. Handlungsschwerpunkt Stadtregionales Flächenressourcenmanagement						
Stadtregionales GIS und Modellvorhaben zum Flächenmanagement	ca. 120.000 €		ca. 120.000 €	ca. 20.000 € (mit MR)	ca. 80.000 € Initiative bei HMU	ca. 20.000 € private Projektpartner
5. Handlungsschwerpunkt Gewerbeflächenmanagement						
Aktivierende Untersuchung von Gewerbegebieten	ca. 80.000 €		ca. 80.000 €	ca. 40.000 €	ca. 40.000 € (EFRE Ziel II, INTERREG)	IHKs mit eigenen Personalanteilen
6. Handlungsschwerpunkt Urbane Qualitätsoffensive						
Forum Stadtentwicklung	ca. 5000 € p.a.		ca. 5.000 €	ca. 2.500 € p.a.	ca. 2.500 € p.a.	
Vorstudie STEK Wohnen	ca. 150.000 €		ca. 150.000 €	ca. 37.500 €		ca. 112.500 € (Wohnungsunternehmen)
Gemeinsame Initiativen für integrierte Projekte	5 % der eingeworbenen EFRE-Mittel (Stadtentwicklung)					
7. Regionaler Einzelhandel – Stärkung der Innenstädte						
Stadtregionaler Arbeitskreis Einzelhandel	ca. 2.500 € p.a.		ca. 2.500 € p.a.	ca. 1.500 € p.a.	ca. 1.000 € p.a. (Umlandkommunen)	
8. Handlungsschwerpunkt Verkehr						
Regionalisierung VEP / NVP	–					

9. Handlungsschwerpunkt Lahnpark						
Machbarkeitsstudie mit Ideenwettbewerb(en)	ca. 30.000 €		ca. 30.000 €	ca. 15.000 €	ca. 10.000 € (weitere Kommunen)	5.000 priv. Sponsoring
10. Handlungsschwerpunkt Kultur						
Gemeinsamer Kulturfonds	ca. 15.000 € p.a.	ca. 12.000 € p.a.	ca. 3.000 € p.a.	ca. 15.000 € p.a.	evtl. (zusätzlich)	evtl. (zusätzlich)
11. Handlungsschwerpunkt Interkommunales Datenmodulsystem Sozialberichterstattung						
Forum Soziales und Integration	ca. 2.500 €		ca. 2.500 €	ca. 2.500 €		
Interkommunales sozialräumliches Monitoringsystem	ca. 10.000 €		ca. 10.000 €	ca. 7.500 €	ca. 2.500 € (Soziale Stadt)	
12. Handlungsschwerpunkt Migration – Integration						
Impulsveranstaltungen	ca. 5-10.000 €		ca. 5-10.000 €	ca. 5.000 €	bis ca. 5.000 €	
SUMME	ca. 1,8 Mio. € (z.T. jährliche Kosten)	ca. 980.000 €	ca. 820.000 €	ca. 800.000 €	ca. 825.000 €	ca. 175.000 €
ANTEILE		ca 55 %	ca. 45 %	ca. 45 %	ca. 46 %	ca. 9 %



Gießen und Wetzlar sitzen in einem Boot –
Wetzlars OBM Dette und Gießens
Baustadtrat Rausch bei der Lahn-
Inszenierung im Rahmen von Stadt 2030

6. AUSBLICK

Das durch das Bundesforschungsministerium geförderte Forschungsvorhaben Stadt 2030 Gießen-Wetzlar endet am 31. Januar 2003. Als Ergebnis des Vorhabens liegt eine Strategie stadtregionalen Handelns vor. Damit verbunden ist ein Vorschlag zur Weiterentwicklung stadtregionaler Programmplanung und neu zu schaffenden Regionalbudgets.

Der Erfolg des Projektes wird sich in erster Linie an den sich daraus ergebenden kooperativen Aktivitäten in der Stadtregion erweisen.

Eine Fortführung des begonnenen Dialogs ist für 2003 durch kommunale Haushaltsmittel gewährleistet. Diese Chance sollte ergriffen werden, um mit der Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft beider Städte den politischen Willen zu kontinuierlicher Zusammenarbeit zu dokumentieren und dafür eine institutionelle Basis zu schaffen. Auf dieser Basis kann es im Laufe des Jahres 2003 gelingen, einzelne Projekte praktischer Kooperation (Starter-Maßnahmen der Stadtinitiative 2010) auf den Weg zu bringen, für 2004 haushaltswirksam zu implementieren. Dabei bietet die kooperative Durchführung von Projekten auch verbesserte Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Initiativen und ggf. der Förderung durch Land, Bund und EU.

Wenn dies gelingt, ist der Grundstein für einen Prozess der Regionalisierung, durch den die Stadtregion sich im Wettbewerb langfristig behaupten kann, gelegt. Mögliche weitere Schritte können aus dem Maßnahmenprogramm Stadtinitiative 2010 herausgelesen werden.

Anfang 2004 sollte eine Zwischenbilanz der begonnenen Umsetzung gezogen werden. Eine grundlegende Evaluierung der entstandenen Projekt- und Kooperationsstrukturen wäre etwa 2006 anzustreben, ein erneuter stadtregionaler Programmplanungsprozess sollte sich auf dieser Basis etwa 2008-2009 anschließen.

Weitere Veröffentlichungen

Parallel zu den Aktivitäten vor Ort wird die weitere wissenschaftliche Auswertung des Projektes betrieben:

- der deutsch-französische Expertenworkshop zu neuen Formen der Regionalisierung wird dokumentiert
- auf Basis des Projektes werden Forschungsfragen formuliert, die zum Gegenstand von Forschungsanträgen gemacht werden können
- die Internetpräsenz www.giessen-wetzlar.2030.de soll erhalten und weiterhin aktualisiert werden
- der Forschungsverbund Stadt 2030 schließt mit einer Tagung im September 2003 ab, die Ergebnisse werden in einer Buchreihe des Difu dokumentiert werden

7. ANHANG

Dokumentation Stadtrauminszenierung Lahn

Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn

Eine künstlerisch inszenierte Boots- und Radreise von Gießen nach Wetzlar auf und entlang der Lahn

Im Rahmen des Forschungsprogramms *Stadt 2030* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Veranstalter: Magistrat der Stadt Gießen, Magistrat der Stadt Wetzlar

In Kooperation mit dem Institut für Angewandte Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen

Projektleitung/Lehrauftrag: Oliver Behnecke, Dr. Kerstin Evert

7. und 8. September 2003

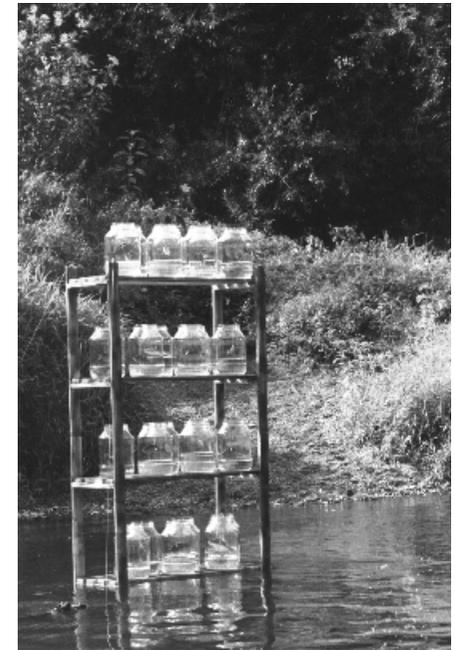
Projekthintergrund

Im Zuge der Gebietsreformen der 1970er Jahre war aus den Städten Gießen und Wetzlar sowie weiteren 14 Gemeinden zum 1.1.1977 eine Großstadt gebildet worden, um den mittelhessischen Raum zu stärken. Dieses Stadtgebilde, benannt nach der geographischen Verbindung zwischen den beteiligten Orten, dem Fluss Lahn, existierte jedoch lediglich zweieinhalb Jahre. Nach massiven Protesten und Aktionen der Bevölkerung wurde schließlich die Stadt Lahn zum 1. August 1979 wieder aufgelöst.

Gerade vor dem Hintergrund des Scheiterns der Stadt Lahn an den Widerständen aus der Bevölkerung wird deutlich, dass der Gedanke einer angestrebten zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Gießen und Wetzlar, die im Bundesforschungsprojekt 2030 konzeptionell entworfen wird, einer besonderen Vermittlung in die Bevölkerung bedarf. Deshalb ist die „Stadtrauminszenierung Lahn“ ein elementarer Bestandteil des Forschungsprojekts *Stadt 2030* der Städte Gießen und Wetzlar, um die stadtplanerische Thematik - jenseits von Vortragsveranstaltungen oder Publikationen - für die Bevölkerung mit einer künstlerischen Herangehensweise sinnlich erfahrbar zu machen.

Rahmenkonzept

Die Lahn als wichtigste touristische Wasserstraße der Region verbindet Städte und Gemeinden Mittelhessens geographisch. Der Lauf der Lahn als das natürlich-verbindende Element zwischen Gießen und Wetzlar war deshalb konzeptioneller Ausgangspunkt der „Stadtrauminszenierung Lahn“. Der Fluss und seine direkte Umgebung sollte zum Ort für verschiedene künstlerische Produktionen werden: Ein Projekt auf der Lahn zwischen Wetzlar und Gießen. Ein „fahrendes“, sich bewegendes Projekt, welches in Gießen, auf der Lahn, in Wetzlar und in den dazwischen liegenden Gemeinden stattfindet. Eine künstlerische Reise mit dem Boot von Gießen nach Wetzlar mit Haltepunkten an Schleusen und Brücken als Orte für künstlerische Aktionen, Inszenierungen und Klang- bzw. Videoinstallationen. Bewohnerinnen und Bewohner, kulturelle Initiativen und Träger sowie Vereine der beteiligten Städte und Gemeinden sollten zudem eingeladen werden, sich an der Inszenierung zu beteiligen.



Installation im Fluss



Picknick am Fluss

Kooperation der Städte Gießen und Wetzlar

Durch die kommunenübergreifende Konzeption war die „Stadtrauminszenierung Lahn“ zudem auf der organisatorischen Ebene als ein modellhafter Versuch angelegt, der der anvisierten verwaltungstechnischen und organisatorischen sowie inhaltlichen Zusammenarbeit beider Städte in einem konkreten Projekt einen handlungsorientierten Versuchsraum eröffnen sollte. Diese Kooperation fand zudem Ausdruck im gemeinsamen Auftreten der Magistrate beider Städte als Veranstalter der Inszenierung.

Kunst und Kultur besitzen ein hohes identifikations- und kommunikationsstiftendes Potenzial. Deshalb wurde im Rahmen des Stadt 2030 Projektes Gießen-Wetzlar ein künstlerisches Projekt als praktisches und beispielhaftes Erprobungsfeld für künftige Kooperationen gewählt. In diesem Zusammenhang ist auch der konzeptionelle Grundansatz der Inszenierung von besonderer Wichtigkeit, Bürgerinnen und Bürger einzuladen, sich am Entstehen und der Umsetzung des Projekts zu beteiligen.

Lehrauftrag am Institut für Angewandte Theaterwissenschaft

Die „Stadtrauminszenierung Lahn“ wurde im Rahmen eines Lehrauftrags in Kooperation mit dem Institut für Angewandte Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen im Sommersemester 2002 mit Studierenden des Instituts erarbeitet und ausgestaltet.

Nach einer ersten gemeinsame Paddeltour zur Besichtigung der ca. 16km langen Flussstrecke zwischen Gießen und Wetzlar entwickelten die Studierenden in mehreren Workshopphasen die inhaltliche Idee einer „Expedition auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“ zur Ausgestaltung der vorgegebenen konzeptionellen Rahmung. Der Fluss Lahn verbindet Gießen und Wetzlar nicht nur geographisch, sondern war zugleich Namensgeber für das in den 1970er Jahren aus beiden Städten gebildete Stadtkonstrukt. Der Flusslauf führt also quer durch das Stadtgebiet von „Lahn“ und macht durch seine landschaftliche Prägung zugleich die Schwierigkeit deutlich, aus einem ländlichen Gebiet eine Stadt zusammenwachsen zu lassen, die kein urbanes Zentrum besaß.

Der inszenierte Ausflug auf den Spuren der Stadt Lahn sollte so einen Rückblick auf die gemeinsame Vergangenheit der beiden Städte eröffnen. Dabei war es den Studierenden ein Anliegen, das Thema „Stadt Lahn“ in den Mittelpunkt der Inszenierung zu stellen, da diese Episode der jüngeren Vergangenheit Giessens und Wetzlars aus dem Bewusstsein der Bevölkerung zumeist ausgeblendet wird, sich nichtsdestotrotz jedoch auf das Verhältnis beider Städte weiterhin auswirkt. Insbesondere der jüngeren Generation sowie zugezogenen Bürgerinnen und Bürgern ist die Problematik zumeist nicht bekannt, jedoch sind immer noch Relikte aus dieser Phase zu finden, wie z.B. die noch vorhandenen ca. 2000 Autos mit Kennzeichen „L“ für „Lahn“ bzw. „Lahn-Dill-Kreis“.

Dieser Hintergrund führte zu einem dokumentarisch geprägten künstlerischen Ansatz. Die Studierenden führten Gespräche mit Zeitzeugen und „Widerstandsaktivisten“ der Stadt Lahn, recherchierten zeitgenössische Zeitungs- und Fernsehberichte. Per Presseauftrag wurden interessierte Bürgerinnen und Bürger, die in der Stadt Lahn geboren sind, gesucht, um sie zu ihrem Geburtsort und ihrer Heimat zu interviewen. Gleichzeitig wurden Interviews mit Besitzern und Besitzerinnen von Kraftfahrzeugen geführt, die sich bereit erklärten ihren Wagen für das Projekt zur Verfügung zu stellen. Neben den zahlreichen Beteiligten dieser dokumentarischen Recherchearbeit wurden zudem interessierte Vereine und Chöre der Region mit der Einladung angesprochen, sich am Projekt zu beteiligen.

Nach diesen konzeptionellen und inhaltlichen Vorbereitungen im Sommersemester 2002 trat das Projekt von Ende Juli bis Anfang September in die eigentliche Umsetzungsphase. Die Studierenden gestalteten einzeln bzw. in Kleingruppen konkrete Installations- bzw. Inszenierungsarbeiten aus, die als eigenständige Projekte jedoch im thematischen Gesamtkontext der „Expedition auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“ standen und für jeweils spezielle Orte an der Flussstrecke konzipiert wurden.

Aufführungen

Wer am ersten Septemberwochenende 2003 auf der Alten Lahnbrücke in Wetzlar einer ungewöhnlichen Ansammlung von Fahrzeugen mit dem Kennzeichen „L“ (nicht für „Leipzig“, sondern für „Lahn“ bzw. „Lahn-Dill-Kreis“) begegnete und diese Fahrzeuge über ihre Lebensgeschichte berichten hörte, der befand sich schon mitten in der Inszenierung „Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“. Sowohl am 7. wie auch am

8. September starteten jeweils fünf geführte Touren mit maximal 25-30 Teilnehmern in 2er-bis 10er Kanus in Gießen, um mit dem Publikum zunächst mit dem Kanu bis nach Lahnau-Dorlar, einem Ort ungefähr in der Mitte der 16km langen Strecke, zu paddeln. Dort wurden die ankommenden Boote von verschiedenen Chören musikalisch begrüßt. Danach stand ein "Picknick am Fluss" an, das von den Künstlern Inge Günther und Jörg Wagner arrangiert wurde, bevor es per Rad weiter ging bis nach Wetzlar. Die gesamte Tour dauerte ca. vier Stunden. Die Rückfahrt von Wetzlar bzw. die Anreise nach Gießen erfolgte in Eigenregie z.B. mit der Bahn.

Eine Kooperation aus einem regionalen Kanu- und Fahrradverleih sowie einem regionalem Kanuverein organisierte die Bereitstellung der, die Einweisung in sowie die Koordination der Boote bzw. Fahrräder. Die Touren wurden jeweils von paddeltechnischen Helfern sowie einem Guide geleitet, der die Teilnehmer des Ausflugs inhaltlich über die Stadt „Lahn“ informierte. Sowohl am Startpunkt in Gießen wie auch am Endpunkt in Wetzlar bestand zudem die Möglichkeit, auch für nicht an der Tour teilnehmende Zuschauer Inszenierungen und künstlerische Installationen zu erleben sowie sich an einem Informationsstand über das Projekt „Stadt 2030“ zu informieren.

Sowohl auf der Kanu- wie auch auf der Rad-Etappe des künstlerisch umrahmten Ausflugs von Gießen nach Wetzlar trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf acht weitere (Klang- und Video-)Installationen, die sich mit dokumentarischen Materialien, Zeitzeugeninterviews und Spuren der Stadt Lahn künstlerisch auseinandersetzen. So kamen beispielsweise die „Lahn-Kinder“ zu Wort. In kurzen Interviews wurden Menschen, die in der Stadt Lahn geboren sind, zu ihrer Heimat befragt. Dieses Material war wiederum Grundlage einer großangelegten Klang- und Videoinstallation unter der Brücke der Bundesautobahn A45. Aber auch ein Planungsbüro gab es zu entdecken, das in der Lahn-Schleuse Dorlar mit Sinken des Wasserpegels auftauchte. Zwischen Dorlar und Wetzlar schließlich war eine „mobile Verwaltungseinheit“ der „Stadt Lahn“ zu finden, angelehnt an ein Foto aus einer Illustrierten in den 1970er Jahren, die mit der Abbildung eines von Schafen umrahmten Bürgermeisters auf einem Feld über die ländlich geprägte geographische Mitte der Stadt Lahn parodierte.

Nach der Ankunft in Wetzlar erwarteten das Publikum zusätzlich vier weitere Klang- bzw. Videoinstallationen wie zum Beispiel das Projekt von Lena-Franziska Wicke *passing consumption. Laufende Kaufeinheiten im Seltersweg*: Bilder aus dem Seltersweg in Gießen wurden nach Einbruch der Dunkelheit auf die Lahn in Wetzlar projiziert. *Hashigakari* von Dagmar Steigenberger und Mareike Uhl war ebenfalls eine Video- und Klanginstallation, die Bilder der Lahn in die Altstadt Wetzlars transportierte. Auf einer Pontonbrücke hatte die Künstlergruppe „Attraktiv und Preiswert“ eine Tür installiert (*WYSISYG*), die ungewohnte Ein- und Ausblicke gewährte. Wer anschließend auf dem Bahnhof Wetzlar auf seinen Zug wartete, konnte sich in der Zwischenzeit bei der Klanginstallation *Stein und Vogel* von Sylvie Kretzschmar, Stefanie Lorey und Claude Peinzger von den sportlichen Betätigungen erholen und Schrankenwärtern bei der Arbeit lauschen.

Auch die kleine Lahninsel in Gießen wurde im Rahmen der Inszenierung zur Bühne. Tagsüber führten André Eiermann und Christina Hänsel *SADPACIFIC*, eine „Performance für kleine Inseln“ auf. Samstagabend gab es ab 20.30 Uhr zudem Live-Musik von der Lahninsel mit einem Konzert der regional bekannten Band „Boston Gold“. Als Ausdruck der vielfältigen persönlichen Kooperationen, die zwischen Gießen und Wetzlar bereits bestehen, fand am Samstag zusätzlich ein abendliches Achterrennen zwischen der Rudergesellschaft Wetzlar, der Gießener Rudergesellschaft und der Ruder-Renngemeinschaft Mittellahn statt. Am Sonntagmittag dann begaben sich die Gießener und die Wetzlarer Rudergesellschaften gemeinsam auf eine Wanderfahrt in Richtung Gießen, die dort mit einer Grillfete endete.

Resümee

Die im Rahmen des Forschungsprojektes *Stadt 2030* der Städte Gießen und Wetzlar durchgeführte Inszenierung *Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn* muss auf allen Projektebenen als Erfolg gewertet werden.

Bei strahlendem Sonnenschein nahmen allein an den nahezu ausgebuchten zehn Touren ca. 250 Personen teil. Gerade das sommerliche Ausflugswetter trug deutlich zum kommunikativen Erfolg des Projekts bei, so dass von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nahezu ausschließlich positive Resonanz zu vernehmen war. Am Projekt aktiv beteiligt waren über 150 Menschen, ob als Chor- oder Vereinsmitglieder, Interviewpartner oder Kraftfahrzeugbesitzer.

Auf organisatorischer Ebene hat sich gezeigt, dass es möglich ist, ein Projekt diesen Ausmaßes, das verschiedene verwaltungstechnische Ebenen berührt, von zwei Städten erfolgreich und in der praktischen Realisierung unbürokratisch durchzuführen. Dabei ging insbesondere von dem



Entspannen am Bahnhof Wetzlar



Klanginstallation unter der Autobahn

gemeinsamen Auftreten der Magistrate der Städte Gießen und Wetzlar als Veranstalter des Projekts eine äußerst positive Signalwirkung – nicht nur für den Bereich Kultur – aus. In diesem Zusammenhang ist auch hervorzuheben, dass das Projekt eine städteübergreifende Kooperation zwischen verschiedenen kulturellen und gesellschaftlichen Akteuren – Hochschule, Firmen, Vereinen - initiiert hat, die zudem die zwischen beiden Oberzentren liegenden Gemeinden mit einbezog. Damit verbunden ist die hohe Resonanz aus der Bevölkerung, sich am Entstehen des Projekts z.B. in Form von Interviews zu beteiligen. Gerade diese Gespräche haben gezeigt, dass die Frage nach einer städtischen bzw. regionalen Identität eine große Wichtigkeit besitzt und in diesem Zusammenhang das Thema „Stadt Lahn“ auch heute noch emotional behandelt wird. Von Seiten der Bürgerinnen und Bürger besteht durchaus ein Bedürfnis, über diese Thematik im Hinblick auf die regionale Zukunft zu diskutieren.

Auch die Reaktionen der Tourteilnehmerinnen und -teilnehmer wiesen in diese Richtung. Nicht nur mussten sie sich aktiv unter körperlichem Einsatz das flächige Stadtgebiet Lahn „erpaddeln“ bzw. „erradeln“, auch wurde für sie durch die mit Informationen, dokumentarischen Materialien und künstlerischen Aktionen ausgestaltete Expedition zu einem Ausflug, der ein Stück Regionalgeschichte vermittelte und nahe brachte, das den meisten wenig bis gar nicht bekannt war, aber dennoch die Gegenwart beider Städte prägt. Die Frage nach Identifikation mit dem eigenen Wohnort und nach lokaler bzw. regionaler Identität wurde damit plastisch greifbar.

Im Zusammenhang mit dem Ausflugscharakter der „Stadtrauminszenierung Lahn“ steht auch der touristische Aspekt und Wert der Lahn als wichtiger Flusswanderstrecke sowie als Naherholungsgebiet. Auch hier ist festzustellen, dass zahlreiche Teilnehmende mit diesem Projekt die Schönheit der Landschaft des Flusslaufs zwischen Gießen und Wetzlar zum ersten Mal vom Wasser aus wahrnehmen konnten und damit zugleich eine Möglichkeit der Freizeitgestaltung entdeckt haben, die ihnen ihre Region bietet. Das ist von besonderer Bedeutung, als die Lahn insbesondere in Gießen nicht wirklich in die Stadt integriert ist.

Allerdings ist kritisch anzumerken, dass es im Ablauf einzelner Touren zu technischen Problemen einzelner Inszenierungselemente kam, die jedoch durch die Länge der bespielten Strecke (16km) sowie die Unabwägbarkeiten des Naturraumes bedingt waren.

Das Projekt hat gezeigt, dass Kunst und Kultur – insbesondere mit einem orts- und kontextspezifischen Bezug – Kommunikationsprozesse initiieren sowie zur Ausbildung einer Identifikation mit der eigenen Region bzw. Stadt positiv beitragen können, indem sie die bekannte Umgebung durch eine ungewohnte Perspektive sinnlich erfahrbar machen können. Damit ist es auch gelungen, die wissenschaftlich-planerische Thematik des Forschungsprojektes *Stadt 2030* in die Bevölkerung zu vermitteln sowie über einen künstlerischen Zugang Interesse zu wecken und Diskussionen zu initiieren. In diesem Zusammenhang ist der inszenierte Ausflug auf den Spuren der Stadt Lahn nicht nur ein künstlerischer Rückblick in die gemeinsame Vergangenheit der beiden Städte, sondern als konkretes Projekt zugleich als ein äußerst gelungenes Versuchsfeld für zukünftige Kooperationsvorhaben zu betrachten.

Pressestimmen

In Kanus und späterhin auf dem Fahrrad entdeckten die – durchaus auch sportlich geforderten – Besucher der Flussinszenierung die ehemalige Stadt. (...) Besonders eindrucksvoll in Szene gesetzt hatte die Künstlergemeinschaft die Schleuse Dorlar: Während des langsamen Absinkens des Wasserspiegels tauchte vor den erstaunten Augen des Mobiliar eines versunkenen Büros auf. Symbol der Macht der Bürokratie – die hauptsächlich für die ungewollte Zusammenlegung verantwortlich gemacht wurde – und ihres Untergangs durch die Stärke des Volkswillens. (...) Im Gesamten wurde das im Rahmen des Bundesforschungsprojektes „Stadt 2030“ initiierte Event von den meisten der über zwei Tage erschienen 250 Besuchern sehr gelobt. Der eine oder andere fand sich „plötzlich inmitten der eigenen erlebten Geschichte wieder“ (...). Vielleicht ist das auch ein bisschen Heimat: die Bereitschaft zur Zusammenarbeit verschiedenster Gruppen, denen allerhöchstens die Herkunft gemein ist, zur Durchführung einer wirklich aufwendigen und außergewöhnlichen Stadtrauminszenierung. Gießener Magazin Express, Nr. 38/2002-12-21

Gießens Ruf als Kulturmetropole Mittelhessens wurde auch gefestigt durch die Flussrauminszenierung „Auf der Suche nach der versunkenen Stadt Lahn“ am vergangenen Wochenende. Die kombinierte Paddel-Radel-Tour mit künstlerischen Elementen war jedenfalls handfester als so manches, was da häufig an Worthülsen im Zuge des Gießen-Wetzlarer Forschungsprojektes „Stadt 2030“ produziert wird. Gießener Allgemeine, 14.9.2002

Am Infostand des Forschungsprojektes „Stadt 2030“ diskutierten Forscher und Politiker mit Passanten über die künftige Zusammenarbeit beider Städte. „Anstrengend, aber hochinteressant“ war die Wertung vieler der Lahn-Reisenden. Wetzlarer Neue Zeitung, 9.9.2002

Leicht dramatisch sei gerade in Wetzlar die Verteilung von Informationen und Broschüren gewesen, berichtet Evert sinnbildlich. So hätten erklärte Lahnstadtgegner von einst Lunte gerochen – Motto: „Wehret den Anfängen“. (...) der Lahnstadt-Geist grassiere mit unverhohlener Lebendigkeit und erzeuge nach wie vor latente Ängste. Die Teilnehmer der Suchexpedition freilich tragen andere Beweggründe im Herzen. (...) interessieren sich jene für die konzeptionelle Verbindung von sportlicher Betätigung und kunstheischender Erwartungshaltung – egal ob Kanuneuling oder Paddelfreak. Gießener Allgemeine, 9.9.2002

„Eigentlich ging es bei alledem doch nur um eines, ums Feiern“, kommentiert eine Gießener Besucherin das Spektakel und gibt damit einem anderen Aspekt recht, den die Organisatoren einkalkuliert hatten: „Die Region zwischen Gießen und Wetzlar sollte noch stärker bekannt gemacht werden“, sagt Behnecke. Und diese Rechnung ist offensichtlich auch aufgegangen. Gießener Anzeiger, 9.9.2002

Projektleitung/Lehrauftrag: Oliver Behnecke, Dr. Kerstin Evert

Technische Leitung: Christian Flierl, Marc Jungreithmeier

Mitarbeit: Sandra Draschaft

Beteiligte:

Studierende des Instituts für Angewandte Theaterwissenschaft der JLU Gießen: Tobias Brenk, Sandra Draschaft, Isabelle Drexler, André Eiermann, Christian Flierl, Christina Hänsel, Bodo Jentsch, Marc Jungreithmeier, Charlotte Könenkamp, Sylvie Kretzschmar, Anne Kuhn, Rene Liebert, Stefanie Lorey, Björn Mehlig, Andreas Mihan, Peter Oberdorf, Claude Peinzger, Juliane Scherf, Dagmar Steigenberger, Mareike Uhl, Lena-Franziska Wicke;

Weitere Beteiligte: Tobias Erben (Projektsekretariat *Stadt 2030* der Städte Gießen und Wetzlar), Ingke Günther, Jörg Wagner: *picknick am fluss* (Ein- und Ausstiegsstelle Dorlar), Kirsten Greiten

Veranstalter: Magistrat der Stadt Gießen, Magistrat der Stadt Wetzlar

Kooperationspartner: Institut für Angewandte Theaterwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, KANUTOURS Gießen, LAHNTOURS, Tourist-Information Gießen, Tourist-Information Wetzlar, Ski- und Kanuclub Gießen e.V., Gießener Rudergesellschaft 1877 e.V., Rudergesellschaft Wetzlar 1880 e.V., Bootshaus Gießen

Interviewpartner/innen:

„Lahn-Geborene“: Clemens Döpp, Peter Cornelius Fries, Daniel Happel, Michael Junkert, Jan Hendrik Kopmann, Verena Kreyling, Andreas Leschhorn, Daniela Ruth, Kirsten Schmidt, Frauke Steinmüller, Jens Thomae, René Wagner, Astrid Weigel, Pia Zahrt

Autobesitzer/innen „L“-Kennzeichen: Hugo Altehn, Elise Demand, Dr. Burkhard Hahn, Hans Kempf, Willi Salbenberger, Dr. Joachim Waehlert,

Weitere Interviewpartner: Dieter Bill, Jürgen Braun, Herr König, Herr Lemp, Wolfgang Nickel, Günter Rode, Helmut Will, Herr Schmidt

Projekte auf der Tour:

Christian Flierl, Marc Jungreithmeier: *Brücke B429 und A45*

Anne Kuhn: *Lahn/Höhe Heuchelheimer Seen*

Juliane Scherf: *Rastplatz Atzbach*

Sandra Draschaft, Charlotte Könenkamp: *Schleuse Dorlar*



Büro in der Schleuse Dorlar



Büro auf der Wiese

Kirsten Greiten: *Zwischen Dorlar und Wetzlar*

Oliver Behnecke, Sandra Draschaft: *Alte Lahnbrücke Wetzlar*

Isabelle Drexler: *Chor-Koordination* (Ein- und Ausstiegsstelle Dorlar)

Bodo Jentzsch: *Audiotracks auf der Tour*

Isabelle Drechsler, Kerstin Evert: *Textmaterial ‚Guides‘*

Sowie: Ingke Günther, Jörg Wagner: *picknick am fluss* (Ein- und Ausstiegsstelle Dorlar)

Beteiligte Chöre (Ein- und Ausstiegsstelle Dorlar):

Blechbläser der Liebig-Schule Gießen unter der Leitung von Dr. Jörg Abel

Gesangverein Germania Harbach; 1. Vorsitzender: Dirk Ihle; Dirigent: Knut Petersen

Frauenchor Dorlar unter der Leitung von Ursula Claudi

Weitere Installationen, Inszenierungen und Veranstaltungen in Gießen bzw. Wetzlar, unabhängig von den inszenierten Touren:

Passing Consumption. Laufende Kaufeinheiten im Seltersweg Gießen - Videoinstallation: Lena-Franziska Wicke; Ort: Alte Lahnbrücke Wetzlar

Stein und Vogel - Klanginstallation: Sylvie Kretzschmar, Stefanie Lorey, Claude Peinzger; Ort: Bahnhof Wetzlar, Gleis 1

WYSISYG - Inszenierung eine Tür: Attraktiv & Preiswert (Uwe Buhrdorf, Stefanie Lorey, Björn Mehlig), Bühnenbau: Christian Wolf, Spurensuche: Ulrike Hanstein, Frank Watzl; Ort: Pontonbrücke Wetzlar (Cholchester-Anlage)

HASHIGAKARI - Ein Steg ins Blau - Video- und Klanginstallation: Dagmar Steigenberger, Mareike Uhl; Ort: Eisenmarkt 1 / Ecke Krämerstraße, Wetzlar (Altstadt)

SADPACIFIC - Performance für kleine Inseln: Meinungsbildungsinstitut (André Eiermann und Christina Hänsel); Ort: Lahninsel in der Nähe des Bootshauses Gießen

Gießener Rudergesellschaft 1877 e.V./Rudergesellschaft Wetzlar 1880 e.V./Bootshaus Gießen: Achter-Regatta, Inselkonzert, Wanderrudern, Grillfete

Unser Dank gilt allen Beteiligten, Chören, Interviewpartner/innen, KfZ-Besitzer/innen, Unterstützer/innen, Vereinen und Helfer/innen der Inszenierung!

Memorandum: Die kommunale Verwaltung der Zukunft – von Friedel Brückmann

Die öffentliche Verwaltung ändert sich. Die dafür verwendeten Namen sind: Neues Steuerungsmodell, Neue Verwaltungssteuerung, Neue Steuerungsinstrumente usw.. Inzwischen ist deutlich geworden, welche Elemente (Reformmodule) hierbei eingesetzt werden. Es wird Jahrzehnte dauern, bis sie dann nach Einführung auch voll wirken können. Im Folgenden wird eine Verwaltung beschrieben, in der das der Fall ist (best-case-szenario). Es werden dann die daraus entstehenden Konsequenzen für eine veränderte Wahrnehmung öffentlicher Aufgabenerfüllung gezogen. Diese Konsequenzen ergeben sich vor allem in einer durch den ökonomischen Druck ausgelösten stärkeren Kooperation der kommunalen Verwaltungen.

Die Beschreibung dieses Kooperationsdrucks geschieht vor dem konkreten Hintergrund eines kleinen Verdichtungsraumes in Mittelhessen, der geprägt ist durch die Stadt Gießen (ca. 73.000 EW) und Wetzlar (ca. 53.000 EW), deren Stadtzentren nur ca. 12 km voneinander entfernt liegen. Im Jahre 1977 wurden die Städte Gießen und Wetzlar mit 14 Umlandgemeinden durch das Land Hessen zur Stadt Lahn zusammengelegt. Dieses Experiment der Verwaltungsneugliederung „von oben“ scheiterte an Widerständen aus Bevölkerung und lokaler Politik spektakulär: bereits nach 30 Monaten wurde die Lahnstadt 1979 wieder aufgelöst. Einher ging das mit erdrutschartigen Veränderungen der politischen Machtverhältnisse in den betroffenen Kommunen. Die Stadtgebiete wurden zwar arrondiert, die Grenzen - insbesondere von Gießen - aber wurden sehr eng geschnitten. Man sprach in der Folge von der Region mit der „gescheiterten Gebietsreform“.

Kooperationen zwischen den eng verflochtenen Kernstädten Gießen und Wetzlar sind danach kaum entstanden, obwohl die Notwendigkeit dazu immer wieder bekundet wurde. Der Begriff „Gebietsreform“ ist unter den Kommunalpolitikern des Raumes verpönt, eben wegen der durch die Stadt Lahn ausgelösten gravierenden politischen Veränderungen. Die ganze Palette von Vorschlägen zur Regionalisierung in Mittelhessen wurde gemacht: Regionalkreis, Regionalverband, Regionalparlament, Städteverbund u.a.. Aktuell befindet sich ein mittelhessisches Regionalmanagement im Aufbau.

Mit dem Projekt Stadt 2030 Gießen-Wetzlar, einem zu 100% geförderten Forschungsprojekt, bot sich die Chance, den Blick auf die Stadtregion und deren langfristige Entwicklungsperspektiven zu öffnen, und zwar abseits vom dem parallelen „Wettrüsten“ mit Einzelhandelszentren in den Städten Gießen und Wetzlar. Mit dem Projekt wurde der Dialog zwischen Akteuren aus Verwaltungen, Wissenschaft und Verbänden initiiert.

1. Der Wettbewerb um Einwohner und Gewerbetreibende ist härter geworden

Schon immer wurden die Einwohner und die Gewerbetreibenden als die Kunden der Stadt- und Gemeindeverwaltungen gesehen. Letztlich sind die Einnahmen von den Einwohnern (Einkommensteuer) und die Einnahmen von den Gewerbetreibenden (Gewerbsteuer) die überragenden Finanzquellen der Städte und Gemeinden. Die demographische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat das Bemühen um die Einwohner als wichtige Kundengruppe zusätzlich gestärkt. Insgesamt haben sich die Bevölkerungsprognosen aus der Zeit zwischen 2000 und 2005 bewahrheitet. Die Einwohnerzahlen sind deutlich gesunken, besonders seit 2015; auf dem flachen Land viel stärker als in den wirtschaftsstarken Regionen. Die Einwohner sind im Durchschnitt deutlich älter geworden.

Die Kommunalverwaltungen haben im Laufe dieser Entwicklung die Einwohner, oder noch zielgenauer die „jüngeren Einwohner mit Erwerbseinkommen“, als die „strategischen Erfolgsfaktoren“ für die Entwicklung von Stadt und Gemeinde ausgemacht. Angehalten hat das Streben nach einem Haus im Grünen, das im Umland der größeren Städte eher zu realisieren ist. Das freistehende Einfamilienhaus ist weiterhin Bestandteil der „Massensehnsucht“ des privaten Haushalts. Die Entscheidungskriterien „Lage“, „Grundstückspreis“, „landschaftliche Qualität“, „homogene Nachbarschaft“, „kinderfreundliches Umfeld“ werden in den Umlandgemeinden besser erfüllt als in der Stadt.

So wie in der Vergangenheit sind es die einkommensstärkeren Bürgerinnen und Bürger, die in die Umlandgemeinden ziehen. Sie haben häufig neben dem Wohnhaus im Umland eine Zweitwohnung in dem zentralen Ort (Stadt). In den Stadtkernen konzentrieren sich die Menschen mit

folgenden Merkmalen: niedriges Einkommen, hoher Ausländeranteil, Alter über dem ohnehin gestiegenen Durchschnitt. „Suburbanisierung“ bei „sozialer Segregation“ hat man dieses Phänomen schon früher genannt. Diese Trends halten an. Die Möglichkeiten der Städte, dagegen vorzugehen, scheiterten vor allem an dem Konflikt zwischen der Forderung nach verdichtetem Bauen in der Stadt und dem Wunsch der Menschen nach einem Ein- oder Zweifamilienhaus.

2. Ausbeutung der Großen durch die Kleinen

Einher geht das mit den schon früher beobachteten gewaltigen Einnahmen- und Ausgabenverlagerungen zwischen den Zentren (großen Städten) und den Umlandgemeinden. Der Einkommensteueranteil der Kommunen ist bei den kleinen Gemeinden schon seit den 90-er Jahren die wichtigste Einnahmenquelle, die Bedeutung dieser Einnahmenart ist auch in den Städten gegenüber der Gewerbesteuer gestiegen. Die Einkommensteuer fällt weiterhin nicht jenem Ort zu, wo sie erwirtschaftet wurde (Arbeitsort), sondern dem Wohnort. Mit den Einwohnern verlagert sich somit auch deren Einkommensteuergeld von den Städten hin zu den Umlandgemeinden.

Neben der Einkommensteuer fehlt den Städten auch das Gebührengeld (für Wasser, Abwasser, Müll, Kindergarten usw.), das nun in den neuen Wohnorten anfällt. Während in den Städten wegen des starken Einwohnerschwundes Infrastrukturkapazitäten ungenutzt sind, können viele Umlandgemeinden den allgemeinen Einwohnerverlust durch die oben beschriebenen Wanderungsgewinne auffangen und somit auch die Auslastung ihrer Infrastruktur aufrecht erhalten.

Der Wettbewerb der Kommunen um die Kundengruppe „Einwohner“ wird deshalb auch mit den Auslastungsargumenten begründet. Der Einwohnerrückgang machte sich zuerst bei den Kindergärten bemerkbar. Hier war es notwendig, so zu planen und zu bauen, dass die Gebäude, aber auch das Personal später für andere Zwecke eingesetzt werden konnten, z.B. im Bereich der Altenpflege. Den nicht ausgelasteten Kindergärten folgten Überkapazitäten bei den Grund- und Hauptschulen sowie in den - von den Ländern unterhaltenen - Universitäten.

Das Beschaffen von Unternehmenssteuergeld durch die Verwaltungen ist noch schwieriger geworden. Die „Globalisierung“ ist in den letzten Jahrzehnten fortgeschritten. Weltweit haben sich große „Antiglobalisierungsgruppen“ gebildet. Doch das Bemühen, die Globalisierung politisch zu steuern, ist weitgehend wirkungslos geblieben. Immer mehr Unternehmen - auch kleinere - sind „global player“ geworden, die sich dem staatlichen Zugriff und insbesondere dem Steuerzugriff entziehen können. Schon das wirkt sich negativ auf das Steueraufkommen aus Unternehmensgewinnen aus. Hinzugekommen ist ein schärferer Wettbewerb (Wettlauf) von Nationalstaaten und Kommunalverwaltungen um niedrige Unternehmenssteuersätze.

Neben den eigenen Steuern finanzieren die Kommunen bekanntlich ihre Ausgaben mit Landesgeld. Das meiste dieser Mittel wird den Kommunen „pro Einwohner“ zugewiesen (Schlüsselzuweisungen). Auch die Schlüsselzuweisungen fließen mit den Wanderungen von der Stadt in das Umland. Dort wo die Stadt-Land-Wanderung (Suburbanisierung) stark ausgeprägt ist, verliert allerdings nicht nur die Stadt, sondern die Region insgesamt an Schlüsselzuweisungen. Denn weiterhin werden die Landesgelder an die Gemeinden (Schlüsselzuweisungen) so verteilt, dass dem „Städter“ ein höherer Bedarf an öffentlichen Ausgaben zugestanden wird als dem „Dörfler“. Wenn nun Städter zu Dorfbewohnern werden, sinkt der nach dem Finanzausgleich unterstellte Ausgabenbedarf der Einwohner. Es fließt dann weniger Landesgeld in die Gemeinden der Region.

„Suburbanisierung“ mit der „sozialen Segregation“ ist ein bundesweites Phänomen. In der Region mit der gescheiterten Gebietsreform tritt es aber in besonders scharfer Form hervor. Die Stadt Gießen, mit den zu engen Stadtgrenzen, erfüllte in Mittelhessen „Zentralitätsaufgaben“ (Versorgungsaufgaben für die Umlandbürger), wie es anderswo kreisfreie Städte (mit mehr als 100.000 Einwohnern) tun. Oder anders formuliert, der Anteil des städtischen Haushalts, der für Zentralitätsausgaben verwendet wurde, war in Gießen deutlich höher als in vergleichbar großen Städten und manchmal auch höher als in größeren Städten. Die Haushaltsnöte der zentralen Orte (Gießen und auch Wetzlar) sind somit unter anderem durch die „Ausbeutung der großen Stadt durch die kleinen Umlandgemeinden“ entstanden. Aus städtischer Sicht ergab sich somit ein besonders starker Handlungsdruck, das bestehende Angebotsniveau von kommunalen Produkten „für den Raum“ durch Kooperationen im Raum zu erhalten.

Die zentralen Orte bauten vor dem Hintergrund, dass Ihre Leistungsangebote von den Umlandbürgern genutzt wurden, ohne dass diese an der Finanzierung zu beteiligen waren, folgende Drohkulisse auf:

1. Die städtischen Dienstleistungen (Theater, Hallenbad, Personennahverkehr usw.) könnten privatisiert werden. Die Nutzer, natürlich auch die aus dem Umland, zahlten dann deutlich mehr.
2. Die Städte könnten ihre Dienstleistungen nur noch für weitgehend kostendeckende Gebühren anbieten. Die Folge für die Umlandbürger wäre ähnlich wie bei Punkt 1.
3. Die Stadt bemüht sich darum, dass die Aufgabe „hochgezohnt“ wird, so könnte z.B. aus dem städtischen Theater ein Staatstheater werden. Allen davon Betroffenen – auch den Umlandbürgern – war klar, dass dabei kommunale Selbstverwaltung verloren geht.
4. Die Stadt fordert von der übergeordneten Ebene (Land) eine Zufinanzierung (Subvention). Das ist die nahe liegende Konsequenz bei kommunalen Aufgaben, die weit über das eigene Stadtgebiet nachgefragt werden. Auch mit diesem „goldenen Zügel“ des Landes geht kommunale Selbstverwaltung verloren.

Mit diesem Argumentationsmuster konnten die zentralen Orte ihre Umlandgemeinden zu „zwischenkommunalen Kooperationen“ dort bewegen, wo im alternativen Fall Nachteile für die Umlandbürger entstanden wären. Es kam zu Projektorganisationen, an denen die am Projektthema interessierten Verwaltungen beteiligt sind. Statt des Projektes sind es aber auch in der Region tätige GmbHs, AGs, eingetragene Vereine, kommunale Arbeitsgemeinschaften, Zweckverbände, Planungsverbände und anderes. Die Formen der Kooperation sind vielfältig.

3. Schärferer Wettbewerb auch bei kommunalen Angeboten

Der Wettbewerb der öffentlichen Anbieter von Wasser, Abwasserentsorgungsleistungen, Gas, Strom und Verkehrsleistungen ist schon vor einigen Jahrzehnten gewachsen. Bewirkt hat das ganz wesentlich die EU. Sie sorgte für eine Marktliberalisierung bei den oben genannten Leistungen. Die EU hat auch ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die öffentlichen Banken (Sparkassen, Landesbanken) in Frage gestellt wurden. Viele von ihnen wurden in der Zeit von 2010 bis 2020 privatisiert (Aktiengesellschaften), was zu einer gewissen Entschuldung bei Städten und Landkreisen beigetragen hat.

Inzwischen haben sich solche Wettbewerbstendenzen aber auch auf die eher sozialpolitischen Leistungen ausgedehnt. Heute ist es z.B. üblich, dass eine finnische Firma einen Kindergarten in der Stadt A baut und dabei Wettbewerbsgleichheit gegenüber den öffentlichen Kindergartenplätzen fordert. Gelöst wird das Problem mit einer Subvention der privat errichteten Kindergartenplätze, die in etwa der Subvention der städtischen Plätze entspricht. Insgesamt wurde der riesige sozialpolitische Markt „entdeckt“ und für einen EU-weiten Wettbewerb geöffnet.

4. Statt mit der Kameralistik, rechnet die Verwaltung mit der „Doppik“ und mit der „Kosten-/Leistungsrechnung“

Die Erkenntnis, dass man mit einer Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen (kameralistischer Haushaltsplan) nicht wirtschaftlich fundiert steuern kann, war schon in der Zeit von 1990 bis 2000 sehr verbreitet. Sie hat dann von 2005 bis 2015 dazu geführt, dass die Kameralistik völlig abgeschafft wurde. Vorreiter war die Landesverwaltung in Hessen. Die anderen Länder haben nachgezogen und sie haben ihren Gemeinden auch die Einführung der doppelten Buchführung mit der Kosten- und Leistungsrechnung zur Pflicht gemacht. In der Zeit von 2000 bis 2015 gab es auf der kommunalen Ebene die Möglichkeit, zwischen den beiden Rechnungssystemen zu wählen. Die einen rechneten kameralistisch und die anderen kaufmännisch. Diese Zweigleisigkeit hatte Vergleiche sehr erschwert. Heute gibt es nur noch ein System (kaufmännische Buchführung, Doppik).

Das Zuordnen von Abschreibungen, Kapitalbindungskosten und Rückstellungen (z.B. beim Personal die Pensionsrückstellungen) hat in Politik und Verwaltung einiges Erstaunen über die tatsächlichen Kosten der Verwaltungsprodukte ausgelöst. Das Verschieben von Lasten in die Zukunft hat nachgelassen. Das Verständnis dafür, dass die Generation der Nutzer von Verwaltungsleistungen auch die Kosten dafür tragen muss, ist gewachsen. Es hat sich gezeigt, dass die Anwendung elementarer BWL-Werkzeuge die Nachhaltigkeit (Generationengerechtigkeit) des Verwaltungshandelns verbessert. Die Forderung, nachhaltig zu leben, ist weltweit in den verschiedensten Politikbereichen (Umwelt, Sozialversicherungen usw.) zum führenden Handlungsmotiv geworden.

Die Suche nach Möglichkeiten zur Kostensenkung wurde durch die flächendeckende Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung deutlich verstärkt. Das Erledigen von öffentlichen Aufgaben durch Kooperationen von Verwaltungen ist dadurch noch stärker ins Blickfeld gerückt. Auch in der Öffentlichkeit wird deutlicher darauf hingewiesen, dass die öffentlichen Aufgaben mit geringerem Steuergeldeinsatz erbracht werden können, wenn Verwaltungen die Leistungen gemeinsam erledigen. Es hat sich aber auch gezeigt, dass die Kosteninformation noch nicht alles ist. Hinzukommen musste folgender „Leidensdruck“: In den Behörden rechnet man damit, dass wegen des Verfehlens von Wirtschaftlichkeit, die Aufgaben von der eigenen zur anderen öffentlichen Verwaltung verlagert werden oder gar privatisiert werden können.

5. Die Verwaltung wird über (strategische und operative) Ziele gesteuert, Kennzahlen zeigen das Erreichen der Ziele

Die Verwaltung formuliert z.B. das folgende strategische Ziel: „Wir wollen uns in der Region als ein nachhaltig wirtschaftendes Dienstleistungsunternehmen aufstellen.“ Nachhaltiges Wirtschaften wiederum verlangt das Erhalten des Vermögens (für die nächste Generation, „Generationengerechtigkeit“). Im operativen Bereich resultiert deshalb daraus das Beschäftigen mit dem Vermögen und die Beobachtung der Vermögensentwicklung, z.B. durch den Ersatz des kameralistischen Rechnungswesens mit der doppelten Buchführung (Vermögensdarstellung). Die strategischen Ziele, die evt. in sog. „Leitbildern“ vorliegen, werden nach unten „herunter gebrochen“. In den einzelnen Organisationseinheiten der Verwaltung gibt es eigene Zielsysteme, die aus dem Zielsystem der Gesamtverwaltung abgeleitet sind. Diese Ziele in den Organisationseinheiten sind gut messbar formuliert, z.B.: Wir wollen die durchschnittliche Verweildauer in der Sozialhilfe von heute 1,5 Jahren bis Ende des nächsten Jahres auf 1,3 Jahre senken.“ Eine Vielzahl von Kennzahlen zeigt, ob die Ziele erreicht werden. Je nach Adressat können natürlich mehrere Kennzahlen zu einer komprimiert werden. Das Behaupten der Region im EU-weiten Wettbewerb rückt als strategisches Ziel der öffentlichen Verwaltungen in den Vordergrund.

Für den Controller der öffentlichen Verwaltung ist es inzwischen eine Selbstverständlichkeit, dass Bemühungen um „Wirtschaftlichkeit“, gemessen an Menge, Qualität und Kosten der Produkte, ergänzt werden muss um die Zielperspektive „Kundenorientierung“, „Mitarbeiterorientierung“ und häufig noch der „Prozessoptimierung“. Diese Zielperspektiven gelten als gleichwertig. Das heißt, man achtet darauf, dass Wirtschaftlichkeit, Kundenorientierung und Mitarbeiterorientierung gleichermaßen („ausbalanciert“) erreicht werden. Man ist überzeugt davon, dass die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung letztlich nur über zufriedene Kunden und motivierte Mitarbeiter gewährleistet werden kann. Die Mitarbeiter haben in der Vergangenheit viele strukturelle Veränderungen der öffentlichen Verwaltung erfahren und sie wissen, dass sie ihren aktuellen Arbeitsplatz erhalten können, wenn sie besser sind als andere Verwaltungen bzw. private Anbieter. Betriebsbedingte Kündigungen wurden in der Zeit von 2000 bis 2010 nur selten in der öffentlichen Verwaltung ausgesprochen; sie sind inzwischen üblich.

Für das Steuern über Ziele hat sich der unschöne Begriff „Kontraktmanagement“ etabliert. Kontrakte gibt es zwischen Politik (z.B. Stadtverordnetenversammlung) und Verwaltung. Die Politik sucht sich aus einem Katalog von Verwaltungsdienstleistungen (Produkten) jene aus, mit denen die strategischen Ziele der Politik am ehesten erreicht werden können und beauftragt die Verwaltung damit, diese Produkte anzubieten. In diesem Katalog ist natürlich auch immer der Preis (Kosten) des Produktes aufgeführt. Innerhalb der Verwaltung wird ebenfalls über Ziele gesteuert. Es gibt Zielvereinbarungen zwischen der Verwaltungsspitze und den Leitern der Organisationseinheiten sowie zwischen den Leitern der Organisationseinheiten und den Mitarbeitern.

Ein wichtiges Instrument hierbei ist das „Mitarbeitergespräch“, das nach eher holpriger Einführungsphase nun eine feste Steuerungsmethode in den öffentlichen Verwaltungen ist. Das Mitarbeitergespräch wird mindestens einmal im Jahr durchgeführt. In ihm werden neben den Fragen zum Klima am Arbeitsplatz (z.B. Beziehung zwischen Kollegen, Beziehung zum Vorgesetzten) folgende Dinge „vereinbart“: Menge und Qualität der zu erbringenden Produkte sowie die zu erwartenden Kosten, die als Budget zur Verfügung gestellt werden.

Es handelt sich – wie oben erwähnt – um „Vereinbarungen“, das heißt, die für die Produkte verantwortlichen Mitarbeiter akzeptieren die vereinbarten Größen (Menge, Qualität, Budget). Sie werden ihnen nicht von oben „übergestülpt“ (diktiert).

6. An die Stelle der Haushaltspläne treten die „Produkthaushalte“

Die Entscheider (Politik, Parlamente) streben die Zielerreichung durch das Auswählen von Produkten an. Es werden Produktpläne vorgelegt, die

dünnere sind als die Haushaltspläne, die noch bis zum Jahr 2010 vorgelegt wurden. In dem Produktplan ist jedes Produkt auf 1 - 2 Seiten dargestellt. Man findet die mit dem Produkt verfolgten strategischen Ziele, die operativen Ziele und natürlich den Preis (die Kosten) des Produktes. Für die operativen Ziele sind eine Vielzahl von Kennzahlen ausgewiesen, die sich auf die Mengen- und die Qualitätsdimension der Produkte beziehen. Es war etwas mühsam, aussagekräftige Kennzahlen zur Qualität der Produkte zu finden. Das Problem ist aber inzwischen gelöst. Außerdem sind natürlich Kosten- und Leistungsdaten sowie die Budgets aufgeführt. Die Produkte sind zu „Produktgruppen“ und diese wiederum zu „Produktbereichen“ zusammengefasst.

In den Verwaltungen bemüht man sich darum, die Entscheider dazu zu bringen, sich weniger mit den Verwaltungsdetails zu beschäftigen und mehr über die strategischen Ziele der Organisation nachzudenken. Man verzichtet ganz bewusst darauf, kleinteilige Vorlagen zu erstellen, z.B. geringe Euro-Beträge auszuweisen. Und immer wieder werden Kennzahlen vorgelegt, mit denen man das Erreichen der operativen Ziele messen kann und die eingebettet sind in die strategischen Ziele der Verwaltung. Die lange gehegte Vorstellung allerdings, dass die Politik generell nur über das „Was?“ entscheidet und es der Verwaltung überlässt, das „Wie?“ zu klären, hat sich nicht bewahrt. Die Politik greift weiterhin „im Detail“ ein (Sie entscheidet über das „Wie?“ der Aufgabenerfüllung, Interventionismus), allerdings nicht mehr so stark wie früher. Die Produktpläne sind das entscheidende Steuerungsinstrument der Städte und Gemeinden geworden.

Innerhalb der Kommunen musste das Problem gelöst werden, dass man mit der Produktbeschreibung in der vorhandenen Organisationseinheit (früher war das ein Amt) beginnt, dass dann aber deutlich wurde, dass an der Produkterstellung andere Organisationseinheiten auch beteiligt sind, so dass man die Produkte „ämterübergreifend“ beschreiben musste. Es war also notwendig, Organisationsformen zu finden, die über die bestehende Linienorganisation hinaus gingen und in denen mehrere Verwaltungseinheiten vertreten waren. Dafür wurde immer stärker das Projektmanagement eingesetzt.

In der Folge wurde weiterhin immer deutlicher, dass viele Verwaltungsprodukte nicht nur auf die Gebietsgrenzen einer Gemeinde oder Stadt, sondern auf die Region bezogen sind. Es wurde als notwendig empfunden, dass am Erstellungsprozess vieler Produkte mehrere Gebietskörperschaften (Gemeinden, Städte, Landesverwaltungen) zu beteiligen sind. Das ganzheitliche Produkt aber wird als eine in der Region zu erfüllende Aufgabe interpretiert, für das dann geeigneten Organisationsformen zu finden waren. Das galt besonders für folgende kommunalpolitischen Aufgaben: Flächenmanagement, Beschaffungswesen, Ver- und Entsorgung, Personennahverkehr, Kultur, Wohnungspolitik, Sozialpolitik, Tourismus. Auch hierfür nutzte man im Einstieg die Organisationsform des Projektes (mit Projektmanagement). Diese Projekte erfuhren im Laufe der Zeit eine institutionelle Verfestigung (Verträge, Zweckverbände, GmbHs u.a.).

Auch der Kunde der öffentlichen Verwaltung erwartet eine auf die Region bezogene ganzheitliche Aufgabenerfüllung. Wenn der Einwohner von Norddeutschland nach Mittelhessen zieht, hat er Interessen bezogen auf den zukünftigen Wohnort, auf den Arbeitsort, auf die Freizeitorte usw.. Eine traditionelle Gemeinde- oder Stadtverwaltung konnte diesen „Lebenssachverhalt“ des Bürgers nicht ganzheitlich bearbeiten. Das gilt erst Recht für die potentiellen Investoren, die ansiedlungs- oder erweiterungswilligen Betriebe. Sie erwarten eine „one stop agency“ mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben „in einer Hand“. Die Verwaltung entspricht diesen Kundenwünschen mit Kooperationen.

7. Es werden Produkt-Budgets auf der Grundlage der Kosten (bzw. der Sollkosten) festgelegt.

Früher war es so, dass die Fachverantwortung und die Mittelverantwortung getrennt waren. Lange Wartezeiten in der Kfz-Zulassungsstelle wurden vom „Amtsleiter“ (das war der damals verwendete Name für die Leiter kleinerer Organisationseinheiten) damit begründet, dass er schon immer mehr Personal, mehr Sachmittel, mehr Räume und eine bessere technische Unterstützung von den Querschnittsämtern verlangt habe, er habe das aber nie bekommen. Unter diesen Umständen könnte er kein kundenorientiertes Produkt anbieten. Man kritisierte dieses Phänomen damals mit der häufig zitierten Formulierung: „Die öffentliche Verwaltung, das System der organisierten Unverantwortlichkeit“. Wenn in den Organisationseinheiten die Dinge nicht so funktionierten, konnten die Fachverantwortlichen immer auf diejenigen verweisen, die für die Mittelverwendung verantwortlich waren und umgekehrt. Verantwortungsdefizite zeigten sich überall in der öffentlichen Verwaltung.

Mit der Budgetierung nun sind Fach- und Mittelverantwortung verknüpft. Im Rahmen von Zielvereinbarungen (Kontrakten) hat man sich auf das Erstellen von Produkten in einer bestimmten Menge und in einer vorgegebenen Qualität verständigt. In den Verwaltungen entwickelt man eine

Vorstellung von den Sollkosten für diese Produkte. Die Sollkosten leitet man ab aus den Kosten der Vergangenheit und den Kosten in vergleichbaren Verwaltungen.

Üblich ist das Einrichten von „Budgetkreisen“. Das Geld kann von der Verwaltung für den Zweck A aber auch für den Zweck B verwendet werden. Es kann in diesem Jahr ausgegeben werden oder im nächsten. Die „Deckungsfähigkeit“ und die „Übertragbarkeit“ der Mittel wurden im Haushaltsrecht wesentlich erweitert. Daraus ergab sich allerdings die Notwendigkeit von neuartigen Berichten der Verwaltung an die Entscheider (Politik bzw. Verwaltungsspitze); denn mit der Budgetierung wurden die Entscheidungsspielräume der Verwaltung wesentlich erweitert, gleichzeitig müssen aber die Verwaltungsführung bzw. die Kontrollorgane der Verwaltungen weiterhin die politische Verantwortung übernehmen. Das setzt voraus, dass sie unterjährig über das Erreichen der vorgegebenen Ziele informiert und mit Eingriffsmöglichkeiten bei Planabweichungen ausgestattet werden.

Um die oft beklagte „Fortschreibungsmentalität“ im öffentlichen Haushaltsaufstellungsprozess abzubauen, werden Ausgabeentscheidungen (z.B. in Form von Satzungen) generell befristet. Es wurde als großer Mangel der traditionellen Haushaltsaufstellung empfunden, dass einmal bestehende Ausgabenstrukturen geradezu „zementiert“ waren. Das, was einmal war, blieb so. Der Satzungsgeber muss nun nach Ablauf der Frist neu und grundlegend über den Sinn der Regel nachdenken. Die Verwaltung beklagt die mangelnde Kalkulierbarkeit von Ausgabenansätzen. Aber inzwischen hat sie sich darauf eingestellt, dass sie die Mittelanmeldungen grundlegend neu begründen muss. Die Ausgabenstrukturen sind dadurch flexibler geworden. Größere Mittelverlagerungen von dem einen Aufgabenbereich zum anderen kommen nun häufiger vor.

Mit der Budgetierung ist ein Anreiz- und Sanktionsmechanismus verbunden. Soweit die verabredeten Ziele in den Organisationseinheiten erreicht wurden, ohne das Budget vollständig auszuschöpfen, können bis zu 80 % der verbleibenden Mittel in diesen Organisationseinheiten verbleiben. Umgekehrt werden Budgetüberschreitungen als Defizit ins nächste Jahr „mitgenommen“. Bei Wiederholungen sind dienstrechtliche Eingriffe zu erwarten.

8. Der Kooperationsdruck ist gestiegen

In der Vergangenheit waren die Einstellungen von privaten Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen gegenüber den Themen Fusionen oder Kooperationen sehr unterschiedlich. Private Unternehmen waren und sind oft gezwungen, Kooperationen bzw. sogar Fusionen mit anderen Unternehmen einzugehen, weil sie so am Markt bestehen können. Es gibt somit das durch den Marktmechanismus ausgelöste Interesse, die Kosten pro Produkteinheit zu senken, weil man mit größeren Stückzahlen kostengünstiger produzieren und damit auch zu niedrigeren Preisen anbieten kann. Der Markt- und Kostendruck ist häufig ein „existentieller“. Nur so kann das Überleben gesichert werden. Er bewirkt das Bemühen um solche Zusammenschlüsse.

Ähnliches zeigte sich in den vergangenen Jahrzehnten bei den öffentlichen Betrieben. So kam es in der Vergangenheit öfter zu Fusionen von (damals noch öffentlichen) Sparkassen, und zwar untereinander, aber auch mit privaten Banken, vor allem mit den Genossenschaftsbanken. Die rechtlichen Hindernisse, die in der Zeit von 2000 bis 2005 beschrieben wurden, konnte man überwinden. Die in den Verwaltungsräten der Sparkassen vertretenen Kommunalpolitiker konnten am Beispiel des Bankensektor erkennen, welche beträchtlichen Synergie- und Einsparpotentiale durch Kooperationen mobilisiert werden können. Es war relativ leicht, lange Listen mit kommunalen Aufgaben zu erstellen, wo Kooperationen zwischen den Verwaltungen zu einem besseren Leistungs-Kosten-Verhältnis beitragen. Fusionen und Kooperationen gab es auch bei den Krankenkassen.

Das Veränderungsraster in den oben genannten Bereichen war durch folgende Schritte gekennzeichnet: 1. Es entstand erstmals Wettbewerb oder der bestehende Wettbewerb wurde schärfer. 2. Dieser Wettbewerb schuf einen existentiellen Druck (Gefahr des Arbeitsplatzverlustes). 3. Arbeitnehmer und Arbeitgeber akzeptierten deshalb weitreichende Veränderungen, eben weil der Leidensdruck so groß war. 4. Diese Änderungen waren häufig Fusionen - wie erwähnt - nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im öffentlichen Bereich („public mergers“).

Das Interesse der kommunalen Verwaltung, die Eigenständigkeit aufzugeben und mit anderen Verwaltungen zusammen die öffentlichen Aufgaben zu erledigen, war in der Vergangenheit außergewöhnlich schwach ausgeprägt. Die Landkreise z.B. haben die von ihnen zu zahlende Sozialhilfe oft mit Hilfe des Überziehens ihres Girokontos finanziert (Kassenkredite). Vergleichbar war das einer Situation, bei dem der private Haushalt „Essen und Trinken“ mit Krediten bezahlen will. Versucht der private Haushalt das, so wird ihm spätestens der Bankangestellte

mitteilen, dass er dafür keinen Kredit bekommt; er weist dann zusätzlich darauf hin, dass für seine Notlage nicht die Bank, sondern das Sozialamt zuständig ist. Der notleidende Landkreis aber bekam von derselben Bank Kredite in jeder beliebigen Höhe und zwar zu besonders guten Konditionen, weil der Landkreis eine – aus Sicht der Bank – „erste Adresse“ war.

Das in der Marktwirtschaft übliche Regulativ funktionierte also bei öffentlichen Verwaltungen nicht. Das galt bekanntlich nicht nur für Städte, Gemeinden und Landkreise, sondern auch für die Bundesländer. Es gab eine Vielzahl von Beispielen dafür, dass der Zuschnitt von Gebietskörperschaften so eng gewählt wurde, dass sie aus finanzieller Sicht keine Überlebenschance hatten. Ständig und regelmäßig mussten sie konsumtive Ausgaben mit Krediten finanzieren. Sie belasteten also die zukünftige Steuerzahlergeneration mit dem Verbrauch der Gegenwart. Forderungen oder gar Druck, diese finanzielle und auch gesellschaftspolitische Misere dadurch zu beheben, dass sie die öffentlichen Aufgaben zusammen mit anderen Verwaltungen deutlich kostengünstiger erledigen, gab es so gut wie nicht. Im Gegenteil, schon der Hinweis darauf, man könnte ja `mal eine Bürgerabstimmung darüber herbeiführen, ob es zu Eingemeindungen oder Länderfusionen kommen sollte, war für viele der politischen Akteure abschreckend. Das Thema wäre zwar finanzpolitisch geboten gewesen, da es aber nicht wählerstimmenerhöhend war, kam es gar nicht erst auf die Tagesordnung. Es war für die Entscheider somit individuell nicht rational, das zu tun, was gesamtwirtschaftlich rational gewesen wäre.

Es stellte sich also die Frage, was zu ändern wäre, damit die Entscheidungsträger bei der Frage, in welchen Organisationsformen die öffentlichen Aufgaben zu erfüllen sind, stärker die Steuerzahlerinteressen berücksichtigten. Die um die zentralen Orte liegenden Umlandgemeinden („Speckgürtel“, „reiche Halskrause“) profitierten von dem Suburbanisierungstrend bei „Nichtstun“. Es gab dort kein individuelles Interesse daran, das zu tun, was im Interesse der Region gewesen wäre. Die kleinen Gemeinden profitierten von den Angeboten der großen Städte, ohne an der Finanzierung beteiligt zu werden (Ausbeutung der Großen durch die Kleinen). Das Dilemma des kommunalen Finanzausgleichs (Aufgaben und Einnahmenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften) besteht gerade darin, dass der Vorteil der einen Kommune als ein Nachteil der anderen empfunden wird (Nullsummenspiel). Kooperationen scheiterten somit (in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur bekannt unter dem Namen „Gefangenendilemma“, siehe auch das Bild unten).

Gerade wegen dieser Interessendiskrepanz kam es in den letzten Jahrzehnten auch nicht zu größeren Eingemeindungen (von Gemeinden in die größeren Städte). Es wurden zwar immer `mal wieder territoriale Veränderungen des Gebietszuschnitts von Städten und Gemeinden diskutiert, sie konnten aber nicht umgesetzt werden. Ein starrer Gebietzuschnitt hätte auch den Anforderungen der unterschiedlichen Aufgaben nicht entsprochen. Die richtige regionale Abgrenzung ist bei der Aufgabe Wirtschaftsförderung eine andere als z.B. bei den Angeboten in den Bereichen Jugendhilfe, Altenpflege, Verkehr. Die reichen Umlandgemeinden blieben somit selbständig. Auch das oft diskutierte Aufgehen von 4 - 5 Landkreisen und dem zugehörigen Regierungspräsidium (in Hessen) in sog. Regionalkreise gelang nicht.

9. Ergebnis

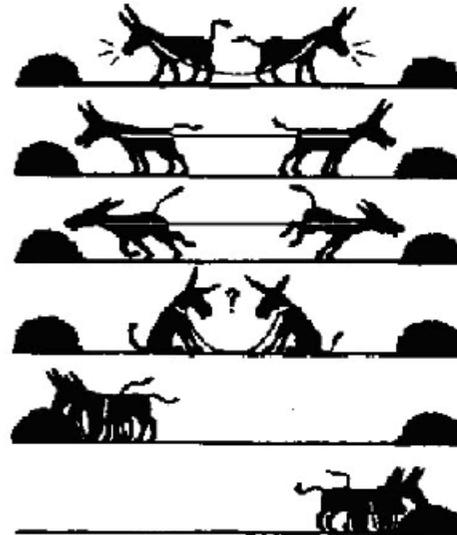
Die Notwendigkeit der öffentlichen Verwaltung, sich ökonomisch rational zu verhalten, ist durch die oben aufgezeigten Veränderungen deutlich gewachsen:

1. Die Kommunen stehen im harten Wettbewerb im Kampf um die (jungen) Einwohner und natürlich weiterhin um Gewerbetreibende.
2. Dem „finanziellen Ausbluten“ der zentralen Orte wirken vor allem jene Finanzausgleichsinstrumente entgegen, die von oben (vom Land) initiiert bzw. gesetzt sind. Freiwillige Kooperationen sind selten (Gefangenendilemma).
3. Die EU bewirkt auf neuen kommunalpolitischen „Geschäftsfeldern“ eine gewisse Marktliberalisierung (weg vom öffentlichen Monopol). Das strategische Ziel, sich als Region im EU-weiten Wettbewerb zu behaupten, rückt in den Vordergrund.
4. Die Verwaltungen kennen nun flächendeckend die durch sie bewirkten Kosten (anderes Rechnungswesen).
5. Verwaltungen werden intern und von außen (von der Politik) über (strategische und operative Ziele) gesteuert. Wesentliches Instrument hierfür sind Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung.
6. Sie beschäftigen sich weniger mit dem Ablauf des Verwaltungshandelns und mehr mit dem Ergebnis (Produkthaushalt). Dabei wird

deutlich, dass es Produkte sind, die für die Region angeboten werden müssen.

7. Mit der Budgetierung wird wirtschaftliche Verantwortung auf die unteren Ebenen der Verwaltung verlagert. Auch das verstärkte das Bemühen um ein gutes Verhältnis zwischen Produkt und Kosten (Mittleinsatz).
8. Am stärksten aber bewirkte der wachsende Wettbewerb zwischen den Verwaltungen das Bemühen um ökonomische Rationalität.
9. All diese Veränderungen stärkten ganz wesentlich die Einsicht, dass man die Interessen seiner Kunden (z.B. Einwohner und Gewerbetreibenden) besser dadurch erfüllen kann, dass Verwaltungen Aufgaben gemeinsam erledigen.

Vorteile für beide durch Kooperation:



entnommen aus: D. Lotz, internet: www.heilpaedagogik-lotz.de

Memorandum: Aufgabe und Inhalt eines möglichen Regionalbudgets – von Horst Zimmermann

Aufgabe und Inhalt eines möglichen Regionalbudgets⁴⁶

Horst Zimmermann⁴⁷

Beitrag zum Projekt „Stadt 2030“ – Januar 2003

Das Thema, welche Aufgabe und welche Inhalte das Budget einer Region haben sollte, enthält implizit zwei Fragen. Zum ersten ist klären, ob man eine Region als eigenständigen Entscheidungsträger überhaupt wünscht (Teil 1). Ist dies nicht der Fall, erübrigt sich die Frage nach einem Regionalbudget, sofern man darunter nicht die Zusammenstellung der geringfügigen Verwaltungskosten eines regionalen Planungsverbandes meint. Wenn man diese erste Frage positiv beantwortet hat, kann man sich der Frage zuwenden, wie, abhängig von der jeweiligen Organisationsform, ein Regionalbudget auf der Ausgaben- und auf der Einnahmenseite aussehen könnte (Teile 2 und 3).

1. Ein Entscheidungsträger auf Regionsebene?

Die zunehmende Bedeutung der Region

Regionen erhalten im internationalen Wettbewerb um Standorte und damit um nationales Wachstum eine zunehmende Bedeutung. Es konkurrieren weniger als zuvor Nationalstaaten miteinander, wenngleich es natürlich einen Wettbewerb etwa der nationalen Steuersysteme gibt. Auch Bundesländer wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen sind aus dieser Sicht zu groß. Und Städte und Landkreise sind zu klein⁴⁸. In der Perspektive überregional oder gar international agierender Unternehmen heißt es, insbesondere zunehmend innerhalb der EU: „In welcher Region will ich mich ansiedeln oder will ich expandieren, im Rhein-Main-Gebiet, im Münchner Gebiet oder in der Region Hamburg? Wo innerhalb der Region dann der Standort liegt, mag noch durch den Wettbewerb zwischen der Unterstützung durch Bundesland A versus Bundesland B (in Hamburg oder im Rhein-Main-Gebiet) oder durch die Gemeinde X gegenüber Gemeinde Y im Münchner Umland mitbestimmt sein. Aber die übergeordnete Entscheidung bezieht sich auf die Wahl der Region.

Diese Einschätzung erfährt Unterstützung durch die neuere ökonomische Wachstumstheorie. Sie geht davon aus, dass in einem Hoheinkommensland wie Deutschland die Faktoren Arbeit und Kapital ausreichend vorhanden sind. Daher muss es der sog. dritte Faktor sein,

⁴⁶ Der Inhalt dieses Beitrags profitierte von zahlreichen Diskussionsbeiträgen nach meinem Vortrag in Gießen zum Thema "Zur Zukunft der kommunalen Finanzen" am 5.9.2002. Auch die dortige Veranstaltung fand im Rahmen des "Forschungsschwerpunkts 'Stadt 2030' Gießen - Wetzlar" statt. Der Gießener Vortrag erschien wenig verändert in: Zimmermann, Horst, Zum Für und Wider eines Regionalbudgets, in: Forum Wohneigentum/Zeitschrift für Wohneigentum in der Stadtentwicklung und Immobilienwirtschaft, Nr. 5/2002, S. 236-240.

⁴⁷ Der Verfasser ist Professor Emeritus in der Abteilung für Finanzwissenschaft der Philipps-Universität Marburg, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats bei Bundesministerium der Finanzen und Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover.

⁴⁸ Zum Bezug der vorhandenen Gebietskörperschaftsebenen zur Region siehe Prieb, Axel, Neubau der Region, in: Blanke, Bernhard, u. a., Hrsg., Handbuch der Verwaltungsreform, 2. Aufl., Opladen 2002, S. 134-143.

der darüber entscheidet, ob Deutschland gegenüber den USA, Japan usw. (wieder) weit vorn steht. Diesen Faktor nannte man früher technischen Fortschritt, und zunehmend spricht man statt dessen von Innovation.

Diese Innovation findet ganz überwiegend im Unternehmen statt. Bei der Frage, wo und wie sie am besten gefördert werden kann, spielt die Region eine große Rolle. Es hat sich bald herausgestellt, dass die Entstehung und Nutzung des innovativen Wissens in starkem Maße regional gebunden ist. Für seine Entstehung sind „regionale Innovationsmilieus“ besonders hilfreich, in denen man sich in einem Umkreis von halbstündiger Erreichbarkeit treffen und austauschen kann, in denen spezielle Arbeitsmärkte (Hochtechnologien, IT-Branchen usw.) für das Vorhandensein einer kritischen Masse gleich ausgebildeter und gleich denkender Menschen sorgen, in denen man Finanziers kennenlernen kann, die die Innovation finanzieren usw.⁴⁹

Vieles deutet darauf hin, dass es die modernen Ballungsgebiete sind, in denen sich solche Milieus finden lassen. Wichtig ist dann, dass diese Region in irgendeiner Weise als Region handeln kann, d. h. sie muss Entscheidungsträger sein. Sie selbst muss dafür sorgen, dass das für die Innovation förderliche Umfeld entstehen kann. Sie muss im interregionalen und internationalen Wettbewerb nach innen und außen agieren können. Eine Region muss „ihren Beruf finden“⁵⁰, und dazu muss es sie als solche erst einmal geben.

Der Zuschnitt der so anvisierten Region ist zunächst ökonomisch-funktional bestimmt. So können die Pendelverflechtungen zur vorläufigen Abgrenzung dienen. Dann erst muss man prüfen, wie der so umschriebene Raum durch ein Bündel von Gebietskörperschaften abgebildet werden kann, also durch die Kernstadt, die relevanten Umlandkreise, und dies alles vielleicht sogar gemeinschaftlich. Für eine so abgegrenzte Region, die man sich in einem Verdichtungsraum vorstellen muss, wird im Folgenden der Begriff der Stadtregion benutzt.

Organisationsformen für Regionen

Der Zuschnitt und die innere Ordnung von Stadtregionen scheinen weltweit schlecht gelöst zu sein. Deutschland hat also nicht versäumt, das international anerkannte Modell umzusetzen, sondern dieses gibt es offenbar nicht. Vielmehr werden überall, so auch in Deutschland, Lösungen ausprobiert⁵¹. Für die Organisation einer Region kann man mehrere Grundtypen unterscheiden⁵²:

Am längsten gibt es reine regionale Planungsgemeinschaften, -verbände usw. Ihr hauptsächlichster Output ist ein Regionalplan.

Einen weiteren Grundtyp stellen Stadt-Umland-Verbände dar. Sie haben Durchführungskompetenzen auf ausgewählten Feldern, beispielsweise ÖPNV oder Abfallwirtschaft. Sie sind manchmal von unten und manchmal durch Landesinitiative entstanden.

Neuerdings werden Konzepte für Regionen entwickelt, deren Aufgaben sich stark durch die Fördermittel bestimmen, die zur Finanzierung des Regionsbudgets vorgesehen sind.

Eine ebenfalls neue Entwicklung hat schließlich mit der Region Hannover begonnen⁵³. Hier entstand eine verfasste Region in Form eines neuen

⁴⁹ Zum Überblick über die verschiedenen Denkansätze vgl. etwa Zimmermann, Horst, Ballungstendenzen und gesamtwirtschaftliches Wachstum. Folgerungen aus einem Forschungsseminar, Manuskript, Marburg 2001.

⁵⁰ Giersch, Herbert, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Jürgensen, Harald, Hrsg., Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Andreas Predöhl aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet, Göttingen 1964, S. 386-400, hier S. 399.

⁵¹ Vgl. als Überblick etwa Schmitz, Gottfried, Neue kommunale Organisationsmodelle für Stadtregionen, in: Die Region ist die Stadt, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 206, Hannover 1999, S. 60-72.

⁵² Eine auch für Deutschland interessante Variante stellen die neueren französischen Régions dar. Sie waren Gegenstand des Deutsch-französischen Workshops "Neue Modelle der Regionalisierung?" des "Forschungsschwerpunkts 'Stadt 2030' Gießen - Wetzlar". Zu den Finanzen siehe Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie, Trésor Public, Premiers résultats 2001 des finances locales, Paris Juni 2002, S. 20-24.

⁵³ Zum Überblick vgl. Prieb, Axel, Die Bildung der Region Hannover und ihre Bedeutung für die Zukunft stadtreionaler Organisationsstrukturen, in: Die öffentliche Verwaltung, Jg. 2002, Heft 4, S. 144-151.

2. Mögliche Aufgaben (und Ausgaben) in einem Regionalbudget

Die Aufgaben einer dezentralen Gebietskörperschaft werden in der Theorie des Fiscal federalism nach dem Nutzerkreis definiert. Im Falle eines Regionalbudgets sollte es sich also um Aufgaben handeln, die einen regionalen Nutzerkreis aufweisen. Dieser ist größer als bei einer gemeindlichen und kleiner als bei einer Landesaufgabe. Die möglichen Aufgaben einer Region kann man nach den aufgeführten Grundtypen der Organisation einer Region aufsteigend anordnen:

Bei einer regionalen Planungsgemeinschaft leiten sich die – wenigen – Aufgaben aus den regionsweiten Planungsaufgaben ab. Im Vordergrund steht alles, was mit Flächenfreihaltung zu tun hat. Frido Wagener hat dem Verfasser gegenüber verschiedentlich geäußert, dass dies die vornehmlichste Aufgabe der Regionalplanung sei. Sie steht im übrigen versteckt auch hinter einigen weiteren aufzuführenden Aufgaben. Unter Nachhaltigkeitsaspekten wird der Flächenfreihaltung ebenfalls eine besondere Bedeutung zugemessen⁵⁵, denn sie betrifft ebenso den Langfristcharakter von Nachhaltigkeit als auch die ökologische Komponente der aus ökologischer, ökonomischer und sozialer Komponente zusammengesetzten Nachhaltigkeit⁵⁶. Hinzu tritt zumindest die Planung (nicht Durchführung) der größeren Infrastrukturprojekte.

Mit den Stadt-Umland-Verbänden tritt eine Gruppe von Aufgaben hinzu, die man unter Gestaltung (=Planung, Errichtung und Betrieb) von Infrastruktur zusammenfassen kann. Dies betrifft vor allem die Netzinfrastruktur in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, Energie, Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, soweit sie nicht privatisierbar ist oder kommunal gehandhabt werden könnte. Dabei ist insbesondere zu entscheiden, wo in der Region durch den Verband Großeinrichtungen wie Großkläranlagen, Deponien usw. errichtet und betrieben werden sollen.

Im Budget der Region Hannover sind viele regionsweite Aufgaben zu finden. Außer den für Stadt-Umland-Verbände typischen gehören beispielweise Sonderschulen hierzu, soweit sie vielleicht nur einmal in der Region vorhanden sein müssen. Darüber hinaus ist aber auch die eine oder andere Aufgabe deshalb auf die Region verlagert worden, weil sie bei kommunaler Erfüllung zu interkommunal sehr unterschiedlichen Belastungen geführt hätte. Dies trifft insbesondere auf die Sozialhilfe und die Jugendhilfe zu, die in der Kernstadt Hannover besonders zu Buche geschlagen hatten. Allerdings ist dies dann bedenklich, wenn es nur aus regionalen Verteilungsüberlegungen geschieht und die Aufgabe eigentlich kommunal erfüllt werden kann. Dies ergäbe dann zwar Spielmasse im Prozess der Konsensbildung für die Schaffung einer Region – und das ist kein geringes Argument -, es widerspräche aber dem Subsidiaritätsprinzip.

Sehr speziell ist die Aufgabenzuordnung notwendigerweise dann, wenn Fördermittel im Vordergrund stehen. Hier liegt der eher ungewöhnliche Fall vor, dass von den verfügbaren Einnahmen auf die zu erfüllenden Aufgaben geschlossen wird. Aber wenn diese Vorgehensweise erforderlich ist, um überhaupt eine handlungsfähige Region zu schaffen, so ist das hinnehmbar, zumal sich um einen solchen Nukleus von Aufgaben später, wenn die Region allgemein akzeptiert ist, im Konsens weitere – typische regionsweite – Aufgaben anlagern können.

⁵⁴ In einer fiktiven Bilanz für 2011 erhoffen sich Danielzyk und Priebis „eine Tendenz zur Bildung von Regionalkreisen (nach hannoverschem Muster, H. Z.) in großstädtischen Verdichtungsräumen“ (Danielzyk, Rainer, und Priebis, Axel, Die deutschen Stadtregionen als Politik- und Handlungsebene - eine (fiktive) Bilanz zum Deutschen Geographentag 2011, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 75, Heft 2/3, 2002, S. 343-352, hier S. 346.

⁵⁵ Vgl. zum Überblick: Flächenhaushaltspolitik. Feststellungen und Empfehlungen für eine zukunftsfähige Raum- und Siedlungsentwicklung, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1999. Der Band enthält die Ergebnisse eines von Klaus Borchard geleiteten Arbeitskreises.

⁵⁶ Zur Unterscheidung vgl. Zimmermann, Horst, Nachhaltigkeit im Raum: "Hart stoßen sich die Sachen", in: Nachhaltige Raumentwicklung - mehr als eine Worthülse?, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 2003, im Druck.

3. Einnahmen eines Regionalbudgets

Die Zuordnung von Einnahmen muss dem Gewicht der Ausgaben entsprechen, die auf Basis der zugeordneten Aufgaben entstehen. Die Regionalbudgets werden also ein stark unterschiedliches Gewicht aufweisen, je nachdem welcher Grundtyp an Organisation gewählt wird. Hier werden die ersten beiden Grundtypen nicht behandelt, denn der erste Typ, die regionale Planungsgemeinschaft, verursacht nur vernachlässigbare Ausgaben, und der zweite Typ, der Stadt-Umland-Verband, ist so unterschiedlich gestaltbar, dass kaum eine Generalisierung sinnvoll ist. Zu erwarten ist lediglich, dass die Finanzierung in den genannten Fällen im Wesentlichen aus Umlagen erfolgen wird. Anders ist dies für die beiden verbleibenden Grundtypen.

3.1. Finanzierung eines Regionalbudgets aus Fördermitteln

Die Schwierigkeiten, die sich einer Finanzierungsquelle mit hohem Autonomiegrad, die aus der kommunalen Finanzmasse entstammt (s. unten 3.2), entgegenstellen, legen es nahe, nach kleineren Lösungen zu suchen, die aber zugleich den Autonomiegrad einigermaßen hoch halten. Gebündelte Fördermittel, auch wenn sie aus zahlreichen Quellen zusammengeführt werden, bilden eine deutlich kleinere Finanzmasse, im Vergleich zum nachfolgenden Modell.

Die Liste der denkbaren Fördermittel ist lang, und nur beispielhaft seien die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und komplementäre EU-Mittel genannt. Doch gehören in die Liste auch die vom jeweiligen Bundesland gewährten Mittel etwa für die Wohnungspolitik, die Infrastrukturmaßnahmen usw.

Als Basis für ein Regionsbudget ergäbe dies eine vergleichsweise schwache Region. Auch ist die Hebelwirkung für eine spätere Stärkung nicht unbedingt sehr hoch einzuschätzen, und zwar aus zwei Gründen. Beide haben damit zu tun, dass es sich um Mittel „von oben“ handelt, im Gegensatz zum nachfolgenden Modell, wo die Mittel von unten, also von den Beteiligten, kommen. Zum einen werden die abgebenden Stellen ungern auf die bisherige Macht verzichten und versuchen, weiterhin Einfluss auf die Art der Mittelvergabe durch die Region zu nehmen. Das schwächt die Autonomie und die Handlungsfähigkeit nach außen. Zum anderen ist zu fragen, ob eine solche von oben finanzierte Region von unten, also aus der Region heraus, akzeptiert wird. Das aber ist unbedingte Voraussetzung dafür, dass eine Region eigenständig handelt und „ihren Beruf“ findet.

Richtig ist an dem Gedanken, ein Regionalbudget vor allem aus Fördermitteln zu finanzieren, dass es sich bei den so geförderten Aufgaben weitgehend um die genannten regionalen öffentlichen Güter handelt. Ihr Nutzenkreis geht über die Grenze der kreisfreien Stadt, des Landkreises usw. eindeutig hinaus. Insofern ergibt sich auf der Ausgabenseite ein, wenngleich kleines, Sortiment „richtiger“ Aufgaben für eine solche Gebietskörperschaft⁵⁷.

Ein Regionalbudget aus Fördermitteln setzt andererseits besondere Bemühungen um Konsens auf der neuen Ebene voraus. Um leistungsfähig zu werden, muss man sich einig sein. Und dazu gehört beispielsweise, dass der Oberbürgermeister der Kernstadt „auf gleicher Augenhöhe“ mit dem Bürgermeister einer Umlandgemeinde verhandelt. Das ist bei einem Budget aus Fördermitteln, bei dem man von oben Kommendes seinerseits von oben weiter reicht, nicht so leicht einzuüben, als wenn eine Region von unten her entstanden ist.

Dennoch sollte man eine Chance, eine Region auf der Basis von Fördermitteln entstehen zu lassen, dann nicht ungenutzt verstreichen lassen, wenn sich die andere, auf Kommunalfinanzien basierende Lösung auf absehbare Zeit nicht realisieren lässt. Wichtig ist, dass Regionen in Stadtregionen überhaupt zustande kommen, und der Weg dahin ist dann eher zweitrangig.

⁵⁷ Zur ökonomischen Sicht der Zuordnung von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen auf Ebenen von Gebietskörperschaften vgl. Zimmermann, Horst, Kommunalfinanzien, München 1999.

3.2. Finanzierung eines Regionalbudgets aus den Kommunal финанzen

Ein gewichtiges Regionalbudget muss seine – dann beträchtliche – Finanzmasse aus dem Kuchen der gegebenen Kommunal финанzen herausschneiden. Dann ist es allerdings sinnvoll, sich zuerst vor Augen zu halten, wie es um diese kommunalen Finanzen, aus denen ein Regionalbudget finanziert werden soll, derzeit steht und welche größeren lösungsbedürftigen Probleme dort anstehen. Derzeit ist die kommunale Ebene als Ganze, also kreisfreie Städte und die Landkreise einschließlich ihrer kreisangehörigen Gemeinden, finanziell wohl nicht deutlich schlechter gestellt als Bund und Land⁵⁸. Andernfalls hätte man nämlich eine sich ergebende Aufstockung gleich auf die Regionsebene leiten können, was sehr viel einfacher ist, als aus Vorhandenem umzuverteilen. Allerdings gibt es erhebliche Ausfälle bei einer Steuerquelle, der Gewerbesteuer. Das aber betrifft überwiegend nur die Kernstädte und muss durch eine Gewerbesteuerreform geändert werden.

Im Sinne der politischen Durchführbarkeit ist eine Alimentierung eines Regionalbudgets aus der Masse der vorhandenen Kommunal финанzen keine einfache Sache. Dort sind die Besitzverhältnisse seit langem geklärt, und die heute ohnehin speziell in den Stadtregionen vorhandenen Probleme würden naturgemäß sehr viel größer, wenn man jetzt noch eine Regionalebene einbauen wollte. Insbesondere in Zeiten allgemeiner Finanzknappheit dürfte dies schwierig sein.

Doch ist demgegenüber festzuhalten, dass das sicherste und vielleicht einzige Mittel, eine Region als Entscheidungsträger stark zu machen, darin besteht, ihr erhebliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Schließlich waren „die Finanzen“ immer schon „die Nerven des Staates“ (Jean Bodin 1579⁵⁹). Diese Finanzmasse sollte darüber hinaus mit erheblicher Finanzautonomie auf der Einnahmen- und auf der Ausgabe Seite verbunden sein, wenn Tatkraft auf dieser Ebene gefördert werden soll.

Hier bedeutet die neu geschaffene Region Hannover allerdings ein Warnsignal. Ihre Finanzmasse ist zwar erheblich, eben weil sie den vorherigen Kommunal финанzen entstammt, und auf der Aufgaben- und Ausgabe Seite ist die Autonomie auch nicht unbedeutend (was vielleicht das Wichtigste ist). Aber auf der Einnahme Seite sieht sie einem Landkreis ähnlich und nicht etwa einer kreisfreien Stadt, denn ihre Einnahmen bestehen ganz überwiegend aus Umlagen.

Umlagen weisen einen vergleichsweise geringen Autonomiegrad für die empfangende Institution auf⁶⁰, allerdings ist der Autonomiegrad für Geber und Nehmer zusammengefasst hoch im Vergleich zu einer Zuweisung von einer dritten Ebene. Im Falle des Landkreises und analog in der Region Hannover sind Umlagen ein Konsensinstrument, keine selbstbestimmte Einnahme von den regionalen Bürgern und Unternehmen, wie dies für eine Kommunalsteuer mit Hebesatzrecht gilt. Jeder Landrat weiß, dass er erst den Konsens mit seinen Gemeinden finden muss, und dann erst lässt er die Umlage im Landtag beschließen.

Dies führt auf eine weitere Lehre aus der Region Hannover für künftige Regionslösungen. Die Region Hannover wurde erst nach jahrelanger interner Überzeugungsarbeit geschaffen. Für die Neue Politische Ökonomie oder Public Choice-Theorie, die die Eigeninteressen der Akteure in die Theoriebildung einbeziehen, ist dies ein faszinierender Vorgang: Hier erklären sich bis dahin unabhängige Gebietskörperschaften (Stadt und Landkreis Hannover) bereit, sich durch Landesgesetz zukünftig selbst zu binden! Und erst dann war es möglich, dieser auf Konsens beruhenden neuen Institution erhebliche Finanzmittel zu übertragen, über die man vorher allein hatte befinden können.

Dies lehrt meines Erachtens zweierlei. Erstens muss eine große Finanzmasse – und nur sie kann einer Region auf Dauer politische Kraft verleihen – aus dem Vorhandenen kommen, und das werden vor allem die kommunalen Finanzen sein. Zweitens muss zuvor ein Konsens unter den Beteiligten gefunden und gestärkt worden sein, denn sonst kommt es erst gar nicht zu einer solchen Übertragung der Finanzmasse.

⁵⁸ Zimmermann, Horst, Zum Für und Wider eines Regionalbudgets, a.a.O.

⁵⁹ Bodin, Jean, Les six livres de la République, 4. Ausg., Paris 1579, zitiert nach: Mann, Fritz Karl, Steuerpolitische Ideale, Jena 1937, S. 5.

⁶⁰ Zur kritischen Einschätzung der Umlage als Finanzierungsquelle für Regionen s. auch Bergmann, Eckhard, und Hardt, Ulrike, Aufgabenverteilung und Einnahmekompetenzen in Regionen, in: Informationen zur Raumentwicklung, Jg. 1999, Heft 9, S. 629-644, hier S. 638.

Glossar

Basisinnovation	Auf SCHUMPETER zurückgehende Theorie. Basisinnovation als in Gang setzendes Moment eines neuen Konjunkturzyklus – dynamisches Wachstum bis Zustand der Marktsättigung erreicht wird, sich Wachstumskurve wieder abflacht und in neue Rezession mündet. Beispiele für Basisinnovationen der Vergangenheit: Eisenbahn, Elektromotor, Auto, Kühlschrank, Fernseher / Unterhaltungselektronik, PC, Handy... Ökonomische Basisinnovationen sind in der Regel mit einem Wandel der Standortstruktur verbunden. (vgl.: ARL (1994): S. 500ff)
Demographie	Bevölkerungswissenschaft – Beschreibung und Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Bevölkerungsbewegungen. Als demographischer Wandel wird insbesondere der sich vollziehende Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung bezeichnet.
dezentrale Konzentration	Der von der Raumordnungsministerkonferenz der Länder (MKRO) 1992 zustimmend zur Kenntnis genommene Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen (ORA) formuliert für Stadtregionen das Leitbild / Prinzip der dezentralen Konzentration. Gemeint ist eine kompakte und durchmischte räumliche Entwicklung. Oberzentrale Funktionen in den Kernen sollen gestärkt, Überlastungstendenzen abgebaut werden. Dafür wird insbesondere ein Ausbau des ÖPNV im regionalen Verbund, eine enge Zusammenarbeit zwischen Kernstädten und Umland und bessere räumliche Zuordnung von Arbeitsstätten und Wohnbauflächen angestrebt. (vgl.: BMBAU / MKRO (1992))
Disparität	Ungleichgewicht – in räumlicher Hinsicht insbesondere bezogen auf die (infrastrukturelle) Ausstattung und (ökonomische) Leistungsfähigkeit von Teilräumen.
Innovation	Einführung einer Neuerung bezogen insbesondere auf die Wirtschaft (siehe Basisinnovation), aber auch auf Politik / Verwaltung und Kultur. Die Innovation kann sich sowohl auf Prozesse, als auch Produkte beziehen. Die Innovation beinhaltet im Unterschied zur Invention (Erfindung / Entdeckung) das Element der tatsächlichen Einführung / Durchsetzung.
Komplementarität	gegenseitige Ergänzung / Gegensatzverhältnis
Migration	Wanderungsbewegungen der Bevölkerung – insbesondere über Staatsgrenzen hinweg (siehe auch Mobilität).
Milieus	Soziales Umfeld / Umgebung. Soziale Milieus werden verstanden als Schichten / Klassen ergänzendes / überlagerndes Moment der Gesellschaftsstruktur. Die Menschen gruppieren sich danach zunehmend in Lebensstilgruppen, schaffen sich ein Umfeld, das ihnen hinsichtlich kulturellen Orientierungen, Bildungsstand etc. entspricht. Innovative Milieus bezeichnen ein sozio-ökonomisches und institutionelles Umfeld, in dem wirtschaftliche Innovationen sich besonders positiv entwickeln können.
Mobilität	Allgemein die Bewegung bzw. Beweglichkeit von Menschen und Dingen in Räumen. Die räumliche Mobilität umfasst dabei neben der Wohnmobilität (bzw. residentiellen Mobilität – Wanderungsbewegungen / Migration) vor allem die Verkehrsmobilität (bzw. zirkuläre Mobilität). Der Verkehrsmobilität kommt die Rolle eines räumlichen Vermittlungsprozesses, über den sich der tägliche Lebenszusammenhang der Menschen herstellt, zu. Die Verkehrsmobilität wird zahlenmäßig erfasst durch Art, Häufigkeit, Zeit und Ort der Aktivitäten von Personen bzw. Personengruppen und die daraus resultierenden Wege- und Zeitmuster sowie die Wahl des Fortbewegungsmittels. In der Sozialwissenschaft wird zudem der Begriff der „Sozialen Mobilität“, der Bewegung bzw. Beweglichkeit von

Oberzentrum	<p>Menschen im „sozialen Raum“ bezeichnet. In den Wirtschaftswissenschaften wird mit dem Begriff der „Faktormobilität“, der die räumliche und sektorale Beweglichkeit von Produktionsfaktoren (insbes. Kapital, Arbeit, Boden) innerhalb und zwischen verschiedenen Märkten bezeichnet, operiert. (vgl.: ARL (1994): S. 649ff)</p> <p><i>(siehe auch zentrale Orte) „Oberzentren sind Großstädte mit möglichst 100.000 Einwohnern im städtebaulich zusammenhängenden Bereich oder auch Städte mit im Ansatz großstädtischem Charakter. Sie sind Standorte hochwertiger, spezialisierter Einrichtungen mit z.T. landesweiter, nationaler oder sogar internationaler Bedeutung. Sie bieten Agglomerationsvorteile für die gesamte Region und sind Verknüpfungspunkte großräumiger und regionaler Verkehrssysteme. (...) Oberzentren sind beispielsweise gekennzeichnet durch Einrichtungen zur Deckung des spezialisierten höheren Bedarfs; sie weisen beispielhaft folgende Infrastrukturen auf:</i></p> <p><i>Kultur und Bildung: Hochschulen, Zentral- / Fachbibliotheken, überregional bedeutsame Museen, Kongresszentrum oder vergleichbare Mehrzweckhalle</i></p> <p><i>Soziales und Sport: Krankenhaus der Maximalversorgung, Frauenhäuser, überregional bedeutsame Sportstätten</i></p> <p><i>Verkehr: ICE / IC-Haltepunkt, innerstädtisches öffentliches Verkehrsnetz</i></p> <p><i>Verwaltung und Gerichte: Behörden höherer oder mittlerer Verwaltungsebene, Gerichte höherer oder mittlerer Instanz.“</i></p> <p>(Landesentwicklungsplan Hessen 2001)</p>
Partizipation	(demokratische) Beteiligung der Einwohner / Bürger insbesondere an Planungsentscheidungen der Kommunen
Polyzentralität	Zentrale Orte gleicher Stufe mit sich überlagernden Einzugsbereichen. Potenzial der Kooperation – Bspl: Aufstufung Wetzlars zum Oberzentrum „in Funktionsverbindung“ mit Gießen als Ausdruck der Polyzentralität der Stadtregion – bzw. in größerem räumlichen Kontext der Gesamtregion Mittelhessen mit ihren drei Oberzentren Gießen, Marburg und Wetzlar. (siehe auch Oberzentrum, zentrale Orte)
Region	<p>Durch bestimmte Merkmale gekennzeichnet, zusammenhängender Teilraum mittlerer Größenordnung in einem Gesamtraum. In der Regel ist eine Raumeinheit oberhalb der kommunalen und unterhalb der staatlichen Ebene gemeint. (vgl.: ARL (1994): S. 805ff) Zunehmend wird die Region stärker handlungsorientiert als auf institutioneller und räumlicher Nähe basierender Verflechtungszusammenhang und Handlungskomplex verstanden. (vgl. BLOTEVOGEL)</p> <p>Regionen als Raumkategorien können sich dabei überlagern. Die Annahme „natürlicher Regionen“ mit Allzweckcharakter wird zunehmend abgelöst vom Verständnis der Region als konstruiertem bzw. designtem Handlungsraum, also als Programm- bzw. Planungsregion.</p>
Regionalisierung	<p>Die Region hat in den letzten Jahren als Begriff und räumliche Analyse- und Handlungsebene im politisch-wissenschaftlichen Diskurs eine starke Konjunktur erfahren. Dies bezieht sich insbesondere auf die Bereiche der Wirtschaft (Region als Ebene des Standortwettbewerbs und der Strukturpolitik), der Soziokultur (Region als räumliche Bezugsebene soziokultureller Interaktion und Identität), der Ökologie (regionale Stoffkreisläufe als Ansatzpunkt nachhaltigen Wirtschaftens) und der Verwaltung / Planung (Region als politisch-administrative Ebene der interkommunalen Kooperation). (vgl.: BBR (2000): 2f)</p> <p>Es ist eine deutliche Tendenz zur Aufwertung der Region als politischer Handlungsraum zu beobachten. Dabei sind sowohl „weiche“, als auch „harte“ Formen der Kooperation und sowohl Initiativen von den Kommunen bzw. von „unten“, als auch durch insbesondere die Länder von „oben“ verordnete Formen der Regionalisierung zu beobachten.</p>
Segregation	Soziale Entmischung bzw. räumliche Auseinanderschichtung der Bevölkerung, insbesondere räumliche Ballung /

	Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Der Begriff der Segregation wird auch verwandt für die räumliche Entmischung von Nutzungen (Funktions-trennung). (vgl.: LICHTENBERGER)
Suburbanisierung	Verlagerung der Wachstumsschwerpunkte von der Kernstadt ins Umland. Prozess der Verlagerung von Beschäftigung und Bevölkerung ins Umland der Städte, der von einem „Ausdünnen“ der Kernstädte begleitet ist. (vgl.: ARL (1994): S.873f)
Synergie	positive Wirkung, die sich aus dem Zusammenschluss / der Zusammenarbeit z.B. von Unternehmen, Kommunen o.ä. ergibt oder gewinnen lässt.
Urbanität	Urbanität als komplexes soziales und bauliches Gefüge, das auf Größe, Dichte und Heterogenität beruht, umschreibt das spezifische Lebensqualitätspotenzial städtischer Siedlungen.
zentrale Orte	(siehe auch Oberzentrum) Zentrale Orte bezeichnen im allgemeinen Sinn Standortkonzentrationen von Einrichtungen, die Güter und Dienste für räumlich begrenzte Marktgebiete anbieten sowie im speziellen Sinn Siedlungen oder Gemeinden in ihrer Versorgungsfunktion mit Gütern und Diensten insbesondere für ihr Umland. Die Theorie zentraler Orte wurde von CHRISTALLER in den 30er Jahren entwickelt. Als wichtigsten Index für die Zentralität eines Ortes verwandte dieser die Anzahl der Telefonanschlüsse. Es ist zu unterscheiden zwischen dem analytisch-deskriptiven Zentrale-Orte-Begriff und dem normativ instrumentellen Zentrale-Orte-Begriff der räumlichen Planung (landesplanerische Funktionszuweisung). Im letzteren Sinn wird der Zentrale-Orte-Begriff zumeist verwandt. (vgl.: ARL (1994): S. 1.117 ff) Während der 1960er Jahre wurden zentralörtliche Systeme in allen Flächenländern der Bundesrepublik eingeführt. Hessen gliedert die zentralen Orte in Ober-, Mittel- und Grundzentren. Die Einstufung der Gemeinden in das zentralörtliche System hat Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen des Landes, Flächenausweisungen in der Raumordnungsplanung und – über den kommunalen Finanzausgleich bzw. Schlüsselzuweisungen des Landes – auf die kommunalen Finanzen.

Literatur

- ACOCCELLE ; Donato (2001): „Regionale Einzelhandelskonzepte. Vortrag am 07.11.2002 in Wetzlar.“ Vortragsfolien – unveröffentlicht.
- AGENCE D'URBANISME DE L'AGGLOMERATION MARSEILLAISE (2001): Production 2000. Marseille
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landeskunde (Hg.) (1994): „Handwörterbuch der Raumordnung.“ Hannover
- BECKER; Heidede u.a. (Hg.) (1999): „Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa.“ Stuttgart
- BEHNEKE+EVERT Stadt Raum Inszenierung (2001): „Stärken-Schwächen-Analyse des kulturellen Angebots von Gießen und Wetzlar.“ – Studie im Rahmen des Forschungsprojekts Stadt 2030 Gießen-Wetzlar. Gießen (unveröffentlicht)
- BENZ, Arthur (1997): „Thesen zur Organisation von Verdichtungsräumen.“ IN: ARL / Kommunalverband Großraum Hannover (Hg.): „Hannover Region 2001. Vorschläge zur Entwicklung neuer Organisationsstrukturen für die Wahrnehmung regionaler Verwaltungsaufgaben.“ Hannover
- BILDUNGSWERK DER HESSISCHEN WIRTSCHAFT (2001); Bearbeitung: Werbekaufleute in Umschulung unter Anleitung Dr. U. Hohenbild: „Erhebung zur Rekrutierung von Fach- und Führungskräften im Bereich Gießen / Wetzlar / Marburg bzw. Mittelhessen.“ Wetzlar (unveröffentlicht)
- BINGSOHN, Wilhelm; BRAKE, Ludwig; BRINKMANN, Heinrich; herausgegeben vom Magistrat der Stadt Gießen (1997): „Von der Burg zur modernen Stadt. 800 Jahre Giessener Stadtentwicklung 1197-1997.“ Gießen
- BLOTEVOGEL, Hans Heinrich (2000): „Zur Konjunktur der Regionsdiskurse.“ IN: BBR (2000): Informationen zur Raumentwicklung 9/10 2000. Bonn
- BMBAU / MKRO – Bundesministerium für Bau- und Wohnungswesen / Ministerkonferenz für Raumordnung (1992): „Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen.“ Bonn
- BRAKE, Ludwig (2002): „Gießen – eine Standortbestimmung.“ www.hessennet.de/giessen/stadtinformation/Geschichte/Geschichte.htm
- BRUCH, Christian, SÄNGER, Sven (2002): „Wanderungsbewegungen der Städte Gießen und Wetzlar und deren Verflechtungsbereich“. Gießen (unveröffentlicht)
- BRÜMMER, Felix; DORENKAMP, Ansgar; MAROTZKI, Jan-Hendrik (2002): „Wirtschaftsstruktur und -entwicklung im Raum Gießen-Wetzlar. Gießen (unveröffentlicht)
- BUND / MISEREOR (Hg.); Erarbeitung: Wuppertal Institut für Klima – Umwelt – Energie (1996): „Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung.“ Basel – Boston – Berlin
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2000-1): „Raumordnungsbericht 2000.“ Bonn
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2001-1): „Wohnungsprognose 2015.“ Bonn (Kurzfassung: www.bbr.bund.de)
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (2001-2): „Kompass für einen Weg zur Stadt der Zukunft. Indikatorgestützte Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung.“ Bonn
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hg.) (2000-2): Informationen zur Raumentwicklung 9/10 2000 – Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung.“ Bonn
- BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG; BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hg.) (1993): „Zukunft Stadt 2000. Bericht der Kommission Zukunft Stadt.“ Bonn
- DEUTSCHER STÄDTETAG – Fachkommission Stadtentwicklungsplanung (2001): „Positionspapier Zukunftsinitiative Stadtregion.“ IN: DFK 2001-II

- DFK – DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNALWISSENSCHAFTEN (2001) Nr. 2001-II: „Im Brennpunkt: Stadt und Region.“ Berlin
- DILLER, Christian (2002): Projekte über Projekte – Auf dem Königsweg zur Regionalentwicklung?“ IN: PlanerIN 03 2002. Berlin.
- ECON CONSULT (1999): „Einzelhandelsentwicklungskonzept Wetzlar.“
- ERBEN, Tobias (2001): „Lokale Agenda 21. Erfolgsfaktoren und Hemmnisse am Beispiel der Universitätsstadt Gießen. Gießen (unveröffentlicht)
- ERLEBACH, Roland (2002): „Regionaler Gründungsfond. Instrumente einer modernen Wirtschaftsförderung. Modellprojektbeschreibung.“ Gießen
- FERBER, Uwe (2002): „Stadt 2030 Gießen-Wetzlar. Regionalisierung planen?“ IN: PLANERIN 2/2002. Berlin
- FUKUYAMA; Francis (2002): „Schöner neuer Mensch.“ IN: DER SPIEGEL 21/2002. Hamburg
- GIESE, Ernst (2002): „Pendlerbeziehungen in der Stadtregion Gießen-Wetzlar.“ (Referat im Rahmen der Fachgruppe Wirtschaft des Projekts Stadt 2030 Gießen-Wetzlar.) Gießen (unveröffentlicht)
- GLOGER; Stefan / LEHLE, Manfred (2002): „Flächen-Ressourcenmanagement – ein umweltpolitischer Schwerpunkt im Land Baden-Württemberg.“ IN: altlasten spektrum Februar 2002. Berlin
- GMA (1999): „Die Universitätsstadt Gießen als Einzelhandelsstandort – Struktur und Entwicklung des Gießener Einzelhandels.“
- GÜNTHER, Wolfgang (RP Gießen) (2001): „Demographische Entwicklung als Rahmen der Gesamtentwicklung 2030. Teilergebnisse der natürlichen Bevölkerungsfortschreibung der Region Mittelhessen und der Städte Wetzlar und Gießen bis 2030.“ Gießen (unveröffentlicht)
- HALL, Peter / PFEIFFER, Ulrich (2000): „URBAN 21. Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte.“ München
- HASSELBACH-HECHLER, Ilse; THOMAS, Volker (2002): „Studie über die Entstehung und Auflösung der Stadt Lahn“. Gießen (unveröffentlicht)
- HESSISCHER MINISTERPRÄSIDENT (Hg.) (1970): „Hessen´80 – Modernes Hessen, gesicherte Zukunft. Großer Hessenplan.“ Wiesbaden
- HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND LANDESENTWICKLUNG (2000): „Landesentwicklungsplan Hessen 2000.“ Wiesbaden
- HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND LANDESENTWICKLUNG (2001): „Wohnungsbericht 2001.“ Wiesbaden
- HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (2000): „Voraussichtliche Entwicklung der hessischen Bevölkerung bis zum Jahr 2050.“ Wiesbaden
- HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT (2002): www.hsl.de
- IBA EMSCHER PARK (1998): „Werkstatt für die Zukunft von Industrieregionen. Memorandum der Internationalen Bauausstellung Emscher Park 1996-1999.“ Gelsenkirchen
- KASTNER, Dorothee; KÖHLER, Doreen; SCHUSTER, Silke (2002): „Stadt 2030 Gießen-Wetzlar –Lahnparkzentrum.“ Projektarbeit im Rahmen des Forschungsprojekts Stadt 2030 Gießen-Wetzlar. Kassel (unveröffentlicht)
- KOMMUNALVERBAND GROSSRAUM HANNOVER (Hg.) (2001-I): „Der Zukunftsdialog. Profil für die Region Hannover.“ Hannover.
- KOMMUNALVERBAND GROSSRAUM HANNOVER (2001-II): „Regionales Einzelhandelskonzept für den Großraum Hannover – verbundliche Festlegung.“ Hannover
- KUJATH, Hans-Joachim (2002): „Aktuelle Perspektiven der Regional- und Regionalisierungspolitik in der EU.“ IN: vhw Forum Wohneigentum4/2002. Bonn.
- KURZWEIL, Ray (2002): „Zu Besuch in fremden Köpfen.“ IN: DIE ZEIT 2/2002. Hamburg
- LANDESHAUPTSTADT STUTTGART (Hg.) (2000): „Zukunftskonzept zur Lokalen Agenda 21. Flächenmanagement Stuttgart.“ Stuttgart

- LE BLANC, Thomas (Hg.) (2000): „Wetzlarer Visionen. Eine Stadt im 21. Jahrhundert.“ Wetzlar
- LICHTENBERGER, Elisabeth (1998): „Stadtgeographie – Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse.“ Stuttgart.
- MÄDING, Heinrich (2000): „Informations- und Forschungsbedarf für die Zukunft der deutschen Städte und Regionen. Eröffnungsvortrag zur Fachtagung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Ideenwettbewerb ‘Stadt 2030’.“ Berlin (unveröffentlicht)
- MAGISTRAT DER STADT GIESSEN (Hg.) (1999): „Materialien zur Sozialen Stadterneuerung Giessener Nordstadt, Band III. Soziale Strukturanalyse Giessener Nordstadt.“ Gießen
- MAGISTRAT DER STADT GIESSEN (2001): „Lokale Agenda 21 Gießen. Leitbild für eine nachhaltige Stadtentwicklung.“ Gießen
- MAGISTRAT DER STADT GIESSEN (Hg.) – wissenschaftliche Leitung: Uta MEIER (2002): „Kommunaler Armutsbericht Gießen.“ Gießen
- MEHWALD, Lutz (2002): „Neue Perspektiven der Regionalentwicklung durch Ausbau der Kooperationen.“ IN: vhw Zeitschrift für Wohneigentum 4/2002. Bonn.
- MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG DES LANDES BRANDENBURG / SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG BERLIN (Hg.) (2001): „Regionalparks in Brandenburg und Berlin. Strategien für eine nachhaltige Entwicklung des Metropolraumes.“ Potsdam
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND; ENERGIE UND VERKEHR NRW (Hg.) (2001): „4. Kulturwirtschaftsbericht. Kulturwirtschaft im Netz der Branchen.“ Düsseldorf
- MOEWES, Winfried (1981): „Städtebaulicher Rahmenplan für den Raum Gießen-Wetzlar.“ Berlin
- OPASCHOWSKI, Horst / BAT Freizeit-Forschungsinstitut (2001): „Freizeit Monitor 2001“, Freizeit Aktuell 163, Opladen
- PLANERIN – Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung (2002): Nr. 1/2002, Schwerpunktausgabe „Der städtische Patient – Stadtbau als neue Strategie der Stadterneuerung?“ Berlin
- PRIEBES, Axel (2002): „Die Stadtregion der Zukunft zwischen informellen Netzwerken und verbindlichen Entscheidungsstrukturen.“ IN: Difu (Hg.): „Stadt 2030 Newsletter Nr. 7 – August 2002.“ www.stadt2030.de
- RAUMPLANUNG – Zeitschrift des Informationskreises für Raumplanung (2002): Nr. 100, Schwerpunktausgabe „Zukunft der Stadt.“ Dortmund
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM GIESSEN (2001-2): „Bestandsaufnahme zum Regionalmarketing.“ (Vorlage für die Mittelhessenrunde am 17.10.2001 in Marburg) Gießen (unveröffentlicht)
- REGIERUNGSPRÄSIDIUM GIESSEN als Geschäftsstelle der Regionalversammlung Mittelhessen (2001): „Regionalplan Mittelhessen 2001“ Gießen
- REGION HANNOVER (Hg.) (2002): „Route der Wohnkultur. Besondere Wohngebiete in der Region Hannover entdecken.“ Hannover
- ROGGE, Peter (2003): „Von der Stadt Lahn zum Lahnpark. Landschaft als Baustein im Projekt Stadt 2030 Gießen-Wetzlar.“ IN: Difu (Hg.): „Stadt 2030 Newsletter Nr. 9 – Januar 2003“ www-stadt2030.de
- ROTH; Petra (2002): „Es gibt neue Hiobsbotschaften.“ – Interview IN: Süddeutsche Zeitung vom 25.07.2002, S.5. München
- SCHMITZ, Gottfried (1997): „Aktuelle Herausforderungen und künftige Aufgabenverteilung in Verdichtungsräumen.“ IN: ARL / Kommunalverband Großraum Hannover (Hg.): „Hannover Region 2001. Vorschläge zur Entwicklung neuer Organisationsstrukturen für die Wahrnehmung regionaler Verwaltungsaufgaben.“ Hannover
- STADT 2030 Gießen-Wetzlar (2002): „Zwischenbericht.“ Gießen/Wetzlar (www.Giessen-Wetzlar-2030.de)
- STADT GIESSEN (2000): „Flächennutzungsplan Universitätsstadt Gießen (Plan und Erläuterungsbericht)“. Gießen
- STADT WETZLAR – Agendabüro (2002): „Lokale Agenda 21 Wetzlar. Leitbild.“ Wetzlar (www.wetzlar.de)
- THAMES GATEWAY LONDON PARTNERSHIP (2000): „Going East. Thames Gateway – the Future of London and the South East.“ London

- THIELMANN; Manfred (2002): „Wetzlar – bedeutendes Zentrum für 265.000 Menschen.“ IN: KIRK, Christian / Stadt Wetzlar (Hg.): „Wirtschaftsstandort Wetzlar.“ Darmstadt (www. standort-deutschland.com)
- TIELMANN; Andreas (2001): „Zum ökonomischen Stadt-Umland-Verhältnis Gießen-Wetzlar.“ (Referat im Rahmen der Fachgruppe Wirtschaft des Projekts Stadt 2030 Gießen-Wetzlar). Dillenburg (unveröffentlicht)
- TRANSMIT Gesellschaft für Technologietransfer mbH, (Hg.) (2001): „TransMIT – Markt für Ideen und Innovationen.“ Gießen
- WENIGE, Michael (2001): „In der Mitte Europas. Die zentrale Lage als bedeutender Wirtschaftsfaktor.“ IN: KIRK, Christian; STADT GIESSEN, LANDKREIS GIESSEN (Hg.) (2001): „Wirtschaftsstandort Region Gießen.“ Darmstadt
- WILCKEN-GÖRICH, Sabine (2002): „Pendlerbeziehungen Gießen – Wetzlar – Marburg. Ein Vergleich.“ (Referat im Rahmen der Fachgruppe Wirtschaft des Projekts Stadt 2030 Gießen-Wetzlar.) Gießen (unveröffentlicht)
- WOHNBAU GIESSEN (2001): „Ergebnisse einer statistischen Erhebung über die Struktur der Wohnungsbestände Stand 2000.“ Gießen (unveröffentlicht)
- ZHTK (2002): „Wetzlar wird Silicon Valley der Automatisierungsbranche.“ Wetzlar.
- ZIMMERMANN; Horst (1999): „Chancen der Wachstumsregion Mitte-West.“ Marburg (Herausgeber: Industrie- und Handelskammern der Region Mitte West.“

FOTOS:

Heinz Fuhr
Stadt Gießen
Stadt Wetzlar
Tobias Erben
Uwe Ferber
Volker Heller
ZHTK

Projektbeteiligte Stadt 2030 Gießen-Wetzlar

Das Forschungsprojekt Stadt 2030 Gießen-Wetzlar wurde getragen von den Städten Gießen und Wetzlar und der PROJEKTGRUPPE STADT+ENTWICKLUNG, FERBER, GRAUMANN UND PARTNER; LEIPZIG als wissenschaftlichem Kooperationspartner. Es wurde gefördert aus dem Programm Bauen und Wohnen des Bundesforschungsministerium (BMBF).

KERNGRUPPE (Projektleitung)

Tobias Erben	„Stadt 2030“ Projektsekretariat der Städte Gießen und Wetzlar
Dr.-Ing. Uwe Ferber	PROJEKTGRUPPE STADT+ENTWICKLUNG, Leipzig
Peter Rogge	PROJEKTGRUPPE STADT+ENTWICKLUNG, Leipzig
Manfred Schieche	Stadt Wetzlar, Büro des Baudezernats
Anita Schneider	Stadt Gießen, Referentin

BEIRAT

Achim Beck	Stadtrat der Stadt Wetzlar
Prof. Dr. Dr. Richard Bauer	Präsidium Justus-Liebig-Universität Gießen
Prof. Dr. Friedel Brückmann	Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, Abteilung Gießen
Wolfram Dette	Oberbürgermeister der Stadt Wetzlar
Prof. Dr. Ernst Giese	Justus-Liebig-Universität Gießen, Geografisches Institut
Heinz-Peter Haumann	Bürgermeister der Universitätsstadt Gießen
Rudolf Herzberger	Kreishandwerkerschaft Gießen
Prof. Dr. Stefan Hormuth	Präsident Justus-Liebig-Universität Gießen
Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat der Universitätsstadt Gießen
Volker Kölb	Stadtrat der Universitätsstadt Gießen
Dr. Matthias Leder	Industrie- und Handelskammer Gießen-Friedberg
Thomas Rausch	Stadtrat der Universitätsstadt Gießen
Wilfried Schmied	Regierungspräsident Gießen
Hartmut Schulz	Regierungspräsidium Gießen, Regionalplanung
Dr. Jochen Stauder	Stadt Marburg, Wirtschaftsförderung
Rüdiger Stolzenberg	Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Mittelhessen
Andreas Tielmann	Industrie- und Handelskammer Dillenburg-Wetzlar
Prof. Dr. Dietrich Wendler	Präsident Fachhochschule Gießen-Friedberg

Fachgruppe STADTENTWICKLUNG

Hans Dettling	Berichterstatter – Stadt Gießen, Stadtplanungsamt
Dr. Holger Hölscher	Berichterstatter – Stadt Gießen, Stadtplanungsamt
Karl-Ernst Ufer	Berichterstatter – Stadt Wetzlar, Planungs- und Hochbauamt

Prof. Dr. Friedel Brückmann
Klaus Faulenbach

Prof. Dr. Ernst Giese
Dr. Wolfgang Günther
Dr. Matthias Höher

Hartmut Schulz
Sabine Sterzenbach
Saskia Syring

Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, Abteilung Gießen
RP Gießen, Regionalplanung: Raumordnungskonzeption, Siedlung
und Landschaft
JLU Gießen, Geografisches Institut
RP Gießen, Regionalplanung: Bevölkerung und Infrastruktur
JLU Gießen, Zentrum für internationale Entwicklungs- und
Umweltforschung
RP Gießen, Regionalplanung
JLU Gießen, Geografisches Institut
IHK Dillenburg-Wetzlar

Fachgruppe WIRTSCHAFT

Rainer Dietrich
Sabine Wilcken-Görich
Joachim Bille
Ulrich Dölp
Klaus Faulenbach

Prof. Dr. Ernst Giese
Dr. Ute Hohenbild
Martin Krauß
Knud Schöber
Dr. Uwe Schubert
Dr. Christian Schulze
Dr. Jochen Stauder
Rüdiger Stolzenberg
Andreas Tielmann
Prof. Dr. Klaus Tölle

Berichterstatter – Stadt Wetzlar, Wirtschaftsförderung
Berichterstatterin – Stadt Gießen, Wirtschaftsförderung
BIM GmbH, Gießen
JLU Gießen, Präsidium
RP Gießen, Regionalplanung: Raumordnungskonzeption, Siedlung
und Landschaft
JLU Gießen, Geografisches Institut
FH Gießen-Friedberg, FB Wirtschaft
RP Gießen, Regionalplanung: Wirtschaftsentwicklung und –förderung
Zentrum für High Tech und Kultur Wetzlar
IHK Gießen-Friedberg
TransMIT Gesellschaft für Technologietransfer Gießen
Stadt Marburg, Wirtschaftsförderung
Deutscher Gewerkschaftsbund Kreis Mittelhessen
IHK Dillenburg-Wetzlar
FH Gießen-Friedberg, FB Wirtschaft

Fachgruppe KULTUR

Hans Joachim Spiegelhalter
Martin Apelt
Oliver Behnecke
Petra Bolte / Prof. Dr. Heiner Goebbels
Wolfgang Braunsdorf
Annette Eidmann
Dr. Kerstin Evert
Daniel Hoffmann
Hartmut Schmidt
Peter Schomber
Andrés Zarra-Esperon

Berichterstatter – Verein Wetzlarer Festspiele e.V.
Stadttheater Gießen
Stadt Raum Inszenierung, Gießen
JLU Gießen, Institut für Angewandte Theaterwissenschaft
Verein für interkulturelle Bildung und Begegnung Gießen
Stadt Gießen, Kulturamt
Stadt Raum Inszenierung, Gießen
Musik und Kunstverein (MuK) Gießen
Städtische Sammlungen Wetzlar
Musik und Kunstverein (MuK) Gießen
Neues Keller Theater Wetzlar

Fachgruppe SOZIALES

Prof. Dr. Uta Meier	Berichterstatterin – JLU Gießen, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung
Prof. Dr. Dieter Eißel	JLU Gießen, Institut für Politikwissenschaft
Diana Löser	JLU Gießen, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung
Silke Mardorf	JLU Gießen, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung
Peter Matzke	Stadt Wetzlar, Koordinationsbüro Soziales und Jugend
Dr. Heide Preusse	JLU Gießen, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung
Thorsten Schäfer-Gümbel	Stadt Gießen, Soziale Stadterneuerung
Reinhard Thies	LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Frankfurt a.M.

Fachgruppe REGIONALISIERUNG

Prof. Dr. Friedel Brückmann	Berichterstatter – Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, Abteilung Gießen
Tobias Erben	„Stadt 2030“ Projektsekretariat Gießen-Wetzlar
Dr.-Ing. Uwe Ferber	PROJEKTGRUPPE STADT+ENTWICKLUNG, Leipzig
Dietrich Metz	Stadt Gießen, Rechtsamt
Jörg Mohr	JLU Gießen, FB Rechtswissenschaft Professur für Öffentliches Recht I und Wissenschaft von der Politik
Peter Rogge	PROJEKTGRUPPE STADT+ENTWICKLUNG, Leipzig
Manfred Schieche	Stadt Wetzlar, Büro des Baudezernats
Anita Schneider	Stadt Gießen, Referentin

sowie zahlreiche weitere Beteiligte in thematischen Veranstaltungen, Workshops und Hearings

This document was created with Win2PDF available at <http://www.daneprairie.com>.
The unregistered version of Win2PDF is for evaluation or non-commercial use only.